

[Wirtschaftsminister wollen Flüchtlinge schneller integrieren;  
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsmarkt-wirtschaftsminister-wollen-fluechtlinge-schneller-integrieren-a-1066969.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsmarkt-wirtschaftsminister-wollen-fluechtlinge-schneller-integrieren-a-1066969.html)

SPIEGEL ONLINE

09. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 305 words

**Byline:** sfm/dpa

**Highlight:** Wie können Flüchtlinge schneller eine Arbeit finden? Die Wirtschaftsminister der Länder haben versucht, Antworten darauf zu finden. Ein Weg könnte die Abschaffung der Vorrangprüfung sein.

## Body

---

Die Wirtschaftsminister der Länder wollen Flüchtlingen die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Bei ihrer Konferenz bahnte sich am Mittwoch eine Mehrheit für die Abschaffung der sogenannten Vorrangprüfung bei der Jobvergabe an. Nach dieser Regelung darf ein Unternehmen einen Job nicht an einen Flüchtling vergeben, wenn dafür Deutsche oder andere EU-Bürger infrage kommen.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) sagte: "Wir wollen das entbürokratisieren, es muss schneller, es muss noch leichter gehen." Sie schlug vor, die Vorrangprüfung ab sofort für zwei Jahre auszusetzen und dann erneut zu überlegen. Mit dem Mindestlohn seien Flüchtlinge vor unterbezahlten Arbeitsangeboten geschützt. Lemke warb auch dafür, die Altersgrenzen für eine duale Ausbildung aufzuheben und Sprachkurse und Praktika zu kombinieren.

Hamburgs Wirtschaftssenator Frank Horch (parteilos) sagte über einen Wegfall der Vorrangprüfung: "Es ist auf jeden Fall im Sinne der Entbürokratisierung ein sinnvoller Ansatz." Er betonte aber: "Ganz ohne Bürokratie geht es auch nicht." Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) dringt darauf, dass die Prüfung wegfällt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) tritt für eine möglichst schnelle Erfassung der Kompetenzen von Asylbewerbern ein. "Das ist das, woran uns mit der BA (Bundesagentur für Arbeit) sehr gelegen ist", sagte BAMF-Vizepräsident Michael Griesbeck. Er traf mit den Wirtschaftsministern zusammen, um über die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu beraten. Mehr als eine Million Flüchtlinge werden in diesem Jahr nach Deutschland kommen.

Die Ressortchefs sprechen bis Donnerstag auch über die Digitalisierung der Industrie ("Industrie 4.0") und die medizinische Versorgung sowie über Energiewende und Klimaschutz.

sfm/dpa

Wirtschaftsminister wollen Flüchtlinge schneller integrieren  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsmarkt-wirtschaftsminister-wollen-fluechtlinge-schn....>

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document

## Flüchtlingsausweis: Wie die Regierung das Asylverfahren ändern will

SPIEGEL ONLINE

14. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 1006 words

Highlight: Kein Asylantrag ohne Ankunftsnachweis

### Body

---

Dieser Beitrag wurde am 14.01.2016 auf bento.de veröffentlicht.

Der Bundestag hat am Donnerstagabend über einen Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD abgestimmt, **der das Asylverfahren in Deutschland grundlegend ändern soll**. Im Wesentlichen enthält das Papier **zwei Neuerungen**: eine umfassendere Speicherung von persönlichen Daten und einen sogenannten "Ankunftsnachweis für Asyl- und Schutzsuchende". Ziel der Änderungen ist, eingereiste Personen **in Zukunft schneller zu registrieren und die Asylverfahren so zu beschleunigen**.

Speicherung und Austausch von Daten

Bislang werden von Asyl- und Schutzsuchenden sowie von unerlaubt eingereisten Personen nur die sogenannten Grundpersonalien gespeichert, also zum Beispiel der Name, das Geburtsdatum, der Geburtsort und die Staatsangehörigkeit. In Zukunft kommen weitere Daten hinzu, darunter **die Fingerabdrücke, das Herkunftsland, die Kontaktdaten sowie Informationen zu Gesundheitsuntersuchungen und Impfungen**. Bei Asyl- und Schutzsuchenden werden zudem **Informationen zu Schulbildung, Berufsausbildung und sonstigen Qualifikation**engespeichert, um eine schnelle Integration und Arbeitsvermittlung zu ermöglichen. Die Informationen werden in **einem sogenannten "Kerndatensystem"** gesammelt. Alle öffentlichen Stellen, die die Daten **zur Erfüllung ihrer Aufgaben** brauchen, bekommen Zugriff auf die elektronische Datenbank und sie haben die Möglichkeit, weitere Daten hinzuzufügen, darunter zum Beispiel Informationen zur Absolvierung eines Integrationskurses oder zur Änderung der Anschrift. Außerdem sollen die Daten früher erfasst werden als bisher, **nach Möglichkeit bereits beim ersten Kontakt mit deutschen Behörden**. Bislang werden sie erst dann aufgenommen, wenn die eingereiste Person einen Asylantrag stellt. Um zu verhindern, dass Personen mehrfach registriert werden, erhalten alle Registrierungsbehörden **ein sogenanntes Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem (Fast-ID)**.

Quelle: Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD

Ankunftsnachweis für Asyl- und Schutzsuchende

Bisher bekommt ein Ausländer, der sich als Asylsuchender gemeldet aber noch keinen Asylantrag gestellt hat, eine "Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender", die aus einem einfachen Din-A4-Papier besteht. (§ 63a

## Flüchtlingsausweis: Wie die Regierung das Asylverfahren ändern will

Asylgesetz) Die Bescheinigung wird jetzt **in eine Art Ausweis für Flüchtlinge verwandelt**; offiziell spricht die Bundesregierung von einem "Ankunftsnachweis in Papierform". Der Nachweis ist maximal sechs Monate gültig und kann um höchstens drei Monate verlängert werden. Der Nachweis enthält unter anderem **ein Foto und eine Nummer**, unter der die persönlichen Angaben in der Datenbank gespeichert wurden. Nur wer einen solchen Ankunftsnachweis besitzt, **soll in Zukunft Geld- und Sachleistungen erhalten und einen Asylantrag stellen dürfen**. Der Nachweis wird von den zuständigen Aufnahmeeinrichtungen beziehungsweise Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgestellt. Er soll mit fälschungssicheren Elementen ausgestattet werden. Laut Entwurf fallen **Herstellungskosten von etwa einem Euro pro Ausweis** an. Insgesamt werden die Kosten für Herstellung und Einführung der Ausweise für das Jahr 2016 auf bis zu 35 Millionen Euro geschätzt.

Quellen: Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD, Pressemitteilung des Innenministeriums, MDR

Was sollen die Änderungen bewirken?

Im Wesentlichen will die Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf **drei Ziele** erreichen:

einen möglichst verlässlichen Überblick über **die Zahl der nach Deutschland eingereisten Personen** bekommen, Asyl- und Schutzsuchende **schnellstmöglich erfassen** und den **Datenaustausch der beteiligten Behörden** verbessern und beschleunigen

Dadurch sollen **die Asylverfahren verkürzt** und Mehrfachregistrierungen vermieden werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagte dazu: "Der Gesetzentwurf ist ein weiterer wichtiger Schritt, **um die ankommenden Personen schnell und identitätssichernd zu registrieren**. Wir müssen wissen, welche Flüchtlinge nach Deutschland kommen und wir wollen entscheiden, wo ihr Asylverfahren durchgeführt wird."

Quellen: Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD, Pressemitteilung des Innenministeriums

Gibt es Kritik?

Organisationen wie Pro Asyl oder der Flüchtlingsrat Berlin sehen die Neuerungen kritisch. Die wesentlichen Kritikpunkte:

Es sei fraglich, ob der Datenaustausch zwischen den Behörden tatsächlich zur **Beschleunigung der Asylverfahren** beitragen kann, vielmehr handele es sich um einen **zusätzlichen Verwaltungsaufwand**. Durch den Ankunftsnachweis, den Asylsuchende noch vor der Stellung eines Asylantrags bekommen, werde dem Asylverfahren **quasi ein zweites Verfahren vorgeschaltet**. Der Ankunftsnachweis stelle für die Asylsuchenden keinen Vorteil dar: Um **Sozialleistungen** zu bekommen, bräuchten sie nämlich nach wie vor meist eine sogenannte "Aufenthaltsgestattung", die ebenfalls aussieht wie ein Ausweis (§1 Asylbewerberleistungsgesetz). Diese bekommen sie aber erst, wenn sie einen förmlichen Asylantrag beim BAMF stellen und das sei oft erst nach mehreren Monaten möglich. Auch einen **Integrationskurs** dürfen sie erst mit Aufenthaltsgestattung beginnen. Statt der Einführung eines weiteren Ausweises wäre es sinnvoller, "beide Aufenthaltspapiere **zu einem einheitlichen Dokument und Aufenthaltstatus zusammenzufassen**", schreibt der Berliner Flüchtlingsrat. Angesichts der vielen Daten, die künftig erfasst und ausgetauscht werden sollen, sorgen sich die Organisationen außerdem um den **Datenschutz**.

"Die neue Regelung löst ... die grundlegenden Probleme nicht, es wird damit nur an den Symptomen herumgedoktert", resümiert Pro Asyl.

Quellen: Pro Asyl, Flüchtlingsrat Berlin

Wie geht es weiter?

Nach dem Bundestag muss nun der Bundesrat dem Gesetz zustimmen. Die Abstimmung ist für den 29. Januar geplant, das Gesetz soll dann **am 1. Februar in Kraft treten**. Ab 25. Januar will das BAMF die Ausstellung des

## Flüchtlingsausweis: Wie die Regierung das Asylverfahren ändern will

Ankunftsnachweises bereits an vier Standorten Berlin, Bielefeld, Heidelberg und Zirndorf testen. Bis er flächendeckend eingeführt ist, wird es aber wohl noch bis zum Sommer dauern.

Quellen: SPIEGEL ONLINE, Tagesspiegel

bento-Newsletter Today

**Load-Date:** September 29, 2020

---

End of Document

## Zahl der ertrunkenen Migranten auf Rekordstand

SPIEGEL ONLINE

23. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA

**Length:** 249 words

**Byline:** Birger Menke

**Highlight:** In diesem Jahr ertranken im Mittelmeer etwa 5000 Migranten - so viele wie noch nie. Allein am Donnerstag verloren offenbar 100 Menschen ihr Leben.

### Body

---

Bei der Flucht über das Mittelmeer sind nach Schätzungen der internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) in diesem Jahr etwa 5000 Menschen umgekommen. Das seien so viele wie in keinem Jahr zuvor, sagte IOM-Sprecher John Millman in Genf. "Ein trauriger Rekord." Schätzungen zufolge starben im Jahr 2015 etwa 3600 Menschen im Mittelmeer.

Zuletzt kamen nach Angaben der Organisationen am Donnerstag etwa 100 Menschen ums Leben, als zwei Schlauchboote vor Sizilien kenterten, die von Libyen nach Italien unterwegs waren.

"Die See ist rau und es herrscht Winterwetter - kentert ein Boot, bleibt nicht viel Zeit zu überleben", sagte Millman. Die aktuelle Lage unterstreiche die Dringlichkeit, sichere Routen für Flüchtlinge zu schaffen.

Die Menschen machen sich in oft heillos überfüllten und seeuntüchtigen Booten aus Nordafrika auf den Weg Richtung Europa, um dort Schutz vor Krieg und Vertreibung oder eine bessere wirtschaftliche Zukunft zu suchen. Seit der Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei über die Rücknahme von Flüchtlingen im März ist dies die Hauptroute für Migranten.

Für die gefährliche Überfahrt zahlen sie Schlepperbanden oft hohe Summen. Vor der libyschen Küste kreuzen Schiffe der EU, um gegen die Schlepper vorzugehen und Migranten aus Seenot zu retten. An dem Einsatz, bei dem bereits Zehntausende Menschen vor dem Ertrinken gerettet werden konnten, beteiligt sich auch die Bundesmarine.

bim/Reuters/dpa

**Load-Date:** December 23, 2016

[Juncker will widerspenstige EU-Staaten zur Kasse bitten;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/jean-claude-juncker-wer-keine-  
fluechtlinge-aufnimmt-soll-zahlen-a-1051402.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/jean-claude-juncker-wer-keine-fluechtlinge-aufnimmt-soll-zahlen-a-1051402.html)

SPIEGEL ONLINE

04. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 425 words

**Highlight:** Wer keine Flüchtlinge aufnimmt, soll zahlen - so will Kommissionschef Juncker nach SPIEGEL-Informationen alle EU-Staaten an der Bewältigung der Krise beteiligen. Parlamentspräsident Schulz warnt vor einem Scheitern Europas.

## Body

---

EU-Mitglieder, die nicht bereit sind, bei der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Gemeinschaft mitzuwirken, sollen sich nach Vorstellung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker finanziell an der Bewältigung des Flüchtlingsproblems beteiligen.

Voraussetzung ist nach SPIEGEL-Informationen, dass der betreffende Mitgliedstaat "vorübergehende, systemische Gründe" vorbringt, die es ihm nicht erlauben, sofort am Quotensystem teilzunehmen. Stattdessen soll für diese Länder übergangsweise die Möglichkeit bestehen, einmalig für bis zu zwölf Monate mit Geld zu helfen. Dies soll sowohl für die sofortige Verteilung von insgesamt 160.000 Flüchtlingen innerhalb der EU gelten wie auch für den geplanten permanenten Notfallmechanismus .

Beide Vorhaben will Juncker am kommenden Mittwoch in einer Rede vor dem Europäischen Parlament vorstellen.

Vor allem osteuropäische Länder lehnen einen verbindlichen Verteilungsschlüssel weiterhin ab. "Quoten halten keine Migranten auf", sagte der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák dem SPIEGEL. "Sie verhindern nicht, dass rücksichtslose Schmuggler ihre Geschäfte mit dem menschlichen Leiden weitermachen."

Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann droht den osteuropäischen Ländern angesichts des Widerstands mit finanziellen Konsequenzen. "Die Europäische Union sollte Projekte in jenen Ländern, die derzeit kaum Asylbewerber aufnehmen, nur noch dann mitfinanzieren, wenn es dort endlich eine Bereitschaft zur ausreichenden Aufnahme gibt", sagte Faymann dem SPIEGEL.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz (SPD) warnte vor einem Scheitern Europas. "Wenn wir jetzt nicht zu Lösungen kommen, gerät mehr ins Rutschen als die Regeln von Schengen und Dublin, da dürfen wir uns keine Illusionen machen", so Schulz zum SPIEGEL. "Europa fußt auf dem Versprechen, dass man auf der Grundlage eines fairen Miteinanders gemeinsame Probleme löst. Wenn uns das in dieser Situation nicht gelingen sollte, nimmt diese Idee - die die einzige Chance Europas im 21. Jahrhundert ist - nachhaltigen Schaden."

Juncker will widerspenstige EU-Staaten zur Kasse bitten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/jean-claude-juncker-wer-keine-fluechtlinge-aufnimmt-soll-zahlen-a-....>

Um die Osteuropäer zum Einlenken im Streit um ein Quotensystem zu bewegen, will Juncker seine Initiative mit Vorschlägen flankieren, um die Zahl der Flüchtlinge in den Griff zu kriegen. Künftig soll in der ganzen Union die Regel gelten: Jedes Land, dem die EU den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt hat, gilt als sicherer Drittstaat. Asylverfahren, die Staatsangehörige dieser Länder betreffen, etwa Serben und Albaner, könnten dann beschleunigt abgewickelt werden.

**Load-Date:** September 4, 2015

---

End of Document



**"Wir sind Rebellen"; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/start-ups-fluechtlingskinder-mischen-deutschland-auf-a-1028973.html>**

SPIEGEL ONLINE

16. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 997 words

**Byline:** Raniah Salloum

**Highlight:** Ihre Eltern flohen vor Krieg, Not, Verfolgung; ihre Kinder gründen Start-ups und probieren sich aus: Auffallend viele Flüchtlingskinder machen sich in Deutschland selbstständig. Was verbindet sie? Was macht sie erfolgreich?

## Body

---

Sie studiert Wirtschaftsinformatik, organisiert Programmier-Workshops für Jugendliche, beschäftigt sich mit der technischen Umsetzung von Tradity, einem Börsenspiel für Schüler: Aya Jaff aus Nürnberg hat viel zu tun für eine 19-Jährige. Sie träumt von einem Auslandssemester in China und dem eigenen Start-up; ihre Helden sind die Gründer im Silicon Valley.

Der Vater hatte ihr Interesse an Computern geweckt, erzählt die Studentin: "Mein Papa hat immer den neusten Kram gekauft, und da musste ich ihm jedes Mal beim Installieren mit der Sprache helfen."

Denn noch etwas unterscheidet Aya Jaff von vielen Teenagerinnen: Sie ist ein Flüchtlingskind - ihre Eltern kamen 1996 aus dem Irak nach Deutschland, da war Aya ein Jahr alt. Ihr Vater arbeitet als Taxifahrer, die Mutter als Kassiererin. Beide mussten ihr Studium im Irak abbrechen, um zu fliehen.

Rund zwei Millionen Menschen beantragten in den Achtziger- und Neunzigerjahren in Deutschland Asyl. Die meisten Anträge wurden damals abgelehnt. Doch was wurde aus den Kindern derjenigen, die in Deutschland bleiben durften?

Migranten machen sich häufiger selbstständig

Es gibt über Flüchtlinge in Deutschland bisher kaum Studien. Der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes unterscheidet zwischen Ausländern sowie Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ob jemand als Flüchtling oder als Gastarbeiter ins Land kam, unterscheidet die Statistik nicht.

René Leicht forscht an der Universität Mannheim zu Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie machen sich ihm zufolge häufiger als Durchschnittsdeutsche selbstständig.

"Wir sind Rebellen" <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/start-ups-fluechtlingskinder-mischen-deutschland-auf-a-1028973.html>

"Die Gründungsneigung von Personen mit Migrationserfahrung ist höher als die unter den Herkunftsdeutschen. Aber viele Migranten scheitern auch, weshalb die Quote im Selbstständigenbestand nicht höher als bei den Herkunftsdeutschen liegt, sondern ungefähr auf gleichem Niveau", erklärt er. Studien über Flüchtlinge, die sich selbstständig gemacht haben, gebe es bisher keine.

Die Geschichten von Flüchtlingen dürften sich stark unterscheiden je nach Herkunftsland und persönlicher Situation: Für manche war schnell klar, dass sie bleiben durften. Andere wurden Jahre oder sogar Jahrzehnte lang nur geduldet. Sie mussten stets damit rechnen, dass man sie irgendwann doch noch abschiebt. Solche Unsicherheit verleitet kaum dazu, sich auf Dauer etwas aufzubauen.

Wie die Fluchterfahrung junge Gründer prägt

Ein Herkunftsland sticht heraus, zumindest in der deutschen Start-up-Szene. Dort finden sich auffällig viele iranisch klingende Namen. Die jungen Männer und Frauen sind die Kinder derjenigen, die Iran nach der Islamischen Revolution 1979 verlassen haben.

"Meine Mutter hat vier Reisepässe geholt und vier Flugtickets zu meinem Onkel nach Frankreich. Dann sagte sie zu meinem Vater: 'Komm mit oder nicht', und ist mit mir und meinem kleinen Bruder geflogen", erinnert sich Ali Jelveh, 34, an die Flucht aus Iran. Er war damals drei Jahre alt. 1987 zog die Familie nach Hamburg.

Jelveh studierte Physik, weil er wissen wollte, wie die Welt funktioniert, und programmierte nebenbei, weil sich so Geld verdienen ließ. 2012 machte er sich mit einer Vision selbstständig : Datensicherheit und -hoheit für alle. Sein Unternehmen Protonet bietet Soft- und Hardware an, mit der Kunden ihr eigenes Netzwerk und einen eigenen Speicherplatz bekommen.

Die Flüchtlingserfahrung habe ihn geprägt, glaubt Ali Jelveh. "Plötzlich war alles anders, die Familie weg und ich hatte keine Kontrolle mehr über gar nichts. Ich bin bis heute sehr sensibel, was Kontrollverlust angeht. Ich will Selbstbestimmung und Unabhängigkeit - auch in der digitalen Welt."

"Wir sind Rebellen. Das zieht sich durch unser Leben und das unserer Eltern", sagt Bahman Nedaie, 32. Seine Eltern sind 1986 aus Iran nach Aachen geflohen. Mit Zahir Dehnadi, 32, hat er Navabi gegründet, einen weltweit führenden Onlinehandel für Frauenmode in Übergrößen. Zusammen wollen sie die gängigen Schönheitsideale der Modeindustrie aufmischen.

Die beiden Gründer lernten sich als Teenager beim Basketballspielen kennen. Ihre ähnliche Familiengeschichte ist Zufall. Dehnadis Vater hatte sich in Iran für mehr Rechte engagiert. Er, ein linker Aktivist, wurde nach der Revolution hingerichtet. Dehnadis Mutter floh mit ihrem Sohn 1989 nach Deutschland.

Warum, glauben die beiden, gibt es so viele iranischstämmige Flüchtlingskinder in der deutschen Start-up-Szene?

"Wir sind offen für Neues und Anderes, das hilft. Und unsere Eltern waren politische Flüchtlinge, sie waren gezwungen, ihr Land zu verlassen", sagt Zahir Dehnadi. Für die Geflohenen war klar: Sie mussten nach vorne schauen. Es gab für sie keine Hoffnung auf eine baldige Rückkehr.

"Egal was passiert, es gibt immer einen Weg"

Ein roter Faden zieht sich durch alle Gespräche mit den Flüchtlingskindern. Die jungen Unternehmer schöpfen aus ihrer Familiengeschichte Zuversicht und Mut.

"In Deutschland haben wir bei null angefangen", sagt Zahir Dehnadi. "Man würde das nicht glauben, aber eigentlich ist das genau der richtige Kontext: Es motiviert einen sehr stark, sich etwas aufzubauen. Ich weiß, dass meine Mutter zum Großteil wegen mir nach Deutschland gekommen ist, um mir eine bessere Zukunft zu ermöglichen."

Ali Jelveh sagt: "All das, was ich in Deutschland mittlerweile geschafft habe, habe ich nur geschafft, weil meine Mutter dieses große Risiko eingegangen ist."

"Wir sind Rebellen" <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/start-ups-fluechtlingskinder-mischen-deutschland-auf-a-1028973.html>

"Wir mussten in Deutschland neu starten", erzählt die 19-jährige Aya Jaff. "Wenn ich jetzt sehe, was wir geschafft haben und welche Chancen ich in Deutschland habe - egal was noch passiert, ob ich irgendwann einmal ein Start-up an die Wand fahre oder nicht, es gibt immer einen Weg, wenn man nicht aufgibt."

Zusammengefasst: Migranten machen sich häufiger selbstständig als Herkunftsdeutsche. Manche Flüchtlinge scheinen die Risikobereitschaft ihrer Eltern zu übernehmen: Die Eltern haben alles hinter sich gelassen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Kinder wollen diesen Traum erfüllen.

**Load-Date:** June 10, 2015

---

End of Document

[Nur weg aus Idomeni; http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-reportage-ueber-den-fluchtversuch-hunderter-migranten-a-1082342.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-reportage-ueber-den-fluchtversuch-hunderter-migranten-a-1082342.html)

SPIEGEL ONLINE

15. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 892 words

**Byline:** Giorgos Christides

**Highlight:** 09:44:00 Ihr Schleichweg führte über Matschfelder durch einen reißenden Fluss: Hunderte Flüchtlinge sind von Idomeni nach Mazedonien vorgedrungen. Bis bewaffnete Soldaten sie aufhielten.

## Body

---

"Nicht einen Schritt weiter", ruft der mazedonische Soldat zu Iman hinüber. "Hier ist Mazedonien", erklärt der große, breitschultrige Mann. Seine Waffe deutet auf die Stelle, an der Griechenland endet und Mazedonien beginnt. Er und seine Einheit haben klare Anweisungen: Iman und die anderen Flüchtlinge stoppen.

Iman, eine Syrierin, Mitte dreißig, gehorcht. Sie bleibt auf der griechischen Seite des matschigen Feldes stehen. Sie wird dort die Nacht verbringen, zusammen mit Hunderten anderen Migranten. Sie alle hatten am Montag versucht, zu entkommen. Sie wollten nur noch fort aus jener griechischen Zeltstadt kurz vor der Grenze, in der bis zu 12.000 Menschen unter armseligen Bedingungen ausharren und deren Name zum Sinnbild der humanitären Krise geworden ist. Fort aus Idomeni.

Am Sonntag hatte die griechische Regierung Flugblätter verteilt, die die Flüchtlinge anwiesen, das überfüllte Zeltlager aufzugeben und nach Süden zu gehen, in andere Lager, in denen es geordneter zugehen soll. Doch so sehr sich die meisten Migranten auch wünschten, Idomeni zu verlassen: Die wenigsten hörten auf Athen. Nach Süden will niemand, nur nach Norden.

Am Montag machte ein weiterer Flyer die Runde - unterzeichnet ausgerechnet von einem "kommando norbert blüm". Darin war ein Weg eingezeichnet, wie die Migranten den mazedonischen Zaun meiden und über Umwege doch noch über die Grenze kommen könnten. Am Mittag machten sich Hunderte Migranten auf die Suche.

Männer, Frauen, Kinder, Rollstuhlfahrer, Babys in Kinderwagen, Familien, die ihre Habe bei sich trugen: Sie alle machten sich auf den Weg, auf matschigen Straßen, stundenlang. Nahe des Dorfes Hamilo spannten sie ein Seil über einen stark angeschwollenen Fluss und überquerten ihn. Einige Kilometer weiter erreichten sie ihr Ziel: einen Teilabschnitt der griechisch-mazedonischen Grenze, einen der wenigen Übergänge, an denen bislang noch kein Zaun steht.

Nur weg aus Idomeni <http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-reportage-ueber-den-fluchtversuch-hunderter-migranten-a-1082342.html>

Die erste Gruppe schaffte es nach Mazedonien, wurden dann aber von Sicherheitskräften aufgegriffen und zurückgebracht. Weitere Ankömmlinge wurden direkt am Übergang aufgehalten, von Soldaten, die Mazedonien hastig zur Grenze schickte. Dort, wo keine Zäune stehen, halten nun Waffen die Flüchtlinge zurück.

Iman ist mit ihrem Mann und zwei ihrer Kinder hier. Zwei weitere sind schon in Deutschland. Sie ist fassungslos: "Warum dürfen wir nicht durch?", fragt sie. Iman weiß noch nicht, dass die Balkanroute dicht ist. Sie will nicht glauben, dass sie vielleicht permanent geschlossen bleibt. Sie will nicht zurück nach Idomeni. "Wir werden sterben, wenn wir dort bleiben", sagt sie.

Im Video: Dramatische Szenen an Grenzfluss bei Idomeni

Drei Migranten sind bereits tot. Sie ertranken, als sie versuchten, den angeschwellenen Grenzfluss zu durchqueren. Ihr Tod überraschte niemanden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis in Idomeni so etwas passieren musste. Alle wussten das, die Polizisten, die Helfer, die Journalisten. Die Frage war nur, ob der Tod der ersten Flüchtlinge durch Krankheit verursacht werden würde - oder durch einen Akt der Verzweiflung. Das Letztere war der Fall.

Weder die Nachrichten über die Ertrunkenen noch über die Präsenz der Soldaten schreckten die Nachzügler ab. Montag gegen Mitternacht, in einer dunklen, sternlosen Stunde, klammerten sich drei weitere Familien an das Seil im reißenden Fluss und machten sich auf den Weg Richtung Mazedonien. Ein spanischer Helfer unterstützte sie bei der Überquerung. "Wir sagten ihnen, dass sie nicht nach Mazedonien können", berichtet der Mann. "Sie wollten trotzdem weiter."

Die griechische Regierung hält sich aus all dem weitgehend heraus. Sie weigert sich, die Existenz von Idomeni durch verstärkte staatliche Präsenz zu legitimieren. Eine Handvoll überforderter Polizisten und Grenzwächter sind die einzigen staatlichen Repräsentanten hier. Hinzu kommen einige mobile medizinische Einheiten. Würden Nichtregierungsorganisationen die Flüchtlinge nicht mit allem versorgen: Die humanitäre Lage sähe noch weit desaströser aus.

Die Rolle der griechischen Regierung in der Flüchtlingskrise hat sich bemerkenswert gewandelt. Vor Kurzem noch war sie dafür geschmäht worden, dass sie die Grenze zur Türkei nicht genug gegen den Flüchtlingsstrom sichern würde. Seit Österreich und die Balkanstaaten zur Blockade rufen, schlägt Athen eine Welle der Sympathie entgegen: Griechenland gilt nun als Staat, der es tapfer mit einer doppelten Krise aus Schulden und Migranten aufnimmt.

Und dennoch: Die Lage in Idomeni offenbart auch das Versagen der griechischen Behörden. Vergangene Nacht schien es kurz so, als würde Athen endlich eingreifen. Premier Alexis Tsipras berief ein Krisentreffen mit seinen Ministern ein, um die Lage in Idomeni zu besprechen. Doch auch dieses Treffen blieb ohne Ergebnis. Tsipras wiederholte nur seinen Aufruf, die Flüchtlinge sollten Idomeni verlassen und an anderen Orten Zuflucht suchen. Es war dieselbe Strategie, die bislang so spektakulär gescheitert ist.

Am Dienstagfrüh war zunächst unklar, ob Griechenland die Geflohenen, die es aus Idomeni bis nach Mazedonien geschafft hatten, wieder zurücknehmen wird. Am Vormittag meldete die mazedonische Polizei der Nachrichtenagentur Reuters zufolge, man habe 600 Menschen zurück über die Grenze geschafft.

Übersetzung aus dem Englischen: Stefan Schultz

**Load-Date:** March 15, 2016

**Dresdner verhindern Einrichtung eines Flüchtlingsheims;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingsheim-a-1012846.html>**

SPIEGEL ONLINE

14. Januar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 767 words

**Highlight:** 94 Flüchtlinge sollten im Hotel "Prinz Eugen" im Dresdner Stadtteil Laubegast untergebracht werden. Nun macht der Eigentümer einen Rückzieher: Er war in sozialen Netzwerken bedroht worden, sein Hotel wurde mit feindlichen Sprüchen beschmiert.

## Body

---

Dresden - Bewohner des Dresdner Stadtteils Laubegast haben die Einrichtung eines Asylbewerberheims verhindert. Der Eigentümer des Hotels habe sein Angebot "überraschend zurückgezogen", teilte die Stadt Dresden mit. Begründet habe er seine Entscheidung mit dem "massiven Widerstand der Bevölkerung".

Der Mann war in sozialen Netzwerken bedroht worden, die Wände des Hotels wurden mit asylkritischen Sprüchen beschmiert.

In das Hotel "Prinz Eugen" sollten bis zu 94 Flüchtlinge einziehen. Die Plätze seien fest eingeplant gewesen, sagte der für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständige Sozialbürgermeister Martin Seidel: "Der Rückzug stellt uns vor eine schwierige Situation. Kurzfristig realisierbare Alternativen gibt es nicht, auch wenn das von einzelnen Stadtratsfraktionen immer behauptet wurde."

In Dresden leben derzeit 2093 Asylbewerber (Stand 30. Dezember). Die Stadt rechnet damit, dass in diesem Jahr rund 1740 Flüchtlinge dazukommen.

Der Stadtrat hatte den Standort des Übergangwohnheims am 11. Dezember per Beschluss bestätigt, kurz vor Weihnachten gab die Bauaufsicht grünes Licht. Die Stadtteilinitiative "MeinLaubegast.de" hatte darauf hin eine Petition im Internet gegen die Umwidmung des Hotels durchführt: 5700 Menschen hatten unterschrieben, die Hälfte der Unterzeichner stammte nach Angaben der Gegeninitiative "Laubegast ist bunt" nicht aus Dresden.

Die Petition listet sechs "formelle Bedenken", vier "politische und geopolitische Bedenken" und sieben "inhaltliche Bedenken" gegen das Flüchtlingsheim auf. Unter anderem wird beklagt, dass in dem Heim offenbar alleinstehende Männer untergebracht werden sollten: "Das Konfliktpotenzial steigt damit überproportional an." Der Wahlkreis Leuben/Laubegast sei zudem ein "politisches Risikogebiet": Er habe die zweithöchste NPD-Wahlerrate und sei damit "prädestiniert für Konflikte".

Dresdner verhindern Einrichtung eines Flüchtlingsheims [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingshe....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingshe...)

Weiter heißt es, die Stadt Dresden wolle den Asylsuchenden angemessene Unterkünfte zur Verfügung stellen: "Intransparent ist, wer die Angemessenheit definiert hat und wie diese genau beschrieben ist. Das Ziel der Angemessenheit scheint die Landeshauptstadt Dresden mit der Zurverfügungstellung eines 4-Sterne-Hotels mit Raumgrößen von 33-40 qm aber deutlich zu überschreiten."

Zudem gebe es in Laubegast "keinerlei Freizeitbeschäftigungsmöglichkeiten". Trotzdem verirren sich offenbar immer wieder Touristen in den Stadtteil - die Initiative befürchtet jedenfalls, dass "der Grad an touristischer Nutzung" sinken würde, sollte das Hotel in Zukunft Flüchtlinge statt Hotelgäste beherbergen.

Die Stadt Dresden hatte die Stadtteilinitiativen für den 13. Januar zu einem Runden Tisch eingeladen, um das Konzept für das Heim zu erörtern. Dieses Treffen fällt aber aus. "Im Moment ist für solch eine Runde die Grundlage entfallen", so Seidel. "Wir werden natürlich nochmals den Kontakt zum Eigentümer suchen. Schließlich haben beide Vertragspartner bereits viel Zeit und Geld in das Projekt investiert. Viel Hoffnung habe ich aber nicht." Eine von den Bürgern geforderte Einwohnerversammlung wollte Seidel nicht abhalten.

Wegen dieser Absage gab es eine zweite Petition, die dafür plädierte, eine Einwohnerversammlung einzuberufen. Diese Petition unterstützen beide Bürgerbewegungen, "MeinLaubegast.de" und die Gegenbewegung "Laubegast ist bunt". "Wir setzen uns für Flüchtlinge ein", sagt Claus Dethleff, Koordinator von "Laubegast ist bunt", "wir wollen bei einer Einwohnerversammlung mit den Gegnern des Flüchtlingsheims ins Gespräch kommen."

Jens Hoffsommer, migrationspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Stadtrat, kritisiert in der "Leipziger Volkszeitung" die Entscheidung des Besitzers: "Es ist kein gutes Signal, dass verantwortungsvolle Bürger auf Grund von Druck und Angst ihre Unterstützung zurückziehen." Gerade vor dem Hintergrund der Pegida-Bewegung müsse die Gesellschaft positive Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz setzen.

Am vergangenen Montag haben in Dresden an der Pegida-Kundgebung 25.000 Menschen teilgenommen, so viele wie noch nie.

Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Fassung des Textes hieß es, die Bürgerinitiative "Laubegast ist Bunt" habe gemeinsam mit der Initiative "MeinLaubegast.de" eine Petition gegen das Flüchtlingsheim in Laubegast eingereicht. Dies ist falsch. Die Initiative "MeinLaubegast.de" hat diese Petition initiiert, die Bürgerinitiative "Laubegast ist Bunt" hat diese Petition stets abgelehnt und tut dies auch weiterhin. Wir haben den Fehler korrigiert und bitten, ihn zu entschuldigen.

vet

**Load-Date:** January 14, 2015

## *Laut de Maizière war jeder Dritte ein Straftäter*

SPIEGEL ONLINE

15. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 476 words

**Byline:** Christian Teevs

**Highlight:** Die Sammelabschiebung von 34 Afghanen stößt auf heftige Kritik der Opposition. Innenminister Thomas de Maizière verteidigt die Aktion: Ein Drittel der abgelehnten Asylbewerber seien verurteilte Kriminelle.

### **Body**

---

Nach einem Nachtflug sind 34 abgelehnte afghanische Asylbewerber in Kabul angekommen. Laut Innenminister Thomas de Maizière (CDU) handelt es sich bei einem Drittel der Personen um Straftäter. Sie seien wegen Vergehen wie Diebstahl, Raub, Drogendelikten, Vergewaltigung und Totschlag verurteilt worden, sagte de Maizière in Berlin.

Teilweise seien die Männer direkt aus der Haft heraus abgeschoben worden. Unter ihnen seien keine freiwillig Ausreisenden gewesen. Die Lage für sie sei in Afghanistan "hinreichend sicher".

Nach Angaben von de Maizière war ursprünglich die Abschiebung von 50 Personen geplant. 16 Asylbewerber seien vor dem Charterflug abgetaucht. Abgeschoben wurden ausschließlich Männer, sagte der Minister. Dies schließe aber nicht aus, dass bei weiteren ähnlichen Flügen auch Frauen oder Familien betroffen sein könnten. Freiwillige Rückreisen würden wöchentlich organisiert, sagte de Maizière.

Abschiebungen nach Afghanistan sind umstritten, weil es in weiten Teilen des Landes Kämpfe zwischen Regierungstruppen und radikalislamischen Taliban gibt und es immer wieder zu Anschlägen kommt. Linken-Parteichefin Katja Kipping forderte, die Planungen für weitere Sammelabschiebungen sofort zu stoppen. Sie seien "menschenrechtswidrig". In ganz Afghanistan herrsche Bürgerkrieg.

Auch Grünen-Politiker wandten sich gegen die Sammelabschiebungen. "Ich halte diese Politik für grundweg falsch", sagte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen in Nordrhein-Westfalen, Monika Dürer, dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

"Wenn ich keine Arbeit finde, muss ich wieder fliehen"

Das Flugzeug mit den abgelehnten Asylbewerbern war um kurz nach 5 Uhr (Ortszeit) in der afghanischen Hauptstadt Kabul gelandet. Dort wurden sie laut de Maizière von der Polizei, Vertretern der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des afghanischen Flüchtlingsministeriums und Mitarbeitern der deutschen Botschaft empfangen.



Laut de Maizière war jeder Dritte ein Straftäter

Die Stimmung war gedrückt. Babur Sedik sagte, er habe vier Jahre in Deutschland verbracht, sei aber nie über Flüchtlingsheime oder Lager hinausgekommen. Er wisse nicht, wie es jetzt weitergehe. Der 22-Jährige stammt aus der Provinz Kabul, die vergleichsweise sicher ist. "Aber wenn die Sicherheitslage sich nicht verbessert und ich keine Arbeit finde, habe ich keine andere Wahl. Dann muss ich wieder versuchen, zu fliehen. Oder ich muss nach Pakistan oder ein anderes Land gehen."

Der 22-jährige Rahmat Khan, der aus der umkämpften ostafghanischen Provinz Paktia geflohen war, sagte, dorthin könne er nicht wieder zurück. Überall seien dort die Taliban. Er habe fünf Jahre in Deutschland verbracht, zuletzt als Kellner gearbeitet, habe die Sprache gelernt. "In Deutschland wollte ich an einer besseren Zukunft für meine Familie arbeiten", sagte er. Was jetzt komme oder wohin er gehe, wisse er nicht.

cte/dpa

**Load-Date:** December 15, 2016

---

End of Document

## Warum jetzt wieder viele Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken

SPIEGEL ONLINE

18. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 837 words

### Body

---

Dieser Beitrag wurde am 18.04.2016 auf bento.de veröffentlicht.

Im südlichen Mittelmeer hat sich offenbar **wieder ein Flüchtlingsunglück** ereignet. Und wieder sollen Hunderte **Flüchtlingeertrunken** sein. Nach Angaben der italienischen Küstenwache sind **mehr als 300 Flüchtlinge umgekommen**, die in mindestens vier Booten auf dem Weg von Ägypten in Richtung Europa waren. Ägyptische Medien berichten von bis zu 400 Opfern. (SPIEGEL ONLINE)

Das Unglück erinnert an eine Katastrophe vor genau einem Jahr: **Damals waren 800 Migranten vor der libyschen Küste ertrunken**. Sie waren in einem Schmugglerboot eingeschlossen, das Leck schlug und sank.

Wie konnte es erneut zu so einem Unglück kommen?

Tausende Flüchtlinge versuchen jeden Monat, **aus Nordafrika und der Türkei mit Booten nach Europa** zu kommen. Für Schmuggler ein riesiges Geschäft: Zwischen **drei bis sechs Milliarden Euro** setzen kriminelle Banden nach Schätzung der europäischen Polizeibehörde Europol allein 2015 mit Menschenhandel um (Europol).

Im Auftrag der Europäischen Union ist die Grenzschutzagentur Frontex damit betraut, das Mittelmeer nach Flüchtlingsbooten abzusuchen und die Außengrenzen zu sichern. Bis 2014 gehörte es zur Aufgabe von Frontex, gekenterte Boote **auf offener See** zu bergen und die Flüchtlinge zu retten. Die Mission hieß "**Mare Nostrum**", lateinisch für "Unser Meer", ein alter Name für das Mittelmeer. Mittlerweile sichert Frontex auf EU-Geheiß **nur noch europäische Küstenabschnitte** es gibt also keine Hilfe mehr für Flüchtlinge, die auf offener See kentern.

Die Idee dahinter: **Flüchtlinge sollten so abgeschreckt werden, überhaupt die Überfahrt zu wagen**. Wer allerdings um sein Leben fürchtet oder Hunger leidet, lässt sich auch von EU-Sparmaßnahmen nicht abhalten. Eine Studie des Goldsmith College in London kommt zu dem Schluss, dass die EU-Politiker dies auch wissen. In einem internen Bericht warnte Frontex, dass der Abzug der maritimen Unterstützung, **"höchstwahrscheinlich in einer höheren Zahl an Todesopfern resultiert"**. (Studie bei Goldsmith)

"It has to be stressed that the withdrawal of naval assets from the area, if not properly planned and announced well in advance, would likely result in a higher number of fatalities."

Wie viele Flüchtlinge ertrinken jährlich im Mittelmeer?

## Warum jetzt wieder viele Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken

Je länger die Bürgerkriege in Syrien und Libyen andauern und je verheerender die Hungersnöte in Somalia und Eritrea sind, desto mehr Flüchtlinge versuchen, nach Europa zu gelangen. 2014 starben nach Angaben der **International Organization for Migration (IOM)** knapp 3300 Flüchtlinge auf See, im Folgejahr waren es 3770. **2016 sind bislang mehr als 1100 Flüchtlinge ertrunken.** (IOM)

In die deutschen Medien schaffen es **vor allem schwere Schicksalsschläge**, bei denen mehrere Hundert Flüchtlinge ertrinken. Tatsächlich berichten die libyschen oder ägyptischen Medien jedoch **beinahe täglich von gekenterten Flüchtlingsbooten mit Toten**.

Welche Flüchtlingsrouten gibt es?

**Es gibt drei gängige Routen, um nach Europa zu kommen:** Die Westroute von Marokko und Algerien nach Spanien, die Zentralroute von Tunesien, Libyen und Ägypten nach Italien sowie die Ostroute von der Türkei nach Griechenland. **Die meisten Flüchtlinge sterben auf der Zentralroute es ist die gefährlichste Route**, weil hier die meisten Seemeilen zwischen Afrika und den europäischen Landungsstellen liegen. **2016 sind laut IOM bereits mehr als 700 Menschen auf der Zentralroute ertrunken.** (IOM)

Warum kam es gerade jetzt wieder zu so vielen Toten?

Zynisch formuliert: **Die Saison ist eröffnet.** Im Herbst und Winter setzen weniger Flüchtlingsboote über, die See im Mittelmeer ist rauer. Ab April nimmt die Anzahl der Überfahrten wieder zu, und damit auch die Zahl der Unfälle. Erst nach Oktober gehen die Überfahrten merklich zurück. (Zahlen des UNHCR)

Aber auch ein **politischer Faktor** spielt eine Rolle: Die EU hatte jüngst einen **Flüchtlingsdeal mit der Türkei** ausgehandelt, der Migranten, die von der Türkei nach Griechenland fliehen, dorthin zurückbringt. **Damit wollte die EU Migrationsströme an der Ostroute unterbinden.**

Im Resultat versuchen nun wieder mehr Flüchtlinge auf anderen Wegen nach Europa zu kommen. Syrer und Afghanen schlagen sich nach Ägypten durch, Afrikaner nach Libyen. Libyen ist als Staat gescheitert, ein Bürgerkrieg macht die Lage im Land unübersichtlich. Schmuggler bewerben bereits die neuen Routen in sozialen Netzwerken (SPIEGEL ONLINE), der ägyptische Präsident hofft bereits auf EU-Gelder und einen ähnlichen Deal wie die Türkei (Middle East Eye).

**Von dort hoffen sie dann, die mehrere hundert Kilometer Seeweg nach Italien zu schaffen.** IOM sieht für die Aprilwochen bereits einen **Anstieg der Flüchtlingszahlen von mehr als 400 Prozent**, für Griechenland hingegen gehen die Zahlen zurück (IOM). Dabei war die Route sehr viel sicherer: Griechische Inseln wie Samos oder Kos sind nur ein bis vier Kilometer von der Türkei entfernt.

Quellen

**Migrant smuggling in the EU (Europol)** **Data of Missing Migrants 2014-2016** (IOM) **Migration Flows Europa** (IOM) **Refugees/Migrants Emergency Response - Mediterranean** (UNHCR)

**Load-Date:** September 29, 2020

## Flüchtlinge wehren sich gegen Räumung

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 506 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Am Montagmorgen soll die Auflösung des Flüchtlingslagers in Calais beginnen. Mit Flugblättern und Gesprächen bereiten Behörden die Bewohner vor - doch es gibt Widerstand.

### Body

---

In dem als "Dschungel" bekannten Flüchtlingslager im nordfranzösischen Calais haben die Vorbereitungen für die Räumung begonnen. Am Sonntag verteilten Behördenvertreter Flugblätter, mit denen Tausende Bewohner aufgefordert wurden, ihre Sachen zu packen und sich am Montag um 8 Uhr an einem Sammelpunkt einzufinden.

Die überwiegend aus Afghanistan, dem Sudan und Eritrea stammenden Flüchtlinge sollen auf etwa 160 Aufnahmезentren in ganz Frankreich verteilt werden. Dort sollen sie einen Asylantrag stellen können. Die improvisierte Zelt- und Hüttenstadt in Calais soll abgerissen werden.

"Wir müssen einige Menschen noch davon überzeugen, die Unterbringung zu akzeptieren und ihren Traum von Großbritannien aufzugeben", sagte Didier Leschi von der französischen Einwanderungsbehörde der Nachrichtenagentur AFP. "Das wird der schwierigste Teil sein." Mitarbeiter der Asylbehörde versuchten die Bewohner davon zu überzeugen, dass Calais "eine Sackgasse" sei, sagte Behördenchef Pascal Brice. Er versprach eine schnelle Bearbeitung der Asylanträge.

Insgesamt soll die Räumung nach Angaben der Präfektur eine Woche dauern. Aus Sorge vor gewaltsamem Widerstand sollen 1250 Polizisten im Einsatz sein. In der Nacht zum Montag kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen Migranten und Sicherheitskräften. Bereits in der Nacht zuvor hatte es Ausschreitungen gegeben. Aus einer Gruppe von mehreren Dutzend Menschen flogen Steine auf Polizisten, die dann Tränengas einsetzten.

Video : Krawalle im französischen Flüchtlingscamp

Einige afghanische Flüchtlinge kündigten am Sonntag Widerstand gegen die Räumung an. "Sie müssen uns zwingen, zu gehen", sagte der Afghane Karhasi gegenüber AFP. "Wir wollen nach Großbritannien." Andere Bewohner äußerten sich positiver. "Man weiß nie, der Abriss kann auch etwas Gutes haben", sagte der Sudanese Faisal al-Adschar. "Alle wissen, dass es vorbei ist", sagte Hammudi aus dem syrischen Aleppo. "Heute ist der letzte Tag des 'Dschungels'."

## Flüchtlinge wehren sich gegen Räumung

Insgesamt halten sich im "Dschungel" nach offiziellen Schätzungen etwa 6400 Menschen auf, Hilfsorganisationen gehen sogar von mehr als 8100 Bewohnern aus. Die meisten von ihnen wollen weiter nach Großbritannien, wo viele von ihnen Kontakte haben. Immer wieder versuchen Flüchtlinge, auf Fähren über den Ärmelkanal oder durch den Eurotunnel heimlich nach Großbritannien zu gelangen.

Die französischen Behörden wollten das Lager schon seit geraumer Zeit auflösen. Hilfsorganisationen versuchten dies mit juristischen Mitteln zu verhindern, doch ein Verwaltungsgericht gab am Dienstag grünes Licht für die Räumung.

Ein spezielles Verfahren gibt es für Minderjährige, die sich ohne Verwandte in dem Camp aufhalten. Sie können zunächst in Containern in Calais bleiben. Bei Kindern, die Angehörige in Großbritannien haben, pocht Frankreich auf eine Familienzusammenführung. Allein in der vergangenen Woche sind nach Angaben der Präfektur fast 200 Minderjährige im Rahmen der Kooperation mit London nach Großbritannien gelangt.

aar/AFP/dpa

**Load-Date:** October 24, 2016

---

End of Document

[44 Unionsabgeordnete gegen Merkel;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-44-  
unionsabgeordnete-unterschreiben-merkel-brief-a-1072732.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-44-unionsabgeordnete-unterschreiben-merkel-brief-a-1072732.html)

SPIEGEL ONLINE

19. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 521 words

**Highlight:** Der Brandbrief ist zugestellt: 44 Parlamentarier der Union fordern in einem Schreiben an Angela Merkel einen Kurswechsel in der **Flüchtlingspolitik**. Tatsächlich sei die Zahl der Unterstützer noch höher, sagen die Initiatoren.

## Body

---

Tagelang wurde über die Form des Protests gestritten, jetzt soll der Brandbrief im Kanzleramt eingegangen sein. Am Dienstag wurde Angela Merkel ein fünfseitiges Schreiben mit 44 Unterschriften aus der Unionsfraktion zugestellt. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur in Berlin. Die Parlamentarier fordern die Regierungschefin darin auf, ihre **Flüchtlingspolitik** zu korrigieren.

"Wir erwarten wie in früheren Fällen innerhalb einer Woche eine Antwort der Bundeskanzlerin", sagte einer der Initiatoren der Nachrichtenagentur Reuters.

Tatsächlich soll die Zahl derer, die einen Kurswechsel Merkels fordern, deutlich höher sein als die Zahl der Unterzeichner. Insgesamt unterstützten rund hundert Unionsabgeordnete die Forderung nach strikter Anwendung des Dublin-Abkommens, hieß es bei den Initiatoren. Das wäre rund ein Drittel der Fraktion.

Die Rechnung geht so: Beim aktuellen Brief an Merkel habe man bewusst nur drei CSU-Abgeordnete unterschreiben lassen, der Rest seien alles CDU-Parlamentarier, heißt es. Aber: Die 56 Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Bundestag hatten bereits auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth einen Kurswechsel und ein entschiedeneres Zurückweisen von Flüchtlingen und Migranten an der deutsch-österreichischen Grenze gefordert. Demnach könnten dort auch Bürgerkriegsflüchtlinge zurückgewiesen werden, weil sie einen Asylantrag in dem ersten EU-Staat hätten stellen müssen, das sie betreten.

Zählt man die gesamte CSU-Landesgruppe und die Gruppe der Unterzeichner des Merkel-Briefes zusammen, kommt man auf mehr als hundert Kritiker.

Zu den Unterzeichnern des Briefs aus der Fraktion gehören etwa der innenpolitische Sprecher der Union, Stephan Mayer (CSU), aber auch die Innenpolitiker Clemens Binniger, Armin Schuster oder Wolfgang Bosbach. Auch mehrere CDU-Wirtschaftspolitiker haben unterschrieben, darunter der Vorsitzende des Parlamentskreises

44 Unionsabgeordnete gegen Merkel <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-44-unionsabgeordnete-unterschreiben-merkel-brief-a-1072732.html>

Mittelstand, Christian von Stetten, als einer der Initiatoren des Briefes sowie Carsten Linnemann, der Vorsitzende der Unions-Mittelstandsvereinigung (MIT).

Im Brief der Merkel-Kritiker heißt es: "Wir stehen vor einer Überforderung unseres Landes. Deshalb halten wir eine Änderung der derzeitigen Zuwanderungspraxis (...) durch die Rückkehr zur strikten Anwendung des geltenden Rechts für dringend geboten."

Bei ihrem Besuch am Mittwoch in Kreuth erhält Merkel auch einen Brief von mehr als 30 CSU-Landtagsabgeordneten. Darin fordern sie neben der Korrektur der Flüchtlingspolitik eine Obergrenze für die Zuwanderung. "Mehr als 200.000 Zuwanderer pro Jahr - seien es Bürgerkriegsflüchtlinge oder Asylsuchende - kann Deutschland nicht verkraften", heißt es in dem Schreiben. "Wir haben die große Befürchtung, dass ohne eine schnelle Begrenzung in 2016 noch weit mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden als im Jahr 2015." Das Schreiben liegt SPIEGEL ONLINE vor.

Mehrfach hatte die Kanzlerin Fraktion und Partei zuletzt um mehr Zeit gebeten, um ihre Pläne für eine internationale Lösung der Flüchtlingskrise umzusetzen. Der Bundesparteitag Mitte Dezember und auch der CDU-Vorstand bei seiner Klausurtagung Anfang Januar gaben ihr dafür Rückendeckung.

**Load-Date:** January 19, 2016

---

End of Document

**Polizei muss Flüchtlingsheim in Freital beschützen;**  
**<http://spiegel.de/politik/deutschland/freital-polizei-muss-fluechtlingsheim-vor-pegida-protest-schuetzen-a-1040341.html>**

SPIEGEL ONLINE

24. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 522 words

**Byline:** syd/dpa

**Highlight:** In Freital bei Dresden protestieren seit Wochen Menschen gegen eine Flüchtlingsunterkunft. Nun werden weitere Asylbewerber in einem ehemaligen Hotel untergebracht. Unterstützer fürchten Übergriffe von Pegida-Anhängern auf die Ausländer.

## Body

---

Die Stimmung im sächsischen Freital ist gereizt. Seit Wochen demonstrieren Anwohner und rechte Gruppen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in dem ehemaligen Hotel Leonardo. Bisher hatte der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge dort etwa hundert Asylbewerber untergebracht, nun sollen in dem Gebäude zusätzlich bis zu 280 Plätze für die Erstaufnahme von Asylbewerber eingerichtet werden.

Seither marschieren jeden Abend Asylgegner vor dem Heim auf. Etwa 200 waren es am Montagabend, gut 80 am Dienstag. Aus ihren Reihen seien vereinzelt Eier geworfen worden, teilte die Polizei mit. Freital bei Dresden, Wohnort des Pegida-Gründers Lutz Bachmann, gilt als Hochburg der selbst ernannten "Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes". Bachmann selbst hatte zu den Protesten aufgerufen. "Das muss ein Ende haben! Auf die Straße Leute! Wehrt Euch!", forderte Bachmann in einem Facebook-Eintrag.

Etwa 200 Menschen stellten sich nach Angaben der Polizei am Dienstag dem Protest entgegen und riegelten die Unterkunft ab. Die Polizei trennte beide Gruppen, die sich immer wieder lautstark gegenseitig als "Nazis" oder "Linksfaschisten" beschimpften.

Am späten Abend zogen sich die Gegner der Flüchtlingsunterkunft zurück. Auch die Gegendemonstration löste sich größtenteils auf. Nur eine Handvoll Menschen blieb am Heim zurück, um es nach eigenen Angaben gegen Angriffe "der Rechten" zu schützen.

"Der Einsatz wurde um 0.45 Uhr beendet", sagte ein Polizeisprecher. Dennoch werde man rund um die Uhr vor der Unterkunft präsent bleiben, um Zwischenfälle zu verhindern. Für Mittwoch und Donnerstag wurden weitere Versammlungen rund um das Wohnheim angemeldet.

Kritik an Innenminister Ulbig



Polizei muss Flüchtlingsheim in Freital beschützen <http://spiegel.de/politik/deutschland/freital-polizei-muss-fluechtlingsheim-vor-pegida-protest-schuetzen-a-10....>

Politiker von Linken, SPD und Grünen äußerten sich besorgt über die Proteste. Besonders erschreckend sei die Stimmungsmache, die die Organisatoren von Pegida in Freital betreiben würden, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen, Henning Homann.

Linke und Grüne warfen der schwarz-roten Staatsregierung Missmanagement vor. CDU-Innenminister Markus Ulbig habe die Erstaufnahme nicht im Griff und gefährde Flüchtlinge, sagte die Linken-Migrationsexpertin Juliane Nagel. Ulbig wies die Vorwürfe zurück.

Die Landesdirektion will das Freitaler Hotel als Zwischenlösung für die Erstaufnahme von Flüchtlingen nutzen. Mit der Belegung der 280 Plätze könnten die umstrittenen Zelte, die in der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz errichtet worden seien, Zug um Zug wieder abgebaut werden, hieß es.

Schon seit Anfang März fänden jeden Freitag rassistische Aufmärsche gegen die Unterkunft statt, sagte die örtliche Linken-Wahlkreisabgeordnete Verena Meiwald. Die Wahl der Stadt als Standort für die Erstaufnahme zeige, wie wenig sensibel das Innenministerium vorgehe.

Ulbig rechtfertigte die Unterbringung: "Mit der Einquartierung in Freital können Flüchtlinge aus Zelten herausgebracht werden", sagte der Minister. "Ausländerfeindliche oder populistische Parolen Einzelner dürfen nicht die Verantwortung unserer Gesellschaft für eine vernünftige und anständige Unterbringung infrage stellen."

syd/dpa

**Load-Date:** June 24, 2015

---

End of Document

[Hilfsorganisationen ziehen Mitarbeiter aus Idomeni ab;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-idomeni-  
hilfsorganisationen-ziehen-mitarbeiter-ab-a-1083822.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-idomeni-hilfsorganisationen-ziehen-mitarbeiter-ab-a-1083822.html)

SPIEGEL ONLINE

23. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 261 words

**Byline:** als/dpa

**Highlight:** 13:56:07 Neue Spannungen im überfüllten Flüchtlingslager Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze: Aus Angst vor Gewaltakten von Migranten haben Hilfsorganisationen einen Teil ihrer Mitarbeiter aus dem Camp abgezogen.

## Body

---

Rund 13.000 Menschen harren seit Wochen in der griechischen Grenzstadt Idomeni in einem Flüchtlingscamp aus. In dem überfüllten Lager nehmen die Spannungen zu. Aus Furcht vor Gewaltakten wütender Migranten haben die meisten humanitären Organisationen deshalb einen Teil ihrer Mitarbeiter in der Nacht zum Mittwoch aus dem Lager abgezogen. Das teilte Babar Baloch, ein Sprecher des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR mit.

Aufgebrachte Flüchtlinge hatten sich am Dienstag geweigert, das Abendessen zu sich zu nehmen. Sie hinderten außerdem andere Menschen daran, es sich zu holen. "Wenn wir hier nicht wegkommen, dann wollen wir hier alle sterben", sagten sie Reportern vor Ort.

"Die Menschen hier tun sich aus lauter Verzweiflung selbst Schlechtes an", sagte der UNHCR-Sprecher, der Deutschen Presse-Agentur. Insassen des Camps forderten am Mittwoch erneut laustark die Öffnung der mazedonischen Sperranlagen. Dutzende Migranten blockierten die Eisenbahntrasse zwischen Griechenland und Mazedonien, wie das Staatsfernsehen ERT berichtete. Die meisten von ihnen wollen weiter Richtung Norden, überwiegend nach Deutschland.

Die Flüchtlinge weigern sich auch, in andere, besser ausgestattete Lager zu gehen. Griechische Bahnen brachten derweil alte Schlafwagenwaggons nach Idomeni, um rund 250 Menschen einen Schlafplatz im Trockenen zu bieten.

Aus Protest gegen die Schließung der Balkanroute hatte sich am Dienstagnachmittag ein Mann in dem Flüchtlingslager mit Benzin begossen und selbst angezündet. "Der Mann ist außer Lebensgefahr", sagte Baloch.

als/dpa

Hilfsorganisationen ziehen Mitarbeiter aus Idomeni ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-idomeni-hilfsorganisationen-ziehen-mitarbeiter-ab-a-....>

**Load-Date:** March 23, 2016

---

End of Document

[Polizei setzt Blendgranaten und Tränengas ein;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-polizei-setzt-  
blendgranaten-gegen-fluechtlinge-ein-a-1051410.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-polizei-setzt-blendgranaten-gegen-fluechtlinge-ein-a-1051410.html)

SPIEGEL ONLINE

04. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 385 words

**Byline:** ler/dpa/AFP

**Highlight:** Auf mehreren griechischen Inseln eskaliert die Lage in der Flüchtlingskrise. Es gibt Schlägereien und Rangeleien, um auf Fähren zu gelangen. In Ungarn gehen die Behörden rabiat gegen Migranten vor.

## Body

---

Auf den griechischen Inseln Lesbos und Kos warten Tausende Migranten auf ihre Abreise Richtung Festland. Die Lage ist seit Wochen katastrophal, viele Flüchtlinge sind nicht ausreichend versorgt. Es fehlt an Unterkünften und Lebensmitteln für die Gestrandeten, von denen viele im Freien schlafen. Jetzt kam es zu Rangeleien und Schlägereien. Auf Lesbos setzte die Polizei am Morgen Blendgranaten ein, um rund tausend aus Afghanistan stammende Flüchtlinge daran zu hindern, mit Gewalt auf die Fähre "Blue Star 1" zu kommen, die nach Piräus auslaufen sollte. Das Schiff konnte rechtzeitig ablegen, wie Augenzeugen berichteten.

Um sich ein Bild von der Lage zu machen, wollen EU-Kommissions- Vizepräsident Frans Timmermans und der für Migrationsfragen zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos am Freitag nach Kos reisen. Am Donnerstagabend war es dort auch zu Schlägereien zwischen Migranten und Einheimischen gekommen. Die Polizei setzte Tränengas ein. Bei den Ausschreitungen wurden nach Berichten örtlicher Medien mehrere Menschen leicht verletzt.

Am Freitagmorgen trafen rund 2500 Flüchtlinge an Bord der Fähre "Eleftherios Venizelos" in der griechischen Hafenstadt Piräus ein. Die Fähre hatte die Menschen am Vortag von den Inseln Kos, Kalymnos, Leros und Lesbos abgeholt. Am Donnerstagabend war eine weitere Fähre mit mehr als 1700 Migranten aus Lesbos in Piräus eingelaufen. Beide sollen im Lauf des Tages erneut zu den Inseln der östlichen Ägäis fahren.

Tränengas in Bicske

Auch in Ungarn wird die Lage immer schwieriger. Allein in den letzten 24 Stunden trafen in dem Land mehr als 3000 neue Flüchtlinge ein. Das teilte die Polizei in Budapest am Freitag mit. Elf Schlepper seien im selben Zeitraum festgenommen worden. Ungarn will den neuen Zaun an der serbischen Grenze vom 15. September an verstärkt mit Militär und Polizei kontrollieren. Das Parlament stimmt in den nächsten Stunden über entsprechende Gesetzesänderungen ab.

Polizei setzt Blendgranaten und Tränengas ein <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-polizei-setzt-blendgranaten-gegen-fluechtlinge-ein-a-1051410.ht...>

Auf dem Bahnhof Bicske eskaliert offenbar inzwischen die Situation. Dort harren 500 Flüchtlinge in einem Zug aus, die sich dagegen wehren, in ein Flüchtlingslager gebracht zu werden. Sie wollen gen Westen weiterreisen. Laut einem Reporter der "New York Times" setzte die Polizei dort jetzt Tränengas ein - nicht zum ersten Mal in der Flüchtlingskrise.

ler/dpa/AFP

**Load-Date:** September 4, 2015

---

End of Document

[Schnell abschieben, aber bitte freundlich;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-  
abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.html)

SPIEGEL ONLINE

30. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 811 words

**Byline:** Philipp Wittrock

**Highlight:** Wenn es um Balkan-Flüchtlinge geht, empören sich SPD und Grüne über die Scharfmacher von der CSU. Dabei wollen rote und grüne Länder das gleiche: Asylbewerber vom Balkan möglichst schnell wieder loswerden. Nur auf die nette Tour.

## Body

---

Die Reflexe funktionieren. Horst Seehofer wettert gegen "massenhaften Asylmissbrauch" durch Flüchtlinge vom Balkan und fordert spezielle Abschiebelager. Der Aufschrei folgt prompt. Bayerns Ministerpräsident betreibe gefährliche Stimmungsmache und zünde "rhetorische Brandbomben", erregt sich die SPD. Die Grünen werfen ihm Menschenverachtung und Zynismus vor.

Was bei der Empörung gerne in Vergessenheit gerät: In der Sache sind sich die von SPD und Grünen regierten Länder weitgehend einig mit dem schwarzen Bayern. Sie wollen die vielen Asylbewerber, die vom Westbalkan nach Deutschland kommen, möglichst schnell wieder loswerden. Auch den Mitteln, die Seehofer dafür in Erwägung zieht, sind sie dabei nicht immer abgeneigt.

So ist Hamburgs SPD-Bürgermeister Olaf Scholz durchaus offen für den bayerischen Vorstoß. "Es geht um schnellere, unbürokratische Entscheidungen", bekräftigte Scholz jetzt im "Stern". "Dazu gehören auch spezialisierte Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive." Scholz hatte sich bereits früher aufgeschlossen zu separaten Einrichtungen für Menschen vom Westbalkan geäußert.

Der SPD-Vize kritisierte aber die scharfe Rhetorik Seehofers. "Der Begriff Asylmissbrauch ist verfehlt", sagte Scholz. Es gehe nicht um schlechtere Standards, Drohungen mit Zelten oder weniger Taschengeld. "Es ist ärgerlich, dass die martialischen Töne aus Bayern das gemeinsame Anliegen überlagern." Ähnlich wie Scholz hatte sich zuletzt auch dessen Parteifreundin, die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, geäußert.

Der Ton macht also den Unterschied, das Ziel ist das gleiche. Denn die zahlreichen Flüchtlinge aus den Westbalkan-Staaten belasten die Kommunen und binden Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Behörde kommt mit der Bearbeitung der Fälle aus echten Krisenregionen wie Syrien nicht mehr nach ( Mehr über die Flüchtlinge vom Balkan lesen Sie hier ).

Schnell abschieben, aber bitte freundlich <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.ht...>

Nach Angaben des BAMF kamen von den insgesamt rund 190.000 Asylanträgen in Deutschland seit Anfang des Jahres rund 78.000 aus Staaten des Westbalkan. Nur ein Bruchteil der Anträge aber wird bewilligt - darum will die Bundesregierung ihre Asylverfahren möglichst schnell durchziehen und die abgelehnten Bewerber zurückschicken.

Diese Schnellverfahren, so die Befürworter, könnten in separaten Aufnahmeeinrichtungen besonders effizient ablaufen. Darum sei die Option auch beim letzten Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin im Juni zur Sprache gekommen, betont das Bundesinnenministerium. An dem Treffen hatten alle Länderregierungschefs teilgenommen. Sie verständigten sich dort grundsätzlich auf beschleunigte Verfahren für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive. Flüchtlinge vom Westbalkan etwa sollen binnen drei Monaten "aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus" das Land wieder verlassen.

Umstrittene, sichere Herkunftsstaaten

Genau das hat gerade die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg noch einmal bekräftigt. Das Land will die Plätze in den Anlaufstellen für Asylbewerber im Laufe des kommenden Jahres auf 20.000 Plätze mehr als verdoppeln. Wer hier landet und keine Aussicht darauf hat, bleiben zu dürfen, soll die Einrichtung gar nicht erst verlassen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist auch offen dafür, nach Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina weitere Balkanstaaten als sogenannte sichere Herkunftsländer einzustufen - gegen den Widerstand weiter Teile seiner Partei ( Mehr über das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lesen Sie hier ). Asylanträge aus diesen Ländern werden in der Regel abgelehnt, da eine politische Verfolgung ausgeschlossen wird.

Die Union würde gerne den Kosovo, Albanien und Montenegro zur Liste hinzufügen. Kritiker von SPD, Grünen und Linkspartei lehnen das ab, weil vor allem Roma in diesen Ländern diskriminiert werden. Die SPD hatte ihrem Koalitionspartner zuletzt aber einen Deal angeboten: Sollte die Union einem Einwanderungsgesetz zustimmen, wären die Sozialdemokraten bereit, weitere Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.

Selbst abschreckende Maßnahmen wie die Formel "Sachleistungen statt Geld" finden nicht mehr nur in CDU und CSU Anklang. "Wenn Armutsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern die Erstaufnahme nach drei Monaten verlassen, sollten sie statt Bargeld wieder Gutscheine und Sachleistungen erhalten", sagte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter der "Bild". Der SPD-Politiker befand: Die "wirtschaftlichen Anreize" müssten herabgesetzt werden.

Zusammengefasst: SPD und Grüne empören sich über die scharfe Rhetorik der CSU in der Flüchtlingspolitik. Dabei haben die SPD- oder Grünen-regierten Länder eigentlich das gleiche Ziel wie Bayerns Ministerpräsident Seehofer: Sie wollen die Zahl der Asylbewerber vom Westbalkan senken, weil diese ohnehin kaum Aussicht auf Asyl in Deutschland haben.

**Load-Date:** July 30, 2015

[Mazedoniens Polizei wehrt Flüchtlinge mit Gummigeschossen ab;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechisch-mazedonische-grenze-  
fluechtlinge-brutal-abgewehrt-a-1066185.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechisch-mazedonische-grenze-fluechtlinge-brutal-abgewehrt-a-1066185.html)

SPIEGEL ONLINE

04. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 303 words

**Byline:** mil/dpa

**Highlight:** Spannungen an der griechisch-mazedonischen Grenze: Als Migranten die Einreise verboten wurde, kam es zu Krawallen. Die mazedonische Polizei setzte dabei Tränengas und Gummigeschosse ein.

## Body

---

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat Mazedonien vorgeworfen, an der Grenze zu Griechenland mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Flüchtlinge vorzugehen. Entsprechende Berichte über die Lage dort seien "sehr alarmierend", teilte die Menschenorganisation am Freitag mit. AI rief den Balkanstaat zur Zurückhaltung auf. Das Vorgehen erhöhe nur die Spannungen, internationale Standards seien einzuhalten.

So hatte eine Gruppe von rund 300 Migranten am Mittwoch nahe der griechischen Stadt Idomeni versucht, die Grenze nach Mazedonien zu überwinden. Der Übergang war zuvor geschlossen worden, weshalb die Menschen es einige Kilometer weiter versuchten. Doch dort wehrte die mazedonischen Polizei die Flüchtlinge mit Tränengas und Gummigeschossen ab. Das geht aus übereinstimmenden Berichten von Amnesty International und Ärzte ohne Grenzen hervor. In einem dpa-Bericht hieß es, die Migranten hätten auch Steine auf andere Flüchtlinge geworfen, die die Grenze passieren durften.

Constance Theisen von Ärzte ohne Grenzen hält sich zurzeit im Flüchtlingscamp in Idomeni auf. "Es haben ein paar Leute berichtet, dass sie geprügelt wurden", sagte sie SPIEGEL ONLINE. "Ich selbst habe vier oder fünf Menschen mit Verletzungen an Beinen und Schultern gesehen. Meiner Einschätzung nach stammen die von Gummigeschossen." Ein Kollege habe ihr berichtet, dass eine Spezialgruppe der mazedonischen Polizei für den brutalen Einsatz verantwortlich war.

Gruppen registrierter Flüchtlinge dürfen zwar immer wieder von Griechenland aus nach Mazedonien weiterreisen, erst am Freitagmorgen sollen es 1100 syrische, afghanische und irakische Staatsbürger gewesen sein. Für Migranten aus Marokko, Pakistan und Iran hingegen endet die Reise am Grenzzaun. Sie sollen nun nach Athen gebracht und ausgewiesen werden.

mil/dpa



Mazedoniens Polizei wehrt Flüchtlinge mit Gummigeschossen ab  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechisch-mazedonische-grenze-fluechtlinge-brutal-abgewehrt-....>

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document

**[Flüchtlingsheim auf Usedom ausgebrannt;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/usedom-geplantes-  
fluechtlingsheim-ausgebrannt-a-1062887.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/usedom-geplantes-fluechtlingsheim-ausgebrannt-a-1062887.html)**

SPIEGEL ONLINE

15. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 289 words

**Byline:** ssu/AFP/dpa/Reuters

**Highlight:** In Mecklenburg-Vorpommern ist ein Bürogebäude in Flammen aufgegangen, in dem 15 **Flüchtlinge** wohnen sollten. Die Regierung fordert die Länder laut einem Medienbericht auf, Unterkünfte für **Migranten** besser zu schützen.

## Body

---

Auf der Ostseeinsel Usedom ist in der Nacht zum Sonntag eine geplante **Flüchtlingsunterkunft** ausgebrannt. Das teilte die Polizei mit. Bei dem Haus handelte es sich um ein Bürogebäude einer Metallbaufirma in Trassenheide, 15 **Flüchtlinge** sollten ab Mitte kommender Woche in den vier frisch hergerichteten Wohnungen in dem zweigeschossigen Haus leben.

Die Feuerwehr rückte mit 48 Mann an und löschte die Flammen. Das Gebäude sei nun nicht mehr bewohnbar, erklärte die Polizei. Die Ursache des Vorfalls ist noch unklar, ebenso die Höhe des Schadens. Vor Ort nahm die Kriminalpolizei Ermittlungen auf. In der jüngsten Vergangenheit hatte es in Deutschland immer wieder Brandanschläge auf geplante Flüchtlingsheime gegeben.

Die Bundesregierung hat die Länder offenbar zu einem besseren Schutz der Flüchtlingsunterkünfte aufgefordert. Grund seien Befürchtungen, dass Rechtsextremisten die Attentate in Paris als Begründung für Anschläge missbrauchen könnten, berichtete die "Mitteldeutsche Zeitung" am Sonntag unter Berufung auf Berliner Sicherheitskreise. Bundesinnenminister Thomas de Maizière habe darauf verwiesen, dass es bereits "ein erschreckendes Ausmaß von Anschlägen gegen Asylbewerber" gebe.

Als Reaktion auf die Anschläge hatte die Bundesregierung am Samstag beschlossen, die Sicherheitsvorkehrungen in Deutschland insgesamt deutlich zu verschärfen. Dazu gehören de Maizière zufolge eine stärkere Präsenz bewaffneter Polizisten an Bahnhöfen und Flughäfen sowie mehr Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze.

Die Gefährdungslage in Deutschland sei hoch und die Bundesrepublik stehe unverändert im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus, sagte de Maizière nach einer Sitzung des Sicherheitskabinetts.

ssu/AFP/dpa/Reuters

Flüchtlingsheim auf Usedom ausgebrannt <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/usedom-geplantes-fluechtlingsheim-ausgebrannt-a-1062887.html>

**Load-Date:** November 15, 2015

---

End of Document

**200 Polizisten müssen Flüchtlinge vor 400 Demonstranten schützen;**  
**[http://www.spiegel.de/politik/deutschland/freiberg-zwei-hundertschaften-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/freiberg-zwei-hundertschaften-gegen-a-1059563.html)**  
**[gegen-a-1059563.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/freiberg-zwei-hundertschaften-gegen-a-1059563.html)**

SPIEGEL ONLINE

26. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 295 words

**Byline:** brk/dpa

**Highlight:** Rechte Demonstranten haben im sächsischen Freiberg gegen die Ankunft von Flüchtlingen demonstriert und Busse attackiert. In Hessen setzten Unbekannte eine Flüchtlingsunterkunft in Brand.

## Body

---

200 Polizisten haben im sächsischen Freiberg 400 Demonstranten unter Kontrolle gehalten, die gegen die Ankunft von Flüchtlingen protestierten. Die Stimmung sei aufgeheizt und aggressiv gewesen, teilte ein Behördensprecher mit.

Die Demonstranten versuchten demnach, die Busse, mit denen die Migranten befördert wurden, mit Sitzblockaden an der Weiterfahrt zu hindern. Einige attackierten die Busse und Polizeiwagen mit Äpfeln und anderen Lebensmitteln. insgesamt kamen in Freiberg am Sonntagabend 721 Flüchtlinge an.

Zwischen den Rechten und etwa 50 Gegendemonstranten habe es zum Teil heftige verbale Streitigkeiten gegeben. "Es ist aber nicht zur Eskalation gekommen", sagte der Sprecher. Die Flüchtlinge wurden nach Leipzig und Dresden gebracht.

Im südhessischen Lampertheim brannte am Sonntagabend ein Gebäude mit einer Flüchtlingsunterkunft. Alle 49 Bewohner verließen das Haus nach Angaben der Polizei unverletzt. Die Unterkunft sei vermutlich vorsätzlich in Brand gesteckt worden. Nach dem Brand war das Haus unbewohnbar. Die Flüchtlinge wurden in einer Unterkunft in einem anderem Ort untergebracht

Unbekannte waren offenbar in die Büroräume einer im Erdgeschoss des Gebäudes ansässigen Firma eingedrungen und hatten das Inventar in Brand gesteckt. Sie hätten auch Einrichtungsgegenstände herumgeworfen und vorgefundene Getränke ausgetrunken, teilte die Polizei mit. Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund gebe es bislang keine. Bei dem Brand wurden keine Menschen verletzt.

Das Bundeskriminalamt hatte in der vergangenen Woche in einem vertraulichen Lagebericht davor gewarnt, dass sich Attacken künftig auch stärker gegen Menschen richten könnten. In den ersten drei Quartalen des Jahres gab es 505 Angriffe auf Asylunterkünfte.

200 Polizisten müssen Flüchtlinge vor 400 Demonstranten schützen  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/freiberg-zwei-hundertschaften-gegen-a-1059563.html>

brk/dpa

**Load-Date:** October 26, 2015

---

End of Document

## Frontex-Chef sieht neuen Hotspot in Ägypten

SPIEGEL ONLINE

28. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 473 words

**Byline:** anr/dpa/AFP/Reuters

**Highlight:** Über die zentrale Mittelmeerroute von Nordafrika nach Italien kommen laut dem Chef der Grenzschutzagentur Frontex so viele Flüchtlinge wie nie zuvor. Neben Libyen entwickelt sich Ägypten immer mehr zum Brennpunkt.

### Body

---

Infolge des EU-Flüchtlingspaktes mit der Türkei wagen laut der EU-Grenzschutzagentur Frontex mehr Menschen denn je die lebensgefährliche Überfahrt über das zentrale Mittelmeer. "Mittlerweile kommen aus Libyen 13- bis 14-mal mehr Flüchtlinge nach Italien als Migranten aus der Türkei nach Griechenland", sagte Frontex-Chef Fabrice Leggeri den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Die zentrale Mittelmeerroute ist so stark frequentiert wie noch nie." Die Zahl der illegalen Grenzübertritte zwischen Libyen und Italien übersteige in diesem Jahr die aller anderen illegalen Grenzübertritte in die EU.

"Wenn die Migrationsströme aus Westafrika in Richtung Libyen anhalten, dann müssen wir mit etwa 300.000 Menschen rechnen, die in diesem Jahr aus Westafrika in die nördlichen Maghreb-Staaten fliehen, um dann weiter nach Europa zu reisen", warnte Leggeri. Unklar sei, wie viele von ihnen dieses Jahr noch die Überfahrt per Boot wagen.

Besorgt zeigte sich Leggeri darüber, dass in letzter Zeit immer mehr Flüchtlinge von Ägypten aus die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer nach Europa wagten. Ägypten entwickle sich zu einem "neuen Hotspot", sagte er. "Die Route wächst", fügte er hinzu. "Die Überfahrt ist hochgefährlich, die Fahrt dauert oft länger als zehn Tage." In diesem Jahr liegt die Zahl bei etwa 1000 Überfahrten per Schlepperboot aus Ägypten nach Italien." Die Tendenz sei steigend.

Die Flüchtlinge, die von Nordafrika nach Europa gelangen, stammen laut dem Frontex-Chef aus Westafrika und vom Horn von Afrika, sagte Leggeri. "In Eritrea gibt es Verfolgung und eine brutale Diktatur. Diese Menschen sind schutzbedürftig. Aus Senegal, Gambia, Elfenbeinküste und Niger fliehen viele aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit."

Leggeri lobte das Ansinnen der EU-Kommission, Flüchtlingen aus Krisenregionen mehr Möglichkeiten zur legalen Einreise in die EU zu geben. Diese Forderung sei richtig, "nicht nur zum Schutz der Migranten, sondern auch, um die Einreise von Terroristen und Kriminellen" zu verhindern. Denkbar seien etwa "humanitäre Sonderflüge aus den Flüchtlingscamps im Libanon, Türkei oder Jordanien" in Richtung EU.

## Frontex-Chef sieht neuen Hotspot in Ägypten

Im vergangenen Jahr hatten viele Flüchtlinge noch versucht, über die Türkei nach Griechenland und von dort aus weiter nach Mitteleuropa zu gelangen. Durch die Abriegelung der sogenannten Balkanroute und das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei sind die Flüchtlingszahlen dort in letzter Zeit drastisch gesunken.

Tausende Flüchtlinge kamen in diesem Jahr bei der Fahrt über das Mittelmeer bereits ums Leben. Ende vergangener Woche sind bei einer Rettungsaktion unter Beteiligung eines Schiffs der Bundeswehr 1286 Flüchtlinge aus Seenot gerettet worden. Die Migranten, 990 Männer, 220 Frauen und 76 Kinder, wurden nach Italien gebracht und den Behörden übergeben.

anr/dpa/AFP/Reuters

**Load-Date:** June 28, 2016

---

End of Document

## Das Rettungsschiff

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 310 words

**Byline:** Christoph Sydow

**Highlight:** Italiens Küstenwache rettet schiffbrüchige Migranten aus der Straße von Sizilien - dem gefährlichsten Seeweg der Welt. Der Fotograf Luca Catalano Gonzaga hat die Retter vor Libyens Küste begleitet.

### Body

---

Der Seeweg über die Straße von Sizilien ist die gefährlichste Migrationsroute der Welt - das sagt die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR). Seit Jahresbeginn sind mehr als 3000 Menschen im Mittelmeer zwischen Libyen und Italien ertrunken.

Die italienische Küstenwache versucht, so viele Schiffsbrüchige zu retten, wie möglich. Zehn Schiffe und Patrouillenboote sind im Mittelmeer vor den libyschen Städten Misurata, Tripoli und Sabrata im Einsatz. Unterstützt werden sie von Flugzeugen und Helikoptern, die in Catania auf Sizilien stationiert sind.

Der Fotograf Luca Catalano Gonzaga hat die Retter an Bord des Patrouillenbootes "Ubaldo Diciotti" mehrere Tage lang begleitet. In dieser Zeit rettete die Besatzung rund 500 Menschen aus dem Mittelmeer.

"Der Blick in ihren Augen in den Momenten der Rettung ist unvergesslich", sagt Catalano Gonzaga. "Nur so kann man die unglaublichen Schwierigkeiten während ihrer Flucht und die unbeschreibliche Freude nach ihrer Rettung verstehen. Viele Migranten stehen unter Schock, weil sie vor ihrer Flucht aus Libyen misshandelt wurden."

Nachdem die Schiffbrüchigen an Bord geholt werden, untersuchen Ärzte die Migranten auf ansteckende Krankheiten. In dringenden Fällen werden kranke Flüchtlinge per Hubschrauber direkt in Hospitäler auf Sizilien geflogen. Die anderen werden an Land in Hotspots aufgenommen und registriert.

Die meisten Flüchtlinge stammen aus Eritrea und anderen subsaharischen Staaten, berichtet Catalano Gonzaga. Mehr als die Hälfte der Geretteten seien junge Männer, etwa ein Drittel Frauen, von denen viele schwanger waren, und etwa zehn Prozent Minderjährige, schätzt der Fotograf.

Auch wenn sie nach der Rettung nach Italien gebracht werden, dort wollen nur die wenigsten bleiben, berichtet der Reporter. "Sie wollen nach Mittel- und Nordeuropa."

syd



## Das Rettungsschiff

**Load-Date:** October 24, 2016

---

End of Document

**Dresdner verhindern Einrichtung eines Flüchtlingsheims;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingsheim-a-1012846.html>**

SPIEGEL ONLINE

14. Januar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 767 words

**Highlight:** 94 **Flüchtlinge** sollten im Hotel "Prinz Eugen" im Dresdner Stadtteil Laubegast untergebracht werden. Nun macht der Eigentümer einen Rückzieher: Er war in sozialen Netzwerken bedroht worden, sein Hotel wurde mit feindlichen Sprüchen beschmiert.

## **Body**

---

Dresden - Bewohner des Dresdner Stadtteils Laubegast haben die Einrichtung eines **Asylbewerberheims** verhindert. Der Eigentümer des Hotels habe sein Angebot "überraschend zurückgezogen", teilte die Stadt Dresden mit. Begründet habe er seine Entscheidung mit dem "massiven Widerstand der Bevölkerung".

Der Mann war in sozialen Netzwerken bedroht worden, die Wände des Hotels wurden mit **asylkritischen** Sprüchen beschmiert.

In das Hotel "Prinz Eugen" sollten bis zu 94 Flüchtlinge einziehen. Die Plätze seien fest eingeplant gewesen, sagte der für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständige Sozialbürgermeister Martin Seidel: "Der Rückzug stellt uns vor eine schwierige Situation. Kurzfristig realisierbare Alternativen gibt es nicht, auch wenn das von einzelnen Stadtratsfraktionen immer behauptet wurde."

In Dresden leben derzeit 2093 Asylbewerber (Stand 30. Dezember). Die Stadt rechnet damit, dass in diesem Jahr rund 1740 Flüchtlinge dazukommen.

Der Stadtrat hatte den Standort des Übergangwohnheims am 11. Dezember per Beschluss bestätigt, kurz vor Weihnachten gab die Bauaufsicht grünes Licht. Die Stadtteilinitiative "MeinLaubegast.de" hatte darauf hin eine Petition im Internet gegen die Umwidmung des Hotels durchführt: 5700 Menschen hatten unterschrieben, die Hälfte der Unterzeichner stammte nach Angaben der Gegeninitiative "Laubegast ist bunt" nicht aus Dresden.

Die Petition listet sechs "formelle Bedenken", vier "politische und geopolitische Bedenken" und sieben "inhaltliche Bedenken" gegen das Flüchtlingsheim auf. Unter anderem wird beklagt, dass in dem Heim offenbar alleinstehende Männer untergebracht werden sollten: "Das Konfliktpotenzial steigt damit überproportional an." Der Wahlkreis Leuben/Laubegast sei zudem ein "politisches Risikogebiet": Er habe die zweithöchste NPD-Wahlerrate und sei damit "prädestiniert für Konflikte".

Dresdner verhindern Einrichtung eines Flüchtlingsheims [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingshe....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-asylbewerber-in-dresden-verhindert-fluechtlingshe...)

Weiter heißt es, die Stadt Dresden wolle den Asylsuchenden angemessene Unterkünfte zur Verfügung stellen: "Intransparent ist, wer die Angemessenheit definiert hat und wie diese genau beschrieben ist. Das Ziel der Angemessenheit scheint die Landeshauptstadt Dresden mit der Zurverfügungstellung eines 4-Sterne-Hotels mit Raumgrößen von 33-40 qm aber deutlich zu überschreiten."

Zudem gebe es in Laubegast "keinerlei Freizeitbeschäftigungsmöglichkeiten". Trotzdem verirren sich offenbar immer wieder Touristen in den Stadtteil - die Initiative befürchtet jedenfalls, dass "der Grad an touristischer Nutzung" sinken würde, sollte das Hotel in Zukunft Flüchtlinge statt Hotelgäste beherbergen.

Die Stadt Dresden hatte die Stadtteilinitiativen für den 13. Januar zu einem Runden Tisch eingeladen, um das Konzept für das Heim zu erörtern. Dieses Treffen fällt aber aus. "Im Moment ist für solch eine Runde die Grundlage entfallen", so Seidel. "Wir werden natürlich nochmals den Kontakt zum Eigentümer suchen. Schließlich haben beide Vertragspartner bereits viel Zeit und Geld in das Projekt investiert. Viel Hoffnung habe ich aber nicht." Eine von den Bürgern geforderte Einwohnerversammlung wollte Seidel nicht abhalten.

Wegen dieser Absage gab es eine zweite Petition, die dafür plädierte, eine Einwohnerversammlung einzuberufen. Diese Petition unterstützen beide Bürgerbewegungen, "MeinLaubegast.de" und die Gegenbewegung "Laubegast ist bunt". "Wir setzen uns für Flüchtlinge ein", sagt Claus Dethleff, Koordinator von "Laubegast ist bunt", "wir wollen bei einer Einwohnerversammlung mit den Gegnern des Flüchtlingsheims ins Gespräch kommen."

Jens Hoffsommer, migrationspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Stadtrat, kritisiert in der "Leipziger Volkszeitung" die Entscheidung des Besitzers: "Es ist kein gutes Signal, dass verantwortungsvolle Bürger auf Grund von Druck und Angst ihre Unterstützung zurückziehen." Gerade vor dem Hintergrund der Pegida-Bewegung müsse die Gesellschaft positive Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz setzen.

Am vergangenen Montag haben in Dresden an der Pegida-Kundgebung 25.000 Menschen teilgenommen, so viele wie noch nie.

Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Fassung des Textes hieß es, die Bürgerinitiative "Laubegast ist Bunt" habe gemeinsam mit der Initiative "MeinLaubegast.de" eine Petition gegen das Flüchtlingsheim in Laubegast eingereicht. Dies ist falsch. Die Initiative "MeinLaubegast.de" hat diese Petition initiiert, die Bürgerinitiative "Laubegast ist Bunt" hat diese Petition stets abgelehnt und tut dies auch weiterhin. Wir haben den Fehler korrigiert und bitten, ihn zu entschuldigen.

vet

**Load-Date:** January 14, 2015

[Legalize it!; http://www.spiegel.de/politik/ausland/flucht-uebers-mittelmeer-europa-braucht-legale-einwanderung-a-1029417.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/flucht-uebers-mittelmeer-europa-braucht-legale-einwanderung-a-1029417.html)

SPIEGEL ONLINE

19. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 724 words

**Byline:** Hans-Jürgen Schlamp

**Highlight:** Wieder starben Hunderte **Flüchtlinge** auf dem Trip durchs Mittelmeer. Die Politik muss diesen unsäglichen Status Quo endlich beenden - selbst eine brutale, ökonomisch definierte Einwanderungsregelung wäre besser.

## Body

---

300 Menschen ertranken in der Weihnachtsnacht 1996 im "Kanal von Sizilien". In der Nacht auf Sonntag gab es womöglich sogar 700 Opfer. Zwischen beiden Ereignissen liegen knapp zwei Jahrzehnte, in denen immer wieder, manchmal täglich, überladene Boote kenterten und Menschen ihre riskante Reise nach Europa mit dem Leben bezahlten. Niemand weiß genau, wie viele auf dem "großen Friedhof" endeten, wie das Stück Mittelmeer zwischen Libyen, Tunesien und Sizilien genannt wird.

"Ansturm der Armen" titelte 1991 der SPIEGEL, seither dauert die Debatte an. "Das Boot Europa ist voll", sagen die einen, die anderen kontern mit humanistischen Argumenten oder mit ökonomischen: "Die schrumpfenden Gesellschaften Europas brauchen Zuwanderung!"

Weil das, obwohl es doch zutrifft, unpopulär ist, gibt es keine stringente Einwanderungspolitik. Es gibt nur eine Grauzone, in der sich die Politik durchwurstelt. Dabei wäre selbst eine brutale Zuwanderungsregelung, die sich allein an den Interessen der Aufnahmeländer orientiert, für alle Beteiligten besser als der graue Status Quo.

Beispiel Amerika: Wen man gebrauchen konnte, ließ man an Land

Ein historisches Beispiel ist Ellis Island im Hudson River - für Millionen Menschen, viele aus Europa, die "Tür nach Amerika". Das Aufnahmeverfahren war simpel: Passagiere mit Geld wurden registriert und konnten von Bord, sofern sie nicht krank oder als Kriminelle aufgelistet waren. Passagiere der 3. Klasse wurden genau inspiziert, kamen oft für lange Zeit in überfüllte Lager. Nur wen man, wegen seines Berufes zum Beispiel, gebrauchen konnte, ließ man an Land, die anderen wurden zurückgeschickt. "Isle of tears" taufen jene Ellis Island.

Man kann sich humanere Kriterien vorstellen. Aber immerhin konnten sich über Ellis Island viele vor Krieg, Hunger, Verfolgung retten.

Legalize it! <http://www.spiegel.de/politik/ausland/flucht-uebers-mittelmeer-europa-braucht-legale-einwanderung-a-1029417.html>

Für viele Flüchtlinge heute ist Lampedusa, auf halbem Wege zwischen Afrika und Sizilien gelegen, "das Tor zu Europa". Doch für Lampedusa gibt es kein Konzept. Nicht Geld entscheidet, Bildungsstand oder Beruf, auch kein rechtlich einwandfreier Asylgrund. Es ist weitgehend Glückssache.

Die Italiener fühlen sich von der großen Zahl der Flüchtlinge überfordert, mehr als 150.000 kamen in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres übers Meer. Italien will nicht alle Migranten behalten müssen, wie es die EU-Regeln vorsehen. Und die meisten Menschen aus Syrien, dem Irak, Ägypten oder Westafrika wollen auch gar nicht in Italien bleiben. Also ziehen viele weiter, mit stiller Zustimmung aus Rom, und landen in Skandinavien oder eben in Deutschland. Manche schlagen sich dort irgendwie durch, besonders Glückliche werden von einem Pfarrer oder einer Schule unterstützt, andere werden zurückgeschickt. Zufall.

Bedarf gibt es für viele Berufe und Fähigkeiten

In Deutschland will man illegal Eingereiste selbst dann nicht dulden, wenn sie eigentlich ein Asyl- oder wenigstens ein Bleiberecht bei Verwandten haben, wie Flüchtlinge aus Syrien. Denn dieser Anspruch ist begrenzt auf 20.000 Menschen, und das Kontingent ist ausgeschöpft. Außerdem ist dieses Bleiberecht nur nach einer bürokratischen Prozedur zu bekommen.

Das wäre relativ einfach änderbar, mit Vorteilen für alle Beteiligten: Wer, etwa als Syrer, nach deutscher Rechtsauslegung Asylanspruch oder Bleiberecht hat, wendet sich an eine Visumstelle im türkischen oder jordanischen Flüchtlingslager, kann womöglich sogar Verwandte benennen, die ihn aufnehmen würden und bekommt, nach rascher Prüfung, ein Einreisevisum. So kann er mit einem legalen Flug oder mit einer normalen Schiffspassage nach Deutschland reisen - oder, wenn es in Brüssel so beschlossen würde, auch in jedes andere EU-Land. Er könnte Business Class fliegen, das wäre billiger als das Schlepperboot!

In anderen Regionen, etwa Westafrika, könnten deutsche Außenstellen befristete Arbeitsvisa für Erntehelfer in der Landwirtschaft ausgeben. Die werden überall in Europa gebraucht, nur heute sind die Jobs überwiegend illegal besetzt. Wer für ein paar Monate zum Geldverdienen legal nach Europa kann, wird keine gefährliche, teure, illegale Wanderung riskieren.

In Italien lockt die deutsche Arbeitsverwaltung junge Italiener mit einem Job nach Deutschland. Warum steuert man so nicht auch die Migration übers Mittelmeer?

**Load-Date:** May 11, 2015

**[Bundesamt für Migration fordert Til Schweiger zur Kooperation auf;  
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/til-schweiger-bundesamt-fuer-migration-will-kooperation-a-1047308.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/til-schweiger-bundesamt-fuer-migration-will-kooperation-a-1047308.html)**

SPIEGEL ONLINE

08. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 383 words

**Byline:** wit/dpa/AFP

**Highlight:** Ein "Vorzeige-Flüchtlingsheim" in Osterode? Der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hat das Vorhaben von Til Schweiger zurückhaltend bewertet. Der Schauspieler traf sich derweil mit Vizekanzler Sigmar Gabriel.

## Body

---

Til Schweiger mischt sich seit einiger Zeit in die Flüchtlingsdebatte ein - mit klaren Worten und großen Ankündigungen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat den Filmstar nun bei dessen geplantem Flüchtlingsheim zur Zusammenarbeit mit den Behörden aufgefordert.

"Herr Schweiger muss gut mit den Behörden arbeiten, auf dem Gelände muss zum Beispiel auch Platz für die Dienststelle des BAMF sein", sagte Schmidt der "Welt". Auch müssten Büros für die Wohlfahrtsverbände und die Rückkehrberatung vorhanden sein. "Eine Unterkunft hinsetzen und dann läuft es - ganz so einfach ist es dann doch nicht."

Schweiger hatte vor einer Woche angekündigt, er wolle in Osterode am Harz in einer alten Bundeswehrkaserne zusammen mit Freunden ein "Vorzeige-Flüchtlingsheim" schaffen - mit Freizeitangeboten für Kinder, einer Sportanlage, Werkstätten und einer Näherei. Die Geschichte um die geplante Unterkunft in Osterode verläuft jedoch seit einigen Monaten kompliziert.

"Das ermuntert viele"

"Wenn jemand behauptet, dass er es besser kann, ist die erste Reaktion einer Verwaltung immer zunächst zurückhaltend", sagte Schmidt. Es gebe ja auch bereits Vorzeigeunterkünfte, etwa in Ellwangen in Baden-Württemberg. "Das Gute ist, dass ein Prominenter wie Til Schweiger der Bevölkerung zeigt: Ich kümmere mich um Flüchtlinge. Das ermuntert viele, sich in dem für sie möglichen Maße einzubringen", sagte Schmidt. "Es bleibt aber das Bild: Der Staat kann's nicht. Das glaube ich nicht."

Schweiger habe es als Privatmann aber bei ein paar Dingen wesentlich leichter als die öffentliche Verwaltung, so müsse er bei der Suche nach einem Betreiber keine europaweite Ausschreibung starten. "Verwaltungen sind an die strikten Vergabestrukturen gebunden", sagte Schmidt. Er wünsche dem Schauspieler das Beste für sein Vorhaben.

Bundesamt für Migration fordert Til Schweiger zur Kooperation auf  
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/til-schweiger-bundesamt-fuer-migration-will-kooper....>

Via Facebook hatte Schweiger Ende Juli auch zu einer Spendenaktion für Flüchtlinge aufgerufen - und sich nach einem Bericht über Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte unter anderem an SPD-Chef Sigmar Gabriel gewandt. Beide telefonierten miteinander und trafen sich laut "Bild"-Zeitung nun auch zu einem persönlichen Gespräch in Berlin. Dabei sei es um "gemeinsame Aktionen für Flüchtlingsfamilien und gegen rechtsradikale Hetzer" gegangen.

wit/dpa/AFP

**Load-Date:** August 8, 2015

---

End of Document

**"Es gibt kein Recht auf ein besseres Leben";**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-orban-will-fluechtlinge-in-ihre-heimat-zurueckschicken-a-1052612.html>**

SPIEGEL ONLINE

12. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 633 words

**Byline:** nck/AFP/Reuters

**Highlight:** Ungarns Regierungschef will **Flüchtlinge** zurück in ihre Heimat schicken. Es gebe kein Grundrecht auf ein besseres Leben, sagte Orbán in einem Interview und kündigte einen eigenen Plan für die Lösung der **Flüchtlingskrise** an.

## Body

---

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat angekündigt, **Flüchtlinge** künftig in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Die **Flüchtlinge** sollten "dorthin, wo sie herkommen", sagte Orbán der "Bild"-Zeitung. Dort kündigte er auch einen eigenen Plan zur Lösung der **Flüchtlingskrise** an.

In dem Interview sagte Orbán, viele Flüchtlinge kämen nicht nach Europa, "weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern". Diese Haltung könne er persönlich zwar verstehen. "Aber fest steht: Es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Grundrecht auf Sicherheit und Menschenwürde."

Orbán kritisierte erneut die Bundesregierung. "Wir müssen ernsthaft über die Folgen der deutschen Entscheidung sprechen, die Migranten nach Deutschland zu lassen. Diese Ankündigung hat in Ungarn eine Revolte ausgelöst." Migranten seien aus ihren Unterkünften ausgebrochen und hätten Polizisten angegriffen. "Sie verweigerten, sich registrieren zu lassen, wie es das EU-Recht vorschreibt." Zuvor habe sein Land, wenn auch mit Mühe, die Lage im Griff gehabt. Erst als die deutsche Regierung angekündigt habe, EU-Regeln vorübergehend außer Kraft zu setzen, sei in Ungarn das Chaos ausgebrochen.

Ein Prozent des EU-Haushalts für die Flüchtlingskrise

Orbáns Plan für die Lösung der Flüchtlingskrise sieht vor, Syriens Nachbarstaaten Türkei, Libanon und Jordanien Finanzhilfen zu geben. Die Hilfen für Syrien bezifferte er auf rund drei Milliarden Euro: "Ich schlage vor, dass jedes Land ein Prozent zusätzlich in den Haushalt der EU einzahlt. Zugleich senken wir die Ausgaben für andere Zwecke generell um ein Prozent." Sollte mehr Geld nötig sein, "stocken wir die Hilfen auf - so lange, bis der Flüchtlingsstrom versiegt", sagte Orbán weiter. Er werde den Plan seinen EU-Kollegen bei ihrem nächsten Treffen vorlegen.



"Es gibt kein Recht auf ein besseres Leben" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-orban-will-fluechtlinge-in-ihre-heimat-zurueckschicken-a-1052612.html>

In Berlin, London, Madrid, Wien und weiteren europäischen Städten werden zu einem "Europäischen Aktionstag für die Flüchtlinge" am Samstag Zehntausende Menschen erwartet. In Polen, Tschechien und der Slowakei sind dagegen Demonstrationen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen angekündigt.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) forderte erneut eine "gerechte Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten", allein schaffe das kein Land, auch Deutschland nicht. Laut Plänen der EU-Kommission sollen insgesamt 160.000 Flüchtlinge innerhalb Europas umverteilt werden.

Flüchtlinge reisen aus Deutschland weiter nach Schweden

Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Polen hatten Quotenregelungen zur Verteilung von Flüchtlingen bei einem Treffen mit Steinmeier am Freitag erneut abgelehnt. Steinmeier forderte hingegen "europäische Solidarität". Allein in Deutschland werden nach seinen Worten am Wochenende 40.000 Flüchtlinge erwartet .

Mehr als 300 Flüchtlinge fuhren am Freitag von Rostock aus mit der Fähre nach Schweden. Es handele sich um Menschen, die bei der Durchreise durch Österreich und Deutschland kein Asyl beantragt hätten und dies nun in Skandinavien tun wollten, sagte ein Einsatzleiter der Wasserschutzpolizei in Rostock in der Nacht. Die Flüchtlinge hätten Fahrkarten für die Fährverbindung nach Trelleborg im Süden von Schweden gehabt.

Die luxemburgische Ratspräsidentschaft bat die EU-Kommission derzeit um eine Analyse der finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Europa. Dabei solle geprüft werden, ob die derzeitige Flüchtlingskrise als "außerordentliche Umstände" nach den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts betrachtet werden könne, sagte der luxemburgische Finanzminister Pierre Gramegna nach einem Treffen mit seinen EU-Kollegen. Dies würde bedeuten, dass die Schuldenregeln bei besonders betroffenen Staaten aufgrund ihrer Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen gelockert werden könnten.

nck/AFP/Reuters

**Load-Date:** September 12, 2015

**Sizilien weist 700 Bootsflüchtlinge ab;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-sizilien-weist-700-bootsfluechtlinge-ab-a-1044306.html>**

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 263 words

**Byline:** sun/dpa/AFP

**Highlight:** Auf der italienischen Insel Sizilien wurde knapp 700 **Migranten** die Landung verweigert: Das Aufnahmelager sei voll, habe es vonseiten der Behörden laut der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen geheißen.

## Body

---

Die italienischen Behörden haben nach Angaben der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen knapp 700 **Flüchtlingen** auf ihrem Rettungsschiff "Bourbon Argos" die Landung auf Sizilien verweigert. Den **Migranten** sei nicht erlaubt worden, auf der Insel an Land zu gehen, weil die dortigen Aufnahmelager voll seien, teilte die Organisation am Freitag mit.

Trotz langer Diskussionen hätten die Behörden im Hafen von Trapani nur 150 Migranten aufnehmen wollen. Dies habe die Hilfsorganisation abgelehnt, weil sie dann die anderen Flüchtlinge hätte zwingen müssen, an Bord zu bleiben.

Das Rettungsschiff habe daher entlang der Küste nach Kalabrien weiterfahren müssen. Die zuständige Präfektur in Italien bestätigte am Freitag, dass das Schiff mit 661 Menschen an Bord am Samstagmorgen Reggio Calabria erreichen soll. Die "Bourbon Argos" hatte die Migranten am Mittwoch im Mittelmeer aufgenommen.

"Die ungenügenden Aufnahmebedingungen in Italien haben schwere Konsequenzen für die Flüchtlinge", sagte Loris de Filippi, Präsident von Ärzten ohne Grenzen in Italien. "Das Innenministerium muss in Zukunft ermöglichen, dass die Menschen im nächstgelegenen Hafen in Sizilien an Land gehen können", forderte er. Die Behörden in Italien waren zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Seit Anfang des Jahres landeten bereits 82.000 Migranten an der italienischen Küste, die Behörden rechnen bis Jahresende mit etwa 200.000 Menschen. In Italien - wie auch in Deutschland - kommt es zu rassistischen und gewalttätigen Aktionen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen.

sun/dpa/AFP

**Load-Date:** July 18, 2015

Sizilien weist 700 Bootsflüchtlinge ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-sizilien-weist-700-bootsfluechtlinge-ab-a-1044306.html>

---

End of Document

[Seehofer wirft Merkel "Kapitulation des Rechtsstaats" vor;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-wirft-angela-merkel-kapitulation-des-rechtsstaats-vor-a-1057193.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-wirft-angela-merkel-kapitulation-des-rechtsstaats-vor-a-1057193.html)

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 900 words

**Byline:** apr/dpa/AFP

**Highlight:** Erst droht er mit Verfassungsklage, nun legt er verbal nach: In der Flüchtlingspolitik geht Horst Seehofer erneut Angela Merkel an. Auch von anderen CSU-Politikern kommen harsche Töne.

## Body

---

CSU-Chef Horst Seehofer hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Flüchtlingskrise eine "Kapitulation des Rechtsstaats" vorgeworfen. Mit dieser Formulierung kritisierte Seehofer Merkmals Äußerung, dass sich die EU-Außengrenzen nicht effektiv schützen ließen.

"Einfach zu sagen, in unserer Zeit lassen sich 3000 Kilometer Grenze nicht mehr schützen, ist eine Kapitulation des Rechtsstaats vor der Realität", sagte Seehofer, ohne Merkel beim Namen zu nennen. "Wer in unserem Land Probleme größerer Art vermeiden will, muss für die Zuwanderungsbegrenzung sein", sagte er auf einer CSU-Veranstaltung zu Migration und Flüchtlingsen in Erding bei München.

Bayern nimmt als südliches Bundesland mit Grenze zu Österreich besonders viele Flüchtlinge auf. Die Staatsregierung hatte den Bund daher aufgefordert, die Außengrenzen wieder dicht zu machen. Sollte die Bundesregierung "nicht bald wirksame Maßnahmen ergreifen, um den weiteren Zuzug von Asylbewerbern zu begrenzen" behalte sich die CSU-geführte Landesregierung eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vor, hieß es am Freitag - gegen die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD .

In seiner Rede auf der Parteiveranstaltung kritisierte Seehofer am Samstag, die Gemeinden würden vom Bund im Stich gelassen und müssten mit den Folgen einer Politik klarkommen, die von Berlin und Brüssel ausgehe. "Deshalb stellt sich die Grundfrage um das Rollenverständnis des Föderalismus", sagte der CSU-Vorsitzende.

Herrmann: Manche Länder schieben zu wenig ab

Die Bundeskanzlerin hatte am Mittwoch im Gespräch mit TV-Moderatorin Anne Will gesagt, man könne nicht Deutschlands 3000 Kilometer lange Landgrenze einzäunen. Seehofer berichtete, ihm stellten Bürger oft die Frage, ob die Politik die Lage noch im Griff habe. "Das ist ein Alarmsignal für die Politik, wenn die Menschen den Eindruck haben, wir stünden ohnmächtig einem Problem gegenüber."

Seehofer wirft Merkel "Kapitulation des Rechtsstaats" vor <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-wirft-angela-merkel-kapitulation-des-rechtsst...>

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hält in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" derweil den von SPD, Grünen und Linkspartei regierten Bundesländern eine lasche Haltung bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber vor. Dass es in anderen Bundesländern "vergleichsweise wenig Abschiebungen gibt, liegt vor allem an den dortigen politischen Vorgaben", sagt der CSU-Politiker.

Herrmann kritisiert, dass Abschiebungen im Winter ausgesetzt und zuvor angekündigt würden, was Gelegenheit zum Untertauchen gebe. Auch dass abgelehnte Asylbewerber über ihr Recht zum Härtefallantrag informiert werden, lehnt Herrmann ab: "All das verzögert Abschiebungen oder macht sie sogar unmöglich."

Mit mehr als 2800 in diesem Jahr abgeschobenen Flüchtlingen liege Bayern bundesweit an der Spitze. Das rot-rot-grün regierte Thüringen hat laut "FAS" nach eigenen Angaben in diesem Jahr 161 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben. Bremen mit seiner rot-grünen Koalition gebe die Zahl der Abschiebungen in diesem Jahr mit 30 an.

CDU-Politiker Kauder und Strobl verteidigen Merkel

Der thüringische Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne) sagte laut Bericht zu dem Vorwurf, Abschiebung sei zwar in Einzelfällen nötig. "Die Landesregierung setzt jedoch weiterhin auch auf freiwillige Ausreisen." Wer den Aufwand von möglicherweise mehrfach abgebrochenen Abschiebungen mit dem einer freiwilligen Ausreise vergleiche, werde diese als die klar bessere Alternative erkennen.

Der frühere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) warnte auf einer Veranstaltung der Jungen Union in Baden-Württemberg unterdessen vor "einer Art Entgrenzung" Deutschlands und Europas. Er halte es für "unmöglich", dass die Bundesrepublik und die Europäische Union gegenwärtig nicht wüssten, "wer zu uns kommt und wie viele zu uns kommen", sagte Stoiber in Bad Saulgau. "Der Staat muss nicht nur das Staatsgebiet kennen. Er muss auch die Menschen, das Staatsvolk und alles, was dazugehört, kennen." Die Stimmung in der Bevölkerung zum Thema Flüchtlinge kippe.

Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) prophezeite für 2016 derweil die nächste große Fluchtbewegung aus Afghanistan. "Es werden Millionen von Menschen nach Deutschland kommen", sagte er mit Blick auf den geplanten Abzug der US-Truppen dort.

Gemäßigter gab sich unterdessen CDU-Politiker Volker Kauder. CSU-Forderungen nach einem zeitweisen Aufnahmestopp für Flüchtlinge wies der Unionsfraktionsvorsitzende im Bundestag zurück: "Es muss klar sein, dass das, was wir vorschlagen, auch machbar ist." Weder Zäune noch eine Sicherung der Grenze durch Polizei und Bundeswehr seien eine Lösung: "Keine Stunde würde es die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung aushalten, wenn Bilder kämen, wie Soldaten mit Knüppeln auf Frauen einschlagen, die mit ihren Kindern über die Grenze wollen."

Stattdessen verwies Kauder auf das geplante Asyl-Gesetzespaket, über das der Bundestag Anfang Oktober beraten hatte. "Wer ein Bleiberecht hat, dem geben wir eine Perspektive. Das ist die erste Maßnahme."

Ähnlich argumentierte CDU-Vize Thomas Strobl: Man müsse eher dort ansetzen, wo "Fehlanreize" für Flüchtlinge bestünden. Dies werde in dem geplanten Gesetzespaket konsequent aufgearbeitet. "Bei uns muss keiner Linsen und Spätzle essen, wenn er es nicht mag", sagte Strobl. "Aber ein paar Regeln gibt es bei uns schon zu beachten. Das fordern wir ein." So müsse beispielsweise klar sein, dass Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit in Deutschland gelten.

apr/dpa/AFP

**Load-Date:** October 11, 2015

## CSU-Politiker kritisieren eigenen Generalsekretär nach Senegalesen-Äußerung

SPIEGEL ONLINE

20. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 411 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Das Schlimmste sei ein "fußballspielender, ministrierender Senegalese" - denn den "kriegen wir nie wieder los". Mit dieser Äußerung ist CSU-Generalsekretär Scheuer auch nach Meinung eigener Parteikollegen zu weit gegangen.

### Body

---

Die Äußerung von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer über abgelehnte Asylbewerber, die sich integriert haben, stößt nun auch bei Parteikollegen auf Unverständnis. "Wir müssen Obacht geben, dass wir, wenn wir konservative Wähler wollen, nicht die kirchlichen Wähler verprellen", sagte der CSU-Ehrendvorsitzende Theo Waigel der "Augsburger Allgemeinen".

Der langjährige CSU-Landtagsfraktionschef Alois Glück warnte vor einem "gefährlichen Entfremdungsprozess" zwischen der CSU und sozial engagierten Bürgern. Er höre immer öfter von in der Flüchtlingshilfe engagierten Katholiken, sie wüssten nicht mehr, wem sie bei der nächsten Landtagswahl in Bayern ihre Stimme geben sollten. "Die Gesamtpartei leidet immer wieder unter der Sprache einiger ihrer Akteure", fügte Glück hinzu.

Scheuer hatte in der vergangenen Woche gesagt, "das Schlimmste" sei "ein fußballspielender, ministrierender Senegalese. Der ist drei Jahre hier - als Wirtschaftsflüchtling. Den kriegen wir nie wieder los".

Dafür war er bereits in Kirchenkreisen heftig kritisiert worden. Würzburgs Bischof Friedhelm Hofmann warf Scheuer in der "Main-Post" "beleidigendes Denken" vor. (Lesen Sie [hier](#) einen Kommentar zu den Äußerungen Scheuers.)

Harsche Kritik aus der Kirche

Empört äußerte sich auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx. "Diese Tonlage ist nicht hilfreich für die Integration Hunderttausender Flüchtlinge", sagte Marx. Mit Blick auf die politische Debatte warnte er davor, Ressentiments gegen andere Kulturen und Religionen zu schüren. Die vielen in Deutschland lebenden Migranten brauchten das Gefühl, willkommen zu sein.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, sagte zu den Scheuer-Äußerungen: "So redet man nicht über Menschen", solche Sätze seien "Futter für Rechtspopulisten",

## CSU-Politiker kritisieren eigenen Generalsekretär nach Senegalesen-Äußerung

sagte der bayerische Landesbischof dem Evangelischen Pressedienst. Wenn Flüchtlinge sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen, könne man das nur begrüßen. Dass die Asylverfahren so lange dauerten, könne den Flüchtlingen nicht vorgeworfen werden.

Scheuer hatte nach Lautwerden der Kritik an seinem Satz von einer bewussten Zuspitzung gesprochen und gesagt: "Im Zusammenhang ging es um die Schwierigkeit, abgelehnte Bewerber nach einem abgeschlossenen, rechtsstaatlichen Verfahren wieder zurückzuführen, wenn diese sich über einen längeren Zeitraum hier aufhalten."

anr/dpa

**Load-Date:** September 20, 2016

---

End of Document

[Uno-Flüchtlingshelfer befürchten Hunderte Tote;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-mittelmeer-unhcr-  
befuerchtet-hunderte-tote-a-1094718.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-mittelmeer-unhcr-befuerchtet-hunderte-tote-a-1094718.html)

SPIEGEL ONLINE

29. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 202 words

**Byline:** cte/dpa/AP

**Highlight:** 12:20:00 Die genaue Zahl kennt niemand, aber das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR befürchtet, dass allein in dieser Woche Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. 13.000 Migranten in Seenot wurden gerettet.

## Body

---

Bei Schiffsunglücken sind in den vergangenen sieben Tagen im zentralen Mittelmeer vermutlich Hunderte Migranten umgekommen. Carlotta Sami vom Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR spricht von mehr als 700 Toten. Die Zahlen beruhen auf Aussagen von Überlebenden, sagt Sami. Es seien drei gekenterte Schiffe von Mittwoch, Donnerstag und Freitag berücksichtigt.

550 Menschen von einem Boot, das am Donnerstag gekentert sei, würden vermisst, so UNHCR-Mitarbeiterin Sami. Etwa 100 könnten im Rumpf eines am Mittwoch gesunkenen Schiffes eingeschlossen sein. Bei einem dritten Schiffbruch am Freitag sei die Zahl der Opfer unklar.

Überlebende Migranten hätten auch von Vermissten anderer Flüchtlingsboote berichtet, sagte Sami. "Wenn wir diese düsteren Zahlen zusammenführen, so schätzen wir, dass es mindestens 700 Opfer gibt - ohne Sicherheit in Bezug auf die Zahlen und die Identität der Opfer."

Bei den fast täglich neuen Meldungen über Tote im Mittelmeer ist es nahezu unmöglich, präzise Zahlen zu nennen. Klar ist, dass allein in dieser Woche 13.000 Menschen in Seenot gerettet wurden. Viele Leichen werden nicht geborgen, die Schätzungen der UNHCR beruhen auf Aussagen traumatisierter Flüchtlinge und Helfer.

cte/dpa/AP

**Load-Date:** May 29, 2016



<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familiennachzug-bei-fluechtlingen-was-ist-das-und-worum-geht-es-a-1061877.html>

SPIEGEL ONLINE

10. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1044 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Was will Innenminister de Maizière? Sollen syrische **Flüchtlinge** ihre Angehörigen nicht mehr nach Deutschland holen dürfen? Was bedeutet subsidiär schutzberechtigt? Die Antworten auf die wichtigsten Fragen.

## Body

---

Die Große Koalition streitet über syrische **Flüchtlinge** und wie künftig deren **Asylverfahren** ablaufen soll. Wenn es nach dem Willen von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) geht, sollen Syrer nicht mehr darauf hoffen dürfen, pauschal wie bisher als **Flüchtlinge** anerkannt zu werden und also ihre Familienangehörigen nachholen zu können.

Vorerst ist de Maizière von Kanzleramt und Koalitionspartner SPD gestoppt worden - doch in CDU und CSU wächst der Rückhalt für seine Forderung .

Wie ist die Lage bisher? Was bedeutet eigentlich subsidiär schutzberechtigt? Und welche Folgen hätte es, würde sich de Maizière durchsetzen? SPIEGEL ONLINE erklärt die wichtigsten Punkte.

Wann dürfen Flüchtlinge ihre Familienangehörigen nach Deutschland holen?

Das deutsche Aufenthaltsgesetz erlaubt es Ausländern in Deutschland, unter bestimmten Bedingungen ihren Ehepartner oder ihre minderjährigen Kinder nachzuholen. Grundlage ist der Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz (Artikel 6).

Bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) wird vom Nachweis des eigenständigen Lebensunterhalts und genügend Wohnraum abgesehen. Asyl- und GFK-Flüchtlingsschutz wird gewährt, wenn die Betroffenen im Heimatland politisch oder aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion verfolgt sind. In Härtefällen können weitere Angehörige nachgeholt werden.

Minderjährige Flüchtlinge, die allein nach Deutschland gekommen sind, können ihre Eltern nachholen. Dazu müssen sie innerhalb von drei Monaten nach ihrer rechtlichen Anerkennung einen Antrag stellen. Insofern dauert es relativ lange, bis Familienangehörige überhaupt nach Deutschland geholt werden können. Ein Asylverfahren für die Nachzügler ist nicht notwendig.

Der Streit um Familiennachzug - worum es geht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familiennachzug-bei-fluechtlingen-was-ist-das-und-worum-geht-es-a-106187....>

Was bedeutet subsidiärer Schutz?

Hat ein Asylbewerber keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz oder Asyl nach dem Grundgesetz, wird geprüft, ob der sogenannte subsidiäre Schutz oder bestimmte Abschiebungsverbote infrage kommen. Subsidiär heißt: nachgeordnet.

Ein solcher Schutz wird gewährt, wenn einer Person im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht, etwa durch die Verhängung der Todesstrafe, Folter oder aufgrund bewaffneter Konflikte.

Subsidiär Schutzberechtigte erhalten im Gegensatz zu Personen mit Flüchtlingsschutz oder Asylberechtigung nur eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr statt für drei Jahre. Diese kann verlängert werden. Weniger als ein Prozent der Menschen, über deren Asylanträge 2015 bislang entschieden worden ist, erhielten subsidiären Schutz, darunter sind vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Irak oder Eritrea.

Was hat das mit dem Familiennachzug zu tun?

Im Asylkompromiss der Koalition vom vergangenen Donnerstag wurde vereinbart, dass der Familiennachzug für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden soll.

Erst im August aber hatte man die Möglichkeit des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte verbessert.

Um welche Größenordnung geht es beim Familiennachzug?

Seriöse Zahlen und Prognosen gibt es derzeit nicht. Möglicherweise bleiben die Angehörigen der Flüchtlinge in der Heimat oder in einem der Nachbarländer. Insgesamt wurden 2014 etwa 51.000 Visa für Familiennachzügler erteilt. Im ersten Halbjahr 2015 waren es schon 30.000. Darunter sind allerdings neben Angehörigen von Flüchtlingen auch solche von Einwanderern.

Der frühere Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Manfred Schmidt, sagte im August, dass zwei Drittel der syrischen Flüchtlinge Familiennachzug beantragten und dann im Schnitt je Flüchtling drei Personen nach Deutschland kämen.

Diese Größenordnung aber beruht nur auf Annahmen, einige Experten bezweifeln solche Berechnungen. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge, die in Deutschland 2015 bisher einen Asylantrag gestellt haben, sind jünger als 25 Jahre, rund ein Drittel sogar jünger als 18. Viele von ihnen haben vermutlich gar keinen Ehepartner oder Kinder, die sie nachholen könnten.

Setzt sich die Maizièrè durch, würden dann keine syrischen Familienangehörigen mehr kommen können?

Die Maizièrè hatte am Freitag mit Blick auf syrische Flüchtlinge gesagt: "Ihr bekommt Schutz, aber den sogenannten subsidiären Schutz - das heißt zeitlich begrenzt und ohne Familiennachzug." Am Montag allerdings erklärte sein Sprecher sinngemäß, dem Innenminister sei es darum gegangen, bei syrischen Flüchtlingen zur Einzelfallprüfung zurückzukehren - und nicht darum, dass Syrer pauschal als nur subsidiär schutzberechtigt beurteilt werden.

Tatsächlich: Sollten syrische Flüchtlinge wieder einzeln mündlich ihr Asylgesuch darlegen müssen, heißt das noch lange nicht, dass sie am Ende alle nur als subsidiär schutzberechtigt eingestuft werden. Das ist - schaut man sich die Zahlen der Vergangenheit an - im Gegenteil nur für eine Minderheit anzunehmen.

Bis Oktober dieses Jahres gewährten die Behörden bei rund 61.000 Entscheidungen über Asylanträge von Syrern nur in 55 Fällen subsidiären Schutz. Und auch im Jahr 2014, als es noch Einzelfallprüfungen gab, lag auf das gesamte Jahr gesehen die Quote der syrischen Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz bei nur rund 12 Prozent. 71 Prozent erhielten den Flüchtlingsstatus.

Der Streit um Familiennachzug - worum es geht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familiennachzug-bei-fluechtlingen-was-ist-das-und-worum-geht-es-a-106187....>

2013 hingegen waren es noch knapp 63 Prozent. Dass sich dieses Verhältnis danach umkehrte, lag laut Pro Asyl auch daran, dass mehrere Gerichte das Bamf in Urteilen zwangen, Syrern den primären Flüchtlingsschutz zu gewähren. De Maizières Vorstoß zielt daher vornehmlich auf Abschreckung. Die meisten Syrer hätten vermutlich trotzdem das Recht, ihre Familie nachzuholen.

Was würde eine Einzelfallprüfung für die deutschen Behörden heißen?

Die mündliche Einzelfallprüfung für Syrer wurde Ende vergangenen Jahres ja auch deshalb ausgesetzt, um die Bürokratie zu entlasten. Es genügte allein das schriftliche Verfahren.

Dreht man das Rad nun zurück, würde sich vermutlich der Stau der Anträge im Bamf weiter vergrößern. Schon jetzt liegen dort knapp 330.000 noch anhängige Verfahren. Bis Ende Oktober sind mehr als 240.000 Syrer nach Deutschland eingereist.

Wenn mehr Personen als subsidiär schutzberechtigt eingestuft werden, müssten die Behörden zudem nach einem Jahr wieder prüfen, ob sie noch länger in Deutschland bleiben dürften.

**Load-Date:** November 10, 2015

[Flüchtlingsamt warnt vor noch größerem Antragsstau;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-befuerchtet-  
weiteren-asylantragsstau-a-1080364.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-befuerchtet-weiteren-asylantragsstau-a-1080364.html)

SPIEGEL ONLINE

03. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 783 words

**Byline:** vek/AFP/dpa

**Highlight:** Tausende zusätzliche Mitarbeiter sind eingestellt - trotzdem kommt die Regierung mit den Asylanträgen nicht hinterher. Bamf-Chef Weise rechnet mit Hunderttausenden neuen Bewerbungen.

## Body

---

Die Akten stapeln sich im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Nach dem Chaos im vergangenen Jahr wurden Tausende neuer Mitarbeiter eingestellt. Dennoch befürchtet Behördenchef Frank-Jürgen Weise, dass der Berg unerledigter Asylanträge weiter wachsen könnte. Der Grund: Mehrere Hunderttausend Flüchtlinge, die sich bereits länger in Deutschland aufhalten, werden erst jetzt einen Asylantrag stellen.

"Wir gehen davon aus, dass 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge im Land sind, die noch keinen Antrag gestellt haben", sagte Weise der "Passauer Neuen Presse". "Dazu kommen 370.000 Altfälle, über die noch entschieden werden muss."

Darüber hinaus werde es in diesem Jahr die Kapazität geben, um über 500.000 neue Fälle zu entscheiden. "Alles, was darüber hinausgeht, wird einen neuen Antragsrückstau bedeuten", so Weise. Diese Anträge müssten dann ins Jahr 2017 geschoben werden. Insgesamt könne es das Bundesamt schaffen, in diesem Jahr mehr als eine Million Verfahren von Flüchtlingen abzuschließen.

Im Moment kämen deutlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland. "Die Zeit nutzen wir, um mehr Altfälle abzuarbeiten." 60 Prozent derer, die Deutschland in den vergangenen Wochen erreicht hätten, stammten aus Syrien oder dem Irak. "Die Zahl der Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten ist inzwischen wieder zurückgegangen", sagte Weise.

Weise sprach sich dafür aus, abgelehnte Asylbewerber schnell abzuschieben: "Es muss konsequent zurückgeführt werden." Wenn die Voraussetzungen für Asyl nicht gegeben seien, könne es keine Perspektive in Deutschland geben. Sonst schwinde die Akzeptanz für diejenigen, die wirklich Schutz benötigten.

Österreichs Außenminister: Durchwinken ist "schwerer Fehler"

Flüchtlingsamt warnt vor noch größerem Antragsstau <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-befuerchtet-weiteren-asylantragsstau-a-1080364.ht...>

Die Lage in der griechischen Grenzstadt Idomeni bleibt chaotisch. Laut Hilfsorganisationen kampieren dort bereits 10.000 Flüchtlinge, um nach Mazedonien gelangen zu können. Am Grenzzaun war es zu Protesten und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen.

Österreichs Außenminister Sebastian Kurz hat nun mehr Druck auf Athen gefordert. So sollen die Flüchtlinge in den Registrierungszentren vor Ort besser versorgt werden. "Wir müssen das Durchwinken von Griechenland nach Norden stoppen", sagte Kurz der "Süddeutschen Zeitung". Es könne nicht sein, "dass die, die es bis nach Griechenland schaffen, automatisch weiterreisen dürfen".

Zwar strebe auch Wien eine europäische Lösung gemeinsam mit der Türkei an, versicherte Kurz. Er warnte jedoch davor, sich davon weniger schreckliche Bilder zu erwarten. Es sei "moralisch nicht hochwertiger", wenn die Flüchtlinge in der Türkei statt in Griechenland oder Mazedonien aufgehalten würden.

Kritik an der von Wien initiierten Konferenz mehrerer Balkanländer und der weitgehenden Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge wies Kurz zurück. Die Öffnung der Grenzen im Sommer 2015 und das "Durchwinken" der Flüchtlinge nach Mitteleuropa sei ein "schwerer Fehler" gewesen, der nun schnellstens korrigiert werden müsse.

Er äußerte die Hoffnung, dass der Andrang von Flüchtlingen abebbt, wenn sich diese ihr Zielland nicht mehr aussuchen könnten. Diejenigen, die nicht Schutz, sondern ein besseres Leben suchten, wollten nicht unbedingt in einem Lager auf Lesbos, sondern in Mitteleuropa leben. Niemand habe aber das Recht, sich auszusuchen, wo er in der EU einen Asylantrag stelle.

Sinn: "Wieso die EU scheitern sollte, ist mir schleierhaft"

Auch Noch-Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn kritisiert die Politik des Durchwinkens - und spricht sich für verstärkte Kontrollen an der Schengengrenze von Slowenien und Italien aus: "Grenzkontrollen heißen doch nicht, dass man die Grenzen schließt", sagte Sinn der "Welt". Nur entscheide der Staat so darüber, wen er hereinlasse.

Die Befürchtungen, ein solcher Schritt gefährde die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, wies er zurück. "Wieso die EU scheitern sollte, wenn man die Grenzen kontrolliert, ist mir schleierhaft." Die EU habe es bereits ohne Schengen gegeben, so Sinn. Einige EU-Länder gehörten schon jetzt nicht zum Schengenraum. "Wenn man genug Zöllner parallel arbeiten lässt, gibt es keine Staus", sagte der Ökonom. Die Zöllner seien billig. "Wir reden hier über einen winzigen Bruchteil dessen, was die Flüchtlinge kosten."

"Dass die Kanzlerin sagt, sie könne die Grenzen nicht kontrollieren, hat mich verwundert", so Sinn. Er erinnerte Kanzlerin Merkel an ihre Aufgabe, das deutsche Staatsgebiet zu schützen und das Eigentum der Deutschen an den öffentlichen Gütern zu sichern. Das sei ihre Aufgabe und ihre Pflicht.

Das sind die neuen Routen, über die Flüchtlinge jetzt nach Nordeuropa geschleust werden:

vek/AFP/dpa

**Load-Date:** March 3, 2016

[Orbán will über EU-Flüchtlingsquote abstimmen lassen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-referendum-ueber-eu-  
fluechtlingsquote-angekuendigt-a-1079074.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-referendum-ueber-eu-fluechtlingsquote-angekuendigt-a-1079074.html)

SPIEGEL ONLINE

24. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 313 words

**Byline:** cht/AFP/AP/dpa

**Highlight:** Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hat ein Referendum zur EU-**Flüchtlingsquote** angekündigt. Derartige Quoten festzulegen, ohne die Bürger zu befragen, komme einem "Machtmissbrauch" gleich, sagte er zur Begründung.

## Body

---

In Ungarn soll über das System der EU-**Flüchtlingskontingente** per Volksabstimmung entschieden werden. Das kündigte der rechtsnationale Ministerpräsident Viktor Orbán in Budapest an.

"Bis jetzt hat niemand die Menschen in Europa gefragt, ob sie die verpflichtende Quote zur Zwangsansiedelung von Migranten haben wollen oder ob sie das ablehnen", sagte Orban. Derartige Quoten festzulegen, ohne die Bürger zu befragen, komme aber einem "Machtmissbrauch" gleich, fügte er hinzu.

Die Frage, die das Referendum stellen werde, soll laut Orbán heißen: "Sind Sie dafür, dass die EU eine verpflichtende Vorgabe für die Ansiedlung von Nicht-Ungarn in Ungarn machen darf, selbst wenn das Parlament dem nicht zustimmt?" Bei der Frage gehe es darum, ob die Bevölkerung sich "für die Unabhängigkeit Ungarns und gegen eine verpflichtende Quote" ausspricht.

Weiter teilte Orbán mit, die Regierung habe ihren Antrag auf die Volksabstimmung beim Nationalen Wahlbüro eingereicht. Es gilt als gesichert, dass die Behörde, an deren Spitze Regierungsloyalisten stehen, den Antrag positiv behandelt. Im Zuge dessen wird dann auch der Termin für das Referendum festgesetzt.

In der EU sollen insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus den Hauptankunftsländern Italien und Griechenland auf alle anderen Mitgliedstaaten umverteilt werden. Ungarn soll gut 2100 Flüchtlinge aufnehmen.

Orbán fährt eine Politik der Abschottung gegenüber Flüchtlingen, die von fremdenfeindlichen Kampagnen begleitet wird. Die Regierung sträubt sich seit Monaten gegen die Zuteilung von Asylbewerbern aus anderen EU-Ländern. Anfang Dezember reichte Ungarn beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) dagegen eine Klage ein.

Zäune entlang der Grenzen zu Serbien und Kroatien haben die Flüchtlingswanderung entlang der sogenannten Balkanroute an Ungarn vorbeigelenkt. Die EU-Quote für Flüchtlinge hatte Orban von Anfang an abgelehnt.

Orbán will über EU-Flüchtlingsquote abstimmen lassen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-referendum-ueber-eu-fluechtlingsquote-angekuendigt-a-1079074.h...>

cht/AFP/AP/dpa

**Load-Date:** February 24, 2016

---

End of Document

## Der Traum von der Blitz-Integration

SPIEGEL ONLINE

16. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 917 words

**Byline:** David Böcking

**Highlight:** Konzerne stellen kaum Flüchtlinge ein, die Regierung fürchtet mehr Arbeitslose. Auf den ersten Blick scheint die Integration schlecht zu laufen. Doch die Wirtschaft mahnt zur Geduld - mit gutem Grund.

### Body

---

Scheitert die Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt? In den vergangenen Tagen häuften sich mal wieder Meldungen, die das nahelegen.

So bestellte Angela Merkel (CDU) die Chefs deutscher Dax-Konzerne für September ins Kanzleramt. Die Kanzlerin ist offenbar unzufrieden, dass die Großkonzerne nicht mehr Jobs für Flüchtlinge schaffen - gerade einmal 54 waren es bis Anfang Juli laut einer "FAZ"-Umfrage. Für Probleme am Arbeitsmarkt scheint auch eine Meldung der "Bild"-Zeitung vom Dienstag zu sprechen. Demnach rechnet die Bundesregierung wegen der Flüchtlingskrise mit steigenden Arbeitslosenzahlen.

Es gibt allerdings auch andere Töne. So enthält der neue Monatsbericht der Bundesbank neben einem Plädoyer für die Rente mit 69 auch eine Analyse der sogenannten Flüchtlingsrücklage: Knapp 13 Milliarden Euro hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) für dieses und nächstes Jahr für Integrationskosten reserviert, knapp die Hälfte davon sollte noch 2016 ausgegeben werden.

Doch aufgrund hoher Steuereinnahmen und geringer Zinskosten dürfte die Rücklage nach Berechnungen der Notenbank "nicht wie geplant zur Hälfte aufgezehrt, sondern wohl durch einen Haushaltsüberschuss noch deutlich aufgestockt werden". Sprich: Schäuble könnte am Jahresende sogar mehr Geld übrig haben als am Jahresanfang.

Läuft es am Ende doch gar nicht so schlecht mit der Integration? "In den letzten Monaten hat sich schon wahnsinnig viel getan", sagt Ulrike Garanin von der Unternehmensberatung Boston Consulting Group. Sie sagt aber auch: "Der Großteil der Aufgabe liegt noch vor uns."

Garanin und ihre Mitarbeiter bei der Initiative Joblinge tun bereits, was Merkel einfordert. In einem Programm namens Kompass bemühen sie sich darum, junge Geflüchtete für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. 250 Teilnehmer gibt es dieses Jahr, im kommenden Jahr sollen es 550 sein. Rund 1700 Unternehmen sind am Programm beteiligt, darunter auch Dax-Konzerne wie die Commerzbank und BMW. Der Autobauer trägt über eine Stiftung auch die Initiative mit.



## Der Traum von der Blitz-Integration

Wasserstandsmeldungen wie die 54 Neu-Einstellungen hält Garanin für wenig aussagekräftig. "Das ist eine sehr punktuelle Betrachtung, solange die Qualifizierung noch läuft", sagt sie. "Die Zahl der Praktikums- und Ausbildungsplätze ist viel höher."

Denn die wenigsten Flüchtlinge lassen sich direkt auf eine Arbeitsstelle vermitteln. Merkels Kritiker glauben, das liege am sehr geringen Bildungsstand. Es sei eben eine "Illusion, dass hier die Chefärzte aus Aleppo kommen", warnte Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn zu Jahresbeginn.

Aktuelle Zahlen aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weisen in eine andere Richtung. Demnach hat mehr als jeder zweite syrische Asylbewerber vor seiner Flucht ein Gymnasium oder eine Universität besucht, unter den Iranern sind es sogar drei von vier.

Syrer und Iraner gehören zu den häufigsten Teilnehmern des Kompass-Programms. Dass ihr Start in den Arbeitsmarkt dennoch schwierig ist, liegt in erster Stelle an der Sprachbarriere. Nicht einmal zwei Prozent der Asylbewerber aus dem Jahr 2015 hatten bei ihrer Ankunft Deutschkenntnisse, weniger als ein Drittel konnte Englisch. Die Kompass-Teilnehmer absolvieren denn auch zunächst einen vierwöchigen Deutsch-Intensivkurs. Anschließend werden sie in Vokabular geschult, das für die von ihnen angestrebte Branche wichtig ist.

### Unrealistische Vorstellungen

Allerdings haben die Flüchtlinge laut Garanin oft unrealistische Vorstellungen davon, für welche Berufe sie geeignet sind. Das Problem teilen sie mit deutschen Jugendlichen, die Joblinge bereits seit fast zehn Jahren in den Arbeitsmarkt vermittelt. Auch deshalb gehören laut Garanin zum Programm Kulturprojekte, bei denen die Teilnehmer beispielsweise eine Tanzaufführung einstudieren. "Die wenigsten empfinden das als beglückend, sondern eher als Zumutung", sagt Garanin. "Aber es ist wichtig, offener zu werden."

Die Integration in den Arbeitsmarkt sei "kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf", hatte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) kürzlich bereits im SPIEGEL-Interview gewarnt. Ähnlich äußern sich nun Wirtschaftsvertreter, nachdem Unions-Vize Julia Klöckner die Mahnungen von Merkel noch einmal wiederholte.

Dass die Aufrufe zu mehr Geduld keine reinen Floskeln sind, zeigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Demnach beschäftigte die deutsche Wirtschaft im Frühjahr gut 136.000 Menschen aus Asylherkunftsstaaten - immerhin rund 30.000 Menschen mehr als noch ein Jahr zuvor. Die meisten davon kamen noch vor Beginn der Flüchtlingswelle. Sie hatten also mehr Zeit, sich an den Arbeitsmarkt anzupassen.

Doch ein Jahr nach Angela Merkels umstrittener Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, wächst offenbar bei manchen die Ungeduld. Da werden manchmal auch alte Fakten als Neuigkeiten verkauft: Der am Dienstag von "Bild" gemeldete mögliche Anstieg der Arbeitslosen auf 2,86 Millionen im Jahr 2017 geht nicht nur mit einem deutlich stärkeren Wachstum der Beschäftigtenzahlen einher. Die Zahl steht auch in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung - und ist damit fast vier Monate alt.

Zusammengefasst: Die Wirtschaft tut zur wenig zur Integration von Flüchtlingen - dieser Vorwurf wird durch Angela Merkels Einladung zum einem Gipfeltreffen mit Dax-Konzernen unterstrichen. Doch die geringe Zahl von Neueinstellungen erklärt sich auch daraus, dass die meisten Migranten zunächst geschult werden müssen - vor allem in Deutsch.

**Load-Date:** August 17, 2016

[Mehr als 4200 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet;  
http://www.spiegel.de/panorama/italien-mehr-als-4200-fluechtlinge-im-mittelmeer-gerettet-a-1036359.html](http://www.spiegel.de/panorama/italien-mehr-als-4200-fluechtlinge-im-mittelmeer-gerettet-a-1036359.html)

SPIEGEL ONLINE

30. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / DEFAULT

**Length:** 446 words

**Byline:** ala/dpa

**Highlight:** Rettungskräfte haben Tausende Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet, 17 starben bei der Überfahrt. Papst Franziskus erneuerte seine Kritik an der EU-Einwanderungspolitik: Die Migranten sterben zu lassen, sei ein "Attentat auf das Leben".

## Body

---

Die Rettungskräfte im Mittelmeer sind derzeit im Dauereinsatz. Die deutsche Fregatte "Hessen" sowie Einsatzkräfte aus Italien und anderen Ländern haben an nur einem Tag 4243 Flüchtlinge aus Seenot gerettet.

Die Fregatte "Hessen" nahm am Freitag 880 Menschen an Bord, unter ihnen 118 Frauen und 27 Kinder. Die Flüchtlinge seien von Schlauchbooten gerettet worden, von denen einige bereits zu sinken drohten, teilte die Bundeswehr via Twitter mit. Die Schiffbrüchigen wurden an Bord der Fregatte genommen, wo sie medizinisch versorgt und betreut wurden. Sie sollen nun in einen italienischen Hafen gebracht und den Behörden übergeben werden.

Laut italienischer Küstenwache waren neben der Bundeswehr auch Schiffe aus Irland, die italienische Küstenwache, Marine und Finanzpolizei sowie Rettungskräfte der EU-Grenzschutzmissionen "Triton" und einige Handelsschiffe beteiligt. Die geretteten Menschen waren auf insgesamt neun Schiffen und 13 Schlauchbooten auf dem Weg über das Mittelmeer, als sie in Seenot gerieten. Bei der Küstenwache gingen mehrere Hilferufe über Satellitentelefone ein.

Allerdings entdeckten die Retter der italienischen Küstenwache zufolge auch die Leichen von 17 Migranten, die versucht hatten, in einem Schlauchboot die italienischen Hoheitsgewässer zu erreichen. Woran die Menschen gestorben sind, war zunächst unklar.

Es handelt sich um einen der bislang größten Rettungseinsätze in diesem Jahr. Anfang Mai hatten die italienische und griechische Küstenwache in wenigen Stunden mehr als 4200 Menschen gerettet.

Papst nennt Tod von Migranten einen "Angriff auf das Leben"

Mehr als 4200 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet <http://www.spiegel.de/panorama/italien-mehr-als-4200-fluechtlinge-im-mittelmeer-gerettet-a-1036359.html>

Papst Franziskus hat den Tod von Migranten im Mittelmeer angeprangert. "Es ist ein Angriff auf das Leben, unsere Brüder auf den Booten im Kanal von Sizilien sterben zu lassen", sagte der 78-Jährige. Er stellte dieses Vergehen in eine Reihe mit Abtreibung und Sterbehilfe.

"Eine richtige Gesellschaft erkennt das Recht auf Leben als vorrangig an, von der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Ende", sagte der Argentinier bei einer Audienz für Mitglieder der "Vereinigung Wissenschaft und Leben". Das Leben sei ein Geschenk und die Gesellschaft müsse über ihren Umgang damit nachdenken.

Der Vorsitzende des kirchlichen Rates für Flüchtlinge, Kardinal Antonio Maria Vegliò, stand dem Pontifex zur Seite und kritisierte die Verteilung der Migranten nach Quoten in der EU. "Europa hat nie einen Plan gehabt. Jetzt haben sie die Quote für Flüchtlinge eingeführt und ich finde diese Entscheidung wenig menschlich und wenig christlich." Die Migration sei eine Realität, die es immer gegeben habe und immer geben werde. "Solange es Armut und Kriege gibt, wird sich nichts ändern."

ala/dpa

**Load-Date:** June 15, 2015

---

End of Document

## Nur 34.000 Flüchtlinge haben einen Job - 400.000 suchen noch

SPIEGEL ONLINE

19. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 455 words

**Byline:** Benjamin Bidder

**Highlight:** Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt kommt nur stockend voran. Immerhin sind durch die Krise rund 50.000 neue Jobs entstanden - für Deutsche.

### Body

---

In den vergangenen Monaten hat nur ein Bruchteil der Flüchtlinge in Deutschland reguläre Arbeit erhalten. Von Dezember 2015 bis November 2016 schafften gerade einmal 34.000 Einwanderer aus den wichtigsten nicht-europäischen Asylherkunftsländern den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. Darunter seien unter anderem Syrien, Irak, Afghanistan und Nigeria, sagte der Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Joachim Möller. Das IAB ist das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit.

Demgegenüber steht die Zahl von 406.000 Flüchtlingen, die als arbeitssuchend gemeldet und bei Arbeitsagenturen und Jobcentern registriert sind. Etwa 160.000 sind als arbeitslos erfasst.

IAB-Chef Möller geht davon aus, dass die Einbindung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt - trotz brummender Konjunktur - weiter nur langsam vorankommen wird: "Wenn wir es geschafft haben, nach fünf Jahren 50 Prozent in Lohn und Brot zu bekommen, ist das sicherlich ein Erfolg." Dafür müsse allerdings mehr in die Integration investiert werden.

2015 und in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 beantragten laut Bundesinnenministerium knapp 1,2 Millionen Menschen hierzulande Asyl.

Kaum Chancen in der Industrie

Von den 34.000 Flüchtlingen, die bereits Arbeit gefunden haben, jobbt rund jeder fünfte als Leiharbeiter (22 Prozent). An zweiter Stelle stehen wirtschaftsnahe Dienstleistungen ohne Zeitarbeit mit 20 Prozent. "Nimmt man das Gastgewerbe dazu, sind insgesamt 57 Prozent der Menschen in diesen Bereichen beschäftigt", so Möller.

IAB-Chef Möller hält es für "eine Illusion, zu glauben, dass wir eine große Zahl der Geflüchteten in unseren gut bezahlten Industriearbeitsplätzen wie beispielsweise der Automobilindustrie haben werden". Zeitarbeit habe für Migranten aber eine besondere Funktion. Viele Betriebe seien zunächst sehr skeptisch, Zeitarbeit helfe, erste Bedenken zu nehmen.

Mehr Hintergrund über Flüchtlinge am Jobmarkt: Der Traum von der Blitz-Integration

Nur 34.000 Flüchtlinge haben einen Job - 400.000 suchen noch

Im Ein-Euro-Job-Programm für Flüchtlinge gibt es rund vier Monate nach dem Start noch weit weniger solche Arbeitsgelegenheiten als insgesamt geplant. "Nach ersten Zahlen entstanden bisher rund 5000", sagte Möller. Das von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) initiierte Programm startete am 1. August und soll 100.000 öffentlich geförderte Jobs für Flüchtlinge schaffen.

Durch die Flüchtlingsmigration entstanden allerdings auch neue Arbeitsplätze. "Wir rechnen mit einer Größenordnung im mittleren fünfstelligen Bereich, mit etwa 50.000 oder 60.000", sagte Möller. "Beschäftigungszuwachs gab es etwa im Bau, bei außerschulischen Lehrtätigkeiten und Sprachlehrern, Wachleuten, Sozialarbeitern und in der öffentlichen Verwaltung."

beb/dpa

**Load-Date:** December 19, 2016

---

End of Document

**EU will Migranten in libyschen Auffanglagern festhalten;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europaeische-union-peilt-schmutzigen-deal-mit-libyen-an-a-1089670.html>**

SPIEGEL ONLINE

29. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1052 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** 09:33:00 Im Sommer könnten Hunderttausende **Migranten** versuchen, von Nordafrika nach Europa zu kommen. Vertrauliche Dokumente zeigen, dass die EU darüber nachdenkt, sie schon in Libyen zu stoppen - ein entsprechender Deal wird vorbereitet.

## Body

---

In der EU gibt es Planungen, den befürchteten Zustrom von **Migranten** aus Nordafrika mit drastischen Maßnahmen zu verhindern. Ein internes EU-Dokument, das der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) kürzlich an die Mitgliedstaaten versandte, skizziert bereits einen Deal mit einer neuen libyschen Regierung, der die umstrittenen Absprachen mit der Türkei noch übertrifft. Das 17-seitige Papier liegt SPIEGEL ONLINE vor.

In dem Papier beschreiben die Beamten der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, wie eine neue libysche Regierung die Überfahrt von **Migranten** in Richtung Italien stoppen könnte: In Zusammenarbeit mit der EU könnten die libyschen Behörden "vorübergehende Auffanglager für **Migranten** und **Flüchtlinge**" unterhalten. "Dabei muss man auch über Inhaftierungseinrichtungen nachdenken", heißt es in dem Papier.

Die Ideen erinnern an Zeiten, als die EU mit dem libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi kooperierte, um den Zustrom von Flüchtlingen über das Mittelmeer zu stoppen. Damals zahlte man Gaddafi Geld und hofierte den Despoten, damit dieser verhindert, dass Flüchtlingsboote an seiner Küste gen Italien ablegen können. Gaddafi baute auch Auffanglager für Migranten, in Wirklichkeit waren es Gefängnisse.

Die aktuellen Überlegungen illustrieren, wie die EU nach der Westbalkanroute nun die zweite große Flüchtlingsroute abriegeln will. Schon im November 2015 schlugen die Europäer beim Gipfel von Valletta vor, "Migrationszentren" in Afrika einzurichten - doch die Afrikaner wollten davon nichts wissen. Mitte April wagte Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi einen erneuten Vorstoß. Zusätzlichen Auftrieb bekommt die Idee durch das EU-Abkommen mit der Türkei, das den Migranten-Andrang deutlich gesenkt hat - und bereits als Blaupause für ähnliche Absprachen mit anderen Staaten gilt, vor allem mit Libyen.

EU will Migranten in libyschen Auffanglagern festhalten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europaeische-union-peilt-schmutzigen-deal-mit-libyen-....>

Für den Sommer rechnet man damit, dass viele Migranten den gefährlichen Weg von Libyen aus in Richtung Italien wagen wollen. Schätzungen zufolge warten bereits rund 200.000 Menschen in Libyen auf die Abreise, andere Quellen sprechen von einer halben Million.

In der EU sorgt das Szenario für Aufregung. Erst kürzlich tagten die EU-Außenminister dazu in Luxemburg. Von den drastischen Plänen, die Flüchtlinge in Libyen gewaltsam aufzuhalten, war da jedoch keine Rede. Allerdings sagte die EU bereits Unterstützung für die gerade gebildete Regierung der Nationalen Einheit zu, um im Land Fuß zu fassen.

Bisher sitzt die mühsam gebildete Regierung von Ministerpräsident Fayiz as-Sarradsch noch abgeschottet in einer Marinebasis in Tripolis, langsam aber übernimmt sie die wichtigen Ministerien. Von der EU bekam die neue Truppe bereits hochrangigen Besuch, auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Kollege wagten sich schon zu einem Kurztrip nach Libyen, um die neue Regierung symbolisch zu legitimieren.

#### "Konsequenter Mangel an Klarheit"

Wie die heikle Kooperation mit Libyen funktionieren soll, ist noch unklar. Niemand habe ein klares Lagebild aus dem Land, seitdem sich die internationale Gemeinschaft im Juli 2014 aus Tripolis zurückgezogen hat, heißt es in dem EU-Dokument. Vielmehr herrsche "konsequenter Mangel an Klarheit", welche Schlüsselinfrastrukturen vorhanden sind und welche Fähigkeiten die libyschen Behörden besitzen.

Folglich denkt man in der EU vorerst verstärkt darüber nach, Migranten zu stoppen, kurz nachdem sie in Richtung Europa in See gestochen sind. So ist in dem Dokument des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) davon die Rede, dass die EU-Marinemission "Sophia" im Mittelmeer eine Rolle "beim Aufbau der libyschen Küstenwache und Marine" spielen könnte, zusätzlich zur Hilfe der EU beim Aufbau von Justiz und Polizei.

Für den Ausbau der Mission "Sophia", an der sich die Bundeswehr mit zwei Kriegsschiffen beteiligt, braucht die EU noch die Zustimmung der libyschen Regierung. Als die Außenminister in Luxemburg tagten, war Ministerpräsident al-Sarradsch per Video zugeschaltet, er zeigte sich offen für eine Kooperation. Für Militäroperationen im libyschen Hoheitsgewässer allerdings bräuhete die EU das noch offiziell.

#### Schleuser riskieren bewusst Leben der Migranten

Bisher greifen die EU-Kriegsschiffe vor Libyen nicht ein, sie klären nur die Schleuseraktivitäten auf. Die Kriminellen aber haben sich bereits angepasst. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf die Linksfraktion setzen die Schleuser aktiv darauf, dass die Migranten schon kurz nach dem Aufbrechen in Libyen entweder von den europäischen Schiffen oder von Hilfsorganisationen aufgegriffen werden.

Das zynische Kalkül der Schleuser beantwortet die EU nüchtern. Seit Beginn der EU-Operation habe "der Einsatz von weniger seetüchtigen Schlauchbooten zugenommen", schreibt die Bundesregierung. Zudem seien die Boote "durchschnittlich mit weniger Treibstoff, Lebensmitteln und Wasser" ausgestattet. "Eine Passage über das Mittelmeer wäre damit regelmäßig nicht möglich gewesen."

Ein schnelles Ende des Geschäfts ist nicht absehbar. Der Menschenschmuggel sei in Libyen "äußerst profitabel" und das Risiko für Schlepper gering, bilanziert der EEAS. Kriminelle Gruppen und womöglich auch Terroristen würden sich auf diese Weise finanzieren.

Ohnehin werde die Sicherheitslage in Libyen "zunehmend von den Aktivitäten des 'Islamischen Staats' und anderen Terrorgruppen beeinflusst", so der EEAS. Ähnlich äußerte sich am Mittwoch Martin Kobler, Uno-Sonderbotschafter für Libyen. Die Angriffe des IS auf die Ölanlagen Libyens seien ein "schwerer Angriff" auf die Wirtschaft und die Lebensgrundlage von Millionen Libyern, so Kobler.

Doch offenbar hat es nicht nur der IS auf die nahezu einzige Einnahmequelle Libyens abgesehen. Am Montag ließ die "Würde"-Koalition, eine von drei derzeit in Libyen aktiven Regierungen, in Bengasi einen Tanker mit 650.000

EU will Migranten in libyschen Auffanglagern festhalten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europaeische-union-peilt-schmutzigen-deal-mit-libyen-....>

Barrel Rohöl befüllen und ablegen - in offener Missachtung der neuen Regierung. Sollte der Kampf ums Öl eskalieren, droht Libyen eine weitere Destabilisierung.

Zusammengefasst: Hunderttausende Menschen könnten in den kommenden Monaten versuchen, von Libyen aus über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Die EU will die Migranten schon in Libyen oder vor dessen Küste stoppen. Doch dazu bräuchte es eine handlungsfähige Regierung in Libyen - und in dem Land herrscht blankes Chaos.

**Load-Date:** April 29, 2016

---

End of Document



## **"Europa ist nicht euer Paradies, sondern vielleicht euer Tod"**

SPIEGEL ONLINE

07. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 478 words

**Byline:** Christoph Titz

**Highlight:** Bundesentwicklungsminister Gerd Müller will einen Neustart in der deutschen **Flüchtlingspolitik**, mehr Hilfe für die Herkunftsländer - und verbindet den Appell mit einer Warnung an Flüchtende aus Afrika.

### **Body**

---

Vor der dreitägigen Afrika-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) für einen Neuanfang in der **Flüchtlingspolitik** ausgesprochen.

"Wir dürfen nicht nur reagieren und **Flüchtlinge** aus dem Mittelmeer retten", sagte Müller in der Nacht zum Freitag während einer Reise vom Libanon in die Türkei. Er empfahl zusätzlich mehr Anstrengungen, um Flucht und **Migration** aus Afrika nach Europa zu vermeiden.

Wer das wolle, der müsse die EU-Außengrenzen schützen, Wege für legale Migration schaffen, die Steuervermeidung multinationaler Konzerne beenden, Handelserleichterungen beschließen und in den Herkunftsländern Berufsperspektiven für Jugendliche schaffen und Investition fördern.

"Europa ist nicht euer Paradies, sondern vielleicht euer Tod"

Es dürfe nicht sein, dass sich täglich Tausende von Afrika mit Schlepperbooten auf den Weg nach Europa machten. "Wir müssen ihnen sagen, Europa ist nicht euer Paradies, sondern vielleicht euer Tod", sagte der CSU-Politiker der Nachrichtenagentur dpa.

Bereits am Donnerstag hatte Müller vor einer drastischen Zunahme der Zuwanderung aus Afrika gewarnt, wenn es nicht mehr Hilfen gebe. "Der Migrationsdruck wird in den nächsten Jahren dramatisch zunehmen, wenn wir es nicht schaffen, wirtschaftliche Perspektiven in den afrikanischen Ländern zu schaffen", sagte Müller. Es müsse klar sein, dass Entwicklungen in Afrika "unmittelbare Auswirkungen auf Europa" hätten.

Weil sich die Bevölkerung Afrikas laut Uno-Prognosen bis 2050 auf mehr als zwei Milliarden Menschen verdoppeln werde, seien mehr Hilfe und Investitionen privater Unternehmen nötig, um Hunderte Millionen Jobs zu schaffen. Die Menschen müssten spüren, dass es in ihren Ländern bergauf gehe. Deutschland wolle mit Innovationszentren im Bereich Ernährung, Ausbildungspartnerschaften sowie dem Ausbau der Solarenergie helfen, kündigte Müller an.

Außerdem verhandelt die EU seit Längerem mit mehreren afrikanischen Ländern über sogenannten Migrationspartnerschaften. Dabei geht es neben Entwicklungshilfe auch um die bessere Ausstattung der

"Europa ist nicht euer Paradies, sondern vielleicht euer Tod"

Sicherheitsapparate der Partnerstaaten. Weil dabei auch teils fragwürdige Regimen geholfen wird, denen Menschenrechte wenig gelten, gibt es an den Deals Kritik .

Die Kanzlerin will sich ab Sonntag bei einer dreitägigen Afrika-Reise für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung und die Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzen. Stationen ihrer Reise sind Mali, Niger und Äthiopien.

Niger ist ein zentrales Transitland für Migranten aus der Südsahara, die dann von Schleusern weiter nach Libyen und über das Mittelmeer in die EU gebracht werden. In der Bundesregierung wurde aber betont, dass nur ein Bruchteil der Migranten nach Europa komme. Der mit Abstand größte Teil der Flüchtlinge bleibe auf dem Kontinent und werde von dortigen Staaten aufgenommen.

cht/dpa/Reuters

**Load-Date:** October 7, 2016

---

End of Document

[Schnell abschieben, aber bitte freundlich;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-  
abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.html)

SPIEGEL ONLINE

30. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 811 words

**Byline:** Philipp Wittrock

**Highlight:** Wenn es um Balkan-Flüchtlinge geht, empören sich SPD und Grüne über die Scharfmacher von der CSU. Dabei wollen rote und grüne Länder das gleiche: Asylbewerber vom Balkan möglichst schnell wieder loswerden. Nur auf die nette Tour.

## Body

---

Die Reflexe funktionieren. Horst Seehofer wettert gegen "massenhaften Asylmissbrauch" durch Flüchtlinge vom Balkan und fordert spezielle Abschiebelager. Der Aufschrei folgt prompt. Bayerns Ministerpräsident betreibe gefährliche Stimmungsmache und zünde "rhetorische Brandbomben", erregt sich die SPD. Die Grünen werfen ihm Menschenverachtung und Zynismus vor.

Was bei der Empörung gerne in Vergessenheit gerät: In der Sache sind sich die von SPD und Grünen regierten Länder weitgehend einig mit dem schwarzen Bayern. Sie wollen die vielen Asylbewerber, die vom Westbalkan nach Deutschland kommen, möglichst schnell wieder loswerden. Auch den Mitteln, die Seehofer dafür in Erwägung zieht, sind sie dabei nicht immer abgeneigt.

So ist Hamburgs SPD-Bürgermeister Olaf Scholz durchaus offen für den bayerischen Vorstoß. "Es geht um schnellere, unbürokratische Entscheidungen", bekräftigte Scholz jetzt im "Stern". "Dazu gehören auch spezialisierte Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive." Scholz hatte sich bereits früher aufgeschlossen zu separaten Einrichtungen für Menschen vom Westbalkan geäußert.

Der SPD-Vize kritisierte aber die scharfe Rhetorik Seehofers. "Der Begriff Asylmissbrauch ist verfehlt", sagte Scholz. Es gehe nicht um schlechtere Standards, Drohungen mit Zelten oder weniger Taschengeld. "Es ist ärgerlich, dass die martialischen Töne aus Bayern das gemeinsame Anliegen überlagern." Ähnlich wie Scholz hatte sich zuletzt auch dessen Parteifreundin, die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, geäußert.

Der Ton macht also den Unterschied, das Ziel ist das gleiche. Denn die zahlreichen Flüchtlinge aus den Westbalkan-Staaten belasten die Kommunen und binden Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Behörde kommt mit der Bearbeitung der Fälle aus echten Krisenregionen wie Syrien nicht mehr nach ( Mehr über die Flüchtlinge vom Balkan lesen Sie hier ).

Schnell abschieben, aber bitte freundlich <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.ht...>

Nach Angaben des BAMF kamen von den insgesamt rund 190.000 Asylanträgen in Deutschland seit Anfang des Jahres rund 78.000 aus Staaten des Westbalkan. Nur ein Bruchteil der Anträge aber wird bewilligt - darum will die Bundesregierung ihre Asylverfahren möglichst schnell durchziehen und die abgelehnten Bewerber zurückschicken.

Diese Schnellverfahren, so die Befürworter, könnten in separaten Aufnahmeeinrichtungen besonders effizient ablaufen. Darum sei die Option auch beim letzten Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin im Juni zur Sprache gekommen, betont das Bundesinnenministerium. An dem Treffen hatten alle Länderregierungschefs teilgenommen. Sie verständigten sich dort grundsätzlich auf beschleunigte Verfahren für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive. Flüchtlinge vom Westbalkan etwa sollen binnen drei Monaten "aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus" das Land wieder verlassen.

Umstrittene, sichere Herkunftsstaaten

Genau das hat gerade die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg noch einmal bekräftigt. Das Land will die Plätze in den Anlaufstellen für Asylbewerber im Laufe des kommenden Jahres auf 20.000 Plätze mehr als verdoppeln. Wer hier landet und keine Aussicht darauf hat, bleiben zu dürfen, soll die Einrichtung gar nicht erst verlassen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist auch offen dafür, nach Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina weitere Balkanstaaten als sogenannte sichere Herkunftsländer einzustufen - gegen den Widerstand weiter Teile seiner Partei ( Mehr über das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lesen Sie hier ). Asylanträge aus diesen Ländern werden in der Regel abgelehnt, da eine politische Verfolgung ausgeschlossen wird.

Die Union würde gerne den Kosovo, Albanien und Montenegro zur Liste hinzufügen. Kritiker von SPD, Grünen und Linkspartei lehnen das ab, weil vor allem Roma in diesen Ländern diskriminiert werden. Die SPD hatte ihrem Koalitionspartner zuletzt aber einen Deal angeboten: Sollte die Union einem Einwanderungsgesetz zustimmen, wären die Sozialdemokraten bereit, weitere Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.

Selbst abschreckende Maßnahmen wie die Formel "Sachleistungen statt Geld" finden nicht mehr nur in CDU und CSU Anklang. "Wenn Armutsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern die Erstaufnahme nach drei Monaten verlassen, sollten sie statt Bargeld wieder Gutscheine und Sachleistungen erhalten", sagte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter der "Bild". Der SPD-Politiker befand: Die "wirtschaftlichen Anreize" müssten herabgesetzt werden.

Zusammengefasst: SPD und Grüne empören sich über die scharfe Rhetorik der CSU in der Flüchtlingspolitik. Dabei haben die SPD- oder Grünen-regierten Länder eigentlich das gleiche Ziel wie Bayerns Ministerpräsident Seehofer: Sie wollen die Zahl der Asylbewerber vom Westbalkan senken, weil diese ohnehin kaum Aussicht auf Asyl in Deutschland haben.

**Load-Date:** July 30, 2015

**"Wir können niemals um unsere Werte feilschen";  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-tusk-europa-verhandelt-mit-erdogan-nicht-ueber-werte-a-1088587.html>**

SPIEGEL ONLINE

22. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1128 words

**Byline:** Donald Tusk

**Highlight:** 06:38:00 Europa verhandelt nicht über seine Freiheiten - auch nicht mit dem türkischen Präsidenten Erdogan, schreibt der EU-Ratspräsident in einem Meinungsbeitrag.

## **Body**

---

Vor einem Jahr, zu Beginn der **Flüchtlingskrise**, sahen es manche als unbestreitbar an, dass die **Flüchtlingswelle** zu groß sei, um sie zu stoppen. Als Konsequenz daraus wurden die Regeln von Schengen und Dublin suspendiert, und dies führte dazu, dass unser Territorium sich einer unkontrollierten Einwanderung öffnete.

Die Europäer wurden Zeugen einer zunehmenden Hilflosigkeit und Unsicherheit, hinzu kamen mehr oder weniger gerechtfertigte Ängste. Sie betrafen unsere Sicherheit sowie unsere Fähigkeit, Neuankömmlinge in unseren Gesellschaften zu integrieren, aber auch die sozialen und finanziellen Auswirkungen einer ungehinderten **Migrationsbewegung**.

Dieses wachsende Unbehagen war ein fruchtbarer Boden für radikale, populistische und oft nationalistische Stimmungen. Die europäische Debatte wurde in nie dagewesener Intensität von apokalyptischen Prophezeiungen und Fragen zur Zukunft Europas überflutet.

Eine Grundvoraussetzung, um diesen gefährlichen Trend zu stoppen, war es, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen. Vor einigen Monaten schlug ich vor, dass wir die umgekehrte Annahme treffen sollten, nämlich, dass die Flüchtlingswelle zu groß ist, um sie nicht zu stoppen. Unsere Priorität sollte eine echte Einwanderungspolitik sein. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen die Fähigkeit zurückgewinnen, entscheiden zu können, wer unsere Grenzen wo und wie überschreitet.

Paradoxerweise ist das entscheidend für eine rationale und humane Asylpolitik. Ohne eine solche Herangehensweise werden auch die Tragödien auf dem Meer eine Fortsetzung finden. Die Lage ist ernst, dessen sind wir uns bewusst. Am Mittwoch gab die Uno-Flüchtlingsagentur bekannt, dass bis zu 500 Migranten umgekommen sein könnten, als vergangene Woche ein großes Schiff im Mittelmeer sank.

Die Zahlen von der Balkanroute sprechen für sich

"Wir können niemals um unsere Werte feilschen" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-tusk-europa-verhandelt-mit-erdogan-nicht-ueber-werte-a-1088587.html>

Der Paradigmenwechsel zeigte Wirkung und brachte vorsichtige Hoffnung, auch wenn wir nicht die Illusion hegen, dass das Problem gelöst sei. Vor uns liegen Monate, womöglich Jahre der Anstrengungen und der schwierigen Entscheidungen. Was wir nun sehen, sind positive Zahlen von der Balkanroute, die bis vor wenigen Wochen die Hauptroute war. Sie sprechen für sich: 70.000 im Januar, 50.000 im Februar, 30.000 im März und im April etwa 4.000.

Drei Entscheidungen waren dafür wichtig.

Erstens, der Europäische Rat im Februar entschied, das Durchwinken zu beenden und die Schengenregeln wieder vollständig zu befolgen. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, dass es keine europäische Lösung ohne Respekt für die europäischen Gesetze geben würde. In der Mitte des Jahres 2015, als die Krise mit ganzer Kraft hereinbrach, ignorierte Europa seine eigenen Prinzipien und Gesetze, und auf diese Weise demonstrierte es Schwäche und Unentschiedenheit. Dass im Februar diese neuen Schlüsse gezogen wurden, war in dieser Hinsicht ein Durchbruch. Dies sollte als Lehre dienen.

Zweitens: Es war entscheidend, die Balkanländer permanent einzubeziehen. Auch die nächsten Monate werden weitere Unterstützung nötig machen. Ich wurde in diesen Prozess eingebunden, im vollen Bewusstsein der Risiken und Kontroversen, die er mit sich bringt. Die Zusammenarbeit mit unseren Partnern auf dem Balkan, zum Beispiel mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, ist nicht einfach. Aber politische Führung hat etwas damit zu tun, ob jemand bereit ist, schwierige Entscheidungen zu treffen, selbst angesichts einer feindseligen öffentlichen Meinung.

Das Geschäftsmodell der Schmuggler in der Ägäis zerstören

Und drittens: die Kooperation zwischen der EU und der Türkei. Für viele von uns war sie mindestens so kontrovers. Sie kam zustande, weil die Staats- und Regierungschefs entschieden, dass es sich dabei um die effektivste Weise handle, Griechenland zu unterstützen und das Geschäftsmodell der Schmuggler in der Ägäis zu zerstören. Ich habe alle Mitgliedstaaten mobilisiert, um diese Kooperation unter zwei absoluten Bedingungen zu unterstützen: dass die Interessen aller Mitglieder unserer Gemeinschaft, etwa Zyperns, geschützt werden. Und dass sie in vollem Einklang mit EU- und internationalem Recht geschieht. Die Kooperation ist ein wichtiges Element unserer Strategie, aber wir sollten nicht außer Acht lassen, dass sie nur eines von vielen Elementen ist.

Die Lösung auf dem Balkan und das Abkommen mit der Türkei sind kein universelles Modell, das auch auf andere Migrationsrouten - etwa die zentrale Mittelmeerroute - angewendet werden kann. Libyen ist nicht die Türkei. Die Grenze am Brenner zu schließen, wäre ein Hieb ins Herz von Schengen. Aus diesem Grund ist der Migrationspakt willkommen, den der italienische Premierminister Renzi vor Kurzem vorgeschlagen hat. Europa sollte Italien in seinem Vorgehen gegen Schmuggler unterstützen. Dies wird vermutlich ein größeres Engagement in Libyen nötig machen.

Kein anderer wird unsere Grenzen für uns schützen. Wir können die Schlüsselgewalt über unser Territorium und unsere Sicherheit keinem Drittland übertragen. Das gilt sowohl für die Türkei als auch für die Staaten Nordafrikas. Unsere Hilflosigkeit wäre eine Einladung, Europa zu erpressen. Zu oft habe ich von unseren Nachbarn gehört, Europa solle nachgeben, ansonsten würde es von Migranten überschwemmt werden. Da ist mir klar geworden, dass unsere Zusammenarbeit nur dann eine Zusammenarbeit unter Partnern sein würde, wenn wir unsere Fähigkeit zurückgewinnen, Migration eigenständig zu kontrollieren.

Wir verhandeln nicht über unsere Freiheiten

Nur starke Staaten können in großem Maßstab Hilfsbedürftige unterstützen, ohne dabei Gefahr zu laufen, sich selbst zu zerstören. Harte Maßnahmen laufen humanitären Zielen nicht zuwider, ganz im Gegenteil kann nur eine entschlossene Politik deren Umsetzung ermöglichen. Wollen wir, dass Europa offen und tolerant bleibt, dann können wir es uns nicht mehr erlauben, hilflos zu sein.

"Wir können niemals um unsere Werte feilschen" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-tusk-europa-verhandelt-mit-erdogan-nicht-ueber-werte-a-1088587.html>

Wir brauchen die Solidarität und Entschlossenheit aller Mitgliedstaaten in sämtlichen Bereichen der Migrationspolitik: bei der Umsiedlung, bei der humanitären Hilfe, bei externen Maßnahmen und, am wichtigsten, beim Schutz unserer Außengrenzen. Auf dem Spiel steht nicht nur die Zukunft des Schengenabkommens, sondern das gesamte Fortbestehen unserer Gemeinschaft.

Die jüngsten Erfahrungen mit der Türkei zeigen, dass Europa bei Zugeständnissen klare Grenzen setzen muss. Wir können um Geld feilschen, aber niemals um unsere Werte. Wir können unsere Maßstäbe dem Rest der Welt nicht aufzwingen. Doch genauso wenig können andere uns ihre Maßstäbe aufzwingen. Unsere Freiheiten, einschließlich der Meinungsfreiheit, werden nicht verhandelt, mit keinem Partner. Diese Botschaft muss Gehör finden - auch bei Präsident Erdogan.

**Load-Date:** April 22, 2016

---

End of Document

[Wenn es Nacht wird im Dschungel;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-traum-von-der-insel-a-1072727.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-traum-von-der-insel-a-1072727.html)

SPIEGEL ONLINE

20. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1107 words

**Byline:** Heike Klovert

**Highlight:** Tausende Flüchtlinge hausen in Calais in einem Slum-Lager, das "Dschungel" genannt wird. Nachts versuchen sie, nach England zu gelangen. So wie Malih, Lehrer aus Syrien. Was treibt ihn zu den lebensgefährlichen Aktionen?

## Body

---

Es sind die frühen Abendstunden, in denen Riad al-Malih\* zu warten beginnt. So wie jetzt, wenn die Zelte, Wohnwagen und Hütten aus Spanplatten und Plastikplanen blau im Dämmerlicht schimmern. Der Syrer sitzt mit überkreuzten Beinen in seiner selbst gezimmerten Hütte im Flüchtlingslager im nordfranzösischen Calais und wartet. Auf die Dunkelheit. "Nachts fängt unsere Arbeit an", sagt er.

"Arbeit", so nennt Malih es, wenn er Äste auf die Autobahn wirft und Lastwagenfahrer mit der Taschenlampe blendet, damit sie abbremsen und Malih und die anderen Flüchtlinge versuchen können, sich in den Laderaum zu schmuggeln. Sie wollen weg aus Frankreich, sie wollen nach Großbritannien. Um jeden Preis.

Malih ist 32 Jahre alt. In seiner Heimatstadt Daraa im Süden Syriens hat er Schulkindern Englisch beigebracht. Er hat ein Muttermal auf der Nase und eine breite Unterlippe. Wenn er lächelt, wirkt sein junges Gesicht noch jünger. Er lächelt oft.

Es ist schwer zu glauben, dass dieser freundliche Englischlehrer seit fünf Monaten fast jede Nacht stundenlang zu Fuß bis zur Autobahn und den Lastwagen läuft, die hoffentlich nach England fahren. Dass er sich dort mit der französischen Polizei anlegt. Dass er Autofahrer gefährdet, sein eigenes Leben riskiert, dass er Schlagstöcke, Gummigeschosse, Tränengas und die Spürhunde der Beamten in Kauf nimmt.

Stinkende Klos, wenige Duschen

Malih weiß, dass Flüchtlinge sterben bei dem Versuch, die englische Küste zu erreichen. Sie kommen im Eurotunnel ums Leben - oder sie sterben wie die Syrerin, die neulich nachts an der Autobahn von einem Wagen erfasst wurde. Kopfwunde, Malih konnte ihr nicht helfen, nur zusehen.



Wenn es Nacht wird im Dschungel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-traum-von-der-insel-a-1072727.html>

Der Englischlehrer macht sich trotzdem fast jede Nacht wieder auf. Und mit ihm Hunderte andere Flüchtlinge, die unbedingt nach England wollen. Warum?

"Ich tue es für meine Familie", sagt Malih. Seine Mutter, Schwester und Frau sind in Daraa geblieben. Wenn er anruft, weinen sie in den Hörer, weil sie ihn vermissen. Vor einigen Tagen hat es einen Nachbarn erwischt, Luftangriff. Wo sein Gesicht war, klaffte ein hellrotes Loch. Malih hat ein wackeliges Video davon auf seinem Handy. Er weiß nie, ob seine Lieben noch leben, wenn er das nächste Mal ihre Nummer wählt. "Es ist mein Traum, dass sie mit mir in England leben können", sagt Malih. In seinen Augen: Verzweiflung, Entschlossenheit, Trotz.

Doch die Familie ist nur ein Grund. Frankreich ist ein anderer. "Ich würde lieber nach Syrien zurückgehen, als in diesem Land zu bleiben", sagt Malih. Er ist einer von geschätzt fast 6000 Flüchtlingen, die in Calais gestrandet sind - auf einer ehemaligen Mülldeponie zwischen dornigen Büschen, wo der Boden zu Morast wird, wenn es regnet. Helfer verteilen Essen, Kleidung und Decken. Doch die Dixi-Klos stinken meterweit, und für eine Dusche muss man sich stundenlang anstellen.

Unerwünscht auf beiden Seiten des Ärmelkanals

Das Camp trägt den Spitznamen "der Dschungel", nachts stehen Bereitschaftspolizisten davor. Flüchtlinge und Freiwillige berichten, dass feindselige Anwohner und Beamte sie regelmäßig schikanieren. Die Engländerin Rachel, 30, hilft und übernachtet seit vier Monaten im Camp. "Sie schießen nachts Tränengaskartuschen dorthin, wo auch Familien schlafen", erzählt sie.

Hier hören Sie, wie anstrengend die Nächte im Lager sind, und warum einige Freiwillige trotzdem dort übernachten (auf Englisch):

Die französische Regierung will die Flüchtlinge am liebsten schnell loswerden - doch jenseits des Ärmelkanals will man sie auch nicht haben. Die britische Regierung bezahlt Millionen für noch mehr Zäune, Kameras, Abschreckung, Abschottung. Das "senkt den Anreiz für potenzielle illegale Migranten, nach Calais zu reisen oder dort zu bleiben", heißt es in einer britisch-französischen Erklärung vom August. Calais gleicht inzwischen an vielen Stellen einer modernen Festung.

Doch aufgeben fällt schwer - wenn man so nah dran ist. Malih ist 5000 Kilometer bis nach Calais geflüchtet. Nun ist England nur noch 50 Kilometer entfernt.

Die meisten Flüchtlinge haben Verwandte auf der anderen Seite des Ärmelkanals - und sie haben eine Menge Träume, die sie anspornen. "Dort sind Unterkünfte für Flüchtlinge wie Hotels", sagt Mohammed, 20. Im Camp verbreitet sich solches Hörensagen schnell. "Man bekommt gleich einen Job, ein Visum, eine eigene Wohnung, und wir können studieren!" Der junge Syrer klingt begeistert.

Vielleicht wird er eines Tages herausfinden, dass die Realität eine andere ist. So wie Ahmed, 22, aus Jalalabad in Afghanistan, der fließend Englisch spricht, weil er sechs Jahre in Norwich gelebt hat. Die Behörden lehnten seinen Asylantrag schließlich ab. Er blieb noch zwei Jahre illegal im Land, bis es ihm zu viel wurde. "Ich hatte immer Angst", sagt er.

Ahmed ging nach Italien, wo er Asyl bekam. Er könnte dort neu beginnen. Doch auch Ahmed ist wieder nach Calais gekommen. Er will sich sein Leben in England zurückholen. "Diesmal werde ich bis zuletzt vor Gericht für Asyl kämpfen", sagt Ahmed. Er will sich nicht gefallen lassen, dass die Einwanderungsbehörde über seine Zukunft bestimmt.

Dabei weiß er im Lager mit am besten, wie wenig Großbritannien Flüchtlinge willkommen heißt. Die britische Ausländerbehörde hat in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres rund 7500 Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt. In Deutschland waren es im selben Zeitraum mehr als 65.000.

Schlepper wollen mehrere Tausend Euro

Wenn es Nacht wird im Dschungel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-traum-von-der-insel-a-1072727.html>

Die britischen Inseln wollen und können sich vor Migration abschotten. Und es ist in den vergangenen Monaten noch schwerer geworden, trotzdem hinüberzukommen. Letztes Mal, im Jahr 2008, blieb Ahmed sieben Tag im Camp und zahlte einem Schlepper 500 Euro. Heute wollen sie mehrere Tausend. Ahmed hat das Geld nicht, er versucht es seit zwei Monaten jede Nacht auf eigene Faust.

Außerdem ist es schwerer geworden, in England illegal einen Job zu finden. Die Regierung hat die Strafen für Unternehmen drastisch erhöht, die Menschen schwarz beschäftigen. Regulär dürfen Asylsuchende frühestens nach zwölf Monaten arbeiten .

Doch Lehrer Malih klammert sich an seine Träume, so wie die anderen Flüchtlinge im Camp: "Ich werde in England Arbeit finden, noch bevor ich Asyl bekomme", sagt er. Doch vielleicht hält er nicht mehr bis dahin durch. Die Fußmärsche jede Nacht, die Polizei, das Lagerleben.

An diesem Morgen hat sich ein Freund auf den Weg nach Deutschland gemacht. Vielleicht tut es Malih ihm bald nach. Deutschland nimmt Syrer auf, hat er gehört. "Aber dort sitzt man herum und wartet monatelang", sagt er. In Calais wartet er immer nur ein paar Stunden. Auf die nächste Nacht.

\*Namen geändert

**Load-Date:** January 20, 2016

---

End of Document

[Regierung holt Pensionäre aus Ruhestand zurück;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-regierung-holt-pensionaere-aus-ruhestand-zurueck-a-1049422.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-regierung-holt-pensionaere-aus-ruhestand-zurueck-a-1049422.html)

SPIEGEL ONLINE

23. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 739 words

**Byline:** fdi

**Highlight:** Um den Flüchtlingsandrang in Deutschland zu bewältigen, will die Bundesregierung pensionierte Beamte wieder in den Dienst holen. Gleichzeitig dringt die SPD-Spitze auf faire Aufnahmequoten in der EU.

## Body

---

Die stark steigende Zahl von Flüchtlingen beherrscht zunehmend die politische Diskussion. Nun hat das SPD-Spitzenduo Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier für eine einheitliche Asylpolitik in der EU plädiert. In einem in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" ("FAS") veröffentlichten gemeinsamen Papier kritisieren der Parteichef und der Außenminister die europäischen Nachbarstaaten aufgrund der verbreitet geringen Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen: Deren "bisherige Reaktion entspricht nicht dem Anspruch, den Europa an sich selbst haben muss".

Europa stehe vor einer "Generationenaufgabe", nötig sei eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa, schreiben Gabriel und Steinmeier. "Eine Lage, in der - wie heute - nur einige wenige Mitgliedstaaten die ganze Verantwortung tragen, ist genauso wenig tragbar wie ein System, das Lasten einseitig auf die Länder verteilt, die zufällig die Außengrenze der EU bilden." In Deutschland gebe es große Solidarität mit Flüchtlingen, diese werde langfristig aber nur Bestand haben, wenn alle sehen, dass es in Europa gerecht zugehe, warnen die SPD-Minister.

Es brauche einen "europäischen Asyl-Kodex", der Flüchtlingen einen in der ganzen EU gültigen Asylstatus garantieren soll, und eine "neue, viel ehrgeizigere Integration der europäischen Asylpolitik". Dazu gehört Steinmeier und Gabriel zufolge auch, Aufnahmequoten für alle Mitgliedstaaten festzulegen, und zwar entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit nach verbindlichen und objektiv nachvollziehbaren Kriterien.

De Maizière holt Pensionäre aus Ruhestand

Um die Rückkehr abgelehnter Asylbewerber zu erleichtern, soll Deutschland Druck auf deren Herkunftsländer machen, fordern die SPD-Politiker. Deren Unterstützung solle "von einer konstruktiven Zusammenarbeit abhängig" gemacht werden, formulieren sie. Länder, die wie die Balkanstaaten in die EU strebten, könnten "nicht gleichzeitig wie Verfolgerstaaten behandelt" werden. Sie müssten "EU-weit als sicherer Herkunftsstaat gelten". Zudem solle das Asylsystem durch ein Einwanderungsgesetz entlastet werden.

Regierung holt Pensionäre aus Ruhestand zurück <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-regierung-holt-pensionaere-aus-ruhestand-zurueck-a-1049422....>

Während Gabriel und Steinmeier in ihrem Papier langfristige Strategien präsentieren, muss Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kurzfristige Lösungen für die Betreuung von Flüchtlingen finden. Deren Zahl ist zuletzt drastisch gestiegen, die Bundesregierung rechnet inzwischen mit 800.000 Asylbewerbern in diesem Jahr.

Nun hat de Maizière ungewöhnliche Maßnahmen angekündigt: "Wir werden Pensionäre aus dem Ruhestand zurückholen, schreiben direkt viele Ex-Beamte an. Wir werden Beamte bitten, nicht in Ruhestand zu gehen, sondern freiwillig länger zu arbeiten", sagte er der "Bild am Sonntag" ("BamS").

#### Appell an Solidarität in der EU

Zudem müsse der Bundesfreiwilligendienst ausgeweitet werden, fordert der Innenminister. "Bei jungen Menschen ist die Bereitschaft zu helfen groß." Auf mehr Personal bei der Bundespolizei und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge legte de Maizière sich aber nicht fest: "Das Personal ist bereits erhöht worden. Wir müssen aber noch mal über neue Stellen reden." Der Bund müsse Länder und Kommunen finanziell auf Dauer unterstützen, und er brauche selbst auch mehr Geld - eine Aufforderung an Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Mittel bereitzustellen. Die Unterkünfte müssten jetzt winterfest gemacht werden, sagte de Maizière, die vielen Zelte seien nur eine Übergangslösung.

Gleichzeitig forderte de Maizière eine Reihe von abschreckenden Maßnahmen, etwa die Asylverfahren zu verkürzen und abgelehnte Bewerber schneller als bislang abzuschieben. Einen Abschiebestopp im Winter wie im vergangenen Jahr in einigen Bundesländern solle es in diesem Jahr nicht mehr geben. Zudem wiederholte der Innenminister seinen viel kritisierten Vorschlag, Bargeldleistungen für Flüchtlinge zu kürzen und sie nicht für Monate im Voraus zu bezahlen - davon würden oft Schlepper bezahlt.

In Italien und Griechenland, wo die meisten der Flüchtlinge nach Europa ankommen, würden größere Aufnahme-Einrichtungen benötigt, so der Innenminister. "Wir sind bereit, hierbei zu helfen. Dort könnten alle Flüchtlinge mit Ziel Europa zentral erfasst werden. Von dort werden sie direkt wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt oder - wenn sie schutzbedürftig sind - auf die europäischen Staaten verteilt." Es könne nicht sein, dass sich manche EU-Mitglieder völlig aus der Solidaritätsgemeinschaft verabschiedeten.

fdi

**Load-Date:** August 23, 2015

**Österreich besteht auf Kontrollen am Brenner;**  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-oesterreich-besteht-auf-brenner-kontrollen-a-1091097.html>

SPIEGEL ONLINE

07. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 474 words

**Highlight:** 11:30:14 Der Widerstand der EU-Kommission ist Österreich egal: Die Regierung in Wien ist nach SPIEGEL-Informationen entschlossen, bei einem wachsenden **Flüchtlingsandrang** aus Italien am Brenner Grenzkontrollen zu starten.

## Body

---

Die EU-Kommission ist "sehr besorgt" über die Planungen , aber Österreich besteht auf Kontrollen am Brennerpass an der Grenze zu Italien, wenn es dort zu einem Anstieg der **Flüchtlingsbewegungen** kommt. Das Land müsse sich auf eine Verlagerung der **Migrationsrouten** vorbereiten, "insbesondere über das zentrale Mittelmeer in Richtung Italien", heißt es in einem Schreiben der damaligen österreichischen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner an EU-**Migrationskommissar** Dimitris Avramopoulos vom 15. April, das dem SPIEGEL vorliegt.

"Aufgrund der nach wie vor bestehenden und auch von der Europäischen Kommission fest gestellten Mängel bei der Außengrenzsicherung, insbesondere in Griechenland, kann noch nicht von einer nachhaltigen und deutlichen Entspannung gesprochen werden", heißt es in dem Schreiben von Mikl-Leitner. Durch die Schließung der Westbalkanroute allein lasse sich daher "noch keine nachhaltige Reduktion der Migrationsströme nach Österreich gewährleisten".

Die damalige Innenministerin, die ihren Posten in Wien Ende April aufgab, um in die Landespolitik zu wechseln, argumentiert in ihrem Schreiben auch mit der Sicherheit Österreichs: "Berücksichtigt werden muss zudem, dass Migrationsrouten auch von Mitgliedern terroristischer Gruppierungen genutzt werden können, wie die Anschläge in Brüssel und Paris gezeigt haben."

400 Meter langer Zaun geplant

Zuletzt hatte Mikl-Leitners Nachfolger Wolfgang Sobotka bei einem Besuch in Rom die Pläne für den Brenner bekräftigt. Die EU-Kommission stimmte am Mittwoch zwar zu, bestehende Grenzkontrollen unter anderem in Deutschland und Österreich zu verlängern. Die Entscheidung bezog sich aber ausdrücklich nicht auf den Brenner. Österreich erwartet von Italien, dass es ankommende Migranten nicht ungehindert in Richtung Norden weiterreisen lässt.

Österreich besteht auf Kontrollen am Brenner <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-oesterreich-besteht-auf-brenner-kontrollen-a-1091097.html>

Auch Außenminister Sebastian Kurz hatte die Kontrollen und einen geplanten 400 Meter langen Metallzaun am Brenner verteidigt. "Keiner in Österreich will eine Schließung des Brenners", sagte er über die Pläne, am Pass an der Grenze zu Italien möglicherweise mit Grenzkontrollen zu beginnen. "Aber wenn jeden Tag Flüchtlinge und Migranten weitergewunken werden, dann haben wir keine andere Wahl, als Grenzkontrollen einzuführen, wie es andere Länder wie Deutschland schon zuvor gemacht haben", rechtfertigte der Politiker der konservativen ÖVP die Vorbereitungen.

Die Regierung in Rom kritisiert dagegen die Planungen Österreichs. Die Zahl der über Italien nach Österreich kommenden Flüchtlinge sei derzeit so niedrig sei wie seit Jahren nicht mehr, sagte Innenminister Angelino Alfano. Die Grenzkontrollen seien "rausgeschmissenes Geld". Alfano kündigte an, Italien werde in Zukunft mehr Personal einsetzen, um die Migrationsströme in Richtung Brenner auf den Straßen und in den Zügen stärker zu kontrollieren.

**Load-Date:** May 7, 2016

---

End of Document

[Großbritannien warnt Migranten vor falschen Hoffnungen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-briten-warnen-fluechtlinge-  
vor-falschen-hoffnungen-a-1046368.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-briten-warnen-fluechtlinge-vor-falschen-hoffnungen-a-1046368.html)

SPIEGEL ONLINE

02. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 532 words

**Byline:** dab/AFP

**Highlight:** "Unsere Straßen sind nicht mit Gold gepflastert": Die britische Innenministerin will **Migranten** von der illegalen Einreise durch den Eurotunnel abschrecken. Regierungschef Cameron gerät wegen der Krise in Calais zunehmend in die Kritik.

## Body

---

Die britische Innenministerin Theresa May hat **Flüchtlinge** im französischen Calais davor gewarnt, mit falschen Erwartungen die Einreise ins Vereinigte Königreich zu versuchen. "Viele sehen Europa, und besonders Großbritannien, als einen Ort, der die Aussicht auf finanziellen Gewinn bietet", schrieb May in einem gemeinsamen Beitrag mit dem französischen Innenminister Bernard Cazeneuve. "Das trifft nicht zu - unsere Straßen sind nicht mit Gold gepflastert."

Das Schreiben wurde am Sonntag in den Zeitungen "Journal du Dimanche" und "Telegraph" veröffentlicht. May und Cazeneuve erklären darin die Beilegung der Flüchtlingskrise am Eurotunnel in Calais zur obersten Priorität ihrer Politik. Die Regierungen beider Länder seien "entschlossen", das Problem "gemeinsam zu lösen".

Cazeneuve und May hatten sich am Dienstag in London getroffen. Nach den Gesprächen kündigte die britische Ministerin an, umgerechnet zehn Millionen Euro zusätzlich für die Grenzsicherung bereitzustellen.

### Verstärktes Sicherheitsaufgebot

Seit Wochen bemühen sich nahe Calais immer wieder Hunderte Migranten, nachts zum Eurotunnel vorzudringen, um an Bord von Güterzügen oder Lkw nach Großbritannien zu gelangen. Mitunter zählten die Behörden pro Nacht 2000 abgewehrte Versuche.

Nach der Verstärkung des Sicherheitsaufgebots vor dem Eurotunnel nahm die Zahl deutlich ab. In der Nacht zum Samstag wurden der Polizei zufolge nur noch etwa 300 Versuche von Flüchtlingen registriert, die Absperrungen zu überwinden.

Cazeneuve und May sprachen mit Bezug auf die neuen Maßnahmen von einem "klaren Signal": "Unsere Grenzen sind sicher und es gibt keinen leichten Weg nach Großbritannien." Zugleich appellierten sie an andere EU-Länder,

Großbritannien warnt Migranten vor falschen Hoffnungen [http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-briten-warnen-fluechtlinge-vor-falschen-hoffnungen-a-104....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-briten-warnen-fluechtlinge-vor-falschen-hoffnungen-a-104...)

sich an der Lösung des Problems zu beteiligen. Die Welt leide unter einer "globalen Flüchtlingskrise" - diese könne aber nicht von Frankreich und Großbritannien allein geschultert werden.

#### Kritik an Cameron

In der britischen Öffentlichkeit wächst unterdessen Kritik an David Camerons Umgang mit der Lage. Der Premierminister hatte harte Abwehrmaßnahmen angekündigt und die Migranten unter anderem als "Schwarm" bezeichnet. Die englische Kirche warf Cameron laut einem Bericht des "Guardian" vor, seine Wortwahl sei nicht hilfreich. Der Bischoff von Dover, Trevor Willmott, sagte: "Wir müssen wieder entdecken, was es bedeutet, ein Mensch zu sein und dass jeder Mensch zählt."

Der Uno-Sondergesandte für Migration, Peter Sutherland, warf Großbritannien sogar vor, es habe nichts aus der NS-Zeit gelernt. "Viele in Calais sind Flüchtlinge, genauso wie die Juden 1939", sagte er. "Sie können beweisen, dass sie verfolgt wurden und werden."

Andere Töne schlägt die derzeitige Führerin der oppositionellen Labour-Partei, Harriet Harman, an. Sie warf Cameron vor, er habe die Krise mit seiner Wortwahl angeheizt, ohne wirkliche Lösungen zu suchen. Die Kosten trügen nun britische Unternehmen und Familien durch lange Wartezeiten vor der Durchquerung des Tunnels. Harman forderte Cameron auf, er solle von Frankreich Entschädigungen für diese Kosten fordern, "unterstützt durch jede Form diplomatischen Drucks, der nötig werden könnte."

dab/AFP

**Load-Date:** August 2, 2015

---

End of Document



## Mehrere Festnahmen nach Brand in Flüchtlingslager

SPIEGEL ONLINE

20. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 353 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Die griechische Polizei hat nach dem Brand in einem Hotspot auf Lesbos 18 Migranten und Flüchtlinge festgenommen. Sie stehen im Verdacht, das Feuer gelegt zu haben und für Krawalle verantwortlich zu sein.

### Body

---

Die 18 Männer aus Afghanistan, Kamerun, Senegal und Syrien stünden im Verdacht, für die Brandstiftung und die Krawalle inner- und außerhalb des sogenannten Hotspots auf Lesbos verantwortlich zu sein, berichtete die Athener Tageszeitung "Kathimerini". Mindestens neun von ihnen sollen dem Haftrichter vorgeführt werden.

Im überfüllten Auffanglager "Moria" war es am Montagabend zu Krawallen und Brandstiftung gekommen. Die mehr als 3000 Bewohner des Lagers flohen vor den Flammen und verteilten sich auf der Insel . Mehr als 60 Prozent der Einrichtung sollen durch das Feuer zerstört worden sein, verletzt wurde jedoch niemand.

Dennoch ist die Lage prekär - Tausende Flüchtlinge und Migranten haben nun keine Unterkunft. Gleichzeitig sollen sie jedoch auch nicht zum griechischen Festland gebracht werden, weil geplant ist, sie als illegal Eingereiste im Rahmen des EU-Flüchtlingspakts zurück in die Türkei zu schicken.

Lokalen Medienberichten zufolge war das Feuer ausgebrochen, nachdem die griechische Polizei rund 300 Migranten davon abgehalten hatte, zu einem Protest in die Inselhauptstadt Mytilini aufzubrechen. Zuvor soll es Gerüchte gegeben haben, Griechenland plane größere Abschiebungen in die Türkei. Der Onlinezeitung "I Efimerida" zufolge soll es dagegen zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern gekommen sein.

Noch am Abend bekamen die Einsatzkräfte das Feuer nach Informationen von SPIEGEL ONLINE unter Kontrolle. Das Lager Moria gehört zu den größten des Landes. Menschenrechtsgruppen kritisierten in der Vergangenheit immer wieder die Verhältnisse in den griechischen Aufnahmezentren, besonders auf Lesbos und anderen Ägäis-Inseln. So leben auf insgesamt fünf griechischen Inseln mehr als 13.000 Flüchtlinge, obwohl die Einrichtungen nur für knapp 8000 Menschen ausgelegt sind.

Erst vor wenigen Tagen war es in dem Lager Moria zu Ausschreitungen unter Migranten gekommen . Aber auch Einheimische demonstrierten dort bereits gegen die Flüchtlinge. Rechtsextreme hatten laut SPIEGEL-ONLINE-Informationen zudem drei junge Frauen geschlagen, eine musste ins Krankenhaus.

## Mehrere Festnahmen nach Brand in Flüchtlingslager

anr/dpa

**Load-Date:** September 20, 2016

---

End of Document

["Der Terror wandert nicht ein";  
http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/zweite-bundeskonferenz-der-  
neuen-deutschen-medienmacher-a-1057315.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/zweite-bundeskonferenz-der-neuen-deutschen-medienmacher-a-1057315.html)

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / GESELLSCHAFT

**Length:** 852 words

**Byline:** Dana Buchzik

**Highlight:** Gegen Stimmungsmache und Stereotypen: Die Neuen Deutschen Medienmacher sind ein Zusammenschluss von Medienschaffenden mit **Migrationshintergrund**. Sie wollen nicht als "Ausländer vom Dienst" behandelt werden.

## Body

---

"Voll gut", seufzt eine junge Frau erleichtert, während sie ihren Rucksack nach einem Handyladegerät durchsucht. "Ich dachte, es kommt niemand." Knapp 70 Besucher sind in die Konferenzräume der Werkstatt der Kulturen in Berlin-Neukölln gekommen - die Neuen Deutschen Medienmacher, ein bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit **Migrationshintergrund**, halten hier ihre zweite Bundeskonferenz ab.

In drei Workshops soll über ein gemeinsames Ziel diskutiert werden: Mediale Berichterstattung über gesellschaftliche Vielfalt, die ohne Stimmungsmache und Stereotypen auskommt. Konferenzraum eins, "Gute neue (Ethno)Medien machen", ist am besten besucht. "Was gut ist, setzt sich durch" prangt als trotzig-ironisches Motto neben Mammuts, Dinosauriern und einer NSDAP-Propagandaposterfamilie.

"Was gut ist, setzt sich durch" ist wohl jener Satz, den die Neuen Deutschen Medienmacher ein paar Mal zu oft gehört haben. Jeder fünfte Einwohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund; in den Redaktionen deutscher Medien trifft das nur auf jeden 50. zu. Die wenigen, die es in die Medienhäuser schaffen, würden, so schreiben es die Neuen Deutschen Medienmacher auf ihrer Webseite, häufig als "Ausländer vom Dienst" behandelt und bei jeder Asyl- oder Islamdebatte automatisch als Gegenspieler deklariert.

Anwohner, die Flüchtlingen erklären, was Mülleimer sind

Die Neuen Deutschen Medienmacher verstehen sich als Netzwerk, das neben gegenseitiger Unterstützung auch neue Berichterstattungsformen und Beratung anbietet. Zu ihrer Bundeskonferenz sind Vertreter junger Medienprojekte eingeladen, darunter das Berliner Recherchebüro Correctiv und das deutsch-türkische Onlinemagazin "Renk", die im ersten Konferenzraum ihre Arbeit präsentieren.

Nebenan berichten Sharmila Hashimi und Monis Bukhari, zwei aus Afghanistan und Syrien geflüchtete Journalisten, wie Flüchtlinge in Deutschland in die Handlungsunfähigkeit gezwungen werden: Nicht nur die

"Der Terror wandert nicht ein" <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/zweite-bundeskonferenz-der-neuen-deutschen-medienmacher-a-1057315.html>

Gesetzeslage mache es ihnen unmöglich, sich Arbeit zu suchen, auch die deutschen Medien nähmen geflüchtete Journalisten nur als Opfer wahr und verweigerten ihnen die Möglichkeit, die Flüchtlingsdebatte nicht nur mit ihren persönlichen Erfahrungen, sondern auch mit ihrer fachlichen Qualifizierung zu bereichern.

Radiomoderatorin Konstantina Vassiliou-Enz spricht von einer exotisierenden und paternalistischen Grundhaltung, mit der sowohl Medien als auch Teile der Bevölkerung Flüchtlingen begegneten; sei es die "Bild"-Zeitung, die das Grundgesetz auf Arabisch abdruckte und in Flüchtlingslagern verteilen ließ, seien es Anwohner, die glauben, Geflüchteten erklären zu müssen, was Mülleimer sind und was Pünktlichkeit bedeutet.

Eine ausgewogene Berichterstattung braucht Kontext

Günter Piening, ehemaliger Integrationsbeauftragter Berlins, nennt die mediale und politische Belastungsrhetorik rund um die Frage "Was können wir verkraften?" absurd. "Wer genau meldet sich hier mit seiner Angst zu Wort? Wovor genau hat er Angst? Kriminalität? Leistungseinschränkungen? Und an wen richtet er daraus abgeleitete Beschwerden?"

Pressereferentin Tina Adomako kritisiert, dass in den Medien verstärkt Panik vor islamistischem Terror geschürt werde: Noch habe es keinen islamistischen Terroranschlag in Deutschland gegeben, noch sei nichts passiert, heiße es häufig - "aber es ist in der Tat etwas passiert," sagt Adomako, "und zwar rechtsterroristisch. Der Terror wandert nicht nach Deutschland ein. Er ist längst hier."

Nach den Workshops quetschen sich die Teilnehmer in einem Konferenzraum zusammen, um Ergebnisse zusammenzutragen. In den Gesichtern zeigt sich Erschöpfung. Was eine ausgewogene Berichterstattung braucht, war schon vor Beginn der Konferenz klar: Kontext.

Es macht nämlich einen Unterschied, ob ein Journalist nur erwähnt, dass viele Geflüchtete keinen Schulabschluss hätten, oder ob er hinzufügt, dass ein Drittel der Flüchtlinge Minderjährige unter 16 Jahren sind, die noch gar keinen Schulabschluss haben können. Ob nur über hypothetische Gefahren islamistischen Terrors spekuliert oder auch längst existenter rechtsextremer Terror benannt wird. Ob gezielt nach skandaltauglichen Einzelfällen gesucht oder von einer Mehrheit der gelungenen Integration berichtet wird.

Man wolle bereits etablierte Mentoring- und Trainingsangebote des Netzwerks verstärkt auch geflüchteten Kollegen ermöglichen, sagt Moderatorin Rebecca Sumy Roth. Das Glossar der Neuen Deutschen Medienmacher, das Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland enthält, werde mittlerweile von Journalisten, Behörden, Universitäten und NGOs nachgefragt, ergänzt Vassiliou-Enz.

Nachdem alle Namensschilder wieder eingesammelt wurden, beginnt der informelle Teil des Abends: "Was gut ist, setzt sich auch auf der Tanzfläche durch." Unausgesprochen bleibt das Wissen, dass die Bundeskonferenz der Neuen Deutschen Medienmacher mit knapp 70 Teilnehmern und lediglich zwei externen journalistischen Besuchern eine eher Davidsche Veranstaltung ist, deren Argumente und Ideen Goliath nur dann erreichen werden, wenn er bereit ist zuzuhören.

**Load-Date:** October 19, 2015

**[Bringt die Flüchtlinge anständig unter!;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-suhl-kommentar-  
zur-gewalteskalation-a-1049130.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-suhl-kommentar-zur-gewalteskalation-a-1049130.html)**

SPIEGEL ONLINE

21. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 640 words

**Byline:** Fabian Reinbold

**Highlight:** Nach der Massenschlägerei in Suhl herrscht Entsetzen - schon will man Asylbewerber nach Volksgruppen trennen. Stattdessen muss die Politik endlich anständige Unterkünfte bauen.

## Body

---

In der Nacht zum Donnerstag ist mal wieder das Abendland untergegangen. Die Massenschlägerei in der Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Suhl - ausgelöst durch einen zerrissenen Koran - klingt, als stamme sie aus einem Drehbuch der Pegida-Bewegung. Diese hat, folgt man ihren Beteuerungen, ja gar nichts gegen Ausländer, sondern fürchtet nur "Religionskriege auf deutschem Boden".

In Suhl flogen Steine, es wurden Eisenstangen geschwungen, Polizeiautos angegriffen. Ein Koran soll in der Toilette gelandet sein. 17 Verletzte, davon sechs Polizisten. Einige Syrer sollen einen Afghanen gejagt haben. Ein Religionskrieg? "Bürgerkriegsähnliche Zustände", wie Anwohner jetzt sagen?

Die Reaktionen klingen panisch. "Lynchjustiz", sagt der Migrationsminister. Sein Ministerpräsident Bodo Ramelow - ein Linker - arbeitet schon daran, Flüchtlinge verschiedener Volksgruppen getrennt unterzubringen. Und, klar, die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert wie auf Knopfdruck neue Stellen.

Video: Die Krawallnacht von Suhl

Dabei ist das, was in Suhl passiert ist, für alle nicht unmittelbar Betroffenen kein Grund zur Panik. Die Schlägerei ist kein Einschnitt, sie macht nur anschaulich, was die schwer greifbare Zahl von 800.000 Flüchtlingen, die allein in diesem Jahr ankommen, eigentlich bedeutet.

Die nervöse Regierung in Thüringen macht eine aktive Flüchtlingspolitik, sie will keine Zustände wie im Nachbarland Sachsen, wo es immer wieder zu aggressiven Protesten kommt. Aber sie hat zu verantworten, dass sich ins Heim in Suhl, dessen Obergrenze bei 1200 Menschen liegt, 1800 Flüchtlinge quetschten. Offiziell sind es noch 1533. Schon mehrmals gab es Ärger deshalb.

Asylbewerber stehen, so berichtet es der Bürgermeister, bis zu zwei Stunden an der Essensausgabe an, Tag für Tag. Das funktioniert nicht.

Bringt die Flüchtlinge anständig unter! <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-suhl-kommentar-zur-gewalteskalation-a-1049130.html>

Auch in anderen Bundesländern läuft es in manchen Erstunterkünften so ab. Und wer Flüchtlingsheime überbelegt, schafft neue Probleme.

Vorfälle wie in Suhl wird es deshalb noch öfter geben. Es kann unter diesen Umständen gerade unter jenen, die den Sprung aus Kriegsgebieten nur mit einem Trauma geschafft haben, zu handfestem Streit kommen. Wer so etwas nicht will, muss dafür sorgen, dass Menschen anständig untergebracht und betreut werden.

800.000 in einem Jahr - oft ist jetzt von Überforderung die Rede. Tatsächlich wissen viele Gemeinden nicht, wie sie der Lage Herr werden sollen. Nacht für Nacht kommen neue Asylbewerber. Dabei ist doch allen klar, was in Deutschland zu tun ist: schnellere Asylverfahren, Entscheidungen, die umgesetzt werden, mehr Geld für Länder und Gemeinden. Deutschland kann sich das leisten. Deshalb müssen jetzt schnell mehr Unterkünfte gebaut werden.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sagt, er habe kein Verständnis für die Gewalt in Suhl. Aber warum kündigt er erst jetzt an, die Kapazitäten in Erstaufnahme-Einrichtungen von 45.000 auf 125.000 zu erhöhen? Dass die Plätze nicht ausreichen, ist seit Monaten klar.

Ist das alles eine Entschuldigung für die nächtliche Hetzjagd von Suhl? Natürlich nicht. Und dort ermittelt nun die Polizei, wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch. Wie sie es auch manchmal tut, wenn es Massenschlägereien in Ausgevierteln gibt oder wenn Polizeiautos von Autonomen angegriffen werden.

Einen Religionskrieg in Deutschland muss deshalb niemand fürchten. Zuletzt wurde der aus besorgter Ecke im Herbst 2014 ausgerufen, als in deutschen Fußgängerzonen Salafisten mit Kurden und mit Hooligans aneinandergerieten. Seitdem hat man davon nichts mehr gehört.

Und schließlich, um die Dimensionen zurechtzurücken: Suhl ist die größte, aber nur eine von Dutzenden Flüchtlingsunterkünften in Thüringen. Fragt man bei den Behörden nach, heißt es: In der Gewaltnacht von Suhl hat keines der anderen Asylheime der Polizei Vorkommnisse gemeldet.

**Load-Date:** August 21, 2015

## Flucht über das Mittelmeer endet immer öfter tödlich

SPIEGEL ONLINE

30. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 552 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** 6500 Flüchtlinge hat die italienische Küstenwache an nur einem Tag gerettet. Für viele andere gab es keine Hilfe. Jeder 85. Flüchtling hat in diesem Jahr die Fahrt über das Mittelmeer nicht überlebt.

### Body

---

Die Fluchtrouten auf dem Mittelmeer haben sich verlagert. Nur noch wenige Menschen gelangen von der Türkei aus über die Ägäis nach Griechenland. Dafür wagen wieder - wie schon vor dem Jahr 2015 - mehr Menschen die Fahrt von Nordafrika aus nach Europa.

Immer größer ist der Anteil derer, die dabei ihr Leben verlieren. Jeder 85. Migrant habe die Fahrt in diesem Jahr nicht überlebt, berichtete die "Welt" unter Berufung auf eine Untersuchung der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Im vergangenen Jahr traf es demnach noch jeden 276. Migranten. "Unsere Daten legen nahe, dass es im Jahr 2016 unsicherer für Flüchtlinge geworden ist", sagte Frank Laczko, Leiter des IOM-Datenzentrums, dem europäischen Zeitungsnetzwerk LENA, dem die "Welt" angehört.

Die IOM weist darauf hin, dass unter anderem die Schleuser skrupelloser geworden seien und mehr Menschen auf Boote schickten, die nicht seetüchtig sind. Zudem kämen mehr Migranten aus Ägypten, von wo aus die Überfahrt deutlich gefährlicher sei. Die Organisation kritisiere, dass Europa zu wenig unternehme, um Verbleib und Identifizierung vermisster Migranten aufzuklären. Nach Angaben der Uno starben oder verschwanden in diesem Jahr bereits mindestens 3100 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.

Italiens Küstenwache rettet 6500 Flüchtlinge an einem Tag

Schon in den vergangenen Monaten hatte sich abgezeichnet, dass es in diesem Jahr deutlich mehr Tote gibt als 2015. Und auch weltweit ist laut IOM die Fluchtroute über das Mittelmeer die tödlichste. 80 Prozent aller registrierten Opfer weltweit verunglückten laut IOM im Mittelmeer. Das mache die Mittelmeerroute zur gefährlichsten Passage für Flüchtlinge weltweit, sagte Laczko.

Allein an diesem Montag hatte die italienische Küstenwache rund 6500 Flüchtlinge aus Seenot im Mittelmeer gerettet. Das Kommandozentrum habe 40 Rettungseinsätze koordiniert und sei Tausenden Schutzsuchenden vor Libyen zu Hilfe gekommen, erklärte die Küstenwache per Internetdienst Twitter. Damit war es einer der intensivsten Rettungstage der vergangenen Jahre. Der katalanischen Organisation Proactiva Open Arms zufolge waren mitunter 700 Menschen auf einem einzigen Fischerboot zusammengepfert.

## Flucht über das Mittelmeer endet immer öfter tödlich

An den Einsätzen war eine Reihe von Schiffen der Küstenwache und der italienischen Marine beteiligt, wie die Behörden weiter mitteilten. Auch die EU-Marinemission "Sophia", die im Kampf gegen Schlepper im Einsatz ist, die EU-Grenzschutzagentur Frontex sowie humanitäre Organisationen halfen bei der Rettung der Flüchtlinge.

Die Organisation Proactiva Open Arms veröffentlichte auf ihrem Twitter-Konto Bilder des Einsatzes, die zeigen, wie die Schutzsuchenden zu Hunderten zusammengedrängt in kleinen Booten sitzen. Einige von ihnen sprangen demnach mit Rettungswesten ausgerüstet ins Meer und schwammen zu den Rettungsbooten.

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen erklärte ihrerseits, dass unter den geretteten Flüchtlingen zahlreiche Babys und Kleinkinder waren. Ein fünf Tage altes Neugeborenes musste mit dem Hubschrauber in ein italienisches Krankenhaus gebracht werden. Schon am Sonntag waren in dem Gebiet mehr als 1100 Flüchtlinge gerettet worden. Fast alle Geretteten stammen aus Westafrika oder vom Horn von Afrika.

Video: Rettungsaktion vor Sizilien

anr/AFP/dpa

**Load-Date:** September 6, 2016

---

End of Document



**[Bund und Länder setzen auf Abschiebung und Abschreckung;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-aus-dem-kosovo-so-reagieren-bund-und-laender-a-1018375.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-aus-dem-kosovo-so-reagieren-bund-und-laender-a-1018375.html)**

SPIEGEL ONLINE

13. Februar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 358 words

**Highlight:** Immer mehr Menschen aus dem Kosovo beantragen Asyl in Deutschland - nun steuern Bund und Länder gegen: Gesuche sollen binnen 14 Tagen bearbeitet, Bewerber schon vor der Ausreise über ihre geringen Bleibe-Chancen informiert werden.

## **Body**

---

Berlin - Die Situation im Kosovo ist angespannt. Armut, Drogenhandel und Korruption lähmen das Land. Viele Menschen hoffen auf eine bessere Zukunft im Westen, auch in Deutschland. Doch ihre Chancen, hierzulande Asyl zu bekommen, sind gering. Trotzdem ist der Ansturm enorm. Nun wollen Bund und Länder mit einer Reihe von Sofortmaßnahmen reagieren.

Geplant sei etwa, in den drei am stärksten betroffenen Bundesländern die Zuwanderer aus dem Kosovo in Erstaufnahmелagern zusammenzuführen und das Asylverfahren innerhalb von 14 Tagen abzuschließen, sagte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Johannes Dimroth, in Berlin. Dabei handelt es sich um Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Für die Umsetzung wird das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgestockt. Außerdem soll die Bundespolizei helfen, die serbisch-ungarische Grenze zu sichern und Papiere von Kosovaren zu prüfen. Etwa 20 Beamte sind dafür eingeplant. Sie sollen unter anderem gefälschte Passdokumente identifizieren.

Keine Bewertung als "sicherer Herkunftsstaat"

Darüber hinaus will die Regierung die Menschen im Kosovo besser informieren, dass sie in Deutschland keine ernsthafte Bleibeperspektive haben. Diese Information müsse sie erreichen, bevor sie ihr Hab und Gut, Job und Familie zurückließen und Schleusern "Geld in den Rachen" steckten, sagte Dimroth. Im Januar seien lediglich 0,3 Prozent der Anträge von Menschen aus dem Kosovo anerkannt worden. Darüber hinaus bestehe Einigkeit, dass auch Abschiebungen ein Mittel zur Beendigung der Verfahren sein müssten.

Die Zahl der Asylbewerber aus dem Kosovo steigt enorm. Im Januar lag sie mit 3630 Anträgen fast doppelt so hoch wie im Dezember. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 203.000 Asylanträge gestellt.

Bund und Länder setzen auf Abschiebung und Abschreckung  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-aus-dem-kosovo-so-reagieren-bund-und-laender-a-10....>

Keine Einigkeit erzielten die Minister bei der Forderung aus Bayern, Kosovo als "sicheren Herkunftsstaat" einzustufen. Diese Maßnahme sei "kurzfristig wirkungslos", sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD). Einen entsprechenden Vorstoß hatten die Kommunen in dieser Woche gestartet.

jok/Reuters/dpa

**Load-Date:** March 10, 2015

---

End of Document

**Die Schuld der anderen;**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-die-schuld-der-anderen-kommentar-a-1051540.html>

SPIEGEL ONLINE

07. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 713 words

**Byline:** Maximilian Popp

**Highlight:** Die Deutschen inszenieren sich in der **Flüchtlingskrise** als die Guten. Doch die Bundesregierung hat die Misere mitverursacht. Ihre **Asylpolitik** ist bis heute im Kern egoistisch.

## Body

---

Am Bahnhof in Budapest hielten in den vergangenen Tagen verzweifelte Menschen Schilder in die Luft: "Germany!" und "Mother Merkel, help us!"

Die Rollen scheinen in der **Flüchtlingskrise** klar verteilt zu sein: Das hilfsbereite, couragierte Deutschland auf der einen Seite, die skrupellose ungarische Regierung und eine unfähige Europäische Union auf der anderen. Wer die Schlagzeilen in Zeitungen und Onlinemedien dieser Tage liest, könnte glauben, der nächste Friedensnobelpreis sei für Bundeskanzlerin Angela Merkel reserviert.

Doch so einfach ist das nicht. Deutschland handelt in der **Flüchtlingspolitik** nicht weniger egoistisch als die meisten anderen EU-Staaten - oder kaum.

Das Dublin-Regime, diese perfide Regel, wonach Flüchtlinge lediglich in jenem europäischen Land, welches sie zuerst betreten, Asyl beantragen und dauerhaft leben dürfen, ist mehr oder weniger eine deutsche Erfindung. Die Logik dahinter: Randstaaten, Krisenländer wie Griechenland oder Bulgarien, sollen sich um die Flüchtlinge kümmern, nicht die reichen Nationen im Zentrum des Kontinents. Erst als das System offensichtlich kollabierte und die Länder an den Außengrenzen begannen, Flüchtlinge weiterzuschicken, stellten deutsche Politiker das Abkommen in Frage.

Im Grundsatz hält die Bundesregierung weiter an Dublin fest. Sie betont lediglich mit Nachdruck, dass Italiener, Griechen und Bulgaren die Flüchtlinge gefälligst bei sich behalten sollen. Erst vor wenigen Wochen hat die Koalition eine Asylrechtsverschärfung beschlossen, die es den Behörden künftig ermöglicht, so gut wie jeden Flüchtling, der über einen EU-Staat nach Deutschland einreist, zu inhaftieren. Dies ist keine Abkehr von Dublin, sondern eine Radikalisierung des Regimes.

Merkel ist keine Flüchtlingskanzlerin

Die Schuld der anderen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-die-schuld-der-anderen-kommentar-a-1051540.html>

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat nun mit großer Geste verkündet, das Dublin-Abkommen für Syrer auszusetzen. Flüchtlinge aus Somalia, Iran, dem Irak werden jedoch weiterhin ins Elend nach Bulgarien oder Ungarn abgeschoben.

Und noch eine Randbemerkung: Wo war eigentlich Angela Merkel, als vor zwei Jahren Flüchtlinge auf dem Berliner Oranienplatz für ihre Rechte demonstrierten? Innensenator Frank Henkel trieb die Räumung des Platzes damals voran. Und die Groupies von der Jungen Union applaudierten: "Danke, Frank!"

Nein, Angela Merkel ist keine Flüchtlingskanzlerin.

Würde es die Bundesregierung mit ihrer Solidarität für Geflüchtete ernst meinen, dann würde sie eine gerechte, europaweite Verteilung von Asylbewerbern nicht nur fordern, sondern den skeptischen Staaten im Süden und Osten Europas etwas bieten, etwa finanzielle Hilfe. Die Kluft zwischen dem Westen und Osten Europas in der Frage nach einer Flüchtlingsquote ist das Ergebnis politischen Versagens.

Eine engagierte Regierung würde die Toten an den Grenzen außerhalb und innerhalb Europas nicht nur scheinheilig bedauern, sie würde endlich legale Fluchtwege schaffen. Niemand hindert Deutschland daran, ernsthaft in das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen zu investieren, das Flüchtlinge sicher und unbürokratisch an Aufnahmeländer vermittelt. Die etwas mehr als 20.000 Resettlement-Plätze, die die EU überwiegend Syrern in der Türkei und Jordanien nun versprochen hat, sind ein Witz. Sie taugen noch nicht einmal für Symbolpolitik.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will am kommenden Mittwoch eine Grundsatzrede zur Lage der Union im Europaparlament halten. Er wird mehr Solidarität mit Geflüchteten fordern und eine Umverteilung von Schutzsuchenden in Europa. Angela Merkel sollte ihn in diesem Vorhaben unterstützen. Die Krise verlangt nicht nach weniger Europa, sondern nach mehr.

Anmerkung: In einer ersten Version dieses Textes hieß es, der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) habe den Oranienplatz in Berlin "brutal räumen lassen". Das ist nicht richtig. Tatsächlich räumte ein Teil der Flüchtlinge den Platz selbst, nachdem in einem Einigungspapier vom Senat eine Einzelfallprüfung und Unterstützung bei der Arbeitssuche zugesagt worden war. Nachdem die Flüchtlinge abgezogen waren, vertrat Innensenator Frank Henkel (CDU) jedoch den Standpunkt, das Papier sei nicht rechtsverbindlich, weil es nicht von ihm, sondern von der Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) unterschrieben worden war.

**Load-Date:** September 7, 2015

**"Wir machen nicht nur warm, satt, sauber";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-bad-fallingbostel-warm-satt-sauber-a-1068991.html>**

SPIEGEL ONLINE

23. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 766 words

**Highlight:** Schule, Sportangebot und Kinderbetreuung: Im niedersächsischen Bad Fallingbostel werden **Flüchtlinge** in einem acht Hektar großen Camp nicht nur gut versorgt, sondern auch herzlich empfangen.

## **Body**

---

Wie ist die Situation?

Das Camp Fallingbostel-Ost in Niedersachsen ist eine der größten Notunterkünfte Deutschlands - und gehört zu den Vorzeigeeinrichtungen: Das vom Roten Kreuz betriebene **Flüchtlingsheim**, das bis vor Kurzem britischer Militärstandort und Nato-Stützpunkt war, bietet auf acht Hektar Platz für bis zu 4500 **Flüchtlinge**. Im angrenzenden Camp West, das die Johanniter leiten, ist Platz für weitere 3000 **Asylbewerber**. Damit können in Bad Fallingbostel in der Lüneburger Heide so viele **Flüchtlinge** leben wie die Kreisstadt Einwohner hat.

Bislang gab es keine Übergriffe auf Bewohner oder Anschläge auf das Heim, was wohl auch an dessen Struktur liegt: Das weitläufige Gelände ist umzäunt und wird von Sicherheitspersonal überwacht, die Infrastruktur war von Anfang an vorhanden: In der früheren Kaserne gibt es etwa moderne Kantinen, Schulungsräume, Turnhallen. Zwei Drittel der Bewohner kommen laut Camp-Leiter Rainer Heming aus Syrien, die anderen vor allem aus Iran, dem Irak, Afghanistan und Eritrea.

Was sind die größten Probleme?

"Bisher sehen wir in Bad Fallingbostel kaum Probleme", sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen: "Vor allem die Bemühungen aus der Bevölkerung sind wirklich beachtlich." Das sehen auch viele Flüchtlinge so: "Das einzige Problem hier ist, dass die Behörden so langsam sind - wir warten schon seit mehr als drei Monaten darauf, einen Asylantrag stellen zu können", sagt die 27-jährige Syrerin Hadeel Shareef. Im November waren wegen solcher Verzögerungen 150 Flüchtlinge in den Sitzstreik gegangen. Die Landesaufnahmebehörde ließ sie daraufhin laut lokalen Medien auf Einrichtungen in anderen Kommunen verteilen.

Was läuft gut?

"Wir bekommen enorm viel Zuwendung und riesigen Zuspruch", sagt Campleiter Rainer Heming. Abgesehen von 65 Mitarbeitern des Roten Kreuzes kümmern sich nach Angaben des 63-Jährigen rund 120 ehrenamtliche Helfer

"Wir machen nicht nur warm, satt, sauber" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-bad-fallingbostel-warm-satt-sauber-a-1068991.html>

um die Flüchtlinge: Arzthelfer, Übersetzer, Betreuer, Krankenschwestern, Erziehungswissenschaftler. Hinzu kommen Bundeswehr-Soldaten, die - wie in vielen Flüchtlingsheimen - im laufenden Betrieb helfen .

Auch die Versorgungslage ist offenkundig gut. Die vier Kantinen sind derzeit nicht überfüllt, Warteschlangen gibt es nur vor der Kleiderkammer. Bislang gab es zudem keine größeren Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen - wohl auch deshalb, weil das Camp zu den wenigen Einrichtungen gehört, die noch lange nicht an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen sind: Rund 2100 Flüchtlinge leben dort momentan, für mehr als doppelt so viele wäre Platz.

"Und wir machen nicht nur warm, satt, sauber", sagt Ralf Wiechers vom Führungsteam des Camps. So gelingt es dem Roten Kreuz nach eigenen Angaben, täglich bis zu acht Deutschklassen und mehrmals pro Woche Sportkurse anzubieten. Für den Nachwuchs gibt es einen Kindergarten, im Kino werden jeden Tag arabische Nachrichten und Zeichentrickfilme gezeigt.

Einmal pro Woche basteln und spielen zudem Mitarbeiter des Landkreises mit den Kindern. Streit wegen des Camps gibt es ebenfalls kaum, im Gegenteil: Bürgermeisterin Karin Thorey begrüßt die Asylbewerber etwa auf der städtischen Homepage ausdrücklich, die Kirchengemeinde hat eine "Willkommensgruppe" eingerichtet.

Wie empfinden die Flüchtlinge selbst die Lage?

Anfang Dezember verteilten einige Flüchtlinge Rosen und kleine Karten im Ort, darauf hatten sie geschrieben: "Danke, Deutschland! Syrien." Zufrieden zeigen sich auch die meisten Asylbewerber: "Die Leute hier sind unfassbar nett zu uns", sagt etwa eine junge Syrerin.

Wie soll es in der Unterkunft weitergehen?

Auch das in der Flüchtlingskrise bisweilen überforderte Bamf hat offenbar erkannt, dass Flüchtlinge in Bad Fallingbostel besonders lange auf ihr Asylverfahren warten müssen - und reagiert nun: In dem Camp richtet die Flüchtlingsbehörde derzeit ein sogenanntes Erprobungszentrum zur Verfahrensbeschleunigung ein. Dort soll ein "optimiertes Asylverfahren" trainiert werden, um eine schnellere Abschiebung von Migranten aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern zu erreichen. 30 Fachleute bauen die neue Dienststelle auf, laut Bamf sollen letztendlich 260 Mitarbeiter dort zum Einsatz kommen.

Allein im Camp Ost soll zudem schon im Januar die Endausbaustufe erreicht werden: Dann könnten dort bis zu 4500 Menschen leben. Ob das Bamf in dem Doppel-Camp auch eine der bundesweit bis zu fünf geplanten Registrierungsstellen einrichtet, ist noch unklar - Bad Fallingbostel galt bislang aber als besonders geeignet dafür.

Hier geht's zurück zum Haupttext.

**Load-Date:** December 24, 2015

[Überfülltes Flüchtlingsboot kentert vor Kreta;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-kuestenwache-rettet-vor-kreta-250-fluechtlinge-a-1095645.html)  
[http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-kuestenwache-rettet-vor-](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-kuestenwache-rettet-vor-kreta-250-fluechtlinge-a-1095645.html)  
[kreta-250-fluechtlinge-a-1095645.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-kuestenwache-rettet-vor-kreta-250-fluechtlinge-a-1095645.html)

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 393 words

**Byline:** als/cht/AFP/dpa

**Highlight:** 10:44:00 Vor der Insel Kreta ist ein Boot mit Hunderten Flüchtlingen gekentert. Rund 250 Menschen konnte die griechische Küstenwache bislang aus dem Mittelmeer retten.

## Body

---

Etwa 75 Seemeilen vor der Küste Griechenlands ist ein überfülltes Flüchtlingsboot mit mehreren Hundert Passagieren an Bord gekentert. Die Küstenwache konnte bislang 250 Menschen vor dem Ertrinken retten. Die Nachrichtenagentur dpa berichtet von 302 Geretteten unter Berufung auf die Küstenwache. Das Unglück ereignete sich vor der Insel Kreta.

Die griechischen Behörden sprachen von einem "umfangreichen" Rettungseinsatz. Die Küstenwache schickte zwei Patrouillenboote, ein Flugzeug und einen Hubschrauber los.

Mindestens vier Schiffe, die in der Region unterwegs waren, beteiligten sich ebenfalls an dem Einsatz. Sie warfen Rettungsbojen aus, um die Flüchtlinge zu retten. "Wir haben bislang 250 Menschen gerettet. Wir suchen nach weiteren Flüchtlingen im Meer", sagte Nikolaos Langadianos von der Küstenwache. Laut dpa geht die Küstenwache davon aus, dass das Flüchtlingsboot aus Ägypten unterwegs nach Italien war.

Wegen des guten Wetters und der ruhigen See wagen derzeit besonders viele Menschen die Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa. Bei der gefährlichen Überfahrt zu den griechischen Inseln in der Ägäis kamen im vergangenen Jahr Hunderte Menschen ums Leben.

Seit der Schließung der sogenannten Balkanroute versuchen internationale Schleuserbanden offenbar zunehmend, Migranten aus der Türkei und Ägypten nach Kreta und weiter nach Italien zu bringen. In den vergangenen fünf Tagen waren knapp 180 Migranten auf Kreta gestrandet. Zuvor waren ihre Boote in Seenot geraten. Auch aus dem Bürgerkriegsland Libyen kommen probieren Flüchtlingsboote die Überfahrt nach Italien, an Bord sind überwiegend afrikanische Flüchtlinge.

Randale im Hotspot auf Samos

Überfülltes Flüchtlingsboot kentert vor Kreta <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-kuestenwache-rettet-vor-kreta-250-fluechtlinge-a-1095645.html>

Im Flüchtlingslager der griechischen Insel Samos kam es derweil in der Nacht zum Freitag zu schweren Ausschreitungen. Dabei wurden mindestens 20 Menschen verletzt, einige von ihnen schwer.

Die Randalie sei nach einem Streit zwischen Migranten aus Pakistan und Algerien ausgebrochen, berichtete der TV-Sender ERT. Die Polizei habe alle verfügbaren Beamten eingesetzt, um wieder Herr der Lage im sogenannten Hotspot zu werden, berichteten Augenzeugen.

Bereits am Donnerstag war es auf der Insel Lesbos zu Schlägereien zwischen Migranten gekommen. Im Hotspot von Samos leben knapp 1200 Migranten und Flüchtlinge. In ihrer Mehrheit sollen sie in die Türkei abgeschoben werden.

als/cht/AFP/dpa

**Load-Date:** June 3, 2016

---

End of Document



<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-thomas-de-maiziere-erwaegt-ausweitung-des-schichtbetriebs-a-1066464.html>

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 582 words

**Byline:** heb

**Highlight:** Beim Bamf stapeln sich die Asylanträge - wer ist für die Misere verantwortlich? EU-Parlamentspräsident Schulz behauptet: Innenminister de Maizière. Dieser weist das zurück, plant aber dennoch Gegenmaßnahmen.

## Body

---

Mehr als 300.000 Asylanträge sind in Deutschland derzeit unbearbeitet, täglich kommen mehr hinzu. Im Zentrum der Kritik steht die Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, kurz Bamf. Mehrere SPD-Politiker, darunter die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), hatten mehr Einsatz von den Behördenmitarbeitern gefordert. Zuvor hatten die Innenminister der Länder die Arbeitsweise der Behörde kritisiert und verschiedene Schritte zur Beschleunigung der Asylverfahren gefordert. Sie regten Schichtarbeit und Einsätze am Wochenende an.

Jetzt reagiert der zuständige Bundesinnenminister, nachdem am Montag auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) Minister Thomas de Maizière (CDU) massives Versagen vorgeworfen hatte.

Der Innenminister weist die Kritik am Mitarbeiterengagement im Bamf zurück. "Schwarze-Peter-Spiele auf dem Rücken der Mitarbeiter halte ich für unangemessen", sagte de Maizière am Montag. "Die Mitarbeiter arbeiten unter höchster Belastung." Er sprach von einer "Verfünffachung der Verfahren".

Schon jetzt werde in Kernbereichen der Behörde im Schichtbetrieb gearbeitet. "Es gibt Gespräche, dies auszuweiten", sagte der Innenminister. Diese würden mit den Personalvertretungen geführt. "Ich halte das für zumutbar und möglich", sagte de Maizière über eine mögliche Ausweitung des Schichtbetriebs. Er sei im Gespräch mit Behördenleiter Frank-Jürgen Weise.

4000 weitere neue Stellen

Die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren habe sich von 7,1 auf 5,2 Monate verkürzt. Mittlerweile gibt es laut Innenministerium pro Tag etwa 1600 Asyl-Entscheidungen.

De Maizière erwägt Ausweitung des Schichtbetriebs <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-thomas-de-maiziere-erwaegt-ausweitung-des-schichtbetriebs-a-106....>

Rund tausend neue Stellen im Bamf seien in diesem Jahr bereits hinzugekommen, 2016 könne die Behörde laut Haushaltsplan weitere 4000 neue Stellen schaffen. Dies zeigt laut de Maizière bereits "erste Effekte", im November sei über 35.000 Asylanträge entschieden worden - "das ist mehr als 145 Prozent als im Vorjahr".

Schulz hatte de Maizière vorgeworfen, der Innenminister habe es "seit Jahren trotz der Klagen aus Ländern und Kommunen nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass die Verwaltungsvorschriften umgesetzt und die Asylanträge zügig bearbeitet werden".

Knapp 356.000 bearbeitete Asylanträge

Die Zahl der unbearbeiteten Asylanträge beim Bamf wuchsen bis Ende November auf 355.914 an. Das teilte das Bundesinnenministerium mit. Seit Jahresbeginn sind fast 965.000 Flüchtlinge in Deutschland registriert worden - bereits mehr als vom Bund offiziell bis zum Jahresende vorausgesagt. Mehr als die Hälfte der Schutzsuchenden (rund 484 000 Menschen) kamen aus Syrien, wie das Bundesinnenministerium am Montag in Berlin mitteilte. An Rang zwei und drei der Hauptherkunftsländer folgten Afghanistan und der Irak.

Wegen des großen Andrangs müssen viele Flüchtlinge jedoch einige Zeit warten, bis sie überhaupt einen Asylantrag stellen können. Die Antragszahlen liegen daher deutlich unter den Registrierungszahlen: Im November wurden insgesamt 57.816 Asylanträge gestellt, von Anfang Januar bis Ende November waren es 425.035 und damit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr mit knapp 203.000.

Die Bundesregierung nimmt die Behörde und dessen Leiter in Schutz. "Frank-Jürgen Weise ist jetzt einige Wochen im Amt, und es hat sich in dieser Zeit unglaublich viel bewegt", sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU). Auch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) schloss sich der Kritik an der Effizienz der Behörde "ausdrücklich nicht" an.

heb

**Load-Date:** December 24, 2015

## Ungarn will Flüchtlinge stärker abschrecken

SPIEGEL ONLINE

05. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 608 words

**Byline:** Keno Verseck

**Highlight:** Ungarn geht bereits mit extremen Mitteln gegen Flüchtlinge vor. Nun hat die Regierung offenbar einen neuen Plan, mit dem sie Menschen noch schneller aus dem Land bringen will.

### Body

---

Ungarn möchte es Flüchtlingen, die illegal auf der Balkanroute ins Land kommen, künftig noch mehr erschweren, Asyl zu beantragen.

Ab Dienstag sollen Menschen, die nach einem illegalen Grenzübertritt innerhalb von acht Kilometern hinter der Grenze in Ungarn aufgegriffen werden, zu den Grenzzäunen der ungarisch-serbischen bzw. ungarisch-kroatischen Grenze zurückgebracht werden, sagte György Bakondi. Er ist innenpolitischer Sicherheitsberater des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Das ungarische Parlament habe dieses Vorgehen genehmigt, erklärte Bakondi am späten Montagnachmittag während einer Pressekonferenz.

Flüchtlinge, die in besagtem acht Kilometer breiten Grenzstreifen auf ungarischem Territorium aufgegriffen werden und die nicht direkt und nachweislich beim strafbaren illegalen Grenzübertritt gefasst worden seien, so Bakondi, würden durch Tore im Grenzzaun vor die "Transitzonen" geleitet werden. Zwischen Grenzzaun und realem Grenzverlauf handelt es sich laut Bakondi um "ungarisches Territorium".

Zur Begründung der Maßnahme sagte Bakondi: Man wolle einerseits die Effektivität der Kontrollen im Grenzstreifen erhöhen; zugleich wolle man erreichen, dass sich Migranten nicht illegal auf ungarischem Territorium aufhielten. Wer zurück zur "Transitzone" geleitet werde, erhalte von der Grenzpolizei eine Verwarnung wegen einer Ordnungswidrigkeit (illegaler Aufenthalt auf ungarischem Territorium) und werde darüber aufgeklärt, dass er an der "Transitzone" legal Asyl beantragen könne.

Formal handelt es sich bei diesem neuen Vorgehen der ungarischen Behörden nicht um eine Abschiebung von Flüchtlingen. Vertreter ungarischer Menschenrechtsorganisationen kritisieren jedoch, dass Flüchtlinge nun ohne ein formales Verfahren zurück zur Grenze gebracht werden können, wo sie ohne Unterkunft und ohne hygienische Einrichtungen eine unbestimmte Zeit darauf warten, in die "Transitzone" eingelassen zu werden.

Werden illegal eingereiste Flüchtlinge aufgegriffen, kommen sie nach einem seit 2015 geltenden Gesetz in Ungarn wegen Grenzverletzung vor Gericht, wenn Zeugen sie dabei beobachtet haben, wie sie den Grenzzaun überwinden oder beschädigen. Bisher geschah dies nach Angaben von Bakondi in 4942 Fällen. In der Regel

## Ungarn will Flüchtlinge stärker abschrecken

werden sie zur Abschiebung nach Serbien oder Kroatien verurteilt - allerdings wird dies nicht umgesetzt, weil die meisten Flüchtlinge keine Personaldokumente besitzen und die Nachbarländer Serbien und Kroatien die Flüchtlinge nicht zurücknehmen.

Seit Anfang dieses Jahres habe Ungarn 17.351 illegal eingereiste Menschen aufgegriffen, sagte Bakondi. Im gesamten Jahr 2015 seien es rund 391.000 gewesen. 330 Flüchtlinge befinden sich den Angaben zufolge in Haft. Von insgesamt rund 199.000 Asylanträgen habe Ungarn 264 genehmigt.

Dass Flüchtlinge in Ungarn nicht willkommen sind, hat die Regierung mehrfach gezeigt: Sie setzte Stacheldraht, Sperranlagen und Soldaten gegen Flüchtlinge ein, außerdem schaltete sie abschreckende Anzeigenkampagnen in arabischen Zeitungen. Seit dem 15. September 2015 gibt es zudem die beschleunigten Gerichtsverfahren. Ende 2015 reichte Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die von der EU beschlossene Quote zur Verteilung von Flüchtlingen in den Mitgliedsländern ein.

Hinweis der Redaktion: In einer früheren Version dieses Artikels hieß es, Ungarn schiebe Flüchtlinge ohne Verfahren ab und die "Transitzonen" lägen jenseits der ungarischen Grenzzäune und damit nicht auf ungarischem Staatsgebiet. Dies ist falsch. Wir bitten, den durch eine Agenturmeldung entstandenen Fehler zu entschuldigen.

aar/dpa/Keno Verseck

**Load-Date:** July 5, 2016

---

End of Document

[Merkel und Gabriel fordern Kraftakt von den Deutschen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-merkel-und-gabriel-  
fordern-kraftakt-von-den-deutschen-a-1051761.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-merkel-und-gabriel-fordern-kraftakt-von-den-deutschen-a-1051761.html)

SPIEGEL ONLINE

07. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 436 words

**Byline:** jok/Reuters/dpa

**Highlight:** Hunderttausende Hilfsbedürftige kommen nach Deutschland - eine gewaltige Aufgabe: Kanzlerin Merkel und SPD-Chef Gabriel sehen die Bundesrepublik vor einem Kraftakt. Die Krise könnte Jahre dauern und viele Milliarden kosten.

## Body

---

Eine deutsche Kraftanstrengung ist nötig - das haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel angesichts der wachsenden Zahl an **Flüchtlingsen** betont. Bisher laufe zwar schon vieles richtig: Sowohl die CDU-Chefin als auch der SPD-Vorsitzende lobten die Aufnahmebereitschaft vieler Bürger. Darauf könne Deutschland stolz sein. Merkel verwies aber darauf, dass die Aufnahme der **Flüchtlingse** eine Langzeitaufgabe sein werde. "Wir werden noch lange Zeit freiwilliges Engagement brauchen", sagte sie.

Gabriel wählte einen historischen Vergleich und sprach von der größten Herausforderung seit der deutschen Einheit. Darauf müsse man mit "Zuversicht und Realismus" reagieren. Die Integration der Menschen sei sehr wichtig. Es sei daher klar, dass in diesem Jahr zwar die erwarteten 800.000 Flüchtlinge aufgenommen werden. Dies könne Deutschland wegen seiner wirtschaftlichen Stärke und soliden Finanzen stemmen. Ebenso klar müsse aber sein, dass die Bundesrepublik es nicht verkraftete, wenn es nun jedes Jahr eine derart hohe Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingsen gäbe. Hier müssten die EU-Partner mehr Solidarität beweisen.

Merkel sprach mit Blick auf die Zahl der Flüchtlinge aus Ungarn von einem "bewegenden, teilweise atemberaubenden Wochenende". Die Koalition habe nun ein Gesamtpaket zur Bewältigung der Flüchtlingsfrage beschlossen.

Dabei wurde festgelegt,

dass es in den Erstaufnahmeeinrichtungen statt Bargeld "so weit wie möglich" Sachleistungen für die Asylbewerber geben soll. Außerdem sollen im Jahr 2016 drei Milliarden Euro mehr für die Bewältigung der Asylsituation ausgegeben werden. Winterfeste Erstaufnahmeeinrichtungen sollen gebaut, zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen sowie die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen von sechs auf drei Monate reduziert werden.

Merkel und Gabriel fordern Kraftakt von den Deutschen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-merkel-und-gabriel-fordern-kraftakt-von-den-deutsch....>

Das Sieben-Seiten-Papier liegt SPIEGEL ONLINE vor. (Die Details zu dem Maßnahmenpaket finden Sie hier .)

Merkel hält nach eigenen Angaben Gesamtkosten von zehn Milliarden Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise im nächsten Jahr für nachvollziehbar. Sie könne eine solche Zahl für Bund, Länder und Kommunen insgesamt zwar nicht bestätigen. Aber angesichts der allein vom Bund bereitgestellten sechs Milliarden Euro für 2016 sei diese Summe denkbar

Trotz der gewaltigen gesellschaftlichen und finanziellen Herausforderungen verbreitete Merkel demonstrativ Zuversicht. "Wir können das schaffen", so die Kanzlerin. Es sei schön, dass Deutschland ein Land geworden sei, mit dem viele Menschen wieder Hoffnung verbänden.

jok/Reuters/dpa

**Load-Date:** September 7, 2015

---

End of Document

**Der Ansturm und seine Folgen; <http://www.spiegel.de/sptv/zdfzeit/zdf-zeit-wie-viele-fluechtlinge-vertraegt-deutschland-a-1061057.html>**

SPIEGEL ONLINE

04. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SPIEGEL TV / ZDF ZEIT

**Length:** 278 words

**Highlight:** "Wir schaffen das", der Satz von Angela Merkel hat Bewunderung geweckt und für Irritation gesorgt. Schaffen wir das wirklich?

## Body

---

Deutschland steht vor der größten Herausforderung seit der Einheit. Die Sendung zeigt, wie tiefgreifend der Sommer der **Flüchtlinge** Deutschland verändert hat.

Was ist zu tun, damit Versorgung und Integration von Hunderttausenden nicht nur logistisch gelingen - sondern auch gesellschaftlich akzeptiert werden?

Bis zu eine Million Flüchtlinge werden 2015 nach Deutschland kommen - so die Einschätzung des Bundesinnenministeriums. Es ist ein gewaltiger Sprung. Im Mai kalkulierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch mit 450.000 Asylanträgen bis zum Jahresende. Schon das wäre ein Rekord gewesen. "Die Entwicklung ist eine Herausforderung für uns alle", sagt Innenminister Thomas de Maizière (CDU). "Wir sind alle gefordert. Überfordert ist Deutschland mit dieser Entwicklung nicht."

Aber stimmt das auch? Es ist eine Frage, die viele Bundesbürger bewegt. Weil sie verunsichert sind, wenn in ihrer Nachbarschaft Flüchtlingsunterkünfte entstehen. Weil sie sich um ihre Sicherheit sorgen, weil sie das Gefühl haben, dass Deutschland zum Zufluchtsort von Menschen wird, die nicht vor Krieg und Lebensgefahr fliehen - sondern "nur" vor Armut.

Auf der anderen Seite allerdings stehen Tausende, die mit Hilfsbereitschaft und Engagement ein neues Bild von Deutschland in die Welt senden, die Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen, die darauf hoffen, dass die Zuwanderung am Ende für die gesamte Gesellschaft Vorteile bringt: demografisch, finanziell und kulturell.

Die Sendung prüft Chancen und Gefahren der neuen Situation - mit namhaften internationalen Experten, Befürwortern und Gegnern verstärkter Zuwanderung und mit bewegenden Reportagen von Betroffenen.

**Load-Date:** November 4, 2015

Der Ansturm und seine Folgen <http://www.spiegel.de/sptv/zdfzeit/zdf-zeit-wie-viele-fluechtlinge-vertraegt-deutschland-a-1061057.html>

---

End of Document



[Rund 137.000 Bootsflüchtlinge seit Januar;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-rund-137-000-bootsfluechtlinge-seit-januar-a-1041488.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-rund-137-000-bootsfluechtlinge-seit-januar-a-1041488.html)

SPIEGEL ONLINE

01. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 268 words

**Byline:** heb/AFP/Reuters

**Highlight:** Die Uno spricht von einer "maritimen Flüchtlingskrise von historischem Ausmaß". Rund 137.000 Menschen haben im ersten Halbjahr 2015 die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer gewagt - Hunderte kamen ums Leben.

## Body

---

Rund 137.000 Menschen sind nach Uno-Angaben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über das Mittelmeer nach Europa geflohen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sei die Zahl der an den europäischen Küsten eintreffenden Flüchtlinge um 83 Prozent gestiegen, teilte das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) am Mittwoch in Genf mit.

1867 Menschen starben in diesem Jahr bereits bei der Überfahrt über das Mittelmeer, davon allein 1308 im April. "Europa erlebt eine maritime Flüchtlingskrise von historischem Ausmaß", teilte das UNHCR mit. Mit den warmen Sommermonaten dürfte die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen, die die gefährliche Überfahrt über das Meer wagen.

Die meisten der Flüchtlinge erreichten bei ihrer Überfahrt mit oft seeuntauglichen Schiffen die Küsten Italiens und Griechenlands. Die Mehrheit der Migranten seien wegen Kriegen, Konflikten und Verfolgung auf der Flucht, hieß es von den Vereinten Nationen. Uno-Flüchtlingskommissar António Guterres betonte, bei den meisten Migranten handle es sich nicht um Wirtschaftsflüchtlinge. Ein Drittel der in Italien und Griechenland angekommenen Menschen seien Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien.

Eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge hatte in der EU für heftigen Streit gesorgt. Italien war mit seiner Forderung nach einer verpflichtenden Quote gescheitert: Die EU-Staaten einigten sich lediglich auf die freiwillige Umverteilung von 40.000 Flüchtlingen. Die osteuropäischen und baltischen Staaten, die bisher nur selten das Ziel von Migranten sind, führten den Widerstand gegen eine verpflichtende Quote an.

heb/AFP/Reuters

**Load-Date:** July 1, 2015

Rund 137.000 Bootsflüchtlinge seit Januar <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-rund-137-000-bootsfluechtlinge-seit-januar-a-1041488.html>

---

End of Document

[EU-Außenminister fordern Sondergipfel;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-aussenminister-  
suchen-gemeinsamen-nenner-a-1051575.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-aussenminister-suchen-gemeinsamen-nenner-a-1051575.html)

SPIEGEL ONLINE

05. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 512 words

**Byline:** mik/dpa

**Highlight:** In der Frage, wie man mit den Flüchtlingen umgehen soll, ist die Europäische Union tief gespalten. In Luxemburg suchen die Außenminister einen gemeinsamen Nenner - sie wollen das Problem an ihre Chefs delegieren.

## Body

---

Die Außenminister der Europäischen Union suchen am zweiten Tag ihres Treffens in Luxemburg weiter nach einer gemeinsamen Linie in der Frage, wie sie mit den Flüchtlingen umgehen sollen. Zu den Gesprächen an diesem Samstag werden auch Vertreter aus den westlichen Balkanstaaten erwartet. Über Länder wie Serbien versuchen derzeit Tausende Asylsuchende, in westliche EU-Staaten zu gelangen.

Allerdings ist die EU weiter tief zerstritten darüber, wie mit den Flüchtlingen umgegangen werden soll. In der Europäischen Union wird deshalb der Ruf nach einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs zur Flüchtlingskrise lauter. In Luxemburg sprach sich am Freitag unter anderem der österreichische Außenminister Sebastian Kurz offen dafür aus. Sein slowakischer Kollege Miroslav Lajcak sagte: "Wir wären sicherlich dafür. Wenn wir bis Mitte Oktober warten, könnte das zu spät sein." Neben einem Sondergipfel ist auch ein weiteres Sondertreffen der europäischen Außen- und Innenminister im Gespräch. Es könnte den Gipfel vorbereiten.

Merkel fordert grundlegende Reform

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wiederholte ihre Forderung nach einer grundlegenden Reform der europäischen Flüchtlingspolitik. "Das gesamte System muss neu gestaltet werden", sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Zwischen den 28 EU-Ländern müsse es eine "faire Lastenverteilung" geben.

Auf der sogenannten Balkanroute und in Griechenland warten weiterhin Zigtausende Migranten auf eine Möglichkeit, in den Westen zu gelangen. Inmitten des Flüchtlingsdramas stellen auch Einwohner der westlichen Balkanstaaten Asylanträge in westeuropäischen Staaten. Die EU-Kommission will deshalb vorschlagen, die westlichen Balkanländer EU-weit zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Auch deswegen, weil sie als Länder, die einen EU-Beitritt anstreben, bestimmte Standards erfüllen müssen.

EU-Außenminister fordern Sondergipfel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-aussenminister-suchen-gemeinsamen-nenner-a-1051575.html>

Angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen auf griechischen Inseln versprach der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, Athen weitere Hilfe. In der Hafenstadt Piräus soll bald ein sogenanntes Hotspot-Zentrum öffnen, wo Flüchtlinge registriert werden.

Flüchtlingskrise wird noch lange andauern

Nach Ansicht des Uno-Beauftragten für Menschenrechte, Ivan Simonovic, wird die Flüchtlingskrise in Europa noch lange anhalten. "Wir müssen uns auf Jahre einstellen", sagte der Kroat in New York. "Dieses Problem wird erst gelöst werden, wenn die Ursachen gelöst sind, vor allem der Konflikt in Syrien. Und ich fürchte, da können wir auf keine rasche Lösung hoffen."

Nach den Worten von Simonovic stellt 2014 ein trauriges Rekordjahr dar: "Noch nie waren auf der Erde seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen auf der Flucht und noch nie waren die Rückkehraten so gering", sagte er. Demnach gab es im vergangenen Jahr 9,5 Millionen Flüchtlinge. Mehr als die Hälfte kam nur aus drei Ländern: 3,9 Millionen aus Syrien, 2,6 Millionen aus Afghanistan und 1,1 Millionen aus Somalia. "Wir müssen befürchten, dass dieses Jahr das vergangene noch überflügeln wird. Alle Anzeichen sprechen dafür."

mik/dpa

**Load-Date:** September 5, 2015

---

End of Document

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-und-eu-europa-riskiert-seine-glaubwuerdigkeit-kommentar-a-1090893.html>

SPIEGEL ONLINE

05. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 457 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** 05:07:00 Die EU konnte sich in der Flüchtlingskrise nicht einigen, jetzt hängt sie vom Wohlwollen des türkischen Autokraten Erdogan ab. Will Europa seine Glaubwürdigkeit zurück, muss es Konsequenzen ziehen.

## Body

---

Zugegeben, die EU-Kommission steckte in der Zwickmühle: Hätte sie die Visafreiheit für die Türkei verschoben, hätte Ankara das Abkommen mit der EU womöglich platzen und Migranten wieder ungehindert nach Europa ziehen lassen. Deshalb war es wohl das kleinere Übel, dass die EU-Kommission nun die Aufhebung der Visumpflicht für türkische Bürger empfohlen hat.

Die EU zahlt jetzt den Preis für ihre Unfähigkeit, ihre Grenzen selbst zu sichern und die Flüchtlinge fair unter sich aufzuteilen: Sie ist dem Wohlwollen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ausgeliefert, und das kommt sie teuer zu stehen.

Es kostet sie nun ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Menschenrechte. Eines der Kriterien, das Ankara bisher noch nicht erfüllt hat - und auch kaum zeitnah erfüllen wird -, ist die Meinungsfreiheit in der Türkei. Erdogan drangsaliert Kritiker nicht nur im eigenen Land, sondern neuerdings auch in der EU. Derzeit versucht Erdogans AKP, die Immunität zahlreicher oppositioneller Abgeordneter aufzuheben, denen dann die Strafverfolgung wegen Terrorverdachts droht.

Sollte das alles ein Versuch Erdogans sein, die Schmerzgrenze der EU zu finden, könnte er getrost weitermachen: Er hat sie bisher offenbar noch nicht gefunden.

Die Entscheidung der Kommission zur Visafreiheit für türkische Bürger zeigt das eindrucklich. Dabei ist sie sich genommen nicht das Problem. Es ist die Art ihres Zustandekommens, die das Vertrauen der Bürger in die EU erneut erschüttert. An den 72 Kriterien "werden wir nicht herumspielen", sagte EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans noch am vergangenen Donnerstag vor dem Europaparlament - obwohl da längst klar war, dass das Gegenteil geschehen würde.

Will die EU ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, muss sie in der Flüchtlingsfrage zunächst die Wurzel des Problems angehen: den Egoismus einzelner EU-Staaten. Wenn jemand von einer Gemeinschaft profitiert - so wie

Der hohe Preis für Erdogans Gunst <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-und-eu-europa-riskiert-seine-glaubwuerdigkeit-kommentar-a-1090893.html>

Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei von der EU - und nichts zu geben bereit ist, muss das Konsequenzen haben. Ein Kollektiv, das Trittbrettfahrer nicht sanktioniert, kann auf Dauer nicht funktionieren - das gilt im Großen wie im Kleinen. Deshalb ist der Ansatz der Kommission, unsolidarischen Mitgliedern in einem neuen Asylsystem drakonische Strafen anzudrohen, der richtige.

Einen Preis wird auch die Türkei zahlen müssen. Die EU muss der türkischen Regierung klarmachen, dass der Weg, den sie in Sachen Menschenrechte und Meinungsfreiheit eingeschlagen hat, definitiv nicht in Richtung Europa führt. Und dass die Türkei am Ende ziemlich verlassen dastehen könnte, sollte Erdogan seine Position als Schleusenwärter in Sachen Migration missbrauchen.

**Load-Date:** May 5, 2016

---

End of Document

[Schäuble warnt vor Zerreißprobe für CDU;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-warnt-vor-zerreissprobe-fuer-cdu-a-1059332.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-warnt-vor-zerreissprobe-fuer-cdu-a-1059332.html)

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 574 words

**Highlight:** Die Kanzlerin bekam den Ärger der CDU-Basis über ihre Flüchtlingspolitik schon zu spüren. Nach SPIEGEL-Informationen hat nun Finanzminister Schäuble intern Alarm geschlagen: Die Stimmung bei den Parteimitgliedern sei "dramatisch" schlecht.

## Body

---

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat die CDU-Spitze davor gewarnt, dass die Flüchtlingskrise die Partei vor eine Zerreißprobe stellen könnte. Nach Informationen des SPIEGEL wies Schäuble in der jüngsten Sitzung des CDU-Präsidiums darauf hin, dass die Stimmung der Mitglieder in der Flüchtlingsfrage "dramatisch" schlecht sei. (Lesen Sie hier die ganze Geschichte im neuen SPIEGEL .)

Den insbesondere von Generalsekretär Peter Tauber geschilderten großen Rückhalt in der Partei für den Kurs von Angela Merkel sehe er nicht. Wenn das jüngste Asylpaket der Bundesregierung nicht bald Wirkung zeige, so Schäuble, werde das Verhältnis der Parteispitze zur Basis Schaden nehmen.

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer verteidigte derweil die insbesondere von ihm vorangetriebene Idee von Transitzonen an der Landgrenze. "Transitzonen sind keine Haftanstalten", sagte der CSU-Chef dem SPIEGEL. "Schließlich dürfen Flüchtlinge dort nur kurze Zeit festgehalten werden, um zu überprüfen, ob ihr Antrag berechtigt ist."

Seehofer signalisierte, im Fall einer Einrichtung von Transitzonen werde er auf die angedrohte Verfassungsklage des Freistaats gegen den Bund verzichten: "Wenn sich die Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung als wirksam erweisen, werden wir prüfen, ob dieser Schritt wirklich erforderlich ist." Die SPD wehrt sich gegen die Einrichtung von Transitzonen.

Transitzonen, die nicht so heißen?

Am Freitag hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) jedoch verkündet, dass sich die Koalition im Grundsatz auf raschere Ablehnung von Migranten ohne Bleibeperspektive schon in Grenznähe verständigt habe. "Wir sind uns einig, dass wir möglichst frühzeitig schon an der Grenze ein schnelles Verfahren entwickeln bei denjenigen, von denen anzunehmen ist, dass ihre Anträge unzulässig oder offensichtlich unbegründet sind", sagte

Schäuble warnt vor Zerreißprobe für CDU <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-warnt-vor-zerreissprobe-fuer-cdu-a-1059332.html>

de Maizière. "Die Details dieser Einigung sind weiter im Gespräch." Von Transitzonen sprach de Maizière explizit nicht mehr.

Auch die SPD betonte, dass diese Einigung nicht die umstrittenen Transitzonen beinhalte : "Wir haben uns darauf verständigt, dass es keine Haftzonen an deutschen Grenzen geben wird", sagte Justizminister Heiko Maas. Zwar sollten Asylanträge beschleunigt geprüft werden, aber: "Dies kann auch in bereits bestehenden oder im Aufbau befindlichen Einrichtungen geschehen. Es müssen also nicht per se neue Einrichtungen geschaffen werden." Die SPD hatte stets beklagt, der Plan setze voraus, dass ein Flüchtling formal in Haft genommen werde.

De Maizière hatte Anfang Oktober einen ersten Entwurf vorgelegt und in die Ressortabstimmung gegeben. Vorgesehen war darin, Flüchtlinge vor der Entscheidung über die Einreise nach Deutschland in Transitzonen an der Landgrenze bis zu eine Woche festzuhalten, ihr Asylgesuch im Schnellverfahren zu prüfen und sie bei einer Ablehnung direkt von der Grenze aus wieder in die Heimat zurückzuschicken.

Eine Mehrheit der Deutschen unterstützt dem aktuellen ZDF-Politbarometer zufolge die Einrichtung von Transitzonen. 71 Prozent der Befragten sprachen sich demnach für solche Einrichtungen aus, 25 Prozent dagegen. 46 Prozent der Befragten glauben, dass Deutschland die vielen Flüchtlinge, die zu uns kommen, verkraften kann. 51 Prozent glauben das nicht.

Für die Erhebung haben die Demoskopen der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen vom 20. bis 22. Oktober 2015 bei 1258 Deutsche telefonisch befragt.

**Load-Date:** October 24, 2015



[Ungarisches Parlament beschließt Armee-Einsatz an der Grenze;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-parlament-beschliesst-armee-  
einsatz-an-der-grenze-a-1054010.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-parlament-beschliesst-armee-einsatz-an-der-grenze-a-1054010.html)

SPIEGEL ONLINE

21. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 954 words

**Byline:** ler/heb/dpa/Reuters/AFP

**Highlight:** Für Ungarns Premier Orbán sind die Hunderttausenden **Flüchtlinge** eine "brutale Gefahr". Er setzt auf Abschottung, nach einem Beschluss des Parlaments sichert auch das Militär die Grenze. Die Entwicklungen des Tages im Überblick.

## Body

---

Die ungarische Armee darf künftig für die Grenzsicherung eingesetzt werden. Das Parlament beschloss am Montag in Budapest ein entsprechendes Gesetz mit den Stimmen der rechtskonservativen Regierungspartei Fidesz (Bund Junger Demokraten) und der rechtsextremen Jobbik (Die Besseren). Mit 151 Ja-Stimmen erhielt die Vorlage der Regierung die Zweidrittelmehrheit, die für Änderungen von Gesetzen mit Verfassungsrang erforderlich ist.

Das neue Gesetz erlaubt den Soldaten, an der Grenze Personen und Fahrzeuge anzuhalten und zu durchsuchen. Außerdem darf die Armee Schlagstöcke, Gummigeschosse und Fangnetze verwenden. Ein Schießbefehl ist nicht vorgesehen.

Nach dem ursprünglichen Entwurf sollte die Polizei auch Wohnungen ohne richterlichen Befehl durchsuchen dürfen, wenn sie darin Flüchtlinge vermutet. Die Bestimmung wurde aber in einer Ausschusssitzung aus dem Gesetzestext entfernt.

Bisher waren ungarische Soldaten beim Bau der Zäune an der Grenze zu Serbien und Kroatien im Einsatz. Außerdem sicherten sie den Einsatz der Polizei an den Grenzen.

Ministerpräsident Viktor Orbán verteidigte seinen Abschottungskurs. "Viele sagen, dass Zäune keine gute Lösung seien, weil dann alle einen Zaun bauen müssten. Aber genau das ist die Lösung", erklärte er am Montag im ungarischen Parlament. Er warnte in scharfen Worten vor einer angeblichen Bedrohung Europas durch Flüchtlinge: "Sie überrennen uns. Sie schlagen nicht nur gegen die Tür, sie schlagen die Tür ein." Solange es keine gemeinsame EU-Haltung zur Flüchtlingskrise gebe, seien die Mitgliedstaaten gezwungen, sich selbst gegen die "brutale Gefahr" der Massenmigration zu schützen.

Der serbische Außenminister Ivica Dacic kritisierte am Montag diesen Kurs scharf. Er bemängelte, dass Grenzen geschlossen worden seien. Ebenso verurteilte er die damit verbundenen Auswirkungen auf Serbien. "Statt

Ungarisches Parlament beschließt Armee-Einsatz an der Grenze <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-parlament-beschliesst-armee-einsatz-an-der-grenze-a-10...>

eines Europas ohne Grenzen haben wir ein Europa mit bewaffneten Mauern", sagte er zu Beginn der Menschenrechtskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Warschau. "Serbien kann keine Situation zulassen, in der es eine Art Konzentrationslager wird."

"Ist dies das Europa, für das wir gekämpft haben?" Serbien wolle sich nicht "hinter einen neuen Eisernen Vorhang" stecken lassen, sagte der Minister. Die Geduld seines Landes sei nahezu erschöpft. Serbien ist EU-Beitrittskandidat.

Entlang der Balkanroute schieben sich die Staaten die Flüchtlinge weiter gegenseitig zu. Die meisten Menschen gelangen derzeit über den Umweg Kroatien nach Ungarn und weiter nach Österreich.

Kroatien eröffnete nach den chaotischen vergangenen Tagen in der Grenzstadt Tovarnik ein neues Zeltlager, wo die Menschen registriert werden. Laut dem kroatischen Innenministerium sind dort bereits 2500 Flüchtlinge angekommen. Wenn der Papierkram erledigt ist, werden sie weiter zur Grenze nach Ungarn gebracht. Von dort machen sich viele Migranten weiter auf den Weg nach Österreich. Allein bei Barcs hätten 800 bis 1000 Menschen die Brücke über den Fluss Drau von Kroatien nach Ungarn passiert, berichtete das ungarische Staatsfernsehen.

Der kroatische Innenminister Ranko Ostojic betrachtet sein Land als Opfer der derzeitigen Flüchtlingskrise auf dem Balkan. Länder wie Griechenland würden Hunderttausende ohne Registrierung einfach durch ihr Land lassen, kritisierte er. "Das muss an der Quelle gestoppt werden, zwischen der Türkei und Griechenland", forderte er.

In der Türkei hinderte die Polizei Hunderte Flüchtlinge daran, von Istanbul zur türkisch-griechischen Grenzstadt Edirne zu laufen. Rund 700 Flüchtlinge zogen an einer Autobahn in Richtung der Stadt Edirne an der Grenze zu Griechenland und Bulgarien. Die meisten wurden von der Polizei aufgehalten und mit Bussen nach Istanbul zurückgebracht. Nach Angaben des Senders wurden fünf Menschen festgenommen.

Angela Merkel verlangte von den USA mehr Hilfe. Die Vereinigten Staaten sollten mehr Menschen aufnehmen. "Zu glauben, Europa könne das ganz alleine ohne die Mithilfe der Vereinigten Staaten von Amerika, das scheint mir auch nicht ganz realistisch zu sein", sagte die Bundeskanzlerin bei einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin.

Amerika und Europa seien durchaus in der Lage, viele Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren. Konkret erklärte sie, die USA könnten mehr Flüchtlinge etwa aus Syrien aufnehmen, die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien und in der Türkei verbessern und die Fluchtursachen bekämpfen.

Von dem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs an diesem Mittwoch erwartet Merkel jedoch keine schnellen Antworten auf die Fragen nach einer fairen Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU oder der Bekämpfung der Fluchtursachen: "Eine Lösung gleichsam über Nacht kann es nicht geben." Geduld und ein langer Atem seien gefragt.

Über Österreich erreichen die Menschen auch wieder vermehrt Deutschland. In Bayern reisten nach Angaben des Innenministeriums allein am Sonntag 5374 Asylsuchende ein, tags zuvor waren es 2800 gewesen.

Auf der Flucht über das Mittelmeer kamen seit Jahresbeginn nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 2862 Menschen ums Leben. Insgesamt seien in diesem Jahr mehr als 461.000 Migranten auf dem Seeweg nach Europa gelangt, teilte der IOM-Sprecher für Italien, Flavio Di Giacomo, mit.

Zusammengefasst: Ungarn setzt nun Soldaten zum Schutz seiner Landesgrenze ein. Das hat das Parlament beschlossen. Serbiens Außenminister Ivica Dacic kritisierte den Abschottungskurs scharf. Kanzlerin Angela Merkel fordert von den USA mehr Hilfe in der Flüchtlingskrise.

Ungarisches Parlament beschließt Armee-Einsatz an der Grenze <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-parlament-beschliesst-armee-einsatz-an-der-grenze-a-10....>

**Load-Date:** September 22, 2015

---

End of Document

**"Es spielen sich unendlich viele Tragödien ab";**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-keine-toleranz-bei-gewalt-gegen-fluechtlinge-a-1050655.html>**

SPIEGEL ONLINE

31. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1138 words

**Byline:** heb/vek

**Highlight:** Kanzlerin Merkel plädiert in der **Flüchtlingskrise** für mehr Flexibilität. Gleichzeitig macht sie bei der Sommer-Pressekonferenz klar: Für Rechtsextremisten und Rassisten gebe es in diesem Land keine Toleranz.

## Body

---

Es waren sehr grundsätzliche Ausführungen: Kanzlerin Angela Merkel hat ihre Sommer-Pressekonferenz in Berlin dafür genutzt, um über das Thema **Flüchtlingspolitik** zu sprechen. "Wir achten die Menschenwürde eines jeden Einzelnen", betonte die Regierungschefin. ( Verfolgen Sie hier die Pressekonferenz im Liveblog .) "Es gibt keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen infrage stellen."

"Es spielen sich unendlich viele Tragödien ab", sagte Merkel im Hinblick auf die Hunderttausenden **Flüchtlinge**, die derzeit auf dem Weg nach Europa sind. Sie sprach auch von "Gräueltaten" in Österreich, von **Flüchtlingen**, die "von skrupellosen Schleppern zugrunde gerichtet" worden seien.

In Österreich waren in der vergangenen Woche 71 tote Migranten in einem Lastwagen entdeckt worden. "Das geschieht alles, während wir hier in geordneten, sehr geordneten Verhältnissen leben." Diejenigen auf der Flucht müssten Sorgen ertragen, "die uns wahrscheinlich schlichtweg zusammenbrechen ließen", sagte Merkel.

Demonstrationen gegen Asylbewerber - "Folgen Sie denen nicht"

Die Christdemokratin setzte ein Zeichen gegen Rassisten und Rechtsextremisten, die immer wieder an verschiedenen Orten Deutschlands gegen Asylbewerber protestiert hatten. "Wir wenden uns gegen die, die andere Menschen anpöbeln, die andere Menschen angreifen, die bei Demonstrationen in Hassgesängen einstimmen", sagte die Kanzlerin. Und sie wiederholte das, was sie bereits Ende vergangenen Jahres - damals in Bezug auf Pegida - gesagt hatte: "Folgen Sie denen nicht, die zu solchen Demonstrationen aufrufen. Zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ist Hass in deren Herzen", so der Appell der Regierungschefin.

Es gehöre dazu, dass man als Politiker mal beschimpft werde, "das ficht mich nicht weiter an", sagte Merkel. "Was mich anfixt, ist, dass es diesen Hass gibt. Hier muss es eine ganz klare Abgrenzung geben. Es geht darum, dass man nicht die Spur von Verständnis zeigt." Im sächsischen Heidenau hatte es am vorvergangenen Wochenende an zwei Nächten in Folge rechtsextreme Ausschreitungen vor einer Notunterkunft gegeben. Zuvor hatten Hunderte

"Es spielen sich unendlich viele Tragödien ab" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-keine-toleranz-bei-gewalt-gegen-fluechtlinge-a-1050655.ht....>

gegen die neue Unterkunft in der Kleinstadt protestiert. Zudem hatte es zahlreiche Brandanschlägen gegen Asylbewerberunterkünfte in den vergangenen Wochen gegeben - unter anderem im niedersächsischen Salzhemmendorf.

Eine Ost-West-Debatte wollte die Kanzlerin nicht aufmachen: "Ich rate uns, das nicht zu einer Ost-West-Diskussion zu machen. Ist völlig egal. Wir sind ein Land."

Gleichzeitig machte die Kanzlerin deutlich, dass die Mehrzahl der Deutschen weltoffen sei. Die Zahl der Helfer "übertrifft die Zahl der Hetzer und Fremdenfeinde um ein Vielfaches", sagte Merkel. Deswegen sei sie "stolz und dankbar". "Wenn so viele Menschen helfen, dann stellt uns das nicht das schlechteste Zeugnis aus. Die Welt sieht Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen. Und das war wahrlich nicht immer so."

Flüchtlingsunterkünfte - "Deutsche Flexibilität" gebraucht

Merkel betonte aber auch, dass Deutschland noch einiges tun müsse: "Wir stehen vor einer großen nationalen Aufgabe." Innenminister Thomas de Maizière (CDU) musste vor wenigen Tagen die Flüchtlingsprognose nach oben korrigieren. Danach rechnen die Behörden mit rund 800.000 Migrantinnen in diesem Jahr.

Deutsche Gründlichkeit sei super, aber jetzt werde "eine deutsche Flexibilität" gebraucht. Gleichzeitig versuchte sie Mut zu machen: "Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv muss sein: Wir haben so vieles geschafft, wir schaffen das. Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden."

Deutschland müsse dafür Mut zeigen und auch bestimmte Vorgaben vorübergehend außer Kraft setzen. "In dieser Situation können wir uns daran nicht halten." Der Staat müsse unter anderem bei bestimmten Vorschriften - etwa beim Brandschutz oder Emissionsschutz - vom Standard abweichen können, um die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften zu vereinfachen. Die Regierung werde dazu eine Gesetzesinitiative vorlegen, sagte Merkel. "Das Ziel muss sein, die bestmögliche Unterbringung und die schnellste Art der Beantwortung der Anträge zu finden. Man kann natürlich alles so machen: Man baut eine DDR-Schule (sozialistische Oberschule) um zum tollsten besten supersten Gymnasium. Aber: Dazwischen muss es doch etwas geben", forderte die Regierungschefin.

Merkel regte auch Schnellkurse für Deutschlehrer an, um das Angebot an Sprachkursen für Asylbewerber auszuweiten. "Das kann man mit dem normalen deutschen Vorgehen nicht machen." Ziel müsse auch sein, Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit in jede Erstaufnahmeeinrichtung zu entsenden. Der Bund werde sich an einer fairen Kostenverteilung beteiligen.

Einwanderungsgesetz - "nicht vordringlichste Aufgabe"

Ein von der SPD gefordertes Einwanderungsgesetz sieht Merkel derzeit nicht als "vordringlichste Aufgabe" an. Sie rate dazu, erst einmal zu schauen, wie sich die hohen Flüchtlings- und Asylzahlen künftig auf den Arbeitsmarkt auswirken werden. Noch wisse niemand, wie gut etwa Bürgerkriegsflüchtlinge, die sehr lange im Land bleiben würden, ausgebildet seien, sagte die Kanzlerin. Darunter seien sicher viele junge Menschen, die einen Beruf lernen wollten. Klar sei, dass es einen "großen Umbruch" geben werde. Deutschland sei ein Einwanderungsland, betonte die Kanzlerin.

Debatte über christliche Flüchtlinge - "Das kann nicht richtig sein"

Auch "Europa als Ganzes" müsse sich beim Thema Flüchtlinge bewegen. "Die derzeitige Situation ist nicht zufriedenstellend", sagte Merkel. Die Fluchtursachen müssten bekämpft werden, dies dauere: "Ich weiß, welch dickes Brett das ist, was wir bohren müssen."

Die Regierungschefin machte deutlich, dass die derzeitigen rechtlichen Grundlagen nicht mehr ausreichen: "Das Dublin-Abkommen funktioniert so nicht mehr, wie wir es mal verabschiedet haben. Das erkennt man ja an allen Ecken und Enden." Die Verordnung regelt, dass Asylwerber in jenes EU-Land zurückgeschoben werden können,

"Es spielen sich unendlich viele Tragödien ab" [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-keine-toleranz-bei-gewalt-gegen-fluechtlinge-a-1050655.ht....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-keine-toleranz-bei-gewalt-gegen-fluechtlinge-a-1050655.ht...)

wo sie sich erstmals registriert haben. "Wenn es uns nicht gelingt, eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf Europas zu erreichen, dann werden wir über Dublin nachdenken müssen."

Zur Debatte, dass östliche EU-Länder, nur christliche Flüchtlinge aufnehmen wollen, fand die Kanzlerin klare Worte: "Mich bekümmert es, wenn man dann anfängt zu sagen: Muslime wollen wir nicht. Das kann nicht richtig sein. Da hab ich genauso wenig Verständnis wie für Äußerungen, die im eigenen Land gemacht werden."

Eineinhalb Stunden stellte sich Merkel den Fragen der Medien in Berlin. Ihre traditionelle große Sommer-Pressekonferenz Mitte Juli war wegen der Griechenlandkrise kurzfristig verschoben. Die Kanzlerin sprach unter anderem auch zur Ukraine-Krise, über das Nuklearabkommen mit Iran und über das Verhältnis zu Polen.

heb/vek

**Load-Date:** August 31, 2015

**Cameron will Flüchtlinge ohne Papiere auf die Straße setzen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/grossbritannien-david-cameron-will-illegale-migranten-auf-die-strasse-setzen-a-1046456.html>**

SPIEGEL ONLINE

03. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 436 words

**Byline:** vks/dpa/AFP

**Highlight:** Die britische Regierung setzt weiter auf Abschreckung: Nur **Flüchtlinge** mit gültiger Aufenthaltserlaubnis sollen künftig eine Wohnung mieten können. Sonst drohen Strafen für die Hausbesitzer.

## Body

---

Großbritannien arbeitet weiter an Plänen, um **Flüchtlinge** möglichst wirkungsvoll abzuschrecken. Die neuesten Ideen betreffen den Wohnungsmarkt: Hausbesitzer sollen verpflichtet werden, sich die Papiere ihrer Mieter zeigen zu lassen.

Die Mieter sollen außerdem ohne richterlichen Beschluss vor die Tür gesetzt werden können, wenn sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben. Lassen die Vermieter **Migranten** ohne Prüfung der Papiere einziehen, sollen ihnen Geldstrafen und bis zu fünf Jahre Gefängnis drohen.

Derzeit versuchen Flüchtlinge Abend für Abend, in der nordfranzösischen Hafenstadt Calais Züge zu erreichen, die durch den Tunnel unter dem Ärmelkanal nach Südeuropa fahren. Mit den neuen Regeln will die britische Regierung den Flüchtlingen, denen die Reise gelingt, die Wohnungssuche erschweren und Hausbesitzer in die Pflicht nehmen. Die Maßnahmen sollen Teil eines für England geltenden Einwanderungsgesetzes werden, über das die Abgeordneten in London nach der Sommerpause beraten.

In der vergangenen Woche hatte Premierminister David Cameron angekündigt, potenzielle Einwanderer mit harten Gesetzen abschrecken zu wollen. In einem gemeinsamen Beitrag mit ihrem französischen Amtskollegen hatte die britische Innenministerin Theresa May am Wochenende gewarnt, mit falschen Erwartungen die Einreise ins Vereinigte Königreich zu versuchen. "Viele sehen Europa, und besonders Großbritannien, als einen Ort, der die Aussicht auf finanziellen Gewinn bietet", schrieb May. "Das trifft nicht zu - unsere Straßen sind nicht mit Gold gepflastert."

700 Migranten am Tunnel abgefangen

Trotz mahnender Worte und Abschreckungsmaßnahmen bleibt die Situation am Eurotunnel angespannt. Die Zahl der Versuche von Migranten, dort von Frankreich nach Großbritannien zu gelangen, hat in der Nacht zum Montag wieder deutlich zugenommen. Es seien rund 1700 Versuche gezählt worden, auf das Gelände am Eingang des

Cameron will Flüchtlinge ohne Papiere auf die Straße setzen

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/grossbritannien-david-cameron-will-illegale-migranten-auf-die-....>

Bahntunnels in Calais zu gelangen, hieß es aus Polizeikreisen. Rund Tausend Migranten seien von den Sicherheitskräften "zurückgedrängt", rund 700 weitere "abgefangen" worden.

Bei den Versuchen, durch den Eurotunnel nach Großbritannien zu gelangen, kamen in den vergangenen Wochen bereits zehn Migranten ums Leben. Ein Polizist sei den Angaben der Polizei zufolge im Gesicht und am Kopf verletzt worden, nachdem er von einem Stein getroffen worden sei. Der Beamte wurde demnach ins Krankenhaus gebracht. Ein sudanesischer Flüchtling wurde unter dem Verdacht festgenommen, den Stein aus dem Gleisbett der Bahnstrecke geworfen zu haben.

vks/dpa/AFP

**Load-Date:** August 3, 2015

---

End of Document



[Die neuen Routen der Schleuser;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-die-neuen-routen-der-schleuser-a-1079341.html)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-die-neuen-routen-der-schleuser-a-1079341.html>

SPIEGEL ONLINE

01. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 337 words

**Byline:** Kilian Treß

**Highlight:** Die Balkanroute ist dicht, Tausende Flüchtlinge sitzen in Griechenland fest - sie werden auf andere, gefährlichere Wege ausweichen. Von dem Chaos profitieren vor allem die Schleuser.

## Body

---

Es sind Bilder, die einem das ganze Elend in der Flüchtlingskrise zeigen: Bei Idomeni, der griechischen Grenzstadt, erstürmen Hunderte die geschlossene Grenze, die sie seit Tagen an der Weiterreise nach Nordeuropa hindert. Um die Migranten zu stoppen, setzt die mazedonische Polizei Tränengas ein. Erst Stunden später beruhigt sich die Lage und der Grenzzaun ist wieder aufgestellt.

Doch wie lange kann das gut gehen? 6000 Flüchtlinge sitzen am Dienstag noch an derselben Stelle fest. Auf dem Festland sind nach Schätzungen der Polizei mehr als 30.000 Menschen auf dem Weg in das griechisch-mazedonisch Grenzgebiet. Und täglich kommen im Schnitt 2000 weitere über das Meer ins Land.

Die konservative Zeitung "Eleftheros Typos" befürchtet, dass "mehr als 100.000 im Land stecken bleiben werden"; die griechische Regierung bestätigte die Zahl am Dienstag. Die Behörden wirken machtlos. Schuld sind die neuen Einreisebestimmungen der Balkanstaaten. Nur 580 Flüchtlinge sollen täglich die Balkanroute passieren dürfen, was in Griechenland zu einem erheblichen Rückstau führt.

Auch die Stimmung im griechischen Volk scheint zu kippen. In Nordgriechenland brannten in diesen Tagen Gebäude, die als Flüchtlingsunterkünfte geplant waren. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund gilt als wahrscheinlich. "Die Lage in Griechenland wird sich in den nächsten Tagen zuspitzen", sagt Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl. "Wir stehen hier kurz vor einer Katastrophe." Auch in Athen drängen sich seit vergangener Woche Tausende Flüchtlinge.

Das befeuert das Schleusergeschäft: Auf dem Viktoria-Platz im Zentrum Athens sprechen die Schlepper die Wartenden an: Sie werben für alternative Routen nach Europa - auf dem Landweg über Albanien, Bulgarien oder auf Booten nach Italien. "Die Flüchtlinge werden sich ihren Weg nach Nordeuropa suchen", ist sich Karl Kopp sicher. Ob mit oder ohne Grenzschießung.

Das sind die Routen, über die Flüchtlinge jetzt nach Nordeuropa geschleust werden:

Die neuen Routen der Schleuser <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-die-neuen-routen-der-schleuser-a-1079341.html>

kil/dpa

**Load-Date:** March 1, 2016

---

End of Document

[Australien bietet Europa Nachhilfe an;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-australien-bietet-europa-beratung-an-a-1029750.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-australien-bietet-europa-beratung-an-a-1029750.html)

SPIEGEL ONLINE

21. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 666 words

**Highlight:** Australien ist für seinen unbarmherzigen Umgang mit Flüchtlingen bekannt. "Stoppt die Boote" lautet das Motto in Down Under. Regierungschef Abbott rät auch Europa zu diesem Kurs.

## Body

---

Der australische Regierungschef Tony Abbott rät Europa zu einem stärkeren Grenzschutz. Zugleich bot der Ministerpräsident Europa seine Expertise beim "Stoppen der Boote" an, wie er dem Sender ABC am Dienstag sagte. "Der einzige Weg, das Sterben zu beenden, ist ein Stopp des Menschenschmuggels. Der einzige Weg, wie man das Sterben beenden kann, besteht tatsächlich darin, die Schiffe zu stoppen", zitierte ABC den Regierungschef.

Abbott reagierte damit auf die jüngste Flüchtlingstragödie im Mittelmeer mit vermutlich 800 Toten. Seine Flüchtlingspolitik steht jedoch heftig in der Kritik von Menschenrechtsgruppen.

Auch die australische Außenministerin Julie Bishop will laut ABC Europa unterstützen. Die Regierung würde sich freuen, wenn sie ihre Gesetze und Richtlinien für den Umgang mit den Flüchtlingen mit den europäischen Staaten diskutieren würden, zitiert der Sender die Ministerin. Zwar habe man den Zustrom von Menschen über die Schmuggelrouten gestoppt, doch müsse man weiter wachsam sein, sagte sie.

Australiens strikter Kurs gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden war ein Wahlversprechen der konservativen Regierung. Direkt nach seinem Wahlsieg im September 2013 rief Abbott die "Operation Sovereign Borders" ins Leben.

Seither patrouillieren Militärschiffe der australischen Marine in den Gewässern zwischen Indonesien, Papua-Neuguinea und Australien. Ihre Aufgabe: Sämtliche Boote mit Flüchtlingen zu stoppen und zurückzuschicken. Sind Schiffe nicht mehr seetauglich, werden die Insassen in Rettungsboote gesteckt und zurückgeschickt. Diese Militäroperationen sind streng geheim.

Trotz scharfer internationaler Kritik an dieser rigiden Politik feiert die australische Regierung sie als Erfolg: Seit fast 18 Monaten sei kein Boot mit Asylsuchenden mehr angekommen, und es sei auch kein Todesfall auf dem Meer registriert worden.

Australien bietet Europa Nachhilfe an <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-australien-bietet-europa-beratung-an-a-1029750.html>

### Kilometerlange Leichenketten

Doch auch im Meer vor Australien sinken Flüchtlingsschiffe. Ein ehemaliger Soldat der Royal Australian Navy berichtete im Dezember dem australischen Fernsehsender ABC von kilometerlangen Leichenketten. Kapitäne seien angehalten, Flüchtlinge erst an Bord zu nehmen, wenn sie in australischen Gewässern sind - ein in Seenot geratenes Schiff habe man einfach untergehen lassen, sagte eine Soldatin dem Fernsehsender.

Nicht sofort zurückgeschickte Flüchtlinge werden in Aufnahmelager im Inselstaat Nauru und in Papua-Neuguinea gebracht. Selbst wenn ihre Asylanträge anerkannt werden, müssen sie in der Regel dort bleiben und dürfen nicht nach Australien kommen. Nach einem Deal mit der Regierung in Kambodscha werden Flüchtlinge auch dorthin abgeschoben.

Der Uno-Folterbeauftragte wirft der australischen Regierung eine Verletzung der Anti-Folter-Konvention vor. Die Haftbedingungen in den Lagern seien unangemessen. Auch Kinder würden dort festgehalten.

Im Mittelmeer sind seit Beginn des Jahres nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 30-mal mehr Flüchtlinge ertrunken als im Vorjahreszeitraum. Bislang seien 2015 mehr als 1750 Flüchtlinge ums Leben gekommen, sagte IOM-Sprecher Joel Millman in Genf.

Die Europäische Union will die Seenothilfe jetzt massiv ausweiten. Die Außen- und Innenminister brachten bei einem Krisentreffen am Montag in Luxemburg Pläne für die Verdoppelung der Mittel für die EU-Programme "Triton" und "Poseidon" auf den Weg. Sie sollen den Einsatz von deutlich mehr Schiffen ermöglichen und noch am Donnerstag einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs vorgelegt werden. Vorgesehen ist demnach auch die gezielte Beschlagnahmung oder Zerstörung von Schlepperschiffen.

Zusammengefasst: Australien rät Europa, seine Grenzen stärker gegen Bootsflüchtlinge abzuschotten. Die konservative Regierung fährt seit zwei Jahren selbst einen restriktiven Kurs und feiert ihre Politik als Erfolg. Bei Menschenrechten und der Uno steht sie allerdings stark in der Kritik.

ler/dpa/AFP

**Load-Date:** May 11, 2015

## CDU verabschiedet Leitantrag mit verschärftem Flüchtlingskurs

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 277 words

**Byline:** Christoph Titz

**Highlight:** Die CDU hat ihren Leitantrag auf dem Essener Parteitag einstimmig verabschiedet: Er enthält eine rigorose Abschiebepolitik, ein Burkaverbot und schließt Steuererhöhungen aus.

### Body

---

Gut neun Monate vor der Bundestagswahl hat die CDU bei ihrem Parteitag den Kurs in der Flüchtlingspolitik verschärft.

Die Delegierten stimmten in Essen dem Leitantrag der Parteispitze mit dem Titel "Orientierung in schwierigen Zeiten" ( hier nachzulesen ) einstimmig zu. Demnach sollen die Abschiebemaßnahmen ausgeweitet und Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber gekürzt werden. Daneben legt sich die CDU unter anderem darauf fest, grundsätzlich keine Steuern zu erhöhen.

Das Papier, das als Kursbestimmung für den Bundestagswahlkampf 2017 gilt, enthält einen Hinweis auf die deutsche "Leitkultur" und ein Burkaverbot. Für ein Verbot der Vollverschleierung hatte sich Parteichefin Angela Merkel am Dienstag in ihrer Rede stark gemacht.

Kurz vor der Abstimmung über den Leitantrag wurde es am Vormittag für die Parteiführung ungemütlich: Knapp setzte sich ein Antrag der CDU-Jugendorganisation Junge Union (JU) durch, der eine Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft fordert. Nachkommen von Migranten müssten sich dann an einem bestimmten Punkt für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Damit erhält die CDU-Spitzen den Auftrag, den mühsam ausgehandelten Kompromiss beim Doppelpass von 2014 aufzukündigen. Für die Parteispitze hatten Innenminister Thomas de Maizières und Generalsekretär Peter Tauber noch versucht, ein Votum gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu verhindern, waren aber gescheitert.

Dass es in dieser Wahlperiode nochmal zu einer Änderung an dem Kompromiss von 2014 kommt ist unwahrscheinlich, weil die SPD nicht mitziehen dürfte. Der Koalitionspartner reagierte mit scharfer Kritik auf den Beschluss.

cht

CDU verabschiedet Leitantrag mit verschärftem Flüchtlingskurs

**Load-Date:** December 7, 2016

---

End of Document

[Elf Menschen in der Ägäis ertrunken;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-erneut-elf-menschen-in-der-aegaeis-ertrunken-a-1069170.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-erneut-elf-menschen-in-der-aegaeis-ertrunken-a-1069170.html)

SPIEGEL ONLINE

22. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 208 words

**Byline:** brk/dpa/Reuters

**Highlight:** Vor der türkischen Küste ist ein Boot mit Flüchtlingen gekentert. Mindestens elf Menschen starben. Unter den Opfern sind auch drei Kinder.

## Body

---

Beim Untergang eines Bootes in der Ägäis sind elf Menschen ertrunken. Unter den Opfern seien auch drei Kinder, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu aus der Türkei. Sieben Menschen wurden demnach gerettet. Die Küstenwache suche mit Hubschraubern nach weiteren Überlebenden.

Die Menschen waren offenbar auf der Flucht nach Europa. Die Flüchtlinge seien auf dem Weg vom türkischen Bezirk Kusadasi zur griechischen Insel Samos gewesen, als ihr Boot gesunken sei. Zur Nationalität der Migranten machte Anadolu keine Angaben.

In diesem Jahr haben bereits rund 500.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge versucht, von der Türkei aus über das Mittelmeer nach Griechenland zu gelangen. Zuvor hatte die Internationale Organisation für Migration (IOM) mitgeteilt, dass in diesem Jahr auf der Flucht nach Europa bereits 3965 Menschen im Mittelmeer ertrunken seien oder vermisst würden.

Die Türkei hat nach eigenen Angaben 2,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien aufgenommen und 25 Lager errichtet. Die Mehrzahl der Syrer lebt außerhalb der Lager und ist auf sich allein gestellt. Die schwierigen Lebensbedingungen in der Türkei geben viele Flüchtlinge als Hauptgrund für ihre Migration nach Europa an.

brk/dpa/Reuters

**Load-Date:** December 24, 2015

**[De Maizière will Zahl der Asylbewerber vom Balkan reduzieren;](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-de-maiziere-will-zahl-der-asylbewerber-reduzieren-a-1044316.html)**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-de-maiziere-will-zahl-der-asylbewerber-reduzieren-a-1044316.html>**

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 589 words

**Byline:** vek/mp

**Highlight:** Innenminister de Maizière will härter gegen Asylbewerber vom Westbalkan vorgehen: Deren Zahl müsse drastisch reduziert werden, sagte er in einem Interview. Unterstützung erhält er laut SPIEGEL vom Premier des Kosovo.

## Body

---

Bundesinnenminister Thomas de Maizière ist unzufrieden mit dem Andrang von Flüchtlingen vom Westbalkan: Es sei "inakzeptabel" und eine "Schande für Europa", dass mehr als 40 Prozent der Asylbewerber in Deutschland aus den dortigen Staaten stammten, sagte er der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". "Das Wichtigste ist, deren Anzahl drastisch zu reduzieren", sagte der CDU-Politiker.

Außerdem wolle er das Taschengeld für Asylbewerber "ohne Scheuklappen" überprüfen, sagte de Maizière. Monatlich erhalten Asylbewerber in Deutschland 143 Euro. Kritiker sagen, diese Leistung gelte als Anreiz für Asylbewerber aus den Balkanstaaten, in Deutschland Asyl zu beantragen.

Wenn es dafür eine Mehrheit im Bundesrat gäbe, werde der Innenminister schnellstmöglich einen Gesetzentwurf für eine Erweiterung der Kategorie der sicheren Herkunftsländer einbringen, sagte de Maizière. Es sei "absolut verständlich", dass die Menschen in Deutschland kritische Fragen stellten, wenn anstatt Flüchtlingen aus Krisenregionen Menschen aus dem Kosovo und Albanien Asyl beantragten, sagte er dem Blatt.

"Weder politische Verfolgung noch unmenschliche Strafen"

Für den Gesetzentwurf würde der CDU-Minister sogar Unterstützung aus dem Kosovo erhalten: Wie der SPIEGEL in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, hat sich der kosovarische Premierminister Isa Mustafa mit einem Schreiben an den CDU-Europaabgeordneten David McAllister gewendet. "Wir wollen unserer Meinung Ausdruck verleihen, dass wir für eine mögliche Einstufung des Kosovo als sicherer Herkunftsstaat im Sinne des deutschen Rechts sind", heißt es in der Antwort auf McAllisters Anfrage, der im EU-Parlament für die Erweiterungsverhandlungen mit Serbien zuständig ist.



De Maizière will Zahl der Asylbewerber vom Balkan reduzieren

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-de-maiziere-will-zahl-der-asylbewerber-reduzieren-....>

Die Union will die drei Länder Kosovo, Albanien und Montenegro zu "sicheren Herkunftsstaaten" erklären, wie es im vergangenen Jahr bei Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien geschehen ist. Mehr als ein Drittel der Asylbewerber stammt aus diesen sechs Ländern, jedoch liegt ihre Anerkennungsquote bei unter einem Prozent.

Asylbewerber, die aus einem sicheren Herkunftsstaat stammen, können schneller abgelehnt werden. Vor allem die Grünen wehren sich gegen eine Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer. Kosovos Premier Mustafa hat dafür kein Verständnis. "Im Kosovo gibt es weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen", schreibt er.

Anträge aus dem Kosovo gehen zurück

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung will fast die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in acht Balkanländern auswandern. Unter den begehrtesten Zielen ist auch Deutschland. Die meisten Abwanderungswilligen gaben an, ihren Lebensstandard verbessern sowie Arbeits- und Ausbildungschancen nutzen zu wollen. Für die Situation in den betroffenen Ländern hätte es dramatische Folgen, wenn rund die Hälfte der jungen Generation ihre Pläne zur Auswanderung umsetzen würde, schreiben die Forscher. Die Abwanderung der jungen Generation sei "die größte Bedrohung" für die Zukunft dieser Staaten.

Bei den Anträgen aus dem Kosovo zeichnete sich zuletzt aber laut den Zahlen des Bundesinnenministeriums im Mai eine Trendwende ab: Die Zahl der asylsuchenden Kosovaren, die im März dieses Jahres bei 11.729 und im April bei 4608 gelegen hatte, sank im Mai auf 1947. Insgesamt beantragten demnach 25.992 Menschen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Asyl. Das waren 13.535 oder 108,6 Prozent mehr als im Mai 2014.

vek/mp

**Load-Date:** July 18, 2015

---

End of Document

**Das richtige Signal; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-tuerkei-deal-kommentar-zur-rueckfuehrung-von-fluechtlingen-a-1085246.html>**

SPIEGEL ONLINE

04. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 659 words

**Byline:** Sebastian Fischer

**Highlight:** 05:06:00 Europa blickt auf die griechische Insel Lesbos: An diesem Montag sollen von dort die ersten **Flüchtlinge** in die Türkei zurückgebracht werden. Kritiker sind empört. Zu Unrecht.

## Body

---

Wenn von diesem Montag an die ersten paar Hundert **Flüchtlinge** von ein paar Hundert europäischen Frontex-Beamten von der griechischen Insel Lesbos aus in die Türkei zurück eskortiert werden, dann ist das vor allem ein Signal.

Es ist das richtige Signal.

Es bedeutet: Wer illegal übers Meer kommt, der hat künftig kaum Chancen, in Europa zu bleiben. Kritiker mögen dies als europäischen Festungsbau verdammen, doch klar ist: Kein Staat, keine Staatengemeinschaft kann auf Dauer ungeordnete Zuwanderung zulassen.

Ja, dafür muss man zur Not mit einem autoritären Machthaber wie dem türkischen Präsidenten Erdogan zusammenarbeiten. Realpolitik? Natürlich. Man kann sich weder seine Nachbarn noch deren Regierungsform aussuchen. Übrigens heißt das keinesfalls, dass man mit Erdogan und Co. nicht mehr über Pressefreiheit und Menschenrechte reden muss.

Wenn es gut läuft in den nächsten Tagen und Wochen, dann macht Europas Deal mit der Türkei, oder besser: dann macht der Deal der deutschen Kanzlerin mit der Türkei den Schleusern das Geschäft kaputt. Zumindest jenen, die zwischen Griechenland und der Türkei operieren. Das wäre ein Anfang. Weniger Menschen würden das - dann sinnlos gewordene - Risiko einer Reise übers Meer eingehen.

Wie gesagt: Wenn es gut läuft.

Nun ist dieses Signal verbunden mit einem weiteren, und das ist wichtig: dem Signal nämlich, dass man den wirklich Schutzbedürftigen weiter helfen wird, dass man ihnen legale Wege nach Europa schafft. Noch in dieser Woche sollen so die ersten syrischen Flüchtlinge aus der Türkei unter anderem nach Deutschland ausgeflogen werden.

Das richtige Signal <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-tuerkei-deal-kommentar-zur-rueckfuehrung-von-fluechtlingen-a-1085246.html>

Mit dem Türkei-Handel hat Angela Merkel erstmals seit der Grenzöffnung im September wieder eine aktive Politik in der Flüchtlingskrise betrieben. Die Schließung der Balkanroute, von der Deutschland profitiert, war ja nicht ihre Idee. Dagegen hat sie die anderen 28 EU-Staaten nun auf das gemeinsame Vorgehen mit der Türkei verpflichtet. Und damit trägt sie auch die Hauptverantwortung für das Gelingen dieses Unternehmens.

Muss heißen: Wenn sich die Europäer weiterhin nicht auf eine Verteilung der Flüchtlinge einigen können, dann sollte Deutschland gemeinsam mit einigen EU-Partnern Verantwortung übernehmen oder im Zweifel auch bilateral mit der Türkei Flüchtlingskontingente vereinbaren.

Lesbos kann allerdings nur der Anfang einer neuen - hoffentlich europäischen - Flüchtlingspolitik sein. Schon jetzt ist doch klar, dass die Route übers Mittelmeer wieder an Attraktivität gewinnen wird. Und mit Libyen, einem nicht mehr existenten Staat, kann man nun mal keine Abmachungen treffen wie mit der Türkei.

Was also tun?

Kurzfristig: Schaffung eines gemeinsamen, effektiven europäischen Grenzschutzes. EU-Polizisten, nicht mehr nur die Nationalstaaten, sichern die Außengrenzen. Das ist die Bedingung, um die Binnengrenzen offen zu halten. Gleichzeitig müssen bereits in der EU befindliche Flüchtlinge und Migranten endlich komplett registriert werden. Nur Schutzbedürftige und politische Verfolgte haben ein Bleiberecht. Europa muss wissen, wer in Europa ist.

Mittelfristig: Schaffung eines fairen Verteilungssystems innerhalb der EU mit Kontingenten für Bürgerkriegsflüchtlinge. Schutzbedürftige müssen auf legalem Wege nach Europa geholt werden.

Langfristig: Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylrechts für politisch Verfolgte und Flüchtlinge sowie eines gemeinsamen europäischen Zuwanderungsrechts. Europa braucht dringend Zuwanderung. Es sollte sich diese Zuwanderer, die bisher als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert werden, selbst aussuchen können.

Und das Wichtigste: In den einzelnen EU-Ländern bedarf es massiver Investitionen in Integrations- und Bildungsmaßnahmen, heißt: in den guten alten Sozialstaat. Kein Flüchtling, kein Migrant und auch kein Europäer darf zurückgelassen und in Ghettos abgeschoben werden.

Diese Leute haben nicht nur eine Chance verdient, sondern immer wieder eine neue.

Lesbos also kann nur ein Anfang sein.

**Load-Date:** April 4, 2016

**Asien macht Grenzen für Flüchtlinge dicht;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/thailand-malaysia-indonesien-fluechtlinge-auf-dem-meer-a-1033779.html>**

SPIEGEL ONLINE

14. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 795 words

**Byline:** Ulrike Putz

**Highlight:** Thailand, Malaysia, Indonesien: Kein Land will die rund 7000 Bootsflüchtlinge aufnehmen, die in der Meerenge von Malakka treiben. Nur internationaler Druck könnte die aus Burma stammenden Menschen noch retten.

## Body

---

Sie nähern sich einer Küste, werden abgefangen, mit Nahrung und Trinkwasser versorgt - dann wieder auf hohe See geschleppt: Bis zu 7000 Bootsflüchtlinge in der Straße von Malakka sind Teil eines politischen Spiels, das sie leicht ihr Leben kosten könnte.

"Menschliches Ping-Pong über drei Banden" nennt Phil Robertson von Human Rights Watch das, was vor den Küsten Thailands, Malaysias und Indonesiens passiert. Keiner will die Menschen auf den Booten haben, also lässt man sie treiben.

Die Männer, Frauen und Kinder an Bord der teils kaum seetüchtigen Schmugglerboote gehören zumeist dem Volk der Rohingya an, das in seiner Heimat Burma massiv verfolgt wird. Tausende sind auf der Flucht, die meisten von ihnen landen früher oder später auf den Kuttern von Schleppern, die versprechen, sie nach Südostasien zu bringen. Oft werden die Flüchtlinge jedoch zu Opfern von Menschenhändlern, die ihren Angehörigen ein Lösegeld abknöpfen wollen. Für viele endet die Flucht in der Sklaverei.

Auch Malaysia hat die Grenzen dicht gemacht

Dass nun Tausende Flüchtlinge auf hoher See in Lebensgefahr schweben, liegt daran, dass die Anrainer der Straße von Malakka eine politische Schau abziehen: Vor zwei Wochen begann die thailändische Militärregierung mit großem Tamtam, Jagd auf Schlepper und Menschenhändler zu machen. Seitdem bieten Thailands Häfen keine Zuflucht mehr.

Zu Wochenbeginn versorgte Indonesien Hunderte Asylsuchende auf einem der Schiffe mit Proviant, schickte sie aber weiter nach Malaysia - angeblich weil die Flüchtlinge das so wollten, womöglich jedoch auch, weil die harte Haltung gegenüber Migranten innenpolitisch gut ankommt.

Asien macht Grenzen für Flüchtlinge dicht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/thailand-malaysia-indonesien-fluechtlinge-auf-dem-meer-a-1033779.html>

Am Donnerstag machte dann auch das bislang aufnahmewillige Malaysia seine Grenzen für die Rohingya dicht. Der stellvertretenden Innenminister verteidigte die Kehrtwende ganz offen mit Hinweis auf die zunehmend fremdenfeindliche Stimmung im Land. "Wir müssen bedenken, was unsere Bürger von uns sehen wollen. Und sie wollen nicht sehen, dass Immigranten in unser Land kommen", sagte Wan Junaidi Tuanku Jaafar.

Die malaysische Marine kündigte an, fortan alle vor der Küste abgefangenen Schiffe mit illegalen Migranten an Bord zurück in internationale Gewässer zu schleppen. Das Land mit seinen etwa 30 Millionen Einwohnern beherbergt nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen mehr als 150.000 Flüchtlinge, davon etwa 45.000 Rohingya.

"Behandelt eure Bürger nicht wie Müll"

Die Odyssee der aufs Meer verbannten Flüchtlinge könnte noch Wochen dauern: Erst für den 29. Mai hat Thailand zu einer Krisensitzung der von dem Problem betroffenen Staaten eingeladen. Teilnehmen soll auch Burma - denn dort liege ja die Wurzel des Problems, sagte Malaysias stellvertretender Innenminister Wan mit ungewohnt deutlichen Worten. "Ihr redet über Demokratie, dann behandelt eure Bürger nicht wie Müll, wie Kriminelle, bis sie weglaufen und sich in unser Land flüchten müssen."

Die Länder Südostasiens hatten das Leid der Minderheit über Jahre hinweg ignoriert und keine Kritik an der Militärregierung in Burma geäußert - auch in der Hoffnung auf lukrative Wirtschaftsverträge in dem sich öffnenden Land. Angesichts der zunehmenden Flüchtlingszahlen scheint die Geduld mit der Junta nun am Ende. Nach Angaben der Uno sind allein in den vergangenen drei Jahren 120.000 Rohingya aus Burma in die südlichen Nachbarländer geflohen.

Die aktuelle Krise beschädigt das Image Thailands, Malaysias und Indonesiens. Das kann den dortigen Regierungen nicht recht sein: Thailand und auf lange Sicht auch Indonesien wollen Teil des Trans-Pazifik-Vertrags werden, der die Handelsbeziehungen unter anderem mit den USA und Australien verbessern soll.

Doch in Washington regt sich Widerstand dagegen, Länder aufzunehmen, in denen Menschenhandel im großen Stil betrieben wird. Sowohl Thailand als auch Malaysia wurden von den USA im vergangenen Jahr in die dritte, schlechteste Kategorie in Sachen Menschenhandel herabgestuft. Thailand ist berüchtigt dafür, dass Migranten wie die Rohingya als Sklaven auf Fischkuttern gehalten werden. Die Europäische Union erwägt deshalb einen Einfuhrstopp für thailändische Meeresfrüchte.

Nun muss sich zeigen, was den Regierungen Südostasiens wichtiger ist: Mit hartem Durchgreifen gegen die Boat People bei der eigenen Bevölkerung zu punkten oder mit einer Rettungsaktion das Wohlwollen der Welt zu gewinnen.

Internationale Organisationen dringen auf eine umgehende Lösung für die Krise. "Es ist oberste Priorität, Leben zu retten", sagte Volker Turk vom Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Die betroffenen Länder müssten die Verantwortung teilen und die Leute umgehend von den Booten holen. In der Straße von Malakka spiele sich eine "massive humanitäre Katastrophe" ab, so das UNHCR.

**Load-Date:** June 10, 2015

[Ein unmoralisches Geschäft;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/europaeische-union-und-tuerkei-ein-unmoralisches-geschaeft-a-1082743.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/europaeische-union-und-tuerkei-ein-unmoralisches-geschaeft-a-1082743.html)

SPIEGEL ONLINE

17. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 574 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** 12:56:00 Der geplante Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei markiert das Ende eines Experiments: Europa ist mit dem Versuch gescheitert, die Flüchtlingskrise solidarisch zu lösen. Nun soll es mit Geld funktionieren - und einer Portion Zynismus.

## Body

---

Es ist nicht einmal ein Jahr her, da gab es in der EU noch den ernst gemeinten Versuch, die Flüchtlingskrise mit europäischer Solidarität zu lösen: Die reiche Union nimmt syrische Kriegsflüchtlinge auf, verteilt sie auf seine Mitgliedstaaten und entschärft so eine der größten Tragödien der vergangenen Jahrzehnte.

Im September 2015 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU, 160.000 Menschen auf diese Weise eine vorübergehende Bleibe zu geben - in einer Europäischen Union mit mehr als 500 Millionen Einwohnern. Damals waren nur die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Rumänien strikt dagegen - und zunächst schien es eine Frage der Zeit, bis sie unter dem Druck der mächtigen West- und Nordeuropäer einknicken würden.

Doch der Versuch einer solchen Gemeinschaftslösung ist krachend gescheitert - und das lag nicht nur am Egoismus der Osteuropäer, sondern auch an Deutschlands Politik der offenen Grenzen. Sie führte zu einem enormen Zustrom von Migranten, bis ein Land nach dem anderen Merkel die Gefolgschaft kündigte - wenige, weil sie tatsächlich an ihrer Belastungsgrenze angekommen waren, und deutlich mehr, weil sie gar keine allzu großen Belastungen in Kauf nehmen wollten. Am Ende stand Merkel in der EU so einsam da wie wohl kein deutscher Regierungschef vor ihr in einer für die EU so wichtigen Frage.

Kommt der Deal mit der Türkei nun wie geplant zustande, wäre er das verschriftlichte Ende von Merkels Politik der Willkommenskultur, die vom restlichen Europa zuletzt bestenfalls als gut gemeint, schlimmstenfalls als moralische Anmaßung empfunden wurde. An die Stelle der Solidarität tritt die Geld- und Machtpolitik: Die Türkei soll der EU das Flüchtlingsproblem abnehmen - im Austausch gegen Geld und Privilegien.

Das doppelte Glaubwürdigkeitsproblem der EU

Die EU riskiert dabei in zweierlei Hinsicht ihre Glaubwürdigkeit. Zum einen können die zahlreichen verbalen Nebelkerzen, die derzeit in Brüssel und anderen Hauptstädten gezündet werden, über eines kaum

Ein unmoralisches Geschäft <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europaeische-union-und-tuerkei-ein-unmoralisches-geschaeft-a-1082743.html>

hinwegtäuschen: Der geplante Deal mit Ankara ist äußerst fragwürdig, was die Rechte von Flüchtlingen angeht. Künftig sollen alle irregulär in die EU eingereisten Migranten in die Türkei abgeschoben werden. Ob sie aber irregulär eingereist sind oder ein Recht auf Asyl haben, soll im Schnellverfahren geklärt werden. Und nur für jeden Syrer - alle anderen sind außen vor - soll die EU einen anderen Syrer aus der Türkei aufnehmen.

Selbst in diesen Genuss sollen nach den Vorstellungen der Bundesregierung weniger als 18.000 Menschen kommen. Danach, das ist der Kern des EU-Türkei-Deals, soll im Grunde Schluss sein: Die Westbalkanroute ist dicht, die derzeit rund 2,7 Millionen Flüchtlinge bleiben in der Türkei, die für deren Unterbringungen zunächst drei Milliarden Euro und künftig noch deutlich mehr erhalten wird.

Doch das Geld ist nur der kleinere Teil des Preises, den die Europäer für die Hilfe der Türkei zahlen. Und das ist der zweite Punkt, an dem die EU ihre Glaubwürdigkeit riskiert. Denn der größere Teil des Preises besteht darin, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, der sein Land gerade stramm in Richtung Autokratie führt, unter anderem Visafreiheit und beschleunigte Verhandlungen über den EU-Beitritt bekommt - und die Aussicht darauf, dass die Kritik der EU sehr leise sein wird, wenn er künftig wieder Demonstranten niederknüppeln, Journalisten drangsalieren und die Kurden bombardieren lässt.

**Load-Date:** March 17, 2016

---

End of Document

[Marine sucht nach Hunderten vermisster Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-marine-sucht-nach-  
vermissten-fluechtlingen-a-1046935.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-marine-sucht-nach-vermissten-fluechtlingen-a-1046935.html)

SPIEGEL ONLINE

06. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 372 words

**Byline:** syd/dpa/AFP

**Highlight:** Ein Flüchtlingsboot ist vor der Küste Libyens gekentert, etwa 600 Menschen sollen an Bord gewesen sein. Bislang konnten erst 370 Überlebende gerettet werden. Der Küstenwache läuft die Zeit davon.

## Body

---

Schiffe der italienischen Küstenwache, Marine und andere Rettungskräfte suchen im Mittelmeer nach Überlebenden eines Schiffsunglücks. Laut Augenzeugen sollen bis zu 600 Menschen an Bord eines Flüchtlingsbootes gewesen sein, das am Mittwoch 25 Kilometer vor der libyschen Küste kenterte .

Etwa 370 Menschen konnten bislang gerettet werden, sie werden nun nach Palermo gebracht. Die Rettungskräfte bargen nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur Ansa zudem 26 Leichen aus dem Mittelmeer.

Das Holzboot soll kaum seetüchtig gewesen sein, als es von Libyen aus aufbrach. Schon nach wenigen Meilen geriet das Schiff in Seenot, die Besatzung setzte einen Notruf ab. Die italienische Küstenwache alarmierte ein irisches Marineschiff, das den Menschen zur Hilfe eilte. Vermutlich brachten die Migranten ihr Schiff dann unabsichtlich selbst zum Kentern, weil sie sich in Angst und Panik auf eine Seite drängten.

"Es war ein schrecklicher Anblick, Menschen, die sich verzweifelt an Rettungsringe, Boote und alles klammerten, die um ihr Leben kämpften zwischen Ertrinkenden und anderen, die bereits tot waren", sagte Juan Matías, Koordinator bei Ärzten ohne Grenzen (MSF) auf dem Schiff "Dignity I", das den Flüchtlingen zu Hilfe kam. MSF prangerte das "Fehlen adäquater Such- und Rettungsoperationen in dem Gebiet" an. Dies habe die erneute Katastrophe wieder einmal deutlich gemacht.

Mehrere Schiffe waren an der Such- und Rettungsaktion beteiligt, doch für Dutzende Flüchtlinge kam vermutlich jede Hilfe zu spät. Sie waren möglicherweise im Frachtraum des Schiffes, als es kenterte und innerhalb weniger Minuten sank. "Es gibt die Befürchtung, dass viele Menschen noch an Bord waren", sagte ein Sprecher des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR.

Sollten sich die Befürchtungen bestätigen, wäre es eins der schlimmsten Unglücke der vergangenen Monate. Im April waren Hunderte Migranten im Mittelmeer ertrunken, als ihr Boot kenterte und sank. Erst am Dienstag hatte die Internationale Organisation für Migration erklärt, dass in diesem Jahr bislang etwa 2000 Menschen bei dem



Marine sucht nach Hunderten vermisster Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-marine-sucht-nach-vermissten-fluechtlingen-a-1046935.html>

Versuch über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen ums Leben gekommen seien. Die mit Abstand meisten von ihnen hatten Italien als Ziel.

syd/dpa/AFP

**Load-Date:** August 6, 2015

---

End of Document

[Amnesty prangert Polizeiwillkür auf dem Balkan an;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-veroeffentlicht-  
fluechtlingsreport-eine-tortur-a-1042253.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-veroeffentlicht-fluechtlingsreport-eine-tortur-a-1042253.html)

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 789 words

**Byline:** Peter Maxwill

**Highlight:** Tausende Menschen sind auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer gestorben. Doch auch die Reise auf dem Landweg ist eine Tortur, wie ein Amnesty-Bericht zeigt: Auf dem Westbalkan drohen Gewalt, Willkür - und Vertreibung.

## Body

---

Die Eltern hatten sich mit ihren vier Kindern von Afghanistan bis nach Griechenland durchgeschlagen - und landeten schließlich auf einer Polizeiwache in der griechischen Hafenstadt Mytilini. "Die Familien waren drinnen, wir Männer draußen", berichtete der Vater später: "Sie schlugen meinen 13-jährigen Sohn. Und sie schlugen auch mich, als ich gerade nichts weiter getan habe als mir das Gesicht zu waschen."

Die Leidensgeschichte dieser Familie, aufgezeichnet von Amnesty International, ist kein Einzelfall. Tausende Asylbewerber wollen der Menschenrechtsorganisation zufolge über Griechenland und den Balkan nach Mitteleuropa - doch stattdessen werden viele Opfer staatlicher Willkür: "Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung in die EU fliehen wollen, sitzen in Mazedonien und Serbien in der Falle: Sie werden häufig misshandelt", sagt Amnesty-Generalsekretärin Selmin Calkan, und: "Sie haben keine Chance auf ein faires Asylverfahren, das ihnen nach internationalem Recht zusteht."

Die Menschenrechtsorganisation hat in Serbien, Ungarn, Mazedonien und Griechenland nachgeforscht und zwischen Juli 2014 und März 2015 für vier Forschungsprojekte mehr als hundert Migranten befragt. Die Ergebnisse der Studie im Überblick:

Wie viele Flüchtlinge kommen über den Balkan?

Der Landweg durch Südosteuropa hat die Passage über das Mittelmeer als zahlenmäßig bedeutendste Flüchtlingsroute abgelöst. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex geht für das Jahr 2014 von mehr als 43.000 Immigranten aus, die über die Westbalkan-Route illegal eingewandert sind. Amnesty zufolge überquerten allein seit Januar dieses Jahres mehr als 60.000 Flüchtlinge die EU-Außengrenze zwischen Serbien und Ungarn - im ganzen Jahr 2010 waren es lediglich 2370.

Welche Routen wählen die Einwanderer?

Amnesty prangert Polizeiwillkür auf dem Balkan an <http://www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-veroeffentlicht-fluechtlingsreport-eine-tortur-a-1....>

Die Amnesty-Recherchen haben ergeben, dass viele Flüchtlinge sich für die Reise durch Mazedonien entscheiden: Vom griechischen Thessaloniki kommend umgehen sie Albanien, Montenegro, den Kosovo und Bosnien-Herzegowina - und reisen stattdessen durch die östlichen Teile Serbiens bis zur ungarischen EU-Außengrenze. Einige alternative Routen führen auch durch Bulgarien oder Montenegro ins jüngste EU-Land Kroatien.

Woher kommen die Flüchtlinge?

Die meisten dieser Einwanderer haben bereits eine lebensgefährliche Reise hinter sich gebracht: Allein im vergangenen Jahr kamen mehr als 50.000 Flüchtlinge über das östliche Mittelmeer nach Südosteuropa - die meisten nach Griechenland (43.500). Von ihnen waren laut Frontex mehr als 31.000 Syrer und mehr als 12.000 Afghanen. Die Einwanderung nach Griechenland hatte sich auf den Seeweg verlagert, nachdem Athen entlang des Grenzflusses zur Türkei einen Zaun gebaut hatte - das plant an der Grenze zu Serbien mittlerweile auch Ungarn

Was geschieht mit den Asylbewerbern auf dem Balkan?

Zwar endet die Flucht über den Westbalkan seltener tödlich für Immigranten, dafür drohen jedoch andere Gefahren: Vor allem an den mazedonischen Grenzen zu Griechenland und Serbien werden Flüchtlinge misshandelt, viele Grenzbeamte fordern auch Bestechungsgeld. Asyl erhielten im ganzen Jahr 2014 hingegen lediglich zehn Antragsteller in Mazedonien, in Serbien war es nur ein einziger. Seit Januar 2014 kamen fast 150 Flüchtlinge auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer zu Tode.

Wer hat Schuld an diesen Missständen?

Ein Grund für die schlechte Behandlung der Asylbewerber ist die politische Lage in der Region: Eine Staatskrise in Mazedonien droht sich zum Bürgerkrieg zu entwickeln, zum Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo kommt eine Flüchtlingskrise hinzu - und selbst die EU-Anrainer Ungarn und Griechenland machen statt mit verlässlicher Asylpolitik eher mit populistischem Zynismus oder wirrem Rassismus Schlagzeilen.

Schuld an den katastrophalen Zuständen ist Amnesty zufolge auch die Europäische Union: Die umstrittene EU-Asylpolitik lasse Asylbewerber "auf schändliche Weise im Stich", schreibt die Organisation - und Amnesty-Vizedirektor Gauri van Gulik fügt hinzu: "Auf dem Balkan sind Flüchtlinge unterwegs, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und in der Hoffnung auf Sicherheit nach Europa kommen - dort dann allerdings Opfer von Menschenrechtsverletzungen sowie Ausbeutung werden und einem gescheiterten Asylsystem zum Opfer fallen."

Zusammengefasst: Tausende Flüchtlinge versuchen über die Länder des westlichen Balkans nach Mitteleuropa zu gelangen. Statt eines rechtsstaatlichen Asylverfahrens sind sie dort laut Amnesty International jedoch häufig Polizeiwillkür, Misshandlungen und Erpressung ausgesetzt. Verantwortlich dafür sind nicht nur die politischen Krisen der Region - sondern auch die Asylpolitik der Europäischen Union.

**Load-Date:** July 7, 2015

**Griechenland stellt zweites Registrierzentrum fertig;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-stellt-auf-chios-zweiten-hotspot-fertig-a-1077381.html>**

SPIEGEL ONLINE

15. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 266 words

**Highlight:** In sogenannten Hotspots will die EU ankommende **Flüchtlinge** erfassen lassen. Nun ist das zweite von fünf Zentren in Griechenland bezugsbereit. 1100 Menschen sollen dort unterkommen.

## **Body**

---

Nur sieben Kilometer trennen die griechische Insel Chios von der türkischen Küste. Auf der Flucht nach Europa riskieren hier jeden Tag hunderte Menschen ihr Leben. Künftig sollen die meisten von ihnen zunächst auf der Insel bleiben: In der Nähe des Flughafens ist das zweite griechische Registrierzentrum für **Flüchtlinge** fertiggestellt worden. Das teilte die halbstaatliche Sponsor-Gesellschaft Hellenic Petroleum (Helpe) mit.

In den 67 Wohncontainern sollen künftig bis zu 1100 Menschen unterkommen. Der sogenannte Hotspot befindet sich in einer ehemaligen Fabrik. Man habe die Kanalisation sowie Wasser- und Stromversorgung zusammen mit dem Militär instand gesetzt, teilte Helpe mit. Am Montag sollten Hilfsgüter an Migranten verteilt werden, die dort einziehen sollen.

Griechenland sollte eigentlich bis Ende 2015 insgesamt fünf Aufnahmezentren zur Registrierung und Verteilung Asylsuchender fertigstellen. Bislang war allerdings nur der Hotspot auf der Insel Lesbos fertig. Drei weitere Registrierzentren auf den Inseln Samos, Leros und Kos sind noch im Bau. Zudem sind zwei große Aufnahmelager für jeweils 4000 Menschen nahe Athen und Thessaloniki geplant. Unter dem Druck der EU hat Athen zugesagt, die Fertigstellung der Zentren zügig voranzutreiben.

Nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNCHR sind seit Anfang des Jahres mehr als 76.600 Menschen von der türkischen Küste über das Meer nach Griechenland gekommen. Darunter sind auch immer mehr Kinder. Mindestens 366 Menschen starben in den ersten Wochen des Jahres auf ihrer Flucht im Mittelmeer.

**Load-Date:** February 15, 2016

## **Unser Kollege bleibt hier!**

SPIEGEL ONLINE

30. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / UNTERNEHMEN & MÄRKTE

**Length:** 376 words

**Byline:** Nicolai Kwasniewski

**Highlight:** Seit Jahren arbeitet Tavus Qurban für eine deutsche Baufirma, jetzt soll der afghanische **Flüchtling** abgeschoben werden. Aus Protest legen die Kollegen die Arbeit nieder - mit Unterstützung der Firmenleitung.

### **Body**

---

Es ist schwer zu verstehen: Seit 2010 ist der Afghane Tavus Qurban in Deutschland, seit April 2012 arbeitet er bei der bayerischen Firma Strasser Bau als Bauarbeiter. Und jetzt, vom 1. Oktober an, wird seine Arbeitserlaubnis nicht verlängert. Der Grund: Sein **Asylantrag** wurde abgelehnt.

Das Unternehmen hat gegen den Beschluss Protest angekündigt. An diesem Freitag soll die Arbeit auf allen Baustellen der Firma in der Zeit von 10 bis 12 Uhr ruhen - aus "Unverständnis über diese Entscheidung", wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Auf seiner Website schreibt das Unternehmen, Qurban sei engagiert, stets arbeitswillig, habe "mit großem Fleiß Deutsch gelernt und sich gut eingearbeitet". Der Afghane sei voll im Unternehmen integriert, bezahle seine eigene Mietwohnung, führe Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ab, "so wie jeder andere berufstätige deutsche Mitbürger". Für alle im Unternehmen sei die Nichtverlängerung der Arbeitserlaubnis unverständlich.

Strasser Bau hat die Geschichte seines Mitarbeiters auch bei Facebook geteilt und dazu aufgerufen, sie möglichst weit zu verbreiten. Der Kollege "versteht die Welt nicht mehr", heißt es bei Strasser. Er wolle in Deutschland bleiben, weil er hier Arbeit und eine neue Zukunft gefunden habe. "Selbst wenn er keine weitere Aufenthaltsgenehmigung erhält, nach Afghanistan will er nie mehr zurück. Seine ganze Familie ist inzwischen geflohen."

Auf Anfrage teilte das Landratsamt Altötting mit, dass Qurban sich seit Jahren nicht darum bemüht habe, beim afghanischen Konsulat einen Pass zu beschaffen. "Aus diesem Grund ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben, dass die Erwerbstätigkeit verboten werden muss."

Die Unternehmensführung von Strasser bedauert die Entscheidung sehr. Seit Jahren komme das Unternehmen auch seiner sozialen Verpflichtung nach und unterstütze und integriere Flüchtlinge. "Dass Tavus Qurban jetzt, wo alles gut läuft und er im Unternehmen voll integriert ist, nicht mehr arbeiten darf, ist für alle im Unternehmen mehr als unverständlich."

Unser Kollege bleibt hier!

Das Landratsamt schreibt dagegen, der Asylantrag "wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt und der Betroffene aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen". Der Ablehnungsbescheid sei bestandskräftig.

**Load-Date:** September 30, 2016

---

End of Document

[Entwürdigende Szenen in ungarischem Camp;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-human-rights-watch-  
kritisiert-ungarns-grenzlager-a-1052533.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-human-rights-watch-kritisiert-ungarns-grenzlager-a-1052533.html)

SPIEGEL ONLINE

11. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 313 words

**Byline:** kev/dpa

**Highlight:** Die Flüchtlinge leben im Dreck, leiden Hunger und werden schlecht medizinisch versorgt: Laut Human Rights Watch ist die Situation in Ungarns Camps katastrophal. Ein Video zeigt nun, wie Polizisten Brötchen und Wasserflaschen in eine Flüchtlingsmenge werfen.

## Body

---

Mit deutlichen Worten hat Human Rights Watch (HRW) die Zustände in den ungarischen Erstaufnahmelagern an der Grenze zu Serbien kritisiert. Die Situation vor Ort sei "entsetzlich", teilte die Menschenrechtsorganisation mit. "Die in Röszke Internierten werden unter dreckigen, überfüllten Bedingungen festgehalten, sind hungrig und entbehren medizinischer Versorgung", sagte HRW-Nothilfe-Direktor Peter Bouckaert. Die ungarischen Behörden hätten die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass "Migranten und Asylbewerber menschlich behandelt und ihre Rechte respektiert werden".

Tausende Flüchtlinge aus Nahost, Südasien und Afrika überqueren auf ihrem Weg in die Mitte Europas täglich die serbisch-ungarische Grenze. Die ungarische Polizei bringt alle Flüchtlinge, die sie aufgreift, in improvisierte Zeltlager nahe dem Grenzzort Röszke, um sie dort zu registrieren. Die Prozedur in den heillos überfüllten Aufnahmelagern kann mehrere Tage dauern.

Die ungarischen Behörden lassen keine Journalisten und so gut wie keine Vertreter von Menschenrechtsorganisationen in die Lager. HRW stützte seine Kritik nach eigenen Angaben auf Videos, die der Organisation zur Verfügung gestellt wurden, sowie auf die Aussagen von Flüchtlingen, die in den Lagern gewesen waren.

In einem der Videos sind Polizisten zu sehen, die wie bei einer Tierfütterung Brötchen und Wasserflaschen in die Menschenmenge werfen. Eine kontrollierte Essensausgabe gibt es offensichtlich nicht.

Ungarn steht für seine harte Flüchtlingspolitik international in der Kritik. Unter anderem lässt die Regierung von Premier Viktor Orbán einen 175 Kilometer langen Zaun an der Grenze zu Serbien bauen. Am kommenden Dienstag will das Kabinett in Budapest entscheiden, ob der Krisenfall ausgerufen wird. Dann dürfte jeder illegale Einwanderer in Ungarn "sofort verhaftet" werden, wie Orbán erklärte.

Entwürdigende Szenen in ungarischem Camp <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-human-rights-watch-kritisiert-ungarns-grenzlager-a-1052533.html>

kev/dpa

**Load-Date:** September 11, 2015

---

End of Document



**[Gabriel will über Familiennachzug "nach Nächstenliebe" entscheiden;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-sigmar-gabriel-legt-beim-familiennachzug-nach-a-1076350.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-sigmar-gabriel-legt-beim-familiennachzug-nach-a-1076350.html)**

SPIEGEL ONLINE

09. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 436 words

**Byline:** kev/dpa

**Highlight:** Mit seiner Kritik an den beschlossenen Asylverschärfungen hatte SPD-Chef Gabriel die Union irritiert. Jetzt sagte der Vizekanzler: Der Familiennachzug soll nach "menschlichem Ermessen" geregelt werden.

## Body

---

Kaum ist das Asylpaket II nach langem Streit beschlossen, zankt sich die Koalition schon wieder. Es geht um die Frage, ob die vereinbarten Einschränkungen beim Familiennachzug auch für Minderjährige gelten. So sieht es das geplante Gesetz derzeit vor. Die CDU will, dass es dabei bleibt, die SPD schlägt jedoch Alarm. Jetzt legt Vizekanzler Sigmar Gabriel nach.

Der Parteichef der Sozialdemokraten forderte laut Medienberichten in Hamburg, die Situation der Migranten im Einzelfall zu beurteilen. "Ich hoffe, dass wir die Kollegen aus der CDU überzeugen können, dass man am Ende nach menschlichem Ermessen entscheiden muss, nach Nächstenliebe und Verantwortungsbewusstsein", sagte Gabriel.

Einen ungeregelten Familiennachzug lehnte der SPD-Politiker jedoch ab: "Die afghanischen Behörden sagen, wenn ihr offensiv den Familiennachzug für unbegleitete Minderjährige anbietet, dann werden viele Eltern ihre Kinder auf eine ganz gefährliche Reise schicken."

Das umstrittene Asylpaket sieht vor, dass für Flüchtlinge mit eingeschränktem ("subsidiärem") Schutz der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt wird. Das Bundeskabinett hatte vergangenen Mittwoch den Gesetzentwurf gebilligt.

Ministerium räumt Fehleinschätzung ein

Das SPD-geführte Bundesfamilienministerium räumte inzwischen eine Fehleinschätzung bei diesem Verfahren ein. Eine Veränderung im Gesetzentwurf sei dem Ministerium zwar aufgefallen, die Tragweite sei aber anders eingeschätzt worden, sagte eine Sprecherin. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und Justizminister Heiko Maas (SPD) sollen den Konflikt nun beilegen. Die Union lehnt Zugeständnisse an die SPD bisher ab.

Gabriel will über Familiennachzug "nach Nächstenliebe" entscheiden  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-sigmar-gabriel-legt-beim-familiennachz....>

Gabriel wies darauf hin, dass die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen ohnehin sehr gering sei. Generell müsse es in Deutschland immer möglich sein, "human und menschlich" zu entscheiden. Es sei schließlich etwas anderes, ob ein Neunjähriger aus Afghanistan nach Deutschland komme - "natürlich musst du zusehen, dass du seine Eltern herkriegst" - oder ob ein knapp 18-Jähriger einreise, der möglicherweise von seinen Eltern geschickt worden sei.

Im Jahr 2014 erhielten laut Innenministerium 214 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge subsidiären Schutz. 2015 waren es bisher 105 Fälle, allerdings dürfte die Zahl noch wachsen. Nach Informationen der "Welt" wurde im vergangenen Jahr nach bisher vorliegenden Zahlen nur 442 Eltern eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erteilt, weil sie zu ihrem vorher eingereisten Kind nachzogen. Das habe eine Auswertung des Ausländerzentralregisters im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ergeben.

kev/dpa

**Load-Date:** February 9, 2016

---

End of Document

[Was wollen die alle von mir?;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-verteidigt-  
fluechtlingspolitik-gegen-kritiker-a-1072552.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-verteidigt-fluechtlingspolitik-gegen-kritiker-a-1072552.html)

SPIEGEL ONLINE

18. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 650 words

**Byline:** cht/dpa

**Highlight:** Bundeskanzlerin Angela Merkel will an ihrem Flüchtlingskurs festhalten und verspricht sinkende Zuwanderungszahlen. Innenminister de Maizière warnt vor einer "dunklen Seite" der Migration.

## Body

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel will trotz wachsenden Unmuts bei den Koalitionspartnern CSU und SPD an ihrem Kurs in der Flüchtlingspolitik festhalten.

Sie werde etwa beim Treffen mit der CSU-Landtagsfraktion in dieser Woche erneut darauf hinweisen, "dass sie eine ganz klare Agenda von nationalen und europäischen Aufgaben hat", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. An dieser Agenda werde jetzt gearbeitet.

Seibert wies darauf hin, dass bei den EU-Gipfeln im Februar und März eine Zwischenbilanz der europäisch vereinbarten Maßnahmen gezogen werde. Mit Blick auf die Kritik am Merkel-Kurs in der Flüchtlingsdebatte sagte Seibert, die Kanzlerin nehme sie "zur Kenntnis". Es sei auch weiterhin das Ziel, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge dauerhaft und spürbar zu senken. Die jetzt schon niedrigeren Zahlen als vor einigen Monaten reichten nicht aus.

Während Merkel um Geduld bittet, drängeln beide Koalitionspartner weiter. "Wir müssen es schaffen, in diesem Jahr die Geschwindigkeit der Zuwanderung von Flüchtlingen zu reduzieren, weil wir sonst eine gute Integration nicht hinkriegen", sagte SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel der ARD. Die Außengrenzen der EU müssten besser gesichert werden. CSU-Parteichef Seehofer hatte Merkel am Wochenende ein Ultimatum von zwei Wochen gesetzt. Bis dahin müsse "an den Grenzen wieder rechtlich geordnete Verhältnisse" hergestellt werden, so der bayerische Ministerpräsident dem SPIEGEL.

De Maizière warnt vor "dunkler Seite" der Migration

Auch Merkels Innenminister Thomas de Maizière (CDU) verlangte erneut bessere Grenzsicherung und eine Begrenzung des Zuzugs in die EU. Europa hatte 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge unter anderem aus den Kriegsgebieten in Syrien und Afghanistan aufgenommen, manche Länder wie Deutschland oder Schweden deutlich

Was wollen die alle von mir? <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-verteidigt-fluechtlingspolitik-gegen-kritiker-a-1072552.html>

mehr als andere. Seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln sehen viele Menschen vor allem die bedrohliche Seite der Migration - und denen pflichtet Innenminister de Maizière bei.

Der Innenminister sagte bei einer Tagung des Weltkirchenrats im schweizerischen Genf, der Zuzug nach Europa aus humanitären Gründen müsse dringend begrenzt werden. Angesichts der "enormen Zahlen von potenziellen Migranten in Afrika und Asien" sei es "einfach nicht darstellbar, alle zu akzeptieren, die auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa sind".

Stegner nennt Merkel "angeblich mächtigste Frau der Welt"

Um die Migration zu begrenzen, müsse die Grenzschutzagentur Frontex die EU-Außengrenzen besser sichern. Zugleich forderte der Minister andere europäische Staaten zur solidarischen Hilfe bei der Bewältigung der Krise auf. Deutschlands Möglichkeiten, allein zu handeln, seien begrenzt, so de Maizière.

"Viele EU-Mitglieder ignorieren einfach die Regelungen hinsichtlich der Verantwortung für Flüchtlinge." De Maizière ergänzte: "Migration hat auch ihre dunkle Seite. Sie kann zu Konflikten führen und man ist damit konfrontiert, dass das Fremdartige als bedrohlich empfunden werden kann."

SPD-Parteivize Ralf Stegner forderte von der Bundeskanzlerin, die CSU in der Flüchtlingspolitik in die Schranken zu weisen. "Die angeblich mächtigste Frau der Welt bringt bei internationalen Vereinbarungen nichts zustande und guckt nur zu, was die CSU macht", sagte Stegner am Montag am Rande der SPD-Vorstandsklausur im brandenburgischen Nauen.

Die CSU setze auf Parolen wie die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) und heize die Stimmung zugunsten der Rechten im Land an. Stegner verglich CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer mit dem wegen rassistischer Äußerungen in Verruf geratenen AfD-Politiker Björn Höcke. Er könne "Herrn Scheuer von Herrn Höcke nicht mehr unterscheiden", so Stegner. Stegner ergänzte, seine Partei wolle der Kanzlerin keineswegs in den Rücken fallen. Die SPD mache sich "nicht vom Acker".

cht/dpa

**Load-Date:** January 18, 2016

**Transitzonen? Nein, Reisezentren!;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-nrw-innenminister-spricht-von-reisezentren-statt-transitzonen-a-1059442.html>**

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 532 words

**Highlight:** Der SPD-Politiker Ralf Jäger möchte in der Diskussion über die Rückführung von **Flüchtlingen** das Wort Transitzonen vermeiden. In einem Interview zeigte er sich wortschöpferisch kreativ - und sprach von Reisezentren.

## Body

---

Im Koalitionsstreit um die Einrichtung von Transitzonen für **Flüchtlinge** gibt es laut NRW-Innenminister Ralf Jäger eine "offensichtliche Einigung": "Da ist jetzt unter dem Label der Transitzonen offensichtlich etwas miteinander vereinbart worden, was wenig damit zu tun hat, was ursprünglich Herr Seehofer gefordert hat." Im Deutschlandfunk sprach der Sozialdemokrat in diesem Zusammenhang von "Reisezentren".

CSU-Chef Horst Seehofer hatte jedoch zuvor bekräftigt: "Jetzt wird Punkt für Punkt umgesetzt, was wir zur Begrenzung des Flüchtlingszustroms für nötig halten". Der bayerische Ministerpräsident verteidigte die insbesondere von ihm vorangetriebene Idee von Transitzonen an der Landesgrenze. "Transitzonen sind keine Haftanstalten", sagte er dem SPIEGEL. "Schließlich dürfen Flüchtlinge dort nur kurze Zeit festgehalten werden, um zu überprüfen, ob ihr Antrag berechtigt ist."

Seehofer signalisierte, im Fall einer Einrichtung von Transitzonen werde er auf die angedrohte Verfassungsklage des Freistaats gegen den Bund verzichten.

Auch de Maizière verzichtet auf das Wort Transitzonen

Die SPD hatte sich gegen die Einrichtung von Transitzonen gewehrt. Am Freitag hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) jedoch bereits verkündet, dass sich die Koalition im Grundsatz auf eine raschere Ablehnung von Migranten ohne Bleibeperspektive schon in Grenznähe verständigt habe. "Wir sind uns einig, dass wir möglichst frühzeitig schon an der Grenze ein schnelles Verfahren entwickeln bei denjenigen, von denen anzunehmen ist, dass ihre Anträge unzulässig oder offensichtlich unbegründet sind", sagte de Maizière. "Die Details dieser Einigung sind weiter im Gespräch." Von Transitzonen sprach de Maizière explizit schon nicht mehr.

Auch die SPD betonte, dass diese Einigung nicht die umstrittenen Transitzonen beinhalte: "Wir haben uns darauf verständigt, dass es keine Haftzonen an deutschen Grenzen geben wird", sagte Justizminister Heiko Maas. Zwar sollten Asylanträge beschleunigt geprüft werden, aber: "Dies kann auch in bereits bestehenden oder im

Transitzonen? Nein, Reisezentren! <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-nrw-innenminister-spricht-von-reisezentren-statt-transitzonen-a-1059442....>

Aufbau befindlichen Einrichtungen geschehen. Es müssen also nicht per se neue Einrichtungen geschaffen werden." Die SPD hatte stets beklagt, der Plan setze voraus, dass ein Flüchtling formal in Haft genommen werde.

De Maizière hatte Anfang Oktober einen ersten Entwurf vorgelegt und in die Ressortabstimmung gegeben. Vorgesehen war darin, Flüchtlinge vor der Entscheidung über die Einreise nach Deutschland in Transitzonen an der Landgrenze bis zu eine Woche festzuhalten, ihr Asylgesuch im Schnellverfahren zu prüfen und sie bei einer Ablehnung direkt von der Grenze aus wieder in die Heimat zurückzuschicken.

Jäger betonte am Samstag, dass Nordrhein-Westfalen von den neuen Möglichkeiten des an diesem Tag in Kraft getretenen, verschärften Asylgesetzes Gebrauch machen und Abschiebungen nicht mehr ankündigen werde. Aber bei allen Problemen dürfe man die Menschlichkeit nicht aus dem Auge verlieren, betonte er. "Was wir in Nordrhein-Westfalen nicht tun werden, ist, in den frühen Morgenstunden plötzlich bei irgendeiner Familie aufzutauchen, die Kinder aus dem Bett zu zerren und dann eine Abschiebung durchzuführen."

**Load-Date:** October 24, 2015

---

End of Document

[Türkei nimmt 1300 Flüchtlinge fest;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-nimmt-1300-fluechtlinge-fest-a-1065355.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-nimmt-1300-fluechtlinge-fest-a-1065355.html)

SPIEGEL ONLINE

30. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 229 words

**Byline:** kev/dpa

**Highlight:** Kurz nach dem Sondergipfel zur Flüchtlingskrise hat Ankara ein deutliches Zeichen gesetzt: Türkische Polizisten nahmen jetzt etwa 1300 Migranten fest - sie waren wohl auf dem Weg in die EU.

## Body

---

Nur Stunden nach der Übereinkunft mit der Europäischen Union über die Begrenzung der Flüchtlingszahlen haben die Behörden der Türkei rund 1300 Migranten festgenommen. Das berichten die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu und Reuters.

Die Menschen wollten offenbar über das Meer nach Griechenland. Polizisten hätten Hunderte Syrer, Iraker, Iraner und Afghanen sowie drei Schlepper nahe der Stadt Ayvacik festgenommen, sagten Vertreter der Küstenwache den Berichten zufolge.

Die Polizeiaktion war die größte ihrer Art seit Monaten. Die Migranten seien in ein Abschiebezentrum gebracht worden, hieß es in den Behörden. Einige von ihnen würden in ihre Heimatländer zurückgeschickt.

Die Türkei hatte der EU am Sonntag zugesagt, den Zustrom von Migranten zu begrenzen. Dafür erhält sie drei Milliarden Euro, um eine bessere Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei zu sichern. Außerdem wurde Ankara die Visafreiheit für Reisen in die EU in Aussicht gestellt sowie eine Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen.

Rund 500.000 Menschen sind auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien über die Türkei und das Mittelmeer nach Griechenland gekommen, nach wie vor sind es Tausende pro Tag. Von dort gelangten die meisten über die sogenannte Balkanroute nach Mittel- und Nordeuropa. Hunderte Menschen sind bei der gefährlichen Überfahrt über das Meer ertrunken.

kev/dpa

**Load-Date:** December 24, 2015

Türkei nimmt 1300 Flüchtlinge fest <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-nimmt-1300-fluechtlinge-fest-a-1065355.html>

---

End of Document



**Italienische Küstenwache findet Leichen auf Flüchtlingsboot;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-italiens-kuestenwache-findet-leichen-auf-fluechtlingsboot-a-1087765.html>**

SPIEGEL ONLINE

18. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 387 words

**Byline:** anr/dpa/AFP

**Highlight:** 12:07:00 Aus Griechenland geht es nicht mehr weiter - nun versuchen es viele **Flüchtlinge** über die gefährlichere Route aus Nordafrika. Auf einem in Seenot geratenen Boot wurden nun Tote gefunden.

## Body

---

Über den Balkan gibt es kein Durchkommen mehr nach West- oder Nordeuropa, aus Griechenland werden **Flüchtlinge** zurück in die Türkei geschickt. Immer mehr **Migranten** wählen deshalb jetzt wieder den noch riskanteren und längeren Weg von Libyen aus nach Italien - wie erwartet gibt auf dieser Route die ersten Tote.

Die italienische Küstenwache hat auf einem in Seenot geratenen Flüchtlingsboot sechs Leichen gefunden. 108 weitere Migranten seien gerettet und von einem Schiff aufgenommen worden, nachdem sie zuvor einen Notruf abgesetzt hatten, berichtet die Nachrichtenagentur Ansa. Sie hätten den Rettern von den Toten auf ihrem Boot erzählt, die daraufhin ebenfalls an Bord geholt worden seien. Das Boot war unweit der libyschen Küste bei schwerem Wellengang in Seenot geraten. Die Migranten sollen nach Sizilien gebracht werden.

### Berichte über Hunderte Tote

Bisher unbestätigten Meldungen zufolge könnten noch viel mehr Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer Richtung Italien ums Leben gekommen sein. Unter anderem der italienische Fernsehsender RAI berichtet, das insgesamt vier Boote mit hunderten Somaliern und Eritreern an Bord gekentert seien. Laut dem somalischen Botschafter in Kairo könnte es bis zu 400 Tote geben. Eine Bestätigung der italienischen Küstenwache gibt es dazu bislang nicht. Die Boote sollen den Meldungen zufolge von Ägypten aus aufgebrochen sein.

Allein am Montag und Dienstag in der vergangenen Woche waren laut der italienischen Küstenwache mehr als 4000 Flüchtlinge von Booten im Mittelmeer zwischen Nordafrika und Sizilien aufgegriffen worden. Laut Uno kamen seit Jahresbeginn mehr als 20.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer in Italien an - fast doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2015. Laut Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR stammen die meisten aus Ländern wie Nigeria, Somalia und Mali. Der Landweg von Griechenland zu den Fluchtzielen in Mitteleuropa ist inzwischen für Flüchtlinge weitgehend gesperrt.

Italienische Küstenwache findet Leichen auf Flüchtlingsboot [http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-italiens-kuestenwache-findet-leichen-auf-fluechtlingsbo....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-italiens-kuestenwache-findet-leichen-auf-fluechtlingsbo...)

Schätzungen zufolge warten in Libyen mindestens 200.000 Menschen auf den geeigneten Moment, um die Überfahrt zu wagen. Schlepper haben dort wegen fehlender staatlicher Strukturen leichtes Spiel. Im Westen des Landes, teilweise auch in Tunesien, wagen gerade in den warmen Monaten viele Menschen in schrottreifen Boote die gefährliche Reise.

anr/dpa/AFP

**Load-Date:** April 18, 2016

---

End of Document

**[USA fordern mehr Schutz für Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-asien-usa-draengen-thailand-zu-mehr-engagement-a-1034031.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-asien-usa-draengen-thailand-zu-mehr-engagement-a-1034031.html)**

SPIEGEL ONLINE

16. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 378 words

**Byline:** hut/AFP/Reuters/AP

**Highlight:** Tausende Menschen treiben hilflos auf Booten vor den Küsten südostasiatischer Staaten - doch die haben ihre Grenzen größtenteils dicht gemacht. Nun verlangen die USA von den verantwortlichen Ländern mehr Engagement.

## Body

---

Ihre Lage ist dramatisch: Tausende **Flüchtlinge** sind auf Booten vor südostasiatischen Küsten unterwegs, sie wollen nach Thailand, Malaysia oder Indonesien. Doch die Staaten haben ihre Grenzen dicht gemacht. Viele **Flüchtlingsboote** werden abgefangen, zur Umkehr gezwungen oder in die Gewässer des Nachbarlandes gedrängt. Menschenrechtler sprechen von "menschlichem Ping-Pong".

Die US-Regierung fordert nun mehr Engagement von den südostasiatischen Staaten. "Wir drängen die Länder der Region, schnell zusammenzuarbeiten, um zuallererst die Leben der Migranten zu retten, die derzeit auf See sind und dringend Rettung benötigen", sagte der US-Außenamtssprecher Jeff Rathke am Freitag.

Außenminister John Kerry telefonierte demnach am Donnerstagabend mit seinem thailändischen Kollegen Thanasak Patimaprakorn über die Situation der Bootsflüchtlinge und die Möglichkeit, dass Thailand ihnen vorübergehend Schutz gewährt.

Mehr als hundert Migranten wurden am Samstag auf einer Insel in der südlichen Provinz Phang Nga gefunden. Wie sie auf die Insel sind, sei noch nicht geklärt, sagte der Provinzgouverneur. Am Freitag hatten indonesische Fischer vor der Küste mehr als 700 Flüchtlinge von einem sinkenden Schiff gerettet.

US-Außenamtssprecher Rathke dankte Thailand, Indonesien und Malaysia dafür, dass sie allein in dieser Woche 3000 Migranten aufgenommen haben, warnte aber zugleich vor der Zurückweisung von Booten - wie sie in den vergangenen Tagen wiederholt vorkam. Die Flüchtlinge wurden teilweise mit Nahrung und Treibstoff versorgt und dann in ihren Schiffen wieder auf hohe See geschleppt.

Die US-Regierung sei in Gesprächen, wie sie helfen könne, so Rathke. Sie werde dazu eine Delegation zu dem Gipfel entsenden, den Thailand für den 29. Mai angesetzt hat.

USA fordern mehr Schutz für Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-asien-usa-draengen-thailand-zu-mehr-engagement-a-1034031.html>

Aktivisten schätzen, dass derzeit bis zu 8000 Migranten in Südostasien auf dem Meer unterwegs sind. Die Flüchtlinge berichten von qualvollen Tagen auf See. Viele von ihnen sind Rohingya - eine muslimischen Minderheit, die vor allem in Burma unterdrückt wird.

Eine Lösung der Flüchtlingsfrage ist nicht in Sicht: Indonesien, Malaysia und Thailand wollen auch künftig Schiffe zurückweisen. Und Burma droht, den geplanten Gipfel zu boykottieren.

hut/AFP/Reuters/AP

**Load-Date:** June 10, 2015

---

End of Document

## 160.000 angekündigt - 4741 umgesiedelt

SPIEGEL ONLINE

14. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 812 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** 160.000 **Flüchtlinge** sollten in der EU neu verteilt werden. Das hatte Jean-Claude Juncker 2015 gefordert. Ein Jahr später ist erst ein Bruchteil geschafft - auch Deutschland hinkt weit hinterher.

### Body

---

"Es fehlt an Union in dieser Europäischen Union." Es ist ein Jahr her, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union diese Diagnose stellte - und forderte, 160.000 **Flüchtlinge** sollten innerhalb der EU in den nächsten zwei Jahren umgesiedelt werden, um Länder wie Italien und Griechenland zu entlasten.

Als Juncker am Mittwoch erneut zur Lage der Union redet, ist die Lage nicht viel anders. Weiterhin sind es nur wenige EU-Länder, die den Großteil der **Flüchtlinge** beherbergen.

Zwar ist die geplante Umsiedlung in den vergangenen Monaten vorangekommen - aber auf sehr niedrigem Niveau. Mit Stand 12. September waren weniger als drei Prozent der geplanten 160.000 Asylsuchenden aus Syrien, Irak und Eritrea umverteilt und die Mitgliedstaaten haben nur rund 13.500 freie Plätze gemeldet. In absoluten Zahlen waren es 4741 Menschen, die aus Italien (1064) und Griechenland (3677) umgesiedelt wurden. (Hier finden Sie die Tabelle dazu). Und das, obwohl neun der elf geplanten Hotspots in Griechenland und Italien, wo die umzusiedelnden Asylsuchenden ausgewählt werden sollen, mittlerweile in Betrieb sind - das Prozedere also eigentlich schneller gehen müsste.

Zahlenmäßig am meisten Flüchtlinge aus Italien und Griechenland aufgenommen haben Frankreich (1662), die Niederlande (617), Finnland (599) und Portugal (478). Unter den osteuropäischen Ländern liegt Rumänien mit 159 Flüchtlingen vorne. Mehrere EU-Staaten beteiligen sich bislang aufgrund von Sonderregeln oder Sonderrechten oder grundsätzlichem Widerstand an dem Umsiedlungsprogramm gar nicht, darunter Österreich, Dänemark, Polen und Großbritannien.

Die deutsche Regierung war bei dem Umverteilungssystem der Flüchtlinge treibende Kraft und hatte vor einem Jahr zugesagt, bis September 2017 Italien und Griechenland 27.000 Flüchtlinge abzunehmen. Bislang aber hinkt Deutschland stark hinterher. Nur 215 Flüchtlinge wurden im Rahmen des EU-Plans bisher aufgenommen, lediglich 250 freie Plätze gemeldet.

Deutschland beschleunigt Aufnahme erst jetzt

Ein Sprecher des Innenministeriums erklärt auf Anfrage von SPIEGEL ONLINE, Deutschland werde seine Anstrengungen in Zukunft deutlich verstärken. Noch in diesem Jahr würde mit der monatlichen Umsiedlung von jeweils bis zu 500 Personen aus Griechenland und Italien begonnen. Dass das erst jetzt passiere, "ist in erster Linie auf das Migrationsgeschehen 2015 und dessen Auswirkungen bis heute zu erklären", so der Sprecher.

Als sich die Bundesregierung dazu verpflichtet habe, 27.000 Asylsuchende zusätzlich aufzunehmen, sei noch nicht absehbar gewesen, dass Deutschland im Jahr 2015 rund eine Million Flüchtlinge zu verkraften haben würde. "Die Länder in dieser Phase mit weiteren Ankünften zu belasten, wäre weder den Interessen der Schutzsuchenden noch denen der Länder nach einem ordnungsgemäßen Verfahren gerecht geworden."

Selbst wenn von nun an die Verteilung schneller ginge und auch alle Länder mitmachten - ein großes Hindernis gäbe es weiterhin, bis in einem Jahr die Zielmarke von 160.000 erreicht sein könnte. Für mehr als 60.000 theoretisch umzusiedelnde Flüchtlinge ist noch gar nicht festgelegt, woher sie umgesiedelt werden könnten und wohin. Denn Ungarn, von wo ursprünglich auch Zehntausende Flüchtlinge umverteilt werden sollten, will an dem Verteilungssystem gar nicht teilnehmen - und auch nicht profitieren.

Nur wenige Flüchtlinge kommen von Griechenland zurück in die Türkei

Nun werde geprüft, welche anderen Länder man entlasten könne, heißt es aus der Vertretung der EU-Kommission in Berlin. Denkbar wäre zum Beispiel auch, dass ein Teil der geplanten 160.000 Flüchtlinge der Türkei im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens abgenommen würde. Die Türkei hatte sich im März dazu verpflichtet, alle ankommenden Flüchtlinge von den griechischen Inseln zurückzunehmen. Die EU sagte ihrerseits zu, für jeden so abgeschobenen Syrer einen anderen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen.

Seit April bis Stand 9. September sind aber der Türkei erst 1583 Flüchtlinge abgenommen worden - noch weniger allerdings sind aus Griechenland dorthin zurückgeschickt worden, nämlich 502. Das liegt unter anderem daran, dass sich die Registrierung und Bearbeitung der Anträge in Griechenland oft hinzieht. Denn derzeit halten sich schon mehr als 60.000 Asylsuchende in Griechenland auf.

Dass es außer der schleppenden Mitarbeit der EU-Länder noch andere Unwägbarkeiten beim Erfolg des Umsiedlungsprogramms gibt, zeigte jüngst das Beispiel Lettland. Von dort reisten Berichten zufolge fast alle umgesiedelten Flüchtlinge, die in dem baltischen Staat als asylberechtigt anerkannt wurden, auf eigene Faust zurück - nach Deutschland.

Mitarbeit: Christina Elmer

**Load-Date:** September 15, 2016

## Schüsse auf Flüchtlingsheim in Frankreich

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / JUSTIZ

**Length:** 257 words

**Byline:** Peter Maxwill

**Highlight:** Frankreich will den berüchtigten "Dschungel" von Calais auflösen und die dort lebenden Migranten auf andere Flüchtlingsheime verteilen. Auf eine dieser Einrichtungen haben Unbekannte nun geschossen.

### Body

---

Unbekannte haben im Nordwesten Frankreichs auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft geschossen. An der Fassade des Gebäudes in Saint-Brévin, in dem Bewohner des Lagers von Calais untergebracht werden, wurden laut Polizei Einschusslöcher entdeckt. Bürgermeister Yannick Haury sprach von einer "inakzeptablen und unverantwortlichen Tat". Wohnungsbauministerin Emmanuelle Cosse rief die Franzosen auf, solche "extrem rassistischen Taten" zu verurteilen.

Die Schüsse wurden der Polizei zufolge bereits am Dienstagabend abgegeben. In der Ferienanlage an der Atlantikküste sollen künftig 70 Flüchtlinge aus dem Lager in Calais unterkommen. Das Vorhaben sorgt in Saint-Brévin für erhitzte Gemüter. Mitte September demonstrierten in der 12.000-Einwohner-Stadt rund 200 Menschen gegen die Ankunft der Flüchtlinge, zugleich gingen etwa genau so viele Befürworter des Vorhabens auf die Straße.

Das auch als "Dschungel" bekannte Flüchtlingslager von Calais soll bis zum Jahresende geräumt werden - die Migranten sollen im ganzen Land verteilt werden. Bis Jahresende sollen so 12.000 neue Aufnahmeplätze geschaffen werden, einen Termin für den Beginn der Räumung haben die Behörden noch nicht angegeben.

In dem Lager am Ärmelkanal halten sich nach offiziellen Angaben rund 7000 Flüchtlinge auf, Hilfsorganisationen sprechen von mehr als 10.000 Bewohnern. Es sammeln sich dort Menschen, die illegal nach Großbritannien gelangen wollen. London hat deshalb für Ende des Jahres eine Mauer vor dem Hafenzubringer angekündigt.

mxw/AFP

**Load-Date:** October 6, 2016

**Probleme gelöst - nur leider die falschen;**

**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-alle-probleme-geloest-nur-leider-die-falschen-kommentar-a-1061440.html>**

SPIEGEL ONLINE

06. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 614 words

**Byline:** Stefan Kuzmany

**Highlight:** Die Koalition laviert sich durch die **Flüchtlingskrise** - und schließt einen Kompromiss, der weder den **Flüchtlingen** nützt, noch den Helfern. Geholfen hat die Koalition allein der Koalition.

## **Body**

---

Erstaunlicherweise gibt es nur Sieger nach dem großen Streit der Großen Koalition um die künftige **Flüchtlingspolitik**. Durchweg alle Regierungsparteien brüsten sich jetzt mit der eigenen Durchsetzungskraft. Die SPD hat die CSU-"Transitzonen" wegverhandelt - das sogenannte Flughafenverfahren, also der beschleunigte Rechtsweg mit dem Ziel des schnellstmöglichen Hinauswurfs von Menschen, deren **Asylberechtigung** man künftig einfacher offiziell bezweifeln kann, kommt aber doch.

Die CSU hat "Rückführungszentren für schnellere Abschiebung" durchgesetzt - tatsächlich abgeschoben werden soll aber nur die vergleichsweise geringe Anzahl jener Menschen, die nicht aus Kriegsländern kommen. Und ob beispielsweise rot-grün regierte Bundesländer so abschiebefreudig agieren werden, wie CSU-Chef Horst Seehofer sich das wünschen mag, darf bezweifelt werden. Ein Sieg sieht anders aus.

Für die CDU schließlich spricht Kanzleramtsminister Peter Altmaier von einem "guten Tag". Der sei ihm gegönnt - seiner Aufgabe, den tatsächlichen Flüchtlingen, den auch nach pingeligsten Kriterien offensichtlich Verfolgten und Bedrohten zu helfen, hat dieser Tag aber wenig gebracht.

Denn tatsächlich ist nicht erkennbar, wie genau sich die Situation beispielsweise an der deutsch-österreichischen Grenze für Flüchtlinge, Helfer und Kommunen verbessern soll, wenn es demnächst drei bis fünf "Aufnahme-Einrichtungen" für Asylbewerber aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten gibt? Werden deshalb weniger Menschen bei uns Schutz suchen vor Krieg und Verfolgung? Sind sie damit besser versorgt? Hilft es ihnen dabei, sich schneller in der hiesigen Gesellschaft zurechtzufinden? Wohl kaum.

Nein, die Koalition hat sich ausführlich auf einem Nebenkriegsschauplatz getummelt, um nach der öffentlichen Rauferei so etwas wie neu gewonnene Einigkeit zu demonstrieren. Und sie gibt sich offenkundig Mühe, den Eindruck der Handlungsfähigkeit zu erwecken.

Verlorene Zeit in der Notunterkunft



Probleme gelöst - nur leider die falschen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-alle-probleme-geloest-nur-leider-die-falschen-kommentar-a-10614....>

Das größte Problem hat sie jedoch ausgespart: Noch immer warten Tausende Flüchtlinge (wohlgemerkt: solche, bei denen kein Zweifel an ihrer Schutzbedürftigkeit bestehen kann) zusammengepfercht in Turnhallen und Notunterkünften auf die Bearbeitung ihrer Anträge, welche die Voraussetzung sind dafür, dass sie überhaupt damit beginnen können, sich zu integrieren, also Sprachkurse und Ausbildungen zu besuchen. Ein durchschnittliches Asylverfahren dauert 5,3 Monate, bei Syrern sind es 3,9 Monate - verlorene Zeit, die Frustrationen und Konflikte in Flüchtlingsunterkünften und Kommunen reifen lässt.

Noch immer ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) heillos überfordert, weil unterbesetzt. Gerade mal 660 sogenannte Entscheider arbeiten zur Zeit beim Bamf, man arbeitet dort "mit Hochdruck" an der Sichtung von Bewerbungsunterlagen. Gebraucht würden, so hat es der ehemalige Behördenchef Manfred Schmidt eingeräumt, eigentlich 9000. Bis Ende 2016 sollen es jetzt etwa 7500 werden. Das geht zu langsam, das sind zu wenig - ganz zu schweigen von dem Personal, das für Spracherwerb und Ausbildung der Neuankömmlinge eingesetzt werden muss.

Davon im Koalitionspapier: kein Wort. Stattdessen die Absichtserklärung, der Türkei Geld zu geben, damit sie Deutschland Flüchtlinge vom Hals hält. Und die Aussicht auf einen neuen Militäreinsatz in Afghanistan, wo offenbar wieder einmal kriegerisch versucht werden soll, Frieden zu schaffen - um dann erklären zu können, das Land sei sicher und somit ein legitimes Ziel für Abschiebungen.

Die Einigung von CDU, SPD und CSU mag die Krise der Großen Koalition vorerst beigelegt haben. Gut so. Dann kann sie sich jetzt ja um die Flüchtlingskrise kümmern.

**Load-Date:** November 6, 2015

**[Pakistan schickt abgeschobene Flüchtlinge zurück in die EU;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/pakistan-schickt-abgeschobene-  
fluechtlinge-zurueck-in-die-eu-a-1065936.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/pakistan-schickt-abgeschobene-fluechtlinge-zurueck-in-die-eu-a-1065936.html)**

SPIEGEL ONLINE

03. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 261 words

**Byline:** syd/Reuters/dpa

**Highlight:** Griechenland hat 49 **Flüchtlinge** nach Pakistan abgeschoben. Doch die Regierung in Islamabad wies 30 von ihnen am Flughafen ab. Nun sind sie erneut auf dem Weg in die EU.

## Body

---

Der Streit zwischen der EU und Pakistan über die Rückführung abgewiesener **Flüchtlinge** eskaliert. Islamabad verweigerte die Einreise von 30 Menschen, die Griechenland abgeschoben hatte.

Die Migranten durften das Flugzeug nach der Landung in der pakistanischen Hauptstadt nicht verlassen und kehrten mit der Maschine nach Griechenland zurück. Nach Angaben des Innenministeriums in Islamabad konnte bei den 30 Personen nicht verifiziert werden, dass es sich um pakistanische Staatsbürger handelte. 19 andere Migranten an Bord des Flugzeugs seien dagegen Pakistaner gewesen. Ihnen wurde die Einreise gestattet.

Pro Jahr reisen laut Schätzungen etwa 50.000 Pakistaner legal nach Europa, um dort zu arbeiten. Nach Angaben aus Brüssel wurden 2014 rund 21.000 Pakistaner in der EU zur Ausreise aufgefordert, weil sie sich illegal in Europa aufhielten.

Pakistans Regierung sträubt sich seit Monaten dagegen, die abgewiesenen Migranten wieder aufzunehmen. Erst vor wenigen Wochen hatte Islamabad erklärt, man werde eine Vereinbarung mit der EU zur Wiederaufnahme abgewiesener Flüchtlinge aussetzen. Zur Begründung hieß es, Pakistan wolle keine Flüchtlinge mit möglichen extremistischen Verbindungen aufnehmen.

Später verlautete aus EU-Kreisen, die Differenzen seien beigelegt, und die Regierung in Pakistan fühle sich an die Abmachung gebunden. Das Abkommen aus dem Jahr 2009 sieht vor, dass irreguläre pakistanische Einwanderer und Menschen anderer Nationalitäten, die auf dem Weg in die EU durch Pakistan reisen, zurückgeschickt werden dürfen.

syd/Reuters/dpa

**Load-Date:** December 24, 2015

Pakistan schickt abgeschobene Flüchtlinge zurück in die EU <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pakistan-schickt-abgeschobene-fluechtlinge-zurueck-in-die-eu-a-....>

---

End of Document

**"Es ist ein Mysterium"; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-mittelmeer-verwirrung-um-berichte-ueber-tote-a-1088032.html>**

SPIEGEL ONLINE

19. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 499 words

**Byline:** kev/gic/dpa/Reuters

**Highlight:** 15:08:42 Hunderte **Flüchtlinge**, hieß am Montag, sollen im Mittelmeer ertrunken sein. Doch offiziell ist das nicht bestätigt, die Verwirrung ist groß. Was wir über das vermeintliche Unglück wissen - und was nicht.

## Body

---

Die Nachricht ging Montag um die Welt: Völlig überfüllte **Flüchtlingsboote** sollen im Mittelmeer gekentert sein - Hunderte Menschen seien ums Leben gekommen. Eine Tragödie, doch offizielle Bestätigungen? Fehlanzeige. Auch an Tag zwei nach den ersten Berichten über die mutmaßliche Katastrophe bleiben viele Fragen offen. Der Überblick.

### Berichte und offene Fragen

Am Montag berichtete der arabische Dienst des britischen Senders BBC über etwa 400 ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer, die meisten von ihnen Somalier, die sich auf dem Weg nach Europa befanden. Insgesamt seien vier Boote vor der ägyptischen Küste gesunken, hieß es. Italiens Präsident Sergio Mattarella sprach von einer Tragödie, die sich offenbar auf See ereignet habe und bei der mehrere Hundert Menschen gestorben seien.

Die Nachrichtenagentur dpa zitierte am Montag den somalischen Regierungssprecher, dass sich etwa 500 Migranten auf den Booten befunden hätten. "Viele Somalier" seien ums Leben gekommen. International griffen Medien das Thema auf, auch SPIEGEL ONLINE.

Allerdings ist nach wie vor vieles unklar. Belastbare Angaben zum Zeitpunkt oder Ort des Unglücks, zu den Umständen, zur Zahl und Herkunft der Opfer oder zu möglichen Überlebenden gibt es bislang nicht.

### Reaktionen der Behörden

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erklärte zwar, er habe ebenfalls von einer Katastrophe gehört. Laut einem Sprecher sei diese Information jedoch unbestätigt. Auch am Dienstag hielten sich die Behörden deshalb mit Bewertungen zurück:

### Verwirrung um weitere Unglücke

"Es ist ein Mysterium" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-mittelmeer-verwirrung-um-berichte-ueber-tote-a-1088032.html>

Am Montag gab es ebenfalls Berichte über ein weiteres Bootsunglück im Mittelmeer. Nahe der libyschen Küste sei ein Flüchtlingsboot in Seenot geraten. Italienische Rettungskräfte hätten an Bord sechs Leichen gefunden, 108 Migranten seien gerettet worden .

Daneben zitierte die BBC Flüchtlinge im südgriechischen Kalamata Migranten aus Äthiopien , Somalia , Sudan und Ägypten . Sie sollen zu 41 Überlebenden eines Bootsunglücks im Mittelmeer zählen, bei dem - nach den Angaben der Flüchtlinge - 500 Menschen gestorben seien. Allerdings ist nun davon die Rede, dass die Migranten in der libyschen Hafenstadt Tobruk Richtung Italien gestartet seien - und nicht von Ägypten aus.

Die griechische Küstenwache bestätigte SPIEGEL ONLINE zwar, dass ein Frachtschiff bereits am Samstag die 41 Menschen gerettet hatte. Von Hunderten Toten will die Regierung in Athen jedoch nichts wissen. Ungewiss bleibt, ob es Zusammenhänge zwischen all diesen Berichten gibt.

Warum es kaum Informationen gibt

Bislang ist nicht einmal bekannt, in wessen Hoheitsgewässer sich das Unglück abgespielt haben soll. Erschwerend könnte hinzukommen, dass die Boote, sollte die Nachricht stimmen, möglicherweise in der Nacht gekentert sind. Trotzdem: Hunderte Flüchtlinge sterben im Meer - und kaum jemand bekommt etwas davon mit? Es wäre ein fast unglaublicher Vorgang.

kev/gic/dpa/Reuters

**Load-Date:** April 19, 2016

---

End of Document

[Griechen räumen Grenzübergang zu Mazedonien;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-raeumt-grenzuebergang-idomeni-zu-mazedonien-a-1078776.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-raeumt-grenzuebergang-idomeni-zu-mazedonien-a-1078776.html)

SPIEGEL ONLINE

23. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 251 words

**Byline:** syd/gic/dpa

**Highlight:** Rund 5000 Migranten sitzen an der Grenze zu Mazedonien fest. Jetzt hat die griechische Polizei begonnen, das Lager zu räumen. Die Menschen sollen in ein neues Camp nach Thessaloniki gebracht werden.

## Body

---

Der Übergang Idomeni an der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien ist ein Nadelöhr auf der Balkanroute nach Mitteleuropa. Seit dem Wochenende lassen die mazedonischen Behörden nur noch Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak ins Land. Deshalb versuchten Hunderte afghanische Flüchtlinge den Eisenbahngrenzübergang Idomeni-Gevgelija zu stürmen. Daraufhin riegelte die Regierung in Skopje die Grenze an dieser Stelle komplett ab.

Insgesamt sitzen rund 5000 Migranten aus anderen Staaten an dem Grenzübergang fest - jetzt hat die griechische Polizei damit begonnen, das provisorische Flüchtlingslager in Idomeni zu räumen.

Die Sicherheitskräfte haben alle Zugänge zu den Menschen an der Grenze gesperrt und verweigern Journalisten und Mitarbeitern von Hilfsorganisationen den Zutritt. Nur Vertretern des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) wurde der Zugang erlaubt. "Sie wollen nicht, dass irgendjemand sieht, was da vor sich geht", berichtet SPIEGEL-ONLINE-Mitarbeiter Giorgos Christides.

"Die Aktion hat begonnen", sagte die Bürgermeisterin von Idomeni, Xanthoula Soupli, im griechischen Fernsehen über die Räumung.

Inzwischen sind Busse vorgefahren, in denen die Flüchtlinge in ein neues Auffanglager im rund 80 Kilometer entfernten Thessaloniki gebracht werden sollen. Die dort tätigen Hilfsorganisationen wurden informiert, die Flüchtlinge ab 11 Uhr in Empfang zu nehmen. Möglicherweise werden die Migranten zwischenzeitlich aber auch in ein anderes grenznahe Camp gebracht.

syd/gic/dpa

**Load-Date:** February 23, 2016

Griechen räumen Grenzübergang zu Mazedonien <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-raeumt-grenzuebergang-idomeni-zu-mazedonien-a-107877....>

---

End of Document

[Luxemburgs Außenminister warnt vor Zerfall der EU;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/luxemburgs-aussenminister-asselborn-  
warnt-vor-zerfall-der-eu-a-1061763.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/luxemburgs-aussenminister-asselborn-warnt-vor-zerfall-der-eu-a-1061763.html)

SPIEGEL ONLINE

09. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 400 words

**Byline:** aar/dpa

**Highlight:** Angesichts der Flüchtlingskrise steht der Europäischen Union eine düstere Zukunft bevor - davor warnt Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Die EU könne "unheimlich schnell" zerbrechen. Im schlimmsten Fall drohe sogar Krieg.

## Body

---

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat vor einem Zerfall der Europäischen Union und vor einer Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Staaten gewarnt. "Die Europäische Union kann auseinanderbrechen. Das kann unheimlich schnell gehen, wenn Abschottung statt Solidarität nach innen wie nach außen die Regel wird", sagte Asselborn der Nachrichtenagentur dpa.

Auch die 1985 im luxemburgischen Schengen vereinbarte Abschaffung der Grenzkontrollen, an denen sich mittlerweile 26 europäische Länder beteiligen, sieht der Minister demnach bedroht: "Wir haben vielleicht noch einige Monate Zeit." Asselborn ist seit 2014 auch Minister für Immigration und Asyl. Luxemburg führt derzeit turnusgemäß den Ratsvorsitz der EU.

Deutschland und die meisten EU-Länder hätten verstanden, dass die Genfer Flüchtlingskonvention gelte, sagte Asselborn. In der EU seien aber auch "einige dabei, die haben wirklich die Werte der Europäischen Union, was ja nicht nur materielle Werte sind, nicht richtig verinnerlicht". Die "Kultur der humanen Werte" sei noch immer der "Kitt, der uns zusammenhält", sagte Asselborn. "Und dieser falsche Nationalismus kann zu einem richtigen Krieg führen."

Es gebe Politiker und Parteien, die das Thema Migration "bewusst ausschlachten", um Ängste zu schüren. Dieser "Irreführung" müsse man entgegenwirken.

"Eine sehr, sehr kritische Situation"

Auch auf die vielfrequentierte Balkanroute kam Asselborn zu sprechen. "Wenn in Schweden und in Deutschland der Deckel zugemacht wird, dann weiß ich nicht, was auf dem Balkan geschieht", sagte er. "Ich glaube schon, dass es eine sehr, sehr kritische Situation ist, die wir jetzt haben."



Luxemburgs Außenminister warnt vor Zerfall der EU <http://www.spiegel.de/politik/ausland/luxemburgs-aussenminister-asselborn-warnt-vor-zerfall-der-eu-a-1061763.h....>

Auf die Frage, ob das Schengensystem gefährdet sei, das auf gesicherten EU-Außengrenzen beruht, sagte Asselborn: "Die Gefahr ist ganz klar da. Wenn wir keine europäische Lösung für diese Migrationskrise bekommen, wenn immer mehr Länder glauben, dass sie nur national an diese Sache herangehen können, dann ist Schengen tot."

Damit würde auch "die größte Errungenschaft der Europäischen Union" fallen - mit gravierenden Folgen für den Alltag der EU-Bürger: Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen würde "alles, Grenzgänger, die Wirtschaft, den Tourismus" betreffen, sagte Asselborn. Bei der Kontrolle der Außengrenzen gehe es nicht um Abschottung, sondern "darum, zu wissen, wer warum zu uns kommt oder Schutz sucht".

aar/dpa

**Load-Date:** November 9, 2015

---

End of Document

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-innenminister-streiten-ueber-verteilung-von-syrern-a-1088573.html>

SPIEGEL ONLINE

21. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 851 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** 20:30:00 EU und Türkei beginnen mit dem Austausch syrischer **Flüchtlinge**. Zunächst geht es um weniger als 3000 Menschen. Doch schon über deren Verteilung können sich die EU-Staaten kaum einigen.

## Body

---

Der EU-Türkei-Deal ist in Kraft, die Zahl der **Flüchtlinge** an Europas Grenzen sinkt. Doch jetzt wird es ernst: Die Rückführung der **Migranten** von Griechenland in die Türkei ist angelaufen - und die EU muss nun für jeden abgeschobenen Syrer einen anderen syrischen Kriegsflüchtling aus der Türkei aufnehmen. Sollte das nicht funktionieren, so heißt es in Brüsseler Diplomatenkreisen, sei der ganze Deal in Gefahr.

Eigentlich sollte es keinen Grund zur Besorgnis geben. Den Schlüssel, nach dem die Syrer auf die EU-Länder verteilt werden sollen, haben die Europäer schon im Sommer 2015 beschlossen. Und zunächst geht es auch nur um winzige Zahlen: Unter den etwa 6800 **Migranten**, die sich derzeit noch auf den griechischen Inseln befinden, sind nur rund 2700 Syrer.

Doch die Niederlande, die derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, wollten Planungssicherheit schaffen und vor allem ein politisches Signal senden: Die EU-Innenminister sollten sich am Donnerstag darauf verständigen, welches Land wie viele Syrer aufnimmt. Das, so war aus Verhandlungskreisen zu hören, sollte einen Aufbruch markieren und zeigen: Der Aktionsplan funktioniert, die Europäer ziehen an einem Strang.

### Ärger um eine ominöse Tabelle

Im Juli 2015 hatten die EU-Staaten die Umsiedlung von rund 20.000 Flüchtlingen vereinbart. Laut dem Vorschlag der Niederländer soll nun jedes EU-Land in den kommenden vier Monaten ein Viertel seines noch übrigen Kontingents aufnehmen. Auf Deutschland würden beispielsweise monatlich 100, auf Frankreich 148, auf Norwegen 218 Personen entfallen. So steht es in einer Tabelle, die am Donnerstag in Luxemburg kursierte.

Es sind äußerst bescheidene Zahlen, die eigentlich ohnehin schon längst beschlossen waren. Doch beim Treffen der EU-Innenminister schafften sie es nicht einmal auf die offizielle Tagesordnung. Zwar unterstützt dem Vernehmen nach die große Mehrheit der Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, die Idee. Polen und die Slowakei aber, so berichteten Teilnehmer, wollten die Liste nicht akzeptieren. Andere osteuropäische Staaten wollten nur

Kleine Zahlen, großer Ärger <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-innenminister-streiten-ueber-verteilung-von-syrern-a-1088573.html>

inoffiziell zusagen, ihre Quoten zu erfüllen. Ungarn ist ohnehin nicht dabei: Das Land hatte sich schon im Juli 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen verweigert.

Der luxemburgische Minister Jean Asselborn zeigte sich nach dem Treffen verärgert über "die Einstellung einiger Länder", die "die zwei Hauptbegriffe der EU", nämlich Solidarität und Verantwortung, offenbar nicht verstanden hätten. Asselborn schickte einen Satz hinterher, der insbesondere in Osteuropa als Drohung aufgefasst werden dürfte: Wenn es in Fragen der Menschlichkeit keine Solidarität gebe, sei auch die Solidarität in Sachen Finanzen und Sicherheit in Frage gestellt.

Zwar werde der 1:1-Austausch von Syrern zwischen EU und Türkei nicht am Ärger um die Quoten scheitern, hieß es - schon angesichts der geringen Zahlen: Polen müsste demnach 56 Migranten pro Monat aufnehmen, die Slowakei ganze sechs. Das könnten notfalls auch andere Staaten stemmen, hieß es aus deutschen Regierungskreisen. Deutschland etwa könne sein Kontingent notfalls auch freiwillig von 100 auf 200 Migranten pro Monat verdoppeln.

#### EU-Türkei-Deal hat Schlagseite

Berlin will unbedingt zeigen, dass der Deal mit der Türkei - der auf die Initiative von Kanzlerin Angela Merkel zurückgeht - funktioniert. Das tut er bisher allerdings nur in einer Hinsicht: Die Zahl der Migranten, die über die griechisch-türkische Grenze in die EU gelangen, sinkt. 26.878 waren es nach Angaben der EU-Kommission in den drei Wochen vor Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens, in den drei Wochen danach nur noch 5847.

Der andere Teil des Abkommens kommt dagegen nur schleppend in Gang. Laut EU-Kommission wurden bisher 325 Flüchtlinge in die Türkei zurückgebracht, nur 103 Syrer kamen legal in die EU. Der niederländische Migrationsminister Klaas Dijkhoff machte die EU-Staaten dafür verantwortlich: "Wir brauchen genügend Zusagen für das Umsiedlungsversprechen."

Notwendig wäre das auch noch aus einem ganz anderen Grund: Die Zahl der syrischen Flüchtlinge, die legal von der Türkei in die EU kommen, könnte in den kommenden Monaten deutlich steigen. Für das 1:1-Austauschprogramm mit der Türkei will die EU bis zu 72.000 Plätze anbieten.

Zwar hofft man bei der EU, dass diese Menge nicht benötigt wird, weil das Abkommen mit der Türkei der illegalen Migration ein schnelles Ende setzen soll. Danach aber soll ein humanitäres Umsiedlungsprogramm beginnen. Die EU könnte der Türkei auf diesem Weg in den kommenden Jahren Hunderttausende Flüchtlinge abnehmen.

Wie bei den 72.000 Plätzen gilt aber auch hier: Die Aufnahme soll freiwillig erfolgen. Und mit Freiwilligkeit hat die EU in der Flüchtlingskrise bisher wenig gute Erfahrungen gemacht.

Zusammengefasst: Die EU muss der Türkei syrische Kriegsflüchtlinge abnehmen - so ist es im Aktionsplan mit Ankara vereinbart. Doch manche osteuropäische EU-Staaten weigern sich, selbst ein- oder zweistellige Zahlen an Flüchtlingen aufzunehmen. Andere Länder müssen einspringen, soll der Deal mit der Türkei nicht in Gefahr geraten.

**Load-Date:** April 22, 2016

[Osteuropäer verhöhnen "politische Korrektheit" der Deutschen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/koeln-osteupaeer-verhoehnen-  
politische-korrektheit-der-deutschen-a-1071462.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/koeln-osteupaeer-verhoehnen-politische-korrektheit-der-deutschen-a-1071462.html)

SPIEGEL ONLINE

12. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 927 words

**Byline:** Keno Verseck

**Highlight:** Nach den Überfällen von Köln sehen sich viele osteuropäische Politiker in ihren Warnungen bestätigt - und fordern ein Ende von "liberalem Meinungsterror" und politischer Korrektheit in Deutschland.

## Body

---

Sie wussten es. Sie haben gewarnt. Aber Deutschland wollte nicht auf sie hören. Nun ist es mit den Folgen seiner Willkommenskultur und seiner Toleranz konfrontiert - und stürzt durch das Übel der politischen Korrektheit und des Meinungsterrors in den Mehrheitsmedien ganz Europa ins Verderben.

So oder ähnlich lautet der Tenor, in dem osteuropäische Politiker und Medien die Überfälle auf Frauen in Köln und anderen deutschen Städten in der Silvesternacht bewerten. Kommentatoren bezeichnen Angela Merkel als "Zerstörerin" und "Totengräberin" Europas, Regierungs- und andere einflussreiche Politiker verlangen von Deutschland und Westeuropa eine radikale Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik. Die Forderungen: eine Abschottung der EU-Außengrenzen und ein vollständiger Stopp der Migration.

Am schärfsten äußerte sich bisher der linksnationalistische slowakische Regierungschef Robert Fico zu den Überfällen auf Frauen in Deutschland. In einer Fernsehdiskussion sagte er, die Medien verharmlosten das Flüchtlingsproblem, Migranten seien leider eine "geschützte Art" geworden, doch er werde dabei nicht mitlügen. Fico fordert wegen der Ereignisse von Köln einen dringenden EU-Sondergipfel, der sich mit den Themen Parallelgesellschaften, Grenzschutz und Migrationsstopp befassen soll. Fico fordert unter anderem, dass eine geplante europäische Grenz- und Küstenwache bereits jetzt aufgestellt wird, um eine unkontrollierte Einwanderung zu verhindern.

Sein Land werde keine Belästigung von Frauen in der Öffentlichkeit und keine geschlossenen muslimischen Gesellschaften dulden, hatte Fico bereits vor einigen Tagen gesagt. Kommentatoren einiger liberal und eher oppositionell eingestellter slowakischer Zeitungen wie "Sme" oder "Dennik N" geben Fico inzwischen tendenziell recht - sie kritisieren die angeblich politisch zu korrekten Medien in Deutschland und eine naive "Subkultur der Gutmenschen".

Beschimpfungen aus Ungarn

Osteuropäer verhöhnen "politische Korrektheit" der Deutschen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/koeln-osteuropaeer-verhoehnen-politische-korrektheit-der-deut...>

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán sagte zu den Ereignissen von Köln in seinem wöchentlichen Interview im öffentlich-rechtlichen "Kossuth-Rádió" am letzten Freitag, es sei ein Ausdruck für die Krise des Liberalismus, dass in Deutschland Nachrichten zu den Überfällen auf Frauen unterdrückt würden, in Ungarn sei die Presse viel freier als im Westen. Die Ereignisse zeigten auch, dass Ungarn in der Migrationsfrage recht habe und dass man Zuwanderung vollständig stoppen müsse.

Der Publizist Zsolt Bayer, Orbán-Freund, Mitbegründer der Fidesz-Partei und bekannt für seine rechtsextremen und menschenverachtenden Kommentare, schrieb in der Zeitung "Magyar Hírlap" über die Täter von Köln: "Es sind Migranten. Nordafrikanische und arabische Tiere. Lauter Hyänen." Angela Merkel porträtierte er als "Frau Angela", die ihre Familie und Kinder von Hyänen zerfleischen lasse.

Die deutsche Presse sei unter den Diktaturen freier und anständiger gewesen. "Es gibt keine verfluchteren und zerstörerischeren Bastarde zwischen Himmel und Erde als diese migrationsfreundlichen, liberalen Schweine, die Totengräber Europas". Die quasi-offizielle Regierungszeitung "Magyar Idők" schrieb, statt dass der deutsche Staat seine Bürger schütze, sei er ein Helfershelfer der Migranten und passe sich an die Normen von Banden an, die Bürger überfielen.

Auch in Polen und Tschechien fühlen sich nach den Überfällen von Köln Regierungspolitiker in ihrer flüchtlingsfeindlichen Haltung bestärkt. Polens Regierungschefin Beata Szydło warf westeuropäischen und deutschen Politikern letzte Woche vor, die Flüchtlingsproblematik nicht ernst genug genommen zu haben, ihr Stellvertreter Piotr Gliński sagte, man werde noch genauer als bisher untersuchen, wer nach Polen komme - junge Migrantenmänner wolle man nicht im Land haben. Der tschechische Regierungschef Bohuslav Sobotka sprach sich für die sofortige und automatische Abschiebung straffälliger Flüchtlinge aus Europa aus.

Rumänien beklagt "offizielle Zensur" zu Köln

In Rumänien nahm der einflussreiche ehemalige Staatspräsident Traian Băsescu die Überfälle von Köln zum Anlass für die Forderung, dass Rumänien sich, ähnlich wie auch seine osteuropäischen Nachbarn, gegen eine Quotenregelung für Flüchtlinge stellen müsse. Muslimische Flüchtlinge seien im Geist des Koran erzogen, sie seien es gewohnt, Frauen in der Öffentlichkeit die Kehle durchzuschneiden oder sie mit Steinen zu bewerfen, sie könnten sich an die europäische Kultur nicht anpassen.

Der bekannte konservativ-liberale rumänische Europaparlamentarier Traian Ungureanu schrieb in einem Kommentar für die Tageszeitung "Adevărul", Angela Merkel und ihre Einladung zur ungehinderten Migration nach Deutschland seien die "Katastrophe des Jahrhunderts"; in Deutschland herrsche eine "offizielle Zensur" zu den Ereignissen von Köln. "Jeder Protest, jeder Fingerzeig gegen Massenvergewaltigung wird sofort als Rassismus oder Extremismus eingestuft. Es ist die Pflicht der öffentlichen Organe, Fakten zu verstecken und zu bestreiten."

Ungureanus Kollege, der nationalistisch-konservative bulgarische Europaparlamentarier Angel Dzhambazki sagte in einer Sendung des bulgarischen privaten Kanals "Nova TV" zu den Überfällen von Köln, die Mehrheit der illegalen Einwanderer teilten keine europäischen Werte, sie würden gegen nicht-muslimische Frauen jederzeit wieder Taten wie die von Köln begehen; sie seien nicht integrationsfähig. Nur wer blind und dumm sei, so Dzhambazki, habe nicht erwartet, was in Köln passiert sei.

**Load-Date:** January 12, 2016

[50.000 Flüchtlinge erreichen Griechenland - allein im Juli;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/50-000-fluechtlinge-erreichten-im-juli-griechenland-a-1047301.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/50-000-fluechtlinge-erreichten-im-juli-griechenland-a-1047301.html)

SPIEGEL ONLINE

07. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 323 words

**Byline:** apr/dpa/AP

**Highlight:** Griechenland haben im Juli so viele Flüchtlinge wie im ganzen Jahr 2014 erreicht. Die Hilfsorganisationen in dem Krisenland sind überfordert. Laut Uno-Flüchtlingshilfswerk ist die Lage dramatisch - und beschämend für Europa.

## Body

---

Die Zahl der in Griechenland angekommenen Flüchtlinge hat im Juli einen neuen Rekordstand erreicht. Wie die EU-Grenzschutzagentur Frontex in Warschau mitteilte, kamen allein in diesem Monat knapp 50.000 Menschen in Griechenland an - so viele wie im gesamten Vorjahr.

Auf dem Weg über das Mittelmeer riskieren viele Flüchtlinge ihr Leben. Erst am Mittwoch war ein völlig überfülltes Holzboot auf dem Weg nach Italien rund 25 Kilometer vor der libyschen Küste gekentert - mit etwa 600 Menschen an Bord. Mehr als 200 Menschen werden noch vermisst .

Viele Flüchtlinge wählen jedoch einen anderen Weg: durch die Ägäis nach Griechenland. Auf kleinen Booten steuern sie laut Frontex über die Türkei die griechischen Inseln Lesbos, Chios, Kos und Samos an. Frontex appellierte an die EU-Staaten, die Grenzschutzmission insgesamt mit mehr Schiffen und Personal zu unterstützen.

In Griechenland ist die Lage laut Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR dramatisch. Die Behörden und die Hilfsorganisationen seien überfordert. Der für Europa zuständige UNHCR-Direktor sagte, die Lage sei beschämend für die Europäische Union.

Die Registrierung der Flüchtlinge ist angesichts der hohen Zahl der Ankömmlinge und der zum Teil chaotischen Bedingungen vor Ort laut Frontex äußerst schwierig. Ministerpräsident Alexis Tsipras forderte im Staatsfernsehen die Europäische Union zum Handeln auf.

Eine Sprecherin der EU-Kommission sagte, Griechenland habe bereits jetzt die Zusicherung, bis 2020 rund 260 Millionen Euro aus dem sogenannten Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zu erhalten. Für die Auszahlung der ersten Tranche müsse das Land aber noch einige der vereinbarten Bedingungen erfüllen. Weitere 166 Millionen Euro für Griechenland sind nach Angaben aus Brüssel für den Fonds für die innere Sicherheit (ISF) eingeplant. Die ISF-Gelder sind dafür vorgesehen, den Grenzschutz der Mitgliedstaaten zu stärken.

50.000 Flüchtlinge erreichen Griechenland - allein im Juli <http://www.spiegel.de/politik/ausland/50-000-fluechtlinge-erreichten-im-juli-griechenland-a-1047301.h....>

ap/dpa/AP

**Load-Date:** August 8, 2015

---

End of Document

## Mehr Diebstähle, weniger Prügeleien auf Bahnhöfen

SPIEGEL ONLINE

04. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / JUSTIZ

**Length:** 375 words

**Byline:** Martin Scheele

**Highlight:** Im vergangenen Jahr ist es zu vielen Verstößen gegen das Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz gekommen. 2015 stieg zudem die Zahl der Diebstähle auf Bahnhöfen laut der Bundespolizei um 25 Prozent.

### Body

---

In deutschen Bahnhöfen und Zügen ist es im vergangenen Jahr zu deutlich mehr Diebstählen als 2014 gekommen. Die Zahl dieser Delikte ist um ein Viertel auf 44.800 Fälle im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, wie aus dem Jahresbericht der Bundespolizei hervorgeht.

Insgesamt registrierte die Behörde im vergangenen Jahr 436.387 Straftaten - 31,6 Prozent mehr als 2014. Der Anstieg geht vor allem auf eine drastische Zunahme der Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz in der EU zurück. Im Zuge massiv gestiegener Flüchtlingszahlen wuchs die Zahl dieser Delikte demnach um gut 100.000 auf 171.477.

Nahezu unverändert blieben hingegen die Fallzahlen bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten, die mit 153.831 um 0,6 Prozent niedriger lagen als 2014. Bei den sonstigen Straftaten, darunter Sachbeschädigung, verzeichnete die Bundespolizei sogar einen Rückgang um insgesamt 6,7 Prozent auf 41.789 Fälle. Stark sank auch die Zahl der Körperverletzungen. In 2015 wurden 8331 Fälle gezählt, 9,3 Prozent weniger als 2014.

Zahl der Abschiebungen steigt auf 22.369

Großen Raum nimmt in dem Jahresbericht der Zuzug von Flüchtlingen ein. Demnach stellte die Bundespolizei 2015 insgesamt 865.374 Migranten bei der unerlaubten Einreise fest. Die meisten eingereisten Schutzsuchenden an einem Tag wurden mit rund 14.000 am 12. September 2015 gezählt. Die Zahl der Abschiebungen stieg dem Bericht zufolge 2015 auf 22.369 - im Vorjahr hatte sie noch 13.851 betragen. Diese Steigerung sei jedoch deutlich hinter der Steigerungsrate bei den unerlaubten Einreisen beziehungsweise den Asylanträgen zurückgeblieben, heißt es in dem Bericht.

Begründet durch die Zunahme von Terrorwarnungen war die Bundespolizei 2015 im Dauereinsatz. Insgesamt fielen im vergangenen Jahr etwa 2,9 Millionen Überstunden an, sagte der Chef des Bundespolizeipräsidiums, Dieter Romann. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zeigte sich skeptisch: "Die Zahlen der Leistungsbilanz drücken nicht aus, wie stark die Bundespolizei wirklich belastet ist. Unsere Kollegen haben im Schnitt 25 Krankheitstage pro Jahr



## Mehr Diebstähle, weniger Prügeleien auf Bahnhöfen

und wir haben nach wie vor rund 2,2 Millionen Überstunden auf der Uhr", teilte der Vorsitzende der GdP in der Bundespolizei, Jörg Radek, mit.

msc/AFP

**Load-Date:** November 4, 2016

---

End of Document

[Steinmeier zerreißt Klckners A2-Plan;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-frank-walter-steinmeier-zerreisst-a2-papier-von-kloeckner-a-1073891.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-frank-walter-steinmeier-zerreisst-a2-papier-von-kloeckner-a-1073891.html)

SPIEGEL ONLINE

26. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 655 words

**Byline:** als/dpa

**Highlight:** Sie fordert Grenzzentren und Tageskontingente, um den Flchtlingszuzug zu stoppen. Doch Außenminister Steinmeier hält nichts vom Plan "A2" der CDU-Spitzenpolitikerin Klöckner. Damit solle nur der Wahlkampf belebt werden.

## Body

---

"A2" heißt das eigene, zweiseitige Papier, mit dem CDU-Vizechefin Julia Klöckner seit dem Wochenende in der Flüchtlingsdebatte für Wirbel sorgt. Für Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ist der Vorstoß der Spitzenkandidatin bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vor allem eines: Wahlkampf. "Sie versucht mit alten Vorschlägen den schwächelnden Wahlkampf in Rheinland-Pfalz wiederzubeleben", sagte der SPD-Politiker dem "Reutlinger General-Anzeiger".

Klckners Konzept zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen erinnere an Vorschläge zu Obergrenzen in Österreich. "Da wird etwas in die politische Landschaft gestreut und anschließend juristische Gutachten in Auftrag gegeben. Das zeugt von der Unsicherheit derjenigen, die solche Vorschläge machen."

Klöckner plädiert bei ihrem "Plan A2" dafür, die Flüchtlingsaufnahme nur noch über Zentren an der deutschen Grenze und Registrierungsstellen in Italien, Griechenland und der Türkei abzuwickeln - und den Zuzug durch täglich veränderbare Kontingente zu steuern. Direkt an der Grenze zu Österreich sollen Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen, wo Schutzsuchende registriert und nach einer "Erstprüfung" ihres Asylantrags entweder auf die Länder weiterverteilt oder aus Deutschland weggeschickt werden.

"Die von ihr vorgeschlagenen Zentren haben wir schon vor Monaten diskutiert und verworfen", kritisierte Steinmeier Klckners Vorschläge. Das Problem bei Kontingenten sei, dass sie erst greifen, wenn man den Zugang von Flüchtlingsen reduziere. Um das zu erreichen, habe die Bundesregierung das erste und zweite Asylpaket auf den Weg gebracht. Das sei der Weg. Und wer etwas anderes vorspiegele, sage nicht die ganze Wahrheit.

Merkels Kritiker lassen nicht locker

Steinmeier zerreißt Klckners A2-Plan <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-frank-walter-steinmeier-zerreisst-a2-papier-von-kloeckner-a-1073891....>

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley bezeichnete Klckners Plan in der "Neuen Osnabrücker Zeitung" als "Papiertiger". Die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung sei wegen des Dauerstreits um die Flüchtlingspolitik gefährdet.

Die Kritiker von Kanzlerin Merkels Flüchtlingspolitik innerhalb der Union setzen die Regierungschefin derweil weiter unter Druck. "Mit dem EU-Gipfel Mitte Februar müssen wir spätestens zu einer diplomatischen Lösung in der Flüchtlingsfrage kommen", sagte der CDU-Innenexperte Armin Schuster der Deutschen Presse-Agentur. "Es ist deshalb richtig, bereits jetzt wirksame nationale Maßnahmen vorzuplanen, sollten uns die europäischen Partner weiterhin im Stich lassen." Schuster stellte sich hinter die Vorschläge Klckners. Er ist einer von 44 Unterzeichnern eines kritischen Briefes an Merkel.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) setzt zur Reduzierung der Zahl von Flüchtlingsen auf Verhandlungen mit der Türkei. "Wir haben einen Interessensausgleich mit der Türkei vor uns", sagte er im ZDF-"Heute-Journal". Von der Türkei aus müsse die illegale Migration erheblich reduziert werden. Es gebe einen Rückgang bei den Zahlen, der aber vor allem durch das Winterwetter beeinflusst sei.

Der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erneuerte die CSU-Forderung, Obergrenzen beim Asylzugang einzuführen und konsequent durchzusetzen sowie die nationalen Grenzen zu schtzen. "Wir brauchen klare Signale - und ein Zaun ist auch ein Signal", sagte er am Montag im Fernsehsender phoenix. "Die Mehrheit im Bundestag ist noch auf Seiten der Kanzlerin. Aber ich sehe, dass diese Mehrheit bröckelt. Und wenn sich die Mehrheiten ändern, werden sich auch die Zuständigen besinnen müssen, ihre Politik zu ändern."

Die bayerische Staatsregierung will am Dienstag in einem offiziellen Brief an den Bund eine wirksame Sicherung der deutschen Grenze verlangen. Das Schreiben verdeutlicht weiter die Spannungen zwischen CSU und Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingspolitik. Wenn die Bundesregierung in ihrer Antwort die bayerische Forderung ablehnt, will Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage einreichen.

als/dpa

**Load-Date:** January 26, 2016

**"Wahrscheinlich werden diese Zahlen noch steigen";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-praesident-manfred-schmidt-zu-fluechtlingskrise-a-1050538.html>**

SPIEGEL ONLINE

31. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1639 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** 800.000 Asylbewerber kommen in diesem Jahr, vor allem der Zuzug von Syrern reißt nicht ab. Im Interview erklärt der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, wie Deutschland die Flüchtlingskrise bewältigen kann.

## Body

---

Nach Deutschland werden in diesem Jahr mehr Asylbewerber kommen als jemals zuvor - wie sollen Politik, Bürger und Behörden mit ihnen umgehen? Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Manfred Schmidt, spricht sich im Interview für härtere Maßnahmen aus, um den Zuzug der Asylbewerber aus den Balkanländern zu senken - und erklärt, welche Perspektive Deutschland afrikanischen Flüchtlingen bieten kann.

Er sei überzeugt, dass die deutsche Gesellschaft die vielen Flüchtlinge aus Syrien gut integrieren könne, so Schmidt.

Lesen Sie hier das ganze Interview:

**SPIEGEL ONLINE:** Herr Schmidt, immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland - in diesem Jahr rechnen Sie mit 800.000 Asylanträgen - das ist eine Vervielfachung gegenüber dem letzten Jahr. Werden die Zahlen weiter ansteigen?

**Manfred Schmidt:** Das ist schwierig zu sagen. Ob wir nächstes Jahr ähnlich hohe Zahlen haben, wird auch davon abhängen, ob es uns gelingt, den Zuzug aus den Balkanländern wie Serbien und Albanien zu senken - Menschen, die aus dieser Region kommen, werden so gut wie nie als Flüchtling oder Asylberechtigte anerkannt, machen aber rund 40 Prozent der Asylbewerber aus.

**SPIEGEL ONLINE:** Wie sieht der Trend bei den syrischen Flüchtlingen aus? Hunderttausende warten in der Türkei darauf, dass sie weiter nach Mittel- oder Westeuropa ziehen können.

**Schmidt:** Die Syrer machten 2015 bislang die größte Gruppe unter den Asylbewerbern aus, und das Innenministerium hat seine Prognose auch deshalb so stark erhöht, weil in den Sommermonaten sehr viele Syrer und auch Iraker über die Ägäis nach Deutschland gekommen sind . Wahrscheinlich werden diese Zahlen noch

"Wahrscheinlich werden diese Zahlen noch steigen" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-praesident-manfred-schmidt-zu-fluechtlingskrise-a-1050538.html>

steigen. Die Situation in den Transitländern, zum Beispiel in der Türkei und im Libanon, wird schlechter. Und die Hoffnungslosigkeit der Syrer wird immer größer: Viele Syrer, die in Nachbarländer geflohen sind, hatten die Idee zurückzugehen. Aber jetzt merken sie: In Syrien wird die Lage immer schlimmer. Und im Libanon oder der Türkei sehen sie auch keine Perspektive. Viele Kinder haben seit Jahren nicht die Möglichkeit, in die Schule zu gehen. Es wächst dort eine verlorene Generation heran. Das Ergebnis: Die Menschen wollen jetzt dahin, wo sie eine Chance sehen, ihr Leben aufzubauen. Hinzu kommen werden in den nächsten Jahren noch schätzungsweise bis zu 200.000 Familienangehörige von Syrern, die in Deutschland ein Aufenthaltsrecht bekommen.

**SPIEGEL ONLINE:** Es sind in den vergangenen Jahren auch immer mehr Flüchtlinge aus dem subsaharischen Afrika gekommen, viele von ihnen aus wirtschaftlicher Not. Die Bevölkerung in Afrika wird sich schätzungsweise bis 2100 fast vervierfachen. Müssen wir mehr über die afrikanischen Flüchtlinge sprechen?

**Schmidt:** Man muss hier deutlich unterscheiden: Auf der einen Seite gibt es Asylbewerber aus Ländern wie Eritrea oder Somalia, die aus politischen Gründen fliehen. Oder Nigerianer, die der islamistischen Boko Haram-Miliz entkommen. Auf der anderen Seite verlassen aber auch sehr viele Menschen aus anderen westafrikanischen Ländern ihre Heimat, weil sie eine zweite Chance wollen. Sie sehen wirtschaftlich keine Lebensperspektive in ihrem Land und wollen nach Europa beziehungsweise Deutschland, um zu arbeiten und ihre Familie in Afrika zu unterstützen.

**SPIEGEL ONLINE:** Die Situation dort ist nicht erst seit ein paar Jahren schwierig - wie erklären Sie sich den aktuellen Anstieg?

**Schmidt:** Die Welt ist in den letzten 20 Jahren kleiner geworden, es gibt durch Internet und Handy mehr Informationen. So spricht sich herum, dass Deutschland der Wirtschaftsmotor in Europa ist, dass hier Arbeitskräfte gesucht werden, dass es hier sicher und geordnet zugeht. Wenn man sich manchmal mit Flüchtlingen unterhält, schildern die Situationen, die für uns so selbstverständlich sind, dass wir sie gar nicht mehr wahrnehmen. Ein Mann sagte mir: "Das finden wir super, bei euch gibt es eine rote Ampel, und die Menschen bleiben stehen." Unser Ruf im Ausland ist wesentlich besser, als wir denken.

**SPIEGEL ONLINE:** Welche Perspektive kann Deutschland diesen Flüchtlingen bieten?

**Schmidt:** Wir müssen den Menschen vermitteln, dass der Weg über das Asylsystem für sie nicht der richtige Weg nach Deutschland ist und auch in den afrikanischen Ländern selbst deutlich machen, dass es legale Wege gibt, als Arbeitskraft nach Deutschland einzuwandern - zum Beispiel für Mangelberufe im Pflege- oder Gesundheitswesen. Denkbar wäre es auch, Ausbildungsabkommen mit afrikanischen Ländern abzuschließen. Aber natürlich ist es auch nicht realistisch und nicht sinnvoll, dass das gesamte Arbeitskräftepotenzial Westafrikas in Deutschland unterkommt, insofern müssen wir weiter darin investieren, in den Ländern selbst gute Strukturen aufzubauen.

**SPIEGEL ONLINE:** Noch immer steigen die Zuzugszahlen aus den Balkanländern leicht an - trotz aller Kampagnen und Interviews vor Ort, die den Menschen klar machen sollen, dass sie keine Chance auf Asyl in Deutschland haben. Was soll denn gegen den Zuzug helfen?

**Schmidt:** Da müssen mehrere Maßnahmen zusammen greifen. Wir brauchen natürlich schnelle Verfahren, dann den schnellen Vollzug der Ausweisung - und schließlich müssen wir auch rechtliche Maßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel Wiedereinreisesperren für Menschen, deren Antrag abgelehnt wurde, wie es das gerade in Kraft getretene Gesetz nun ermöglicht. Außerdem brauchen wir viel mehr Richterstellen, denn rund die Hälfte aller Asylentscheidungen für Menschen aus dem Balkan werden angefochten und müssen vor Gericht. Am Beispiel Kosovo sehen wir, dass schnelle Verfahren wirken. Im Februar 2015 kamen täglich bis zu 1600 Menschen von dort hierher. Diese Zahl ist auf unter 60 gesunken.

**SPIEGEL ONLINE:** Der SPD-Oberbürgermeister von Erfurt hat gefordert, dass Kinder von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten erst dann zur Schule gehen dürfen, wenn ihr Asylantrag entschieden ist. Trägt man damit nicht die Debatte auf dem Rücken der Schwächsten aus?

"Wahrscheinlich werden diese Zahlen noch steigen" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-praesident-manfred-schmidt-zu-fluechtlingskrise-a-1050538.html>

Schmidt: Das klingt erst einmal grausam. Aber letztlich weiß ich nicht, was für die Kinder schlimmer ist: Vorgegaukelt zu bekommen, hier bleiben zu dürfen, sich für drei Monate in eine Schulklasse einzufügen, um dann wieder in ihre Heimat zurückgeschickt zu werden, oder von vornherein klar zu machen: Ihr dürft hier höchstwahrscheinlich nicht bleiben. Letztlich halte ich diesen Vorstoß für konsequent.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben auch angeregt, Bargeldleistungen für Asylbewerber aus dem Balkan zu streichen. Warum?

Schmidt: Wir müssen das für die sicheren Herkunftsländer ernsthaft erwägen. Die Menschen von dort sagen uns zum Teil: Wenn wir drei, vier Monate hier sind, können wir uns mit dem Geld, das wir hier bekommen, bis zu einem Jahr in unserer Heimat finanzieren. Das gilt zum Beispiel für eine fünfköpfige Familie aus Albanien, die in drei Monaten neben Kleidung, Nahrung und Hygieneartikeln in den Erstunterkünften über 1600 Euro bekommt, während der Durchschnittslohn etwa in ländlichen Gebieten Albaniens bei 200 Euro im Monat liegt. Das Bargeld scheint also ein Anreiz zu sein, der dazu beiträgt, dass die Menschen hierher kommen, obwohl sie dann fast immer wieder gehen müssen.

SPIEGEL ONLINE: Wenn die Asylverfahren schneller entschieden würden, dann würden diese Menschen nicht monatelang Taschengeld bekommen.

Schmidt: Ist es besser, den Anreiz beizubehalten und eine fünfköpfige Familie erst hierher ziehen zu lassen, um sie dann schnell wieder zurückzuschicken, als diesen Pullfaktor von vornherein wegzulassen? Diese Logik verstehe ich nicht.

SPIEGEL ONLINE: Es liegen schon jetzt rund 250.000 Anträge in Ihrem Amt unbearbeitet, nun kommen Hunderttausende dazu. Wie wollen Sie das abarbeiten?

Schmidt: Es wird neue Entscheidungszentren in mehreren Städten geben, und tausend neue Mitarbeiter werden in diesem Jahr eingestellt, 2016 kommen noch mal bis zu 1000 weitere hinzu. Das macht sich bereits bemerkbar: Bis Juli haben wir bereits mehr Anträge bearbeitet als im gesamten Jahr 2014. Wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten sechs Monaten noch einmal bis zu 200.000 Entscheidungen treffen können.

SPIEGEL ONLINE: Wie viele Flüchtlinge kann Deutschland denn noch aufnehmen?

Schmidt: Es kann für die Aufnahme von Menschen, die vor Verfolgung fliehen und Schutz brauchen, keine Grenze nach oben geben.

SPIEGEL ONLINE: Sind wir als Gesellschaft darauf vorbereitet, die vielen syrischen Flüchtlinge zu integrieren?

Schmidt: Ja, davon bin ich überzeugt. Es gibt ein ungeheures Engagement der Menschen in Deutschland. Einmal Heidenau - dagegen kann man 100 oder 200 Mal Ehrenamt stellen. Im Übrigen nehmen die Syrer, die ich kennengelernt habe, ihre Chance in Deutschland mit großer Anstrengung wahr. Sie wissen, dass hier ihr zweites Leben beginnt.

SPIEGEL ONLINE: Fast täglich gibt es derzeit Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Überrascht Sie dieses Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit?

Schmidt: Nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen Anfang der Neunzigerjahre hatte ich die Hoffnung, dass diese dunkle Zeit hinter uns liegt. So ist das aber leider nicht. Was wir jetzt in Heidenau erlebt haben, das sind Kriminelle, denen man nicht anders beikommt, als mit Mitteln der Strafverfolgung. Aber ich bin sicher, dass die Gesellschaft in ihrer großen Mehrheit viel weiter ist als damals. Was mir übrigens immer wieder auffällt: Das Thema ist insgesamt sehr emotional. Bilder von Flüchtlingen haben eine große Macht - wenn darauf zum Beispiel nur junge Männer zu sehen sind, dann reagieren viele abwehrend. Sobald aber Kinder und Familien auf den Fotos sind, steigt das Mitgefühl enorm.

"Wahrscheinlich werden diese Zahlen noch steigen" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-praesident-manfred-schmidt-zu-fluechtlingskrise-a-1050538.html>

**Load-Date:** August 31, 2015

---

End of Document

**Politiker wollen Zuzug vom Balkan bremsen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-politiker-wollen-illegale-zuwanderung-vom-balkan-bremsen-a-1045438.html>**

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 469 words

**Byline:** syd/AFP/dpa

**Highlight:** Viele Menschen aus Albanien, Montenegro und dem Kosovo kommen nach Deutschland - zu viele, finden Politiker verschiedener Parteien. Um das zu ändern, haben sie aber ganz unterschiedliche Vorschläge.

## Body

---

Zehntausende Menschen vom Westbalkan sind in den vergangenen Monaten nach Deutschland gekommen und haben **Asyl** beantragt. Kaum jemand hat Aussicht, als **asylberechtigt** anerkannt zu werden. Nun debattiert die Politik darüber, wie der Zuzug aus Südosteuropa gebremst werden kann.

Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier regte an, Flüchtlingen statt Taschengeld nur noch Sachleistungen zu geben, um die Attraktivität Deutschlands für Einwanderer zu senken. Ein Lehrer aus Albanien etwa bekomme in Deutschland "in drei, vier, fünf Monaten" mehr Geld, als er "in zwei oder drei Jahren zu Hause" verdienen könne, sagte der CDU-Politiker dem Sender HR-Info. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer habe Recht, wenn er sage, dass die staatlichen Leistungen attraktiv für Flüchtlinge seien.

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, forderte die Wiedereinführung der Visumpflicht für die Länder der Region. "Die Einführung einer Visumpflicht kann ein Schritt sein, die Zuzugszahlen zu begrenzen", sagte Landsberg der "Welt".

Er bekräftigte zugleich die Forderung, Albanien, Montenegro und das Kosovo als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, "damit aussichtslose Asylanträge rascher bearbeitet werden können". Asylanträge von Bürgern aus sicheren Herkunftsstaaten werden in der Regel als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt, da in solchen Staaten eine politische Verfolgung als ausgeschlossen gilt.

Kretschmann will legale Einwanderung erleichtern

Serbien, Mazedonien und Bosnien wurden bereits zu sicheren Herkunftsstaaten deklariert. Zuletzt wurden zunehmend Forderungen laut, auch Albanien, Montenegro und das Kosovo als solche einzustufen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) schloss dies in einem Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nicht grundsätzlich aus.



Politiker wollen Zuzug vom Balkan bremsen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-politiker-wollen-illegale-zuwanderung-vom-balkan-bremsen-a-1045....>

Dafür müsse aber das Bundesinnenministerium nachweisen, dass die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien als sichere Herkunftsländer zum deutlichen Rückgang der Asylbewerberzahlen geführt habe, forderte Kretschmann. "Für sinnvolle Maßnahmen, für die sich eine Wirkung nachweisen lässt, bin ich immer offen." Der Grünen-Politiker hatte trotz Vorbehalt seiner Partei im Bundesrat für die Einstufung der drei Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer gestimmt.

Der Ministerpräsident plädierte zugleich dafür, die legale Einwanderung aus der Region zu erleichtern. Um den Migrationsdruck zu mindern, sollte ein "maßgeschneidertes Einwanderungsangebot" gemacht werden, sagte Kretschmann. "Wir könnten Einwanderungskorridore für die hiesigen Mangelberufe, etwa für das Pflegepersonal, schaffen." Der Westbalkan gehöre zu Europa und müsse stabilisiert werden.

Video: Brandenburgs Innenstaatssekretär Kahl über wachsende Zahl von Asylbewerbern

syd/AFP/dpa

**Load-Date:** July 27, 2015

---

End of Document

**EU hält Militäreinsatz auf dem Balkan für nutzlos;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-eu-haelt-militaereinsatz-auf-westbalkan-fuer-sinnlos-a-1077858.html>**

SPIEGEL ONLINE

17. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 594 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** Nato-Schiffe sind bereits im Einsatz - und Forderungen werden lauter, in der **Flüchtlingskrise** auch an Land Truppen einzusetzen. Die EU hält das einem internen Dokument zufolge für sinnlos.

## Body

---

Sollten europäische Truppen auf die Westbalkanroute eingesetzt werden, um die Zuwanderung von **Migranten** unter Kontrolle zu bringen? Zuletzt hat Österreich mit einem solchen Vorschlag für Schlagzeilen gesorgt. Und auch in manchen osteuropäischen Staaten hält man das offenbar für eine gute Idee. In EU-Kreisen heißt es, Staaten wie etwa Ungarn würden schon seit Monaten auf einen solchen Einsatz drängen.

Natürlich gehe dies nur auf Wunsch der griechischen Regierung, und Athen müsse einen solchen Einsatz auch koordinieren, heißt es. Doch dem Vernehmen nach hegt man in der Visegrád-Gruppe mit Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Polen die Hoffnung, dass sich die griechische Regierung inzwischen gezwungen sehen könnte, um einen solchen Einsatz zu bitten. Dies könne schon am Donnerstag oder Freitag auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel geschehen.

Doch laut einem internen Dokument, dass SPIEGEL ONLINE vorliegt, steht die EU-Kommission dem äußerst skeptisch. Der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) hat demnach kürzlich geprüft, ob es sinnvoll wäre, Kräfte aus dem Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auf die Westbalkanroute zu schicken. Unter der GSVP koordinieren die EU-Staaten seit einigen Jahren gemeinsame Militäreinsätze und ziviles Krisenmanagement. In dem vertraulichen Papier kommen die Experten aus dem Haus der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini zu einem klaren Schluss: Der Einsatz von GSVP-Kräften auf dem Westbalkan, der Hauptroute der Flüchtlinge nach Europa, wäre weitgehend sinnlos.

Man reagiere mit der Prüfung auf "mehrere Vorschläge", militärische Instrumente in Westbalkanstaaten - insbesondere in Serbien und Mazedonien - einzusetzen, heißt es. Denkbare Aufgaben könnten sein:

eine bessere Identifizierung und Registrierung von Migranten  
die Klärung ihrer Asylberechtigung  
humanitäre Hilfen  
der Aufbau temporärer Aufnahmezentren sein.

Bisher keine Anfrage vom Westbalkan

EU hält Militäreinsatz auf dem Balkan für nutzlos <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-eu-haelt-militaereinsatz-auf-westbalkan-fuer-sinnlos-a...>

Doch die Probleme wären beachtlich, schrieben die EEAS-Experten an das Politische und Sicherheitspolitische Komitee der EU, das aus ranghohen Vertretern der Mitgliedstaaten besteht. So müsste eine GSVP-Mission unter EU-Führung von den betroffenen Staaten vollständig akzeptiert und mitgetragen werden. "Bisher hat kein Land auf dem Westbalkan eine solche Anforderung gestellt", heißt es in dem Dokument. "Und es scheint unwahrscheinlich, dass irgendein Land dies tun wird."

Eine Alternative wäre, die Behörden in Westbalkanstaaten lediglich zu unterstützen. Doch auch hier wäre der Nutzen zweifelhaft, schreiben die EEAS-Fachleute. Denn die EU-Grenzschutzagentur Frontex helfe den von der Flüchtlingskrise betroffenen Staaten bereits. Ein zusätzlicher Einsatz militärischer Mittel könnte Überschneidungen und dadurch "zusätzliche Herausforderungen bei der Koordinierung schaffen".

Ohnehin seien die Flüchtlinge auf der Westbalkanroute - abgesehen von dem sehr kurzen Seeweg über die Ägäis - nahezu ausschließlich auf dem Landweg in "gut regierten Staaten" unterwegs. Sinnvoller seien GSVP-Missionen in schwächeren Staaten oder in internationalen Gewässern. Und hier, etwa auf der zentralen Mittelmeerroute, ist die EU bereits mit der Mission Navfor Med (Operation Sophia) militärisch aktiv.

Offensichtlich wurde dieser Wunsch erhört: Nicht mal eine Woche, nachdem der EEAS seine Einschätzung versendet hatte, beschloss die Nato auf Initiative von Deutschland und der Türkei, einen Marineverband in die Ägäis zu schicken, um bei der Sicherung der griechisch-türkischen Grenze zu helfen.

**Load-Date:** February 17, 2016

---

End of Document

**"Kein Ersatz für eine organisierte Flüchtlingspolitik";  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-alexander-graf-lambsdorff-kritisiert-tuerkei-reise-a-1076158.html>**

SPIEGEL ONLINE

08. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 606 words

**Byline:** heb/dpa

**Highlight:** Kanzlerin Merkel ist in Ankara gelandet, FDP-Europapolitiker Lambsdorff bezweifelt den Sinn der Türkei-Reise: Dies sei kein ernsthafter Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.

## Body

---

Noch immer kommen Tausende Flüchtlinge über die Türkei nach Europa. Seit Anfang des Jahres kamen der Uno zufolge bis zu 70.000 Menschen in Griechenland an . Die Türkei ist für Migranten das wichtigste Transitland auf dem Weg nach Mittel- und Nordeuropa.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will die Regierung in Ankara nun erneut drängen, die Grenzen zur EU stärker abzuriegeln, wie es die Türkei im November versprochen hatte - sonst droht ihr Kurs in der Flüchtlingskrise zu scheitern ( Lesen Sie hier die Analyse ). Am Montagmorgen landete die Regierungschefin in der Türkei.

FDP-Europapolitiker Alexander Graf Lambsdorff stellte den Sinn des Besuches in Ankara infrage. Die Reise von Merkel sei kein ernsthafter Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. "Wiederholte Reisen in die Türkei sind kein Ersatz für eine eigene organisierte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, und die fehlt hier nach wie vor", sagte der stellvertretende Präsident des Europaparlaments im Deutschlandfunk . "Es ist ein einziges Gezänk in Berlin, und da wird auch eine Reise in die Türkei nichts ändern."

Stattdessen müssten Fragen geklärt werden wie etwa die einer gemeinsamen europäischen Küstenwache oder eines gemeinsamen Asyl- und Migrationsrechts innerhalb der Europäischen Union. Merkel müsse deshalb den anstehenden EU-Gipfel (18. und 19. Februar) nutzen, um die Mitgliedstaaten zu einer gemeinsamen Lösung zu bewegen.

Merkel traf am Montag zuerst den türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu. Er empfing seine Amtskollegin mit militärischen Ehren. Sie begrüßte die Soldaten, die bei Schnee und Sonnenschein angetreten waren, kurz auf Türkisch.

Am Nachmittag empfängt Staatsoberhaupt Recep Tayyip Erdogan die Kanzlerin in seinem Präsidentenpalast. Bei den Gesprächen Merkels in Ankara soll es darum gehen, welchen Beitrag die Türkei zur Begrenzung der

"Kein Ersatz für eine organisierte Flüchtlingspolitik" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-alexander-graf-lambsdorff-kritisiert-tuerkei-reise-a-....>

Flüchtlingszahlen Richtung Westeuropa leisten kann und welche Hilfe sie dafür benötigt. Die EU hat Ankara bereits mindestens drei Milliarden Euro für die Versorgung der Flüchtlinge im Land zugesagt.

Außerdem sollen die EU-Beitrittsverhandlungen und die Gespräche zur visafreien Einreise für Türken beschleunigt werden. In der EU werden die bisherigen Anstrengungen der Türkei als nicht ausreichend angesehen.

Grünen-Parteichef Cem Özdemir bezweifelte, dass die Milliarden für die Türkei den Flüchtlingsandrang nach Europa bremsen könnte. "Allein Bezahlen wird es nicht lösen", sagte Özdemir MDR Info. "Dazu gehört natürlich auch, dass die Türkei und Griechenland ihre Ressentiments beiseitelegen müssen. Das Schlepper-Unwesen ist ja Teil der türkischen Ökonomie."

Die Linke-Fraktionschefin im Bundestag, Sahra Wagenknecht, warnte die Bundesregierung davor, sich in der Flüchtlingskrise von der Türkei erpressen zu lassen. "Wir sollten aufpassen, dass Deutschland nicht immer stärker erpressbar wird von einem Regime, dass mit unseren Wertvorstellungen nicht das geringste gemein hat und das eine Mitverantwortung für das ganze Desaster hat", sagte Wagenknecht dem SWR.

Nicht einfacher geworden ist die Zusammenarbeit mit der Türkei durch die dramatische Lage im Südosten des Landes. Dort harren an der Grenze auf syrischer Seite Zehntausende Menschen aus, sie sind vor der durch russische Bombenangriffe unterstützten Regierungsoffensive aus Aleppo und Umgebung geflohen.

Die EU fordert die türkische Regierung auf, die Flüchtlinge ins Land zu lassen. Die Türkei aber will die Menschen offenbar zunächst auf syrischer Seite versorgen, Präsident Erdogan schließt allerdings nicht aus, dass die Grenze geöffnet wird.

heb/dpa

**Load-Date:** February 8, 2016

[Rom riecht wie Damaskus;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-was-aus-den-  
fluechtlingen-vom-papst-wurde-a-1094302.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-was-aus-den-fluechtlingen-vom-papst-wurde-a-1094302.html)

SPIEGEL ONLINE

27. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 470 words

**Byline:** ras

**Highlight:** 13:37:00 Zwölf Syrer hatte Papst Franziskus im April von der griechischen Insel Lesbos nach Rom mitgebracht. Was ist aus ihnen geworden?

## Body

---

Bei seinem Besuch auf der griechischen Insel Lesbos im April wollte Papst Franziskus ein Zeichen setzen : Er nahm aus dem **Flüchtlingslager** Moria drei syrische Familien mit, insgesamt zwölf Menschen. Wo und wie leben sie inzwischen? Die britische Zeitung "Guardian" hat zwei der Familien in Rom getroffen.

Laut dem Bericht sind die syrischen Familien gleich nach ihrer Ankunft in Rom von der römisch-katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio aufgenommen worden. Jede von ihnen hat in einem Gebäude der Gemeinschaft ein Zimmer bekommen, in dem noch andere Flüchtlinge und bedürftige Italiener leben. Küche und Bad teilen sie sich mit ihren Nachbarn.

Sie wohnen dort umsonst und können gratis die Sprachschule der Sant'Egidio Gemeinschaft besuchen, um Italienisch zu lernen. Hin und wieder erhielten sie rund 30 Euro für ihre Ausgaben, sagte ein Sprecher der Gemeinschaft. Derzeit seien sie "Gäste des Papstes"; ihr Antrag auf Asyl wird noch bearbeitet. Es ist unklar, wo es danach für sie weitergehen wird: im Vatikanstaat? Oder außerhalb?

Nour Essa, 30, und ihr Mann Hasan Zaheda, 31, aus Damaskus sagten der britischen Zeitung, dass sie sich wohlfühlten in Rom. Die Stadt erinnere sie an ihre Heimat vor dem Krieg. Das Wetter, der Jasminblütengeruch, "eine Stadt voller Leben", sagte Nour Essa.

Sie hofft, den Papst noch einmal persönlich zu sehen, um sich erneut bedanken zu können. "Er ist besser als alle arabischen Oberhäupter. Die haben eine solche Geste nicht fertiggebracht, obwohl wir dieselbe Religion teilen." Die Familie hofft, so schnell wie möglich Italienisch zu lernen, Arbeit zu finden und ein neues Leben zu beginnen, damit ihr zweijähriger Sohn Riad eine Zukunft hat.

Ramy Alshakarji, 51, seine Frau Suhila Ayiad, 50, und die drei Kinder stammen aus Deir Al-Sor, einer Stadt, die teils vom "Islamischen Staat" und teils vom syrischen Regime kontrolliert wird. Der Vater entschied sich zur Flucht nach Europa, weil sich seine zwei Söhne dem wehrfähigen Alter näherten. "Ich wollte verhindern, dass sie Mörder

Rom riecht wie Damaskus <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-was-aus-den-fluechtlingen-vom-papst-wurde-a-1094302.html>

werden - entweder für Baschar al-Assad oder für den IS", sagte er der US-Zeitung " Los Angeles Times ". Sein ältester Sohn träume nun davon, Zahnarzt zu werden.

Der Papst hatte nur syrische Familien mitgenommen, die vor dem 20. März auf Lesbos angekommen waren - dem Tag, an dem der EU-Türkei-Flüchtlingsdeal in Kraft trat. Seitdem werden auf den griechischen Inseln ankommende Flüchtlinge und Migranten in die Türkei zurückgeschickt, außer sie beantragen Asyl in Griechenland, was mittlerweile fast alle tun. Auf Lesbos warten nach Zahlen des Uno-Flüchtlingswerks inzwischen rund 4000 Menschen darauf, dass über ihren Antrag entschieden wird.

Fakten und Hintergründe zur Flüchtlingskrise finden Sie hier in unserem Erklärformat "Endlich verständlich".

ras

**Load-Date:** May 27, 2016

[Europarat prangert Rassismus in Ungarn an;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-europarat-prangert-rassismus-  
in-ungarn-an-a-1037824.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-europarat-prangert-rassismus-in-ungarn-an-a-1037824.html)

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 456 words

**Byline:** heb/AFP/dpa

**Highlight:** Hasstiraden gegen Einwanderer, Flüchtlinge, Roma, Juden und Homosexuelle: Rassismus zieht sich in Ungarn laut Europarat durch das "gesamte politische Spektrum". Budapest weist die Vorwürfe zurück.

## Body

---

Harsche Kritik an der ungarischen Regierung: Der Ausschuss gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats hat Ungarn wegen der gängigen öffentlichen rassistischen Hetze im Land getadelt.

Hasstiraden, die sich gegen Einwanderer, Flüchtlinge, Roma, Juden, aber auch gegen Homosexuelle richteten, beschränkten sich nicht auf die rechtsextreme Partei Jobbik und andere Radikale, heißt es in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht. Öffentliche Hetzreden seien vielmehr im "gesamten politischen Spektrum" vertreten. Ungarns Regierung wies die Vorwürfe zurück.

Als Beispiel nennt das Europaratsgremium den Fall eines prominenten Journalisten, welcher der Regierungspartei Fidesz von Premier Viktor Orbán angehört. Im Januar 2013 hatte der Journalist in einem Artikel Roma und Sinti als "Tiere" bezeichnet, die "nicht existieren dürften". Der ECRI rief alle politisch Verantwortlichen in Ungarn auf, energischer gegen solche Äußerungen vorzugehen, auch mit strafrechtlichen Maßnahmen.

Positiv sei, dass Ungarn landesweit 20 "Berater für Gleichbehandlung" einsetze und es nun eine Spezialeinheit der Polizei zum Kampf gegen rassistisch motivierte Straftaten gebe.

Kritisch äußerte sich der Ausschuss auch zu Ungarns Umgang mit Asylbewerbern. Mehr als ein Fünftel der Flüchtlinge könnten sich nicht frei bewegen, sie seien in geschlossenen Flüchtlingsheimen untergebracht. Die Experten des Europarats verweisen auch auf Berichte von NGOs, nach denen Asylbewerber in diesen Zentren oft physischen und verbalen Angriffen von Wärtern ausgesetzt sind. Zudem hätten die Flüchtlinge kaum Zugang zu Rechtsanwälten und Hilfsorganisationen.

Zugleich lobte der ECRI, dass Ungarn eine "offenere Einstellung" gegenüber Migranten sowie einen Multikulturalismus fördere. Das Europaratsgremium hatte seine Analyse allerdings bereits Mitte Dezember 2014 abgeschlossen. Nicht erwähnt wird darin die 2015 begonnene Propagandakampagne des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Orbán gegen Flüchtlinge.



Europarat prangert Rassismus in Ungarn an <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-europarat-prangert-rassismus-in-ungarn-an-a-1037824.html>

Er ist einer der erbittertsten Gegner des von der EU-Kommission vorgelegten Verteilungsplans für Flüchtlinge innerhalb der EU. Er nannte dieses Vorhaben wiederholt "verrückt". Nach dem Willen der Brüsseler Kommission sollen die Flüchtlinge künftig nach einem Quotensystem aufgeteilt werden. Dieses berücksichtigt die Bevölkerungszahl, das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosigkeit in den 28 EU-Staaten. Mehrere EU-Staaten lehnen dies bisher ab.

Besorgt äußerte sich der Europaratsausschuss auch zu den Lebensbedingungen der Roma und Sinti in Ungarn. Diese würden oft von Gemeindeverwaltungen aus Sozialwohnungen vertrieben. Außerdem würden überdurchschnittlich viele Roma-Kinder in Schulen für Lernbehinderte untergebracht.

heb/AFP/dpa

**Load-Date:** June 15, 2015

---

End of Document

## Islamismus kommt im Integrationsbericht nur am Rande vor

SPIEGEL ONLINE

09. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 730 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Deutschland kommt bei der Integration nur langsam voran. Der neue Regierungsbericht beschreibt eine wachsende Muslimfeindlichkeit unter Deutschen, problematische Einstellungen von Migranten klammert er weitgehend aus.

### Body

---

Nationale Kraftanstrengung, historische Herausforderung, Mammutaufgabe - wenn es um die Integration der zahlreichen Flüchtlinge geht, die in Deutschland in den vergangenen Jahren Zuflucht gesucht haben, kann die Wortwahl der Spitzenpolitiker nicht gewaltig genug sein.

Wie aber läuft es bisher bei der Bewältigung dieser Aufgabe? An diesem Freitag hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), ihren neuen Lagebericht vorgelegt, der im Zwei-Jahres-Rhythmus über die Situation der Migranten in Deutschland Auskunft gibt.

2016 trägt das Dokument erstmals einen veränderten Titel. So ist nicht mehr vom "Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland" die Rede, stattdessen heißt es nun: "Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration - Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland". Damit soll auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass etwa die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund heute einen deutschen Pass hat.

669 Seiten stark ist der Bericht - mit Statistiken und Grafiken im Anhang sogar weit über 700 -, er stellt Fakten aus unterschiedlichen Bereichen, etwa Bildung, Arbeitsmarkt, politische Teilhabe oder Kriminalität zusammen. Es ist eine Vermessung des Einwanderungslands Deutschland ( den kompletten Bericht finden Sie hier ).

Wie in den vergangenen Jahren kommt die Regierung zu dem Schluss: Es geht integrationspolitisch auf vielen Feldern voran - oft aber viel zu langsam.

So gibt es positive Beispiele:

An anderen Stellen aber sind Stagnation oder sogar leichte Rückschläge zu vermelden. Zum Beispiel:

In den letzten anderthalb Jahren hat vor allem der hohe Zuzug von Flüchtlingen die Diskussion über Integration in Deutschland bestimmt. Schaffen wir das, wie es die Kanzlerin gesagt hat? Noch gibt es - abgesehen

## Islamismus kommt im Integrationsbericht nur am Rande vor

der steigenden Antragsbearbeitungszahlen aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) - wenige Daten.

Eines aber ist festzuhalten: Die Zahl der Flüchtlinge, die an Integrationskursen teilnimmt, also Anstrengungen unternimmt, um in Deutschland zurechtzukommen, ist stark angewachsen.

Allerdings schaffen in absoluten Zahlen weniger Teilnehmer den Abschluss. 2014 verließen 7636 Teilnehmer den Kurs ohne hinreichende mündliche Sprachkenntnisse, 2015 waren es 8687.

Es geht in dem Bericht von Özoguz auch um beunruhigende gesellschaftliche Entwicklungen - um die gewachsene Islamfeindlichkeit etwa, um Rassismus und Diskriminierung. Als Integrationsbeauftragte ist die SPD-Politikerin auch dafür zuständig, sich stark zu machen für Migranten, die sich abgelehnt fühlen oder die angefeindet werden. So steht es auch in ihrer Aufgabenbeschreibung im Aufenthaltsgesetz .

In dem Bericht selbst schreibt Özoguz: "Eine Kernaufgabe der Beauftragten ist die Bekämpfung der ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von Ausländerinnen und Ausländern. Eng damit verbunden ist die Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung, welche oftmals mit einer 'nicht deutschen Herkunft' einhergehen."

Wo bleibt der Islamismus?

Aber an dieser Stelle fällt auf: Um extremistische Tendenzen innerhalb der Einwanderergemeinschaft geht es - trotz etwa der massiv gestiegenen Zahl von Salafisten - kaum. Das Wort Salafismus jedenfalls kommt in dem Bericht nicht vor, um Islamismus geht es nur allgemein im Zusammenhang mit Förderprogrammen gegen Extremismus.

Und im Kapitel über Antisemitismus findet sich lediglich ein kurzer Hinweis darauf, dass ein Teil des Problems auch der unter Muslimen verbreitete Antisemitismus ist. Dabei leiden oft vor allem Migranten selbst am meisten unter extremistischen Tendenzen unter ihresgleichen, zum Beispiel innerhalb ihrer Glaubensgemeinschaft.

Warum wird das Thema ausgeklammert? Auf die Lücken angesprochen verweist Özoguz lediglich auf die Erwähnung des Bundesprogramms "Demokratie leben!", das auch Vereine und Projekte unterstütze, die islamistischen Extremismus bekämpfen.

Außerdem hätten die Innenminister der Länder beschlossen, künftig in der Statistik über politisch motivierte Straftaten Delikte, die vor dem Hintergrund "ausländischer" und religiöser Ideologien begangen werden, gesondert aufzuführen. "Dies wird selbstverständlich auch Eingang in zukünftige Lageberichte finden", sagt Özoguz.

Grafiken: Christina Elmer

**Load-Date:** December 9, 2016

## Woche der Gewalt provoziert neue Flüchtlingsdebatte

SPIEGEL ONLINE

26. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 876 words

**Byline:** Annett Meiritz

**Highlight:** Vier deutsche Städte werden in kurzer Zeit von Gewalttaten erschüttert. Die Täter sind Männer, drei von ihnen Flüchtlinge. Für die Stimmung im Land ist das brandgefährlich. Für Merkels Politik auch.

### Body

---

Für Hetzer im Internet ist die wahre Schuldige für die Serie von Bluttaten längst ausgemacht. Angela Merkel habe den Terror ins Land geholt, schreiben einschlägige rechte Seiten, die offenen Grenzen rächten sich nun in einer Welle der Gewalt.

Ein Ex-AfD-Ratsherr fordert, Flüchtlinge mit Reisegepäck auszustatten und des Landes zu verweisen. Unter dem Hashtag #merkelsommer ballt sich in den sozialen Medien Hass. Im sächsischen Heidenau, wo vor knapp einem Jahr ein brauner Mob ein Flüchtlingsheim belagerte, wurden am Montag Flugblätter mit der Aufschrift "Migration tötet" gefunden.

Die Ereignisse von Würzburg, München, Reutlingen und Ansbach - sie taugen als Ventil für eine neue Feindseligkeit, die seit Beginn der Flüchtlingskrise stärker um sich greift. Jetzt scheint die Wut noch mehr angeheizt, durch eine bitterere Bilanz der vergangenen sieben Tage:

Die Hintergründe sind noch nicht vollständig aufgeklärt, auch im Fall Ansbach stecken die Ermittlungen in einem "sehr, sehr frühen Stadium", sagt CDU-Innenminister Thomas de Maizière ( den aktuellen Stand zum Attentat in Ansbach lesen Sie hier ).

Auch sind die Ursachen und Umstände der Attacken wohl sehr individuell. Was Stimmung schürt, ist also der bloße Fakt, dass alle Verbrechen von jungen Männer mit Migrationshintergrund verübt wurden. Drei von ihnen waren Flüchtlinge.

Die vier Taten im Juli 2016 könnten die Akzeptanz für Offenheit und Integration nachhaltig schwächen - und neue Ressentiments fördern. "Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten wird konstant heftiger", sagt Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter SPIEGEL ONLINE.

Wagenknecht macht Merkel verantwortlich

Auffällig ist: Aktuell führen nicht nur Verschwörungstheoretiker und Rassisten Flüchtlinge als direkte Ursache für tödliche Gewalt an. Tatsächlich greift der politische Mainstream ähnliche Ansichten auf. So sagte Linken-

## Woche der Gewalt provoziert neue Flüchtlingsdebatte

Fraktionschefin Sahra Wagenknecht am Montag: "Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern mit erheblichen Problemen verbunden und schwieriger ist, als Merkels leichtfertiges 'Wir schaffen das' uns im letzten Herbst einreden wollte."

Selbst für Wagenknecht, die mit der Forderung nach einer Flüchtlingsobergrenze ihre Partei verärgerte, ist das eine deutliche Aussage. Krasser äußert sich nur Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU). "Wir haben völlig verrohte Personen importiert", zitiert ihn der "Tagesspiegel" .

Andere Politiker dimmen die schrillen Töne, mahnen zur Besonnenheit. Migration als Ursache für Taten zu erklären, sei "mehr als absurd", sagt die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz (SPD). "Flüchtlinge pauschal in Mitverantwortung für die perfide Entscheidung von Einzeltätern zu nehmen, das ist gefährlich und falsch", meint auch der Grüne Hofreiter. "Die Realität ist komplexer als ein AfD-Tweet."

Linken-Fraktionsvize Jan Korte widerspricht Wagenknecht: "Mit einem Migrationshintergrund haben diese Taten nichts zu tun. Auch in Deutschland geborene Bürger können Terroristen werden, wie wir beim NSU gesehen haben. 99,99 Prozent der Flüchtlinge kommen zu uns, weil sie vor Gewalt fliehen."

Die CSU macht einen radikalen Vorschlag

Doch die Taten sorgen auch in der Politik für Unsicherheit, sie lösen ein Bedürfnis nach Erklärung aus. Wie und warum die Männer unbemerkt zu Tätern werden konnten, diese Frage lässt viele ratlos zurück. Die meisten Politiker erreicht man gerade im Urlaub, die Ereignisse der letzten Tage haben alle verfolgt. "Man denkt, was ist los in dieser Welt, man denkt an die Opfer und ihre Angehörigen", sagt Korte.

Viele formulieren am Telefon ungewöhnlich vorsichtig. Den Hass nicht noch schüren, keine Angriffsfläche bieten, ist die Devise. "Voreilige Schlüsse und Panikmache bringen nichts", so Hofreiter. "Nach jeder furchtbaren Tat die Hetzmaschinerie anzuschmeißen wird die Probleme im Land sicher nicht lösen", sagt Korte.

Die Politik scheint sich gerade zu spalten: in die, die sich zurückhalten - und auf die Parameter jung-männlich-Migrationshintergrund lieber nicht näher eingehen wollen. Und es gibt solche, die aggressiv wie nie Merkels Flüchtlingskurs angreifen. Die Grenze verläuft dabei nicht mehr zwischen politischen Lagern, sondern mitten durch die Parteien.

Dann gibt es jene, die vor Populismus warnen - und die Flüchtlingssituation trotzdem nicht ausklammern wollen. Der Passauer SPD-Abgeordnete Christian Flisek findet Merkels abruptes Öffnen der Landesgrenze im vergangenen Sommer im Rückblick schwierig. Die Gefahrenlage sei dadurch "nicht geringer geworden", so Flisek.

Trotzdem dürfe "unsere offene Gesellschaft" nicht infrage stehen, betont er. Terrorismus könne man nur mit einem starken Sicherheitsapparat bekämpfen - nicht mit einem Antiflüchtlingskurs.

Eigentlich hatten sich die Konflikte um die Flüchtlingsfrage in der Spitzenpolitik gerade gelegt. Im Moment sieht es ganz danach aus, als ob sie wieder ausbrechen werden. Während die Bundesregierung am Montag vor einem Generalverdacht gegen Flüchtlinge warnte, preschte die CSU in Bayern mit einem radikalen Vorschlag voran: Sie forderte, Deutschland müsse jeden einzelnen Flüchtling durch die Behörden überprüfen lassen.

mit Material von dpa und Reuters

**Load-Date:** July 26, 2016